

Europas Gedächtnis: Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität

König, Helmut (Ed.); Schmidt, Julia (Ed.); Sicking, Manfred (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
transcript Verlag

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

König, H., Schmidt, J., & Sicking, M. (Hrsg.). (2008). *Europas Gedächtnis: Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen und gemeinsamer Identität* (Europäische Horizonte, 3). Bielefeld: transcript Verlag. <https://doi.org/10.14361/9783839407233>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Helmut König, Julia Schmidt,
Manfred Sicking (Hg.)

Europas Gedächtnis

Das neue Europa zwischen
nationalen Erinnerungen und
gemeinsamer Identität

Helmut König, Julia Schmidt, Manfred Sicking (Hg.)
Europas Gedächtnis

Editorial

Die politische Einigung Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist historisch einzigartig. 1500 Jahre europäische Kriegsgeschichte sollen hier zu Ende kommen und zu einer dauerhaften Entfaltung der Demokratie führen. Die Suche nach geeigneten Verfahren und Institutionen bleibt jedoch schwierig. Zentrale Fragen wie die Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen, der Ausgleich zwischen einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Interessen, die demokratische Legitimation sowie die Ausgestaltung der Meinungs- und Willensbildungsprozesse sind nach wie vor offen.

Europa als Ganzes ist nicht identisch mit seinen Teilen, mit den Ländern der Europäischen Union und des Kontinents. Was aber macht Europa aus? Worin bestehen seine Gemeinsamkeiten, wo verlaufen seine Grenzen, wie ist die Relation von Einheit und Vielfalt? Wie unterscheidet es sich von anderen Weltregionen, Kulturen und politischen Ordnungen?

Die Buchreihe **Europäische Horizonte** greift zentrale europäische Gegenwarts- und Zukunftsfragen auf und gibt politischen, ökonomischen und kulturellen Problemstellungen gleichermaßen Raum.

Die Reihe wird herausgegeben von Friedrich Jaeger, Helmut König, Claus Leggewie, Emanuel Richter und Manfred Sicking.

HELMUT KÖNIG, JULIA SCHMIDT, MANFRED SICKING (Hg.)

Europas Gedächtnis

Das neue Europa zwischen nationalen Erinnerungen
und gemeinsamer Identität

[transcript]

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2008 transcript Verlag, Bielefeld



**This work is licensed under a Creative Commons
Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 3.0 License.**

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld

Lektorat & Satz: Julia Schmidt, Aachen

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

ISBN 978-3-89942-723-3

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

Inhalt

Vorwort	7
<hr/>	
Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände	9
HELMUT KÖNIG	
<hr/>	
Acht Thesen zur Zukunft Europas	39
ANTHONY GIDDENS	
<hr/>	
Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis	71
NORBERT FREI	
<hr/>	
Auf der Suche nach den europäischen Erinnerungsorten	85
ETIENNE FRANÇOIS	
<hr/>	
Europa – Identität und Andenken	105
ADOLF MUSCHG	
<hr/>	
Grenzen und Identität Europas bis zum 21. Jahrhundert	121
HANS-ULRICH WEHLER	
<hr/>	
Ost und West: Geteilte europäische Erinnerung	133
BRONISŁAW GEREMEK	
<hr/>	
Europa neu vermessen: Die Rückkehr des Ostens in den europäischen Horizont	147
KARL SCHLÖGEL	
<hr/>	
Autoren	169

Vorwort

In diesem Band publizieren wir die Vorträge, die unter dem Titel *Europas Gedächtnis* zwischen dem 23. April und dem 9. Mai 2007 in Aachen gehalten worden sind.

Die Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft wurden am 25. März 1957 in Rom von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland, Italien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnet. Zwischenzeitlich ist aus dem Europa der sechs ein Zusammenschluss von nunmehr 27 Staaten geworden. Von der Vision der europäischen Einigung geleitet, wonach Krieg in Europa nur durch friedlichen Zusammenschluss der Völker zu verhindern ist, hat sich in einem langen Integrations- und Vertiefungsprozess die Europäische Union entwickelt. Fünf Jahrzehnte nach der Gründung des institutionell verfassten gemeinsamen Europas muss die Frage diskutiert werden, ob die Gemeinschaft auch eine von den Menschen getragene Identität besitzt. Elementarer Bestandteil jeder Identität ist das Bewusstsein eines gemeinsamen Gedächtnisses.

Macht es überhaupt Sinn, von *Europas Gedächtnis* zu reden? Kann es eine gemeinsame europäische Politik ohne die Gemeinsamkeit des Gedächtnisses geben? Was wird erinnert? Nur das halbe Jahrhundert seit den Römischen Verträgen, oder existiert ein tiefer reichendes historisches Erinnern der Europäer jenseits des jeweiligen nationalen Gedächtnisses? Wie verhalten sich die einzelstaatlichen Erinnerungen zu Europa und zur Geschichte der europäischen Integration? Lassen sich die Erinnerungen der einen in die Erinnerungen der anderen übersetzen? Wieviel Gegensätzlichkeit der Erinnerungen kann Europa aushalten?

Spaltet oder verbindet der Bezug auf die Vergangenheit? Wie weit reicht das europäische Gedächtnis zurück? Welche Rolle spielen der Nationalsozialismus, die Vernichtung der europäischen Juden und der Zweite Weltkrieg im Gedächtnis der Europäer?

Die Vortragsreihe wurde veranstaltet von der Initiative *Europäische Horizonte*, zu der sich der Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten der Stadt Aachen, das Kulturwissenschaftliche Institut, Essen, die Regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, die Regio Aachen e.V. sowie das Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen zusammengeschlossen haben.

Aachen, im November 2007

Die Herausgeber

Statt einer Einleitung: Europas Gedächtnis. Sondierungen in einem unübersichtlichen Gelände

HELMUT KÖNIG

Werte und Interessen

Europa als Kultur- und Wertegemeinschaft wird heute neu entdeckt. Das ist sicher auch eine Reaktion auf das Scheitern des Verfassungsvertrags, das den Weg zum Ziel einer politischen Union blockiert hat. Insofern haben wir das gewohnte Bild: Wenn es politisch und institutionell mit Europa nicht weitergeht, folgt eine Zeit der Beschwörung kultureller und moralischer Gemeinsamkeiten. Für Sonntagsreden aller Art und als Kur gegen Europa-Resignation und Europa-Verdrossenheit ist das allemal hilfreich und gut. Die Botschaft lautet, dass Europa mehr ist als ein Wirtschafts- und Handelsraum, mehr als ein gemeinsamer Markt, mehr als eine Zweckgemeinschaft zur Steigerung des Wohlstands der Nationen, mehr als ein einheitlicher Raum von Sicherheit und Wohlfahrt. Europa besitzt eine so reiche und so weit zurückreichende gemeinsame Kultur, dass Stockungen und Blockaden auf dem Wege seiner politischen Integration nur von marginaler Bedeutung sind und nicht lange anhalten werden. Das europäische Gedächtnis, das diese reiche kulturelle Vergangenheit in Erinnerung ruft, dient als eine Art von Rückversicherung: Die Kultur- und Wertegemeinschaft Europa ist das Sicherheitsnetz, in dem die kleinen und großen politischen Abstürze aufgefangen werden können.

Aber in den jüngeren Entwicklungen und Diskussionen kommt doch etwas anderes und wichtigeres hinzu. Die weltpolitischen Brüche und

Verschiebungen, markiert durch den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers und die Anschläge vom September 2001, haben den kulturellen und religiösen Dimensionen eine neue Bedeutung zukommen lassen. Das ist durchaus irritierend, widersprüchlich und erklärungsbedürftig, denn es passt ganz und gar nicht zu der gegenwärtig so häufig bemühten Gegenwartsdiagnose der Globalisierung, deren Kern in der Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse in einem nie da gewesenen Ausmaß besteht. Neben der Interessensorientierung des *homo oeconomicus*, die Adam Smith im 18. Jahrhundert zum Handlungs-Treibstoff des Reichtums der Nationen erklärte und seitdem eine einzigartige Erfolgsgeschichte durchlaufen hat, erscheinen im Zeitalter der Globalisierung alle anderen Handlungsmaximen als antiquiert und chancenlos. Die Geschichte der europäischen Integration in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts folgt in weiten Teilen durchaus dieser ökonomischen Logik, – einer Logik, die nicht nach Religion, Moral, Herkunft und politischer Tugend fragt, sondern nach Interessen und Kosten-Nutzen-Kalkülen.

Die epochalen Umbrüche der Jahre 1989 und 2001 lassen sich aber in der Logik dieser Geschichte nicht unterbringen. Im Gegenteil. Für die Ereignisse des 11. September 2001 liegt das auf der Hand. Selbstmordattentäter sind die unüberbietbare Negation des *homo oeconomicus* und des individuellen Kosten-Nutzen-Kalküls. Sie negieren den Primat der Selbsterhaltung, der seit Beginn der Neuzeit allen modernen Handlungstheorien und -konzepten zugrunde liegt. Die Vernunft dient der Selbsterhaltung, und sie für die Erreichung des Gegenteils einzusetzen, d.h. den eigenen Untergang nicht nur, wie der Märtyrer, bei der Verfolgung eigener Zwecke in Kauf zu nehmen, sondern aktiv herbeizuführen, fordert dieses Handlungs- und Vernunftkonzept auf fundamentale Weise heraus. Diese Herausforderung hat schon deswegen einen religiösen Charakter, weil sie mit dem Versprechen ewigen Lebens und ewiger Freuden eine Sphäre ins Spiel bringt, die nicht von dieser Welt ist, sondern mit dem Himmel zu tun hat. So ist der 11. September 2001 zum Fanal des Kulturkampfes zwischen der westlich-christlichen Welt und dem Islam geworden, in dem nicht mehr materielle Interessen, sondern religiöse Überzeugungen die wichtigste Rolle spielen. Ein christlich-aufgeklärtes Europa wird nun gegen einen fundamentalistischen Islam ähnlich in Stellung gebracht wie im Abendland-Konzept der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts das westlich-christliche Abendland gegen den gottlosen Kommunismus des Ostens. Am Ende des 20. Jahrhunderts hat dann freilich nicht die angeblich christliche Wertegemeinschaft des Westens die kommunistische Bedrohung besiegt, sondern das Versprechen der Freiheit und des Wohlstands für alle und seine Umsetzung in

einer 40jährigen westlichen Erfolgsgeschichte. Im Fall des islamistischen Fundamentalismus glaubt dagegen heute niemand daran, dass er durch die Demonstration moderner gesellschaftlich-ökonomischer Stärke und Effizienz zu beeindrucken und zu besänftigen ist. Deswegen erscheint Europa nun als der Inbegriff der Aufklärung und der Werte gegen einen Feind, der Vernunft und Aufklärung für Teufelszeug hält.

Das *annus mirabilis* 1989 hat dagegen auf den ersten Blick den Geist des Kapitalismus nicht negiert, sondern bestätigt und ihm einen beeindruckenden Gewinn an Terrain und Ressourcen beschert. Aber diese Wahrnehmung aus der Perspektive eines westlichen Unternehmers, der nur die neuen riesigen Märkte und sonst nichts im Auge hat, ist eine grobe Verzerrung und Verkürzung. Wie wir heute wissen können, aber immer noch nicht richtig wissen wollen, hat der Zusammenbruch des realen Sozialismus nicht nur die Verhältnisse in den östlichen Staaten Europas vollkommen verändert, sondern auch die Lebensgewissheiten und politischen Fundamente im westlichen Europa gründlich ins Wanken gebracht. Seit dem Ende der Ost-West-Spaltung stellt sich die Frage, was Europa ist und sein soll in ganz neuer Qualität und in ganz neuen Dimensionen.

Die Ereignisse der Jahre 1989 und 2001 markieren eine tiefe Zäsur. Sie haben Identitätsfragen und Selbstverständigungsdiskurse zurück ins Zentrum der Gesellschaften gebracht. Identitätsfragen sind die Fragen danach, wer wir sind und wie wir leben wollen. Weil die Religionen darauf eine klare Antwort versprechen, gewinnen sie an Zuspruch und Aufmerksamkeit. Ihre Antworten sind spiritueller Natur. Die Beziehung auf Werte und Normen bemüht dagegen nicht die spirituelle Dimension, sondern bewegt sich in der Sphäre der Kultur und der praktischen Vernunft. In Religion und Kultur spielt immer die Vergangenheit eine große Rolle, – und das Vermögen, mit dem sich die Menschen ihre Vergangenheit gegenwärtig halten, ist das Gedächtnis. Religionen haben ein außerordentlich gutes Gedächtnis, in ihren Kulte und Ritualen beschwören sie Ereignisse, die bis in die Anfangszeiten der menschlichen Überlieferung zurückreichen. Generell gilt, dass es Antworten auf Identitätsfragen, also darauf, wer wir sind und wie wir leben wollen, ohne Einbeziehung der Frage, wer wir gestern waren und wie wir gestern gelebt haben, nicht geben kann. Darin besteht der Unterschied zu den materiellen Interessen. Denn wie Marx (1842: 132) in einer freilich eher beiläufig hingeschriebenen Sentenz der *Debatten über das Holzdiebstahlgesetz* sagt: „Das Interesse hat kein Gedächtnis, denn es denkt nur an sich. Das eine, worauf es ihm ankommt, sich selbst, vergisst es nicht. Auf Widersprüche aber kommt es ihm nicht an, denn mit sich selbst gerät es nicht in Widersprüche.“

Dass die Diskussionen über die Identität Europas besonders verbissen und intensiv geführt werden, hat freilich auch damit zu tun, dass darauf keine geographische Antwort gegeben werden kann (vgl. die Beiträge von Muschg und Wehler, in diesem Band). Anders als Afrika und die beiden Amerikas wird Europa räumlich nicht klar abgegrenzt. Die Grenze nach Osten hin ist offen, wo Europa endet und Asien beginnt, muss immer wieder aufs Neue bestimmt werden. Aber auch die Bundesrepublik, für die sich territoriale Grenzfragen heute glücklicherweise gar nicht mehr stellen, muss sich selbst neu definieren und beschreiben, muss ihre Rolle und ihr Selbstverständnis an der Nahtstelle zwischen Ost und West erst noch finden.

Identitätsfragen gehören zu den „weichen“ Fragen. Den Koordinaten der Politikfeld-Forschung, die in der Politikwissenschaft lange den Ton angab, fügen sie sich nicht gut ein, weil sie eher vor- bzw. subpolitischer Natur sind. Langsam aber entsteht auch in der Politikwissenschaft eine neue Aufmerksamkeit für Fragen des politischen und institutionellen Selbstverständnisses. Es wird immer deutlicher, dass sich die sozialintegrativen Aufgaben der Aufrechterhaltung von Ordnung, der Umverteilung und sozialen Sicherung, des Schutzes kollektiver Identitäten und gemeinsamer Überlieferungen, der Herstellung und Bewahrung von Gemeinsamkeiten und Verpflichtungen keineswegs von selbst verstehen und auch in funktional hoch differenzierten Gesellschaften eigener Aufmerksamkeit und Pflege bedürfen (vgl. Habermas 1992: 428; vgl. zur Ortsbestimmung der europäischen Gegenwart den Beitrag von Giddens, in diesem Band).

Gedächtnis versus Geschichte

Das Gedächtnis ist in den letzten 25 Jahren zu einem zentralen Thema sowohl der Geistes- wie der Naturwissenschaften geworden. In den Naturwissenschaften hängt der Aufschwung damit zusammen, dass die Medizintechnik sog. bildgebende Verfahren entwickelt hat, mit deren Hilfe die Aktivitäten des Gehirns sichtbar und der Beobachtung von außen zugänglich gemacht werden können. Das bietet Einsatzpunkte für die Entwicklung neuer medizinischer Heilsversprechen und Therapien, von der Mikrochirurgie bis zur Behandlung von Altersdemenz, Alzheimer-Patienten oder Epileptikern. Im Kosmos der geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen hat das Gedächtnisthema für so viele Überschneidungen und Bezüge gesorgt, dass sie unter der Rubrik Kulturwissenschaft neu zusammengefasst worden sind.

Das wissenschaftliche und publizistische Interesse am Gedächtnis ist früher entstanden als 1989 oder 2001, es kann also nicht als Reaktion auf die Ereignisse dieser Jahre verstanden werden. Der Boom der Gedächtnisforschung wird gerne mit dem Hinweis auf die technische Revolution der Speichermedien im digitalen Zeitalter begründet (vgl. Osten 2004). Ferner wird er mit einem seit etwa drei Jahrzehnten neu erwachten allgemeinen Interesse an der Vergangenheit in Zusammenhang gebracht, das in Geschichtswerkstätten, oral history und der großen Beliebtheit historischer Ausstellungen zum Ausdruck kommt. Die Hinwendung zur Vergangenheit und die damit verbundene Identitätssemantik löste seit Mitte der 70er Jahre, als in der Bundesrepublik der Glaube und die Gewissheit einer besseren Zukunft der tiefen Skepsis und Unsicherheit über die Zukunftsperspektiven den Platz räumen mussten, die Emanzipationssemantik der 60er Jahre ab (vgl. Jeismann 1986). Das Interesse für Gedächtnis und Erinnerung ersetzte die Gesellschaftsutopien und avancierte zu einem moralischen Imperativ, der das Vergessenwollen unter Generalverdacht stellte. Diese sich rapide ausbreitende Sehnsucht nach Rückblicken und Nostalgie ist von Odo Marquard (1985) und Hermann Lübbe (1977, 1985) in viel diskutierten Überlegungen als Kompensation von industriegesellschaftlichen Gegenwartsumutungen gedeutet worden. Heute wird sichtbar, dass es nicht nur um die Abfederung von Überforderungen ging, sondern um die Ablösung der Epoche der Moderne und ihrer Versprechungen durch eine neue Ära, für die einstweilen außer der Bezeichnung *Postmoderne* noch kein angemessener Begriff gefunden worden ist. Der Eintritt in diese neue Ära mit ihren Unsicherheiten, Risiken und Anfälligkeiten wird von einigen Zeithistorikern mittlerweile für so bedeutend gehalten, dass sie damit eine ganze Epoche des industriegesellschaftlichen Fortschrittsglaubens, des rationalistischen und szientistischen Optimismus enden lassen, die in 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen haben soll (vgl. z.B. Doering-Manteuffel 2006).

Die Gedächtnisforschung hat freilich eine viel weiter zurückreichende Geschichte. Eines ihrer wichtigsten Ergebnisse besteht in der Einsicht, dass das Erinnern kein natürlicher Prozess ist, sondern auf vielfältige Weise durch soziale Bedingungen und Umstände hergestellt oder verhindert wird.¹ Zu jedem Bezug und zu jeder Variante des Bezugs auf die Vergangenheit gehören aber nicht nur soziale *Bedingungen*, auf deren Nachweis sich beispielsweise der Soziologe Maurice Halbwachs (1925; 1950) in seinen bahnbrechenden Studien der 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts konzentrierte. Wenn das so wäre, müsste man das Thema den Soziologen überlassen, die ihren Ehrgeiz in der Tradition von Durkheim darin sehen, Phänomene, die auf den ersten Blick ganz

und gar individuellen Charakters zu sein scheinen, als sozial bedingte Phänomene zu verstehen. Politisch wäre das Gedächtnisthema dann so relevant oder irrelevant wie das Träumen oder die Wut über den verlorenen Groschen. Aber es gibt gute Gründe für die Vermutung, dass das Gedächtnis nicht nur soziale *Bedingungen* hat, sondern zugleich soziale bzw. politische *Folgen* und *Funktionen*. Weil das so ist, können Gedächtnis und Erinnerungen zum Gegenstand gezielten Handelns politischer Akteure werden. Zu verlockend ist die Perspektive, mit Hilfe des Bezugs auf die Vergangenheit die jeweilige politische Ordnung, je nach Interessenlage, zu stabilisieren oder zu delegitimieren, die eigenen Intentionen zu beglaubigen und die Position der politischen Konkurrenten abzuwerten.

Diese Dimension ist der Grund dafür, dass das Gedächtnis in der Politik seit jeher ein heftig umkämpftes Terrain ist, zu dessen Eroberung und Besetzung von den Akteuren eine ganze Fülle von Strategien entwickelt wird. Zur Analyse politischer Systeme und politischen Handelns gehört deswegen die Gedächtnisdimension unabdingbar hinzu. In ihr geht es um die politische Bedeutung des Gedächtnisses und die Möglichkeit der Instrumentalisierung von Erinnerungen für politische Zwecke. Gefragt wird nach spezifischen gedächtnispolitischen Interessen, Möglichkeiten und Strategien und nach den Bedingungen für ihren Erfolg und Misserfolg.

Das impliziert von vornherein die Annahme, dass die Thematisierungs- und Wahrnehmungsweisen der Vergangenheit durch die Interessen der Erinnerungssubjekte und ihre Gegenwart bestimmt werden. Diese Annahme ist aber nur die Zuspitzung der seit Halbwachs ohnedies die kulturwissenschaftliche Gedächtnisforschung bestimmenden Erkenntnis, dass der Bezug auf vergangene Ereignisse nicht durch diese selbst, sondern durch die Gegenwart determiniert ist. Die Erinnerung bildet die Vergangenheit nicht wie eine Kopie ab, sondern konstruiert sie neu. In der politikwissenschaftlichen Perspektive wird diese Behauptung nur insofern zugespitzt, als sie ihre Aufmerksamkeit darauf richtet, die Prozesse zu analysieren, in denen das Gedächtnis als abhängige Variable in den Dienst bestimmter und benennbarer politischer Interessen und Akteure genommen wird oder als unintendierte Nebenfolge von Entscheidungen, die ganz andere Materien betreffen, politische Konsequenzen zeitigt.

Vor allem für die Konstitution und Legitimierung politischer Ordnungen ist der gemeinsame Bezug auf eine sei es positiv oder sei es negativ bewertete Vergangenheit von großer Bedeutung. Kollektive Identität und Gemeinsamkeitsglaube werden durch ihn gefördert und gestärkt. Zugehörigkeitsbewusstsein, Zustimmungsbereitschaft und Loyalitäten werden stabilisiert. Das gilt auch für untergeordnete politische Bezugs-

größten, aber vor allem gilt es für die übergeordneten Einheiten, z.B. für Reiche oder Nationen.

Was in einer Gesellschaft an vergangenen Ereignissen erinnert und was vergessen wird, ist abhängig von dem Bezugsrahmen, den sie in ihrer jeweiligen Gegenwart bereit stellt, von den Bedürfnissen, Problemlagen und Wünschen, die sie ausbildet. Daraus folgt, dass Veränderungen des Bezugsrahmens unvermeidlich einen Wandel im Gedächtnishaushalt der Gesellschaften bewirken. Es ist deswegen alles andere als verwunderlich, dass die Umbrüche des Jahres 1989 das kollektive Gedächtnis der betroffenen Länder in große Unruhe versetzt haben. Die geographischen und politischen Räume, die seitdem wieder frei zugänglich sind, öffnen auch die Türen zu neuen Gedächtnisräumen und führen dort zu heftigen Eruptionen.

Das kollektive Gedächtnis bezieht sich anders auf die Vergangenheit als die Geschichtsschreibung. Geschichte und Gedächtnis sind nicht das gleiche. Das kollektive Gedächtnis gehört immer zu Gruppen und Gemeinschaften. Es ist von deren Gegenwartsinteressen abhängig, es rückt die Vergangenheit so zurecht, dass von ihr aus das beste Licht auf die eigene Bezugsgruppe fällt, es ist parteiisch und apologetisch, es verformt die Vergangenheit, es ist ungenau, es vergisst das Unangenehme und Beschämende. Erinnerungen sind zwar nichts Individuelles, aber doch etwas ganz und gar Subjektives. Sie klammern sich an besondere Ereignisse, die aus dem Kontext herausgerissen, zu Bildern und Szenen verdichtet und in Form besonders eindringlicher Erzählungen weitergegeben werden. Erinnerung ist keine erforschende Rekonstruktion, sondern die durch gruppenbezogene Interessen angeleitete Vergegenwärtigung der Vergangenheit, ohne Methodenbewusstsein, ohne Systematik, ohne Anspruch auf Überprüfbarkeit. Das Gedächtnis arbeitet unausgewogen und leidenschaftlich, es reagiert sensibel auf Verletzungen, Wut und Scham. Die erinnerte Vergangenheit ist immer eine verzerrte und einseitige Darstellung der Vergangenheit, und solange die Vergangenheit lediglich erinnert wird, haben wir von ihr immer nur ein mehr oder weniger nach den Wünschen der jeweiligen Erinnerungsgruppe entstelltes Bild.

Historiker gehen mit der Vergangenheit anders um. Sie wollen objektiv und neutral sein. Das Geschichtsbild, das sie vermitteln, ist nicht auf ein kollektives Selbstbild bezogen und soll nicht die partikularen Interessen von Gruppen und Gemeinschaften bedienen. Geschichte, sofern sie als Wissenschaft betrieben wird, gehört allen. Während durch das Gedächtnis die Distanz zur Vergangenheit überbrückt und Gegenwart und Vergangenheit in eins zusammengezogen werden, betont die Geschichtsschreibung die Distanz, die zwischen gestern und heute liegt.

Das Gelingen der Geschichtsschreibung hängt daran, dass sie gegenüber Gruppen und Interessen ihre Unabhängigkeit bewahrt, sich niemandem unterwirft und nur ihren eigenen Ansprüchen folgt.

Erinnerte Geschichte und die Darstellung der Geschichte durch Historiker sind also miteinander verwandt und zugleich deutlich voneinander unterschieden. Beide beziehen sich auf die Vergangenheit, in beiden spielen Schrift und Sprache eine herausragende Rolle. Aber der Historiker tritt immer in Konkurrenz zum Gedächtnis. Er hat die Aufgabe, das subjektive Bild, das das Gedächtnis von der Vergangenheit liefert, durch das Hinzuziehen neutraler Zeitzeugnisse und Dokumente zu objektivieren. Er muss das Erinnerte um das Vergessene ergänzen und sich um die Vollständigkeit seines Bildes bemühen. Geschichte als Wissenschaft ist mit dem Anspruch auf methodische Verfasstheit und Überprüfbarkeit verknüpft. Die Geschichtswissenschaft wie alle interpretierende Wissenschaft operiert mit Beobachtungen zweiter Ordnung. Sie beobachtet nicht nur die Vergangenheit, sondern auch sich selber beim Beobachten der Vergangenheit. Sie weiß deshalb, dass das, was sie sieht und analysiert, von ihrer Perspektive abhängt.

Für die Erinnerungen gilt das nicht. Erinnerungen werden von anderen geteilt oder nicht geteilt, sie wollen geglaubt, nicht überprüft werden. Wenn sie mündliche oder schriftliche Textgestalt annehmen, setzen sie sich zwar möglicherweise kritischen Nachfragen und Einwänden aus, aber zum methodischen Prinzip wird Kritik in der Welt der Erinnerungen nicht erhoben. Geschichtsschreibung dagegen will überzeugen und in allen Aussagen überprüfbar und nachvollziehbar sein. Kritik wird zum Prinzip ihrer Arbeit. Es macht keinen Sinn, jemandem seine Erinnerungen abzusprechen. Wenn zwei oder mehrere Personen oder Kollektive sich an das gleiche Ereignis ganz unterschiedlich erinnern, bleibt auf der Ebene der Erinnerungen unentscheidbar, wer Recht hat. Die Wahrheitsfrage kann nur geklärt werden, wenn das erinnerte Ereignis zugleich in neutralen Quellen überliefert ist, die soviel an Aussagekraft enthalten, dass sie eine haltbare, stichhaltige und gegen Einwände abgesicherte Version vergangener Abläufe und Fakten ermöglichen. Überall dort, wo neutrale Quellen im Spiel sind, befinden wir uns nicht mehr in der Sphäre des Gedächtnisses, sondern in der Welt der Geschichtsschreibung. Wenn dagegen von vergangenen Ereignissen nur die Erinnerung an sie geblieben ist, ist unentscheidbar, welche Erinnerung recht hat und welche nicht.²

Diese Unterscheidungen bedeuten nicht, dass Erinnerungen immer irren und Geschichtsschreibung immer objektiv ist. Wohl aber sollen sie herausstellen, dass Gedächtnis und Geschichte einer jeweils eigenen Logik folgen und nicht ineinander aufgehen. Das kollektive Gedächtnis ei-

ner Gesellschaft ist das Resultat einer Fülle von Akteuren, unter denen die professionellen Historiker eine Gruppe ausmachen, aber bei weitem nicht die einzige und auch nicht die wichtigste. Die Geschichtsschreibung dagegen liegt ausschließlich in den Händen einer wissenschaftlichen Zunft. Die Forderung, Europa eine *Seele* zu geben und dazu das Gedächtnis Europas mit lebendigen Inhalten zu füllen und zu vitalisieren, ist also keine Forderung zur Europäisierung der Geschichtsschreibung (obwohl sie damit oft verwechselt wird, z.B. von Krumeich 2001). Politische Ordnungen brauchen zu ihrer Legitimation keine unabhängige wissenschaftliche Geschichtsschreibung, – sie gibt es ohnedies in einem nachdrücklichen Sinn und mit ausgeprägtem Methodenbewusstsein erst seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts. Wohl aber brauchen sie das kollektive Gedächtnis.

Seele, Nation und Gedächtnis

Warum brauchen politische Ordnungen ein Gedächtnis? Ist die Bedeutung des Gedächtnisses für die Legitimation politischer Ordnung nicht eine vormoderne Erscheinung? Diese Annahme drängt sich auf, weil moderne Gesellschaften dadurch charakterisiert sind, dass sie jeglichen Bezug auf Tradition und Geschichte radikal entwerten und das Gedächtnis in ihnen gleichsam verkümmert. Nicht das tradierte und über Gedächtnisspeicher weitergegebene Wissen ist für sie typisch, sondern eine wissenschaftliche Logik und Rationalität, die sich als zeitlos versteht. Die Integration sichern moderne politische Ordnungen nicht über den Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit, sondern über die Bereitstellung von Leistungen, die dazu angetan sind, die Kosten-Nutzen-Bilanzen der Bürger zu verbessern. Die Staatsräson der alten Bundesrepublik bestand im Versprechen des Wohlstands für alle, nicht in der Beziehung auf die Tradition des Abendlandes oder die Werte des Christentums.

Aber das ist bestenfalls die halbe Wahrheit. Die Bedeutung des Gedächtnisses für die Legitimation politischer Ordnungen hat durch die Geschichte hindurch keineswegs abgenommen. Zwar ist z.B. in der römischen Antike zur Zeit der Republik der Bezug auf die legendären *mores maiorum*, die Sitten der Vorfahren, allgegenwärtig (z.B. bei Cicero, vgl. König 2007), zwar kann an der bedeutenden Rolle der *memoria* im Mittelalter kein Zweifel sein, zwar pflegen auch die Dynastien einen Kult der Vergangenheit für die Zwecke ihrer Herrschaftssicherung, z.B. indem sie die Grabstätten ihrer Vorfahren in Pantheone verwandeln. Aber das moderne nationale Zeitalter bleibt mit seinen Bemühungen um

die Ausbildung eines kollektiven Gedächtnisses hinter diesen früheren Zeiten der Geschichte keineswegs zurück. Im Gegenteil. Nationen haben einen wesentlich höheren Bedarf an Homogenität und Gemeinschaftsglauben und deswegen auch an kollektivem Gedächtnis als beispielsweise Imperien, die schon wegen der für sie typischen Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie generell eine größere Heterogenität in ihren inneren Verhältnissen aufweisen.

Max Weber (1922: 515) apostrophiert die Nationen deswegen ganz folgerichtig als „Erinnerungsgemeinschaften“. Nicht anders der französische Religionswissenschaftler Ernest Renan. Zwar behauptet er in seinem berühmten Vortrag *Was ist eine Nation* (1882), dass der Nation ein tägliches Plebiszit, eine Willens- und Absichtsbekundung zugrunde liegt, dass sie also m.a.W. als eine politische Ordnung zu verstehen ist, die auf ein Programm zurückgeht, dem die Menschen zustimmen. Und Renan wird mit diesen Bestimmungen gerne für das französische Nationsverständnis in Anspruch genommen, für das der politische Wille und nicht vopolitische Gegebenheiten ausschlaggebend sind. Das liegt auf der Linie der französischen politischen Theorie, in der, wie vor allem bei Rousseau, *volonté* die wichtigste Größe ist. Aber man darf nicht übersehen, dass auch nach Renan der Bezug auf eine gemeinsame Vergangenheit mindestens so wichtig ist wie der gemeinsame Wille. „In der Vergangenheit ein gemeinsames Erbe von Ruhm und Reue, für die Zukunft ein gemeinsames Programm; gemeinsam gelitten, gejubelt, gehofft zu haben – das ist mehr wert als gemeinsame Zölle und Grenzen, die strategischen Vorstellungen entsprechen.“ (Renan 1882: 56f.) Auch im französischen Verständnis ist also die Nation nicht nur eine Willensgemeinschaft, sondern zugleich eine Gedächtnisgemeinschaft. Sie besteht nicht nur aus einem politischen Programm, über das man spricht, das man rational prüft, auf das man sich verständigt und dem man schließlich zustimmt, sondern sie muss auch eine *Seele* haben. Noch einmal mit den Worten von Renan (1882: 56): „Eine Nation ist eine Seele, ein geistiges Prinzip. [...] Wie der einzelne, so ist die Nation der Endpunkt einer langen Vergangenheit von Anstrengungen, Opfern und Hingabe. [...] Eine heroische Vergangenheit, große Männer, Ruhm [...] – das ist das soziale Kapital, auf dem man eine nationale Idee gründet.“ Von Maurice Barrès, dem einflussreichen französischen Nationalisten, stammt die Formel, das Vaterland sei *la terre et les morts*, d.h. der „gemeinsame Besitz eines alten Friedhofs und der Wille, dieses Erbe hochzuhalten“.³

Die Pioniere der Idee der Nation und des nationalen preußisch-deutschen Staates zu Beginn des 19. Jahrhunderts, der Publizist Ernst Moritz Arndt, der Turnvater Friedrich Ludwig Jahn, der Philosoph Johann Gottlieb Fichte, – sie sind allesamt Gedächtnis- und Friedhofsun-

ternehmer. Sie geben den Weg vor, der dann vom nationalen Denken und von der nationalen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts in Deutschland mit großem Erfolg und großer Resonanz beschritten wird. Sie sind eifrig damit beschäftigt, eine große nationale Vergangenheit zu etablieren und die politische Ordnung des deutschen Vaterlands mit dem Aufbau einer nationalen Gedächtnislandschaft zu untermauern und zu legitimieren.

Zur Logik des auf der Einheit der Nation aufbauenden Staates gehört hinzu, dass die kulturelle und die politische Dimension deckungsgleich sind, weil nur auf dieser Basis die angestrebte vollkommene Identifikation des Einzelnen mit der Nation für möglich und glaubwürdig gehalten wird. Die Einheit von Territorium, Staatsgewalt und Bevölkerung, die nach Jellinek den modernen Staat charakterisiert, bedarf zu ihrer Vollendung der Beseelung durch die Nation. Die Zugehörigkeit zur Nation hat über allem anderen zu stehen, nationale Loyalitätsanforderungen schließen andere Loyalitäten strikt aus. Das ist der Grund für den Hass der nationalen Protagonisten auf alle Kosmopoliten und Partikularisten, die Verpflichtungen und Bindungen oberhalb oder unterhalb der Nation für sich reklamieren und ihnen mindestens den gleichen, wenn nicht einen höheren Rang einräumen als den entsprechenden Forderungen des Vaterlandes. Da die Juden und die Sozialisten sowohl als Kosmopoliten wie als partikulare Gruppe, als Staat im Staat gelten, traf sie der Hass der nationalen Protagonisten immer mit besonderer Intensität.

Nicht nur im Innern der Nationalstaaten, bei der Stellung der Minderheiten, führt die Forderung der Deckungsgleichheit zwischen nationaler Kultur und politischer Ordnung zu gewaltreichen Konsequenzen, sondern auch in den Konflikten zwischen den Staaten. Der Streit um Territorien wird nun regelmäßig zum Streit um die Nationalität dieser Gebiete (vgl. zum Folgenden Langewiesche 2000: 228). Es genügt nicht mehr, ein Territorium zu erobern und dem siegreichen Staat zu unterwerfen, vielmehr muss nun die Bevölkerung der eroberten Gebiete in den Körper der Siegnation eingegliedert und zum Bestandteil ihrer Seele werden. Das geschieht auf zwei Wegen: Zum einen auf dem Wege der nationalpolitischen Umerziehung, – in Elsass und Lothringen versuchten dies 1871 zunächst die Deutschen und ab 1919 wieder die Franzosen. Zum andern, in den Fällen, wo das von vornherein für aussichtslos oder zu mühsam erachtet wird, durch ethnische Säuberungen, also durch Vertreibung und Umsiedlung. Ethnische Säuberungen begleiten das nationale Zeitalter wie ein Schatten und offenbaren das riesige Gewaltpotential, das in der nationalen Legitimation politischer Ordnungen von Anfang an enthalten ist. Schon lange vor dem Ersten Weltkrieg sind ethnische Säuberungen praktiziert worden. In den Kriegen der 1870er

Jahre wurden auf dem Balkan über 250 000 Muslime getötet, über 1,5 Millionen mussten aus ihrer Heimat fliehen. Auch danach ging der Exodus aus Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Serbien und Montenegro weiter. Nach vorsichtigen Schätzungen wurden fast 900 000 Menschen zwischen 1912 und 1914 in die Flucht getrieben oder umgesiedelt.

Auf der Suche nach der Seele Europas

Das nationale Zeitalter ist passé, jedenfalls in Westeuropa. In Osteuropa erlebt es dagegen eine Revitalisierung, mit allem was dazugehört: einem weit ausgreifenden kollektiven Gedächtnis, das die Erinnerung an die Vergangenheit in den Dienst der Wiedergewinnung nationaler Größe stellt, mit gewaltsamen ethnischen Säuberungen, ungezügelter Aggressionen gegen Minderheiten, ideologischer Mobilisierung, kriegerischen Entladungen. Noch einmal hat sich gezeigt, wie außerordentlich groß das Gewaltpotential der Nation ist und wie außerordentlich schwierig es ist, ihre Gewaltbereitschaft einzudämmen und zu entschärfen.

Dennoch: Die nationale Legitimation politischer Herrschaft ist heute antiquiert. Ihre zunehmende Erosion erkennt man daran, dass sowohl unterhalb wie oberhalb der Nationalstaaten neue Zugehörigkeiten und Loyalitäten entstanden sind. Die Betonung der Unterschiede unterhalb der Nation, also die Betonung der Vielheiten und Besonderheiten ethnischer, sozialer, regionaler, sprachlicher, geschlechtlicher Art hat das Bekenntnis und die Loyalität zur eigenen Nation an Bedeutsamkeit längst übertrumpft. Und oberhalb der Nationalstaaten sind politische Einheiten entstanden, deren rechtliche Verpflichtungen in manchen Bereichen den Nationalstaaten den Rang abgelaufen haben. Das prominenteste Beispiel dafür ist die Europäische Union. Sie gilt bislang freilich eher als eine ökonomische und administrative Einheit bei einem auffälligen und viel beklagten Mangel an Identifikation und Solidarität. Ökonomisch, administrativ und rechtlich und auch in der politischen Sphäre werden die Verflechtungen immer dichter, aber die emotionalen Bindungen, die Identifikationen der Europäer mit dem Jahrhundertprojekt der europäischen Einigung sind nicht sonderlich stark ausgeprägt. Überall halten die Entscheidungseliten die europäische Integration für eine einzigartige Erfolgsgeschichte, während die Bevölkerungen keinen Grund für Begeisterung und Lobeshymnen sehen. Dass damit ausgerechnet der demokratische Souverän eher teilnahmslos daneben steht, wird viel beklagt und ist in der Tat unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten hoch fragwürdig. Um Abhilfe zu schaffen, müsste man der EU jene Seele einhauchen, die bislang den Einzelstaaten vorbehalten ist. Europa eine

Seele geben, – diese Formel, die auf Jacques Delors zurückgeht, bedeutet: Europa braucht Symbole, die begeistern, integrieren und Identifikation ermöglichen, Europa braucht populäre Hymnen, Fahnen, Devotionalien, braucht Kultur, braucht Fest- und Feiertage, Europa soll stolz machen und attraktiv sein. Und sie bedeutet eben auch, dass sich Europa in eine transnationale, kontinentale Erinnerungsgemeinschaft verwandeln muss.

Daran wird fleißig gearbeitet. Werbekampagnen versuchen, Europa ein modernes *outfit* zu geben, Europa *trendy* zu machen, europäische Symbole zu popularisieren. Zivilgesellschaftliche Initiativen geben sich den Namen *Europa eine Seele geben* und organisieren unter diesem Titel hochrangige Konferenzen (siehe www.berlinerkonferenz.eu). Multinational zusammengesetzte Historikerkommissionen konzipieren Schulbücher, auf Anregung der deutschen Bundesbildungsministerin Schavan soll jetzt sogar ein gesamteuropäisches Geschichtsbuch geschaffen werden. Die Bestrebungen, eine transnationale, eine europäische Geschichtsschreibung zu etablieren, finden breite und nachhaltige Unterstützung. Seit einiger Zeit sind Historiker aus verschiedenen Ländern Europas dabei, *europäische Erinnerungsorte* zu bestimmen, d.h. sie versuchen, das von Pierre Nora für Frankreich initiierte Projekt, das in vielen Einzelstaaten Nachahmung gefunden hat, auf die europäische Dimension zu übertragen und suchen nach Stützpunkten, die in der Lage wären, der angestrebten kontinentalen Erinnerungsgemeinschaft den nötigen Halt zu geben (vgl. François, in diesem Band; vgl. ferner Duchhardt 2002, Escudier et al. 2001).

Bislang ist diese Suche nicht sonderlich erfolgreich verlaufen. Damit überhaupt *Erinnerungsorte* Europas identifiziert werden können, wurden die Kriterien gleichsam ermäßigt. Zu europäischen Erinnerungsorten werden historische Geschehnisse und Manifestationen bereits dann geadelt, wenn sie transnationale Wirkung und Verbreitung haben. Das ist aber eine sehr unspezifische Bestimmung, denn in diesem Sinne sind vermutlich fast alle größeren historischen Ereignisse europäische Ereignisse, und man könnte getrost die Mehrzahl der Erinnerungsorte, die Pierre Nora (1984ff., 2005) in mehreren Bänden unter dem Titel *Les Lieux de mémoire* für Frankreich zusammengestellt hat, und der Erinnerungsorte, die von Etienne François und Hagen Schulze (2001) für Deutschland ausfindig gemacht worden sind, und darüber hinaus der vielen weiteren Erinnerungsorte anderer Einzelstaaten Europas zu europäischen Erinnerungsorten erklären, die Tour de France so gut wie Richard Wagners Bayreuth, den *Code Civil* wie Goethe, Karl den Großen wie Versailles oder Verdun, Marcel Proust wie Kaiser Barbarossa. Wenn aber alles, was auch jenseits der eigenen nationalen Grenzen Aufmerksamkeit

erzielt hat und Wirkungen hinterlässt, zum europäischen Erinnerungsort wird, dann ist die gesamte große Literatur und Kunst, dann sind alle herausragenden historischen Ereignisse europäisch. Man kann das so sehen, – aber dieses Verständnis der europäischen Erinnerungsorte beschränkt sich darauf, die anderen Nationen einzuladen, die jeweils eigenen Erinnerungsorte gegenseitig anzuerkennen und gemeinsam zu begehen. So gesehen, beruhen die europäischen Erinnerungsorte auf dem Prinzip der Addition: Europa legt die Erinnerungsorte seiner Einzelstaaten zusammen, und die Einzelstaaten laden die anderen Mitgliedsländer ein, die eigenen Erinnerungsorte gemeinsam zu würdigen. In diesem Sinne verstand z.B. der französische Präsident Nicolas Sarkozy offenbar die Feiern zum Jahrestag der Französischen Revolution im Juli 2007 als *Fest Europas*. Zum französischen Nationalfeiertag der Erinnerung an den Sturm auf die Bastille lud Sarkozy die 26 EU-Partnerstaaten Frankreichs zu einer gemeinsamen Feier ein. An der Militärparade nahmen Besucher und Abordnungen aus allen Partnerstaaten teil.

So verstandene Erinnerungsorte sind im Grunde das getreue Pendant zu einem Europa-Konzept, das sich mit zwischenstaatlicher Kooperation begnügt. Das ist beileibe nicht nichts, es dient dem Abbau des Nationalismus und der Vorurteile. Aber mit einer gemeinsamen europäischen Seele hat das wenig zu tun. Europäisch sind diese Erinnerungsorte vorerst nur insofern, als sich jetzt nicht mehr nur die eigene Nation erinnert, sondern die Erinnerungsgruppe über die Grenzen des jeweiligen Staates hinaus erweitert wird. Aber ist der Pariser Mai 1968 schon deswegen ein europäischer Erinnerungsort, weil auch die Deutschen (und andere Europäer) ihn kennen und weil „1968“ nicht nur in Frankreich und Deutschland, sondern fast überall auf der Welt das Signum für Rebellion und kulturelle Umwälzung ist? Um Beliebigkeiten dieser Art zu vermeiden, müsste man an dem Kriterium festhalten, dass nur jene Phänomene den Titel eines europäischen Gedächtnisortes verdienen, die nicht nur transnationale Wirkungen gezeitigt haben, sondern die auch Europäisches intendieren, die in sich selber bereits Zeugnisse europäischer Gemeinsamkeit und europäischer Einigungsbestrebungen sind oder zumindest von den Trägern und Vorreitern eines einheitlichen europäischen Gedächtnisses post festum so ausgelegt werden können. Jedenfalls sind Ereignisse, die europaweit rezipiert werden, keineswegs automatisch europäische Erinnerungsorte (vgl. Funke 2002: 8).

Etwas, das den Namen eines kollektiven europäischen Gedächtnisses verdiente, ist bislang auch an anderen Stellen nicht in Sicht. Der 9. Mai, der 1985 zum Europatag bestimmt wurde, erfreut sich nicht gerade großer Popularität. Er würdigt Robert Schumans berühmte Erklärung vom 9. Mai 1950 in Paris, auf die die Gründung der Europäischen Ge-

meinschaft für Kohle und Stahl zurückgeht. Der französische Historiker Rouso (2004: 11) hat in einer kurzen Analyse der offiziellen Plakate der Jahrestage dieses Datums zwischen 1996 und 2004 gezeigt, dass der Tag in einem emotional entleerten historischen Niemandsland angesiedelt ist. Mit anderen Worten: Die Jahrestage erinnern zwar an den *Willen* zur europäischen Einigung, aber die *Seele* Europas sprechen sie in keiner Weise an.

Ohnedies treffen die Versuche und Bemühungen, Europa eine *Seele* zu geben, keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Von den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden sie eher behindert als gefördert. Das Ergebnis des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2007 in Brüssel belegt das. Im Text des nun in Aussicht genommenen EU-Grundlagenvertrags, der den gescheiterten Verfassungsvertrag ersetzen soll, wird der Ausdruck *Verfassung* gar nicht mehr vorkommen, auch auf die Nennung von Fahne und Hymne als den großen Symbolen der europäischen Einigung soll verzichtet werden. Das ist eine deutliche Bedeutungsminde rung eben jener Elemente einer europäischen Identität, die dazu geeignet wären, den Einzelstaaten nicht nur administrativ, sondern auch in den Emotionen den Schneid abzukaufen. Offenbar soll die *Seele* der politischen Ordnungen weiterhin den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. In einem Manifest zur Vorbereitung des neuen Parteiprogramms der SPD heißt es z.B.: „Nation umfasst den Begriff, in dem viele Menschen, in und über Europa hinaus, sich zu Hause, gebunden, verpflichtet und aufgehoben fühlen. Das wird jenseits jeder Globalität für eine nicht überschaubare Zukunft so bleiben. Für das Wohl unserer Nation arbeiten wir, stolz, aber nicht überheblich.“ (Bahr/Stützle/Gießmann 2007: 8)

Das Gedächtnis der Shoah

Die Erinnerung, die in Europa vorherrscht, ist die Erinnerung an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts mit der Kulmination in zwei verheerenden Weltkriegen und dem Menschheitsverbrechen der Shoah (vgl. Frei, in diesem Band). Man kann sich fragen, warum ausgerechnet die Erinnerung an diese furchtbaren Ereignisse einen so breiten Raum einnimmt und alle anderen Zeiten der europäischen Vergangenheit vollkommen überstrahlt. Die Tatsache, dass die schreckliche Vergangenheit nicht vergehen will, wird im europäischen *mainstream* heute keineswegs mehr für eine beklagenswerte Tatsache gehalten. Einige Jahrzehnte lang ist das nach 1945 völlig anders gewesen. Es herrschte das Einverständnis, dass das Ziel der europäischen Integration, nämlich die Überwin-

derung der wirtschaftlichen und politischen Ursachen der beiden Weltkriege, am besten zu erreichen ist, wenn man – jedenfalls auf der politischen Ebene – von den Gewaltexzessen und von der Vernichtung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten nicht allzu viel Aufhebens macht, weder in den drei Nachfolgestaaten des Dritten Reiches, also in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich, noch in den Beziehungen zwischen den Staaten. Churchill forderte in seiner berühmten Rede von 1946 über die Notwendigkeit eines vereinten Europa, Gladstone zitierend, einen „segensreichen Akt des Vergessens“, und er fügte hinzu: „Wenn Europa vor endlosem Elend und schließlich vor seinem Untergang bewahrt werden soll, dann muß die europäische Völkerfamilie diesen Akt des Vertrauens und diesen Akt des Vergessens gegenüber den Verbrechen und Wahnsinnstaten der Vergangenheit vollziehen.“ (Churchill 1946: 312) Tatsächlich wurden nach dem Ende des Krieges die Erinnerungen gleichsam eingefroren, der Kalte Krieg schnürte die westlichen Staaten mit den Westdeutschen, die Ostdeutschen mit den sozialistischen Staaten zusammen und bestimmte die Geschichtsbilder im Inneren der Staaten wie zwischen ihnen. Gewaltexzesse, Antisemitismus und Kollaboration spielten darin kaum eine Rolle, jeder Staat und jeder Staatenblock konstruierte seine eigenen Geschichtsmythen, in denen alles Belastende so weit wie möglich ausgespart wurde.

Seit dem Ende der 50er Jahre hat sich das nach und nach und gegen viele Widerstände geändert, zuerst in der Bundesrepublik, seit den 80er Jahren auch bei vielen ehemaligen deutschen Kriegsgegnern, die damit begannen, ihre eigene Geschichte nicht mehr durchgehend in den leuchtenden Farben des Widerstands gegen die Deutschen zu malen, sondern eigenes Fehlverhalten und ängstliche Anpassungsbereitschaft, Kooperation und Kollaboration, Antisemitismus und Heuchelei des eigenen Landes zum Thema zu machen. Eine Reihe von gut gehüteten Mythen geriet nachhaltig ins Wanken: In Frankreich waren nun nicht mehr alle in der *Résistance* gewesen, die Österreicher mussten sich davon verabschieden, das reine Opferlamm gewesen zu sein, das gegen seinen Willen zum Anschluss an das Deutsche Reich gezwungen worden war, und sogar in der Schweiz begann eine Diskussion darüber, dass die Banken an der Shoah gut verdient hatten und die Grenzen für die Flüchtlinge nicht so offen waren, wie die meisten geglaubt hatten.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde dann die Erinnerung an die Shoah gleichsam per Dekret ins Zentrum der europäischen Gedächtnispolitik gestellt. Unter den zahlreichen Staaten, die vom 26. bis 28. Januar 2000 mit hochrangigen Vertretern am *International Forum on the Holocaust* in Stockholm teilnahmen, waren 13 Mitgliedstaaten der EU. Im letzten Artikel der dort verabschiedeten sog. Stockholm-Erklärung heißt

es: „Es ist durchaus angemessen, dass diese erste große internationale Konferenz des neuen Jahrtausends sich dazu bekennt, die Saat einer besseren Zukunft in den Boden einer bitteren Vergangenheit zu streuen. Wir fühlen mit den Opfern, und ihr Kampf ist uns Ansporn. Wir wollen uns verpflichten, der Opfer zu gedenken, die ihr Leben gelassen haben, die noch unter uns weilenden Überlebenden zu achten und das gemeinsame menschliche Streben nach gegenseitigem Verstehen und nach Gerechtigkeit zu bekräftigen.“ (Zit. nach: www.holocausttaskforce.org) An anderer Stelle der Erklärung wird die Einrichtung eines jährlichen Holocaust-Gedenktages angeregt, der heute in einer Reihe von Ländern jeweils am 27. Januar, dem Tag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, begangen wird.

Die organisierte Holocaust-Erinnerung geht über den europäischen Rahmen hinaus. Auf Initiative des schwedischen Premierministers Göran Persson wurde 1998 die *Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance, and Research* eingerichtet. An ihr sind gegenwärtig 24 Staaten beteiligt. Ihr Ziel ist es, die Erinnerung an die Shoah zu einer universalen Angelegenheit zu machen. Und am 24. Januar 2005 haben auch die Vereinten Nationen zum ersten Mal in ihrer Geschichte in einer Sondersitzung des Holocaust gedacht. UN-Generalsekretär Kofi Annan sagte in seiner Ansprache: „Das Böse, das sechs Millionen Juden und andere in diesen Lagern vernichtet hat, bedroht uns alle auch heute noch.“ Die Verbrechen der Nazis seien „nichts, das wir einer fernen Vergangenheit zuschreiben dürfen, um es zu vergessen.“

Gedenktage, Arbeitsgruppen und Konferenzen sollen die Erinnerung an das Verbrechen der Shoah zum Ausgangspunkt und Rückhalt Europas und der Menschheit machen. Man kann das begrüßen und darin die historische und moralische Basis für die universale Verteidigung der Menschenrechte und den Schutz von Minderheiten sehen. Aber der Preis für diese Universalisierung der Erinnerung an die Shoah ist hoch (vgl. zum folgenden Assmann 2006: 255ff.). Sie geht auf Kosten von Präzision und Konkretion. Die verschiedenen Gedächtnisebenen mit ihren unterschiedlichen Perspektiven, Inhalten und Akzenten werden zugunsten eines einheitlichen Fixpunktes der Erinnerung nivelliert. In den Ländern Europas knüpft die Erinnerung an die Shoah an konkrete Erfahrungen an, sie ist, bei Tätern wie Opfern, zentraler Bestandteil so gut wie jeder Familiengeschichte, sie ist verbunden mit Orten, die man aufsuchen kann, mit Räumen, die die Nazis für ihr Vernichtungswerk aussuchten und herrichteten, mit Spuren, die zwar zum Teil durch die Zeit verwischt wurden, aber immer noch sichtbar geblieben sind. Es ist nicht schwer, eine Karte des Terrors anzufertigen, mit dem die Nazis die Länder Euro-

pas überzogen haben. Es sind immer ganz spezifische, unverwechselbare Erinnerungen, die sich in den europäischen Ländern, den Orten des Krieges und der Vernichtungspolitik, mit der Zeit des Nationalsozialismus verbinden. Sie sind in Deutschland natürlich ganz anders als bei den Kriegsgegnern und den von den Deutschen okkupierten Ländern. Aber auch innerhalb dieser Gruppe sind sie wiederum sehr unterschiedlich, in Frankreich anders als in den Niederlanden oder in Italien oder in den skandinavischen Ländern oder in Österreich oder in England. Und noch einmal ganz anderer Natur sind sie in den osteuropäischen Ländern, bei denen zur Erinnerung an die Leiden unter den Deutschen die Erinnerungen an die zweite Terrorherrschaft unter dem Diktat der Sowjetunion hinzukommen, die man im Westen nur aus der Beobachterposition kennt.

Die Unterschiedlichkeit und Mannigfaltigkeit der Erinnerungen, ihre Kollisionen und ihr Antagonismus, ihre Radikalität und Unversöhnlichkeit, ihre Gegenwärtigkeit und Macht – all das wird im Versuch der Europäisierung und Universalisierung der Holocaust-Erinnerung mit einer großen pathetischen Geste übersprungen und nivelliert. Der Versuch, den Kosmos der je spezifischen Erinnerungen auf ein vereinheitlichendes Zentrum hin auszurichten, führt zu Moralisierung, Entwirklichung und Mythisierung der Vernichtungsterrors der Nazis. Am Ende wird die Shoah zum Teil des ewigen Kampfes, in dem die Kräfte des Bösen und des Guten miteinander ringen. Das hat mehr mit religiösem Bewusstsein als mit politischer Urteilskraft zu tun. Die Erinnerung an die Shoah verwandelt sich damit in Gedächtnisreligion. Rituale treten an die Stelle von Erinnerungen an konkrete, benennbare, in Raum und Zeit lokalisierbare Geschehnisse. Zum Wesen religiöser Rituale und Zeremonien gehört, dass sie Zeit und Geschichte ausschalten und vergangene Ereignisse in die Gegenwart hineinziehen. Dadurch aber wird die Erinnerung abstrakt, sie löst sich von den realen Koordinaten der vergangenen Ereignisse, von lokalen Gegebenheiten und der Beziehung auf Personen, Situationen, Umstände, Räume und Orte. Zurück bleibt ein entleertes, inhaltsloses Konstrukt, auf das sich vielleicht alle als gemeinsamen Bezugspunkt beziehen und verständigen können, das aber alles Herausfordernde verloren hat und zum Kitsch wird, weil es der Härte der realen Erfahrungen und antagonistischen Erinnerungen gar nicht mehr angemessen ist. Ritualisierungen dienen der Bändigung der Erinnerungen, sie wissen immer schon und viel zu gut, wohin die Erinnerungen führen sollen. Es ist besser und auch realistischer, vom Gegenteil auszugehen. Was das Gedächtnis Europas braucht, ist nicht die Integration der Erinnerungen in eine Gedächtnisreligion, in der sie rituell gezähmt werden,

sondern umgekehrt die Bewahrung und Öffnung von Räumen für konkrete Erzählungen und Erfahrungen.

Erinnern und Vergessen

Polen hat zuletzt in der EU für mehr Unruhe und Wirbel gesorgt als jedes andere Mitglied. Erst schlug sich das Land im Irakkrieg auf die Seite der durch die USA angeleiteten *Koalition der Willigen* und machte keinen Hehl daraus, dass es generell sein Heil eher an der Seite der USA als bei den europäischen Nachbarn sieht, sodann entwickelte es sich zum hartnäckigsten Ablehner des anvisierten neuen Grundlagenvertrags und verband das mit einer prononciert antideutschen Haltung, die sich aus der Erinnerung an die Zeit der deutschen Schreckensherrschaft speist. Der polnische Ministerpräsident Kaczyński wartete im Vorfeld des Brüsseler EU-Gipfels im Juni 2007 mit einer Vergangenheitsrechnung auf, die im westlichen Europa kaum noch jemand für möglich gehalten hatte und viel Kopfschütteln hervorrief. Wenn es keinen Krieg gegeben hätte, so meinte er, würden in Polen heute nicht 38 Millionen, sondern 66 Millionen Menschen leben. Dieses Faktum sei bei der Frage der Stimmengewichtung in der EU zu bedenken, weswegen Polen besser und Deutschland entsprechend schwächer berücksichtigt werden müsse.

Die Bundeskanzlerin Merkel als amtierende europäische Ratspräsidentin begegnete diesen vergangenheitspolitischen Rechnungen beim Treffen der europäischen Regierungschefs in Brüssel in der ihr eigenen Weise mit einer alles in allem erfolgreichen Charmeoﬀensive. Die Kommentare in einigen deutschen Zeitungen waren dagegen deutlicher und spielten den aggressiven Ball der Polen beleidigt und mit kaum geringerer Wucht zurück. In der *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* kommentierte Volker Zastrow (2007): „Allenfalls die Zahlungen der Union, die ziemlich dem deutschen Beitrag entsprechen, streicht Polen gern ein, sonstige ausgezeichnete Dienste, die Deutschland freimütig geleistet hat, werden ungnädig in Anspruch genommen. Warschau sieht sich ohnehin als Deutschlands moralischen Gläubiger und die deutsche Schuld als nichtwiedergutzumachend, also praktischerweise untilgbar an.“

Man sieht: Die Polen sind undankbar, es geht ihnen nur ums Geld, die Deutschen sind freimütig und großzügig und werden ausgenutzt und vorgeführt. Das gute Gedächtnis der einen dient aus der Perspektive der anderen nur dem Zweck, die alten Feindschaften zu verlängern und daraus politisches Kapital zu schlagen, im Grunde ist es eine nur wenig kaschierte Form der Rache. So kehren dann auch zwischen den Ländern

die Gespenster jenes *Gedächtnisregimes*⁴ zurück, das für das nationale Zeitalter typisch gewesen ist. Denn tatsächlich ist es, wie Zastrow (2007) im gleichen Kommentar schreibt, „der Dämon einer anderen, vergangen geglaubten Zeit, dessen giftiger Atem da plötzlich durch die Glaspaläste des modernen Europa streicht“, – allerdings nicht nur – wie Zastrow meint – auf Seiten der Polen, sondern auch in seinen eigenen Sätzen.

Kein Zweifel, dass die polnische Regierung im europäischen Verfassungsvertrag fälschlicherweise offenbar eine Art von Reparationsleistung für die Verbrechen sieht, die die Deutschen ihnen angetan haben. Aber dieser kleine Erinnerungskrieg, den die Polen den Deutschen erklärt haben, kommt der Härte der Kollisionen zwischen dem polnischen und dem deutschen Gedächtnis weitaus näher als eine Gedächtnisreligion, die im rituellen Gedenken alle realen Gegensätze für nichtig erklärt. Wer könnte leugnen, dass Polen aufgrund seiner historischen Erfahrung der letzten 200 Jahre allen Grund zur Skepsis den Deutschen wie überhaupt den großen europäischen Mächten gegenüber hat? Wie kein anderes Land war Polen im 20. Jahrhundert das Experimentierfeld, auf dem die schlimmsten Herrschaftssysteme, die die Geschichte bislang gesehen hat: der Stalinismus und das NS-Regime, ihre terroristischen Werkzeuge ausprobiert und zum Einsatz gebracht haben. Und wer dazu neigt, in der Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkriegs eine spezifisch deutsche Erfahrung zu sehen, sollte sich ein wenig in die polnische Geschichte dieser Zeit vertiefen (vgl. z.B. Krzeminski 2001). Man wird deswegen kaum mehr tun können als zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren, dass die polnischen und deutschen Erinnerungen miteinander kollidieren und nicht so einfach ineinander übersetzbar sind, wie sich das die Stockholmer Konferenz in ihrer Verlautbarung vorgestellt hatte.

Andererseits gilt sogar für Polen mit seiner unendlich leidvollen Geschichte, dass die Opferrolle, mit der das Land sich so gerne identifiziert, dazu angetan ist, vom eigenen partiellen Versagen abzulenken. Der polnische Historikerstreit über das Massaker in Jedwabne im Jahre 1941 zeigt aber immerhin, dass der Mythos der Opfertation nicht mehr ungebrochen fortexistiert und auch in Polen einige Schritte auf dem Weg von der nationalen in die postnationale Erinnerungsära unternommen worden sind. Der Unterschied zwischen den Gedächtnisregimen, die mit diesen Epochen korrespondieren, besteht eben darin, dass *Nationen* auf ihre Gegenwart und ihre Vergangenheit nichts kommen lassen und nur das in ihr Selbstbild aufnehmen, was die Wunschphantasie eigener Stärke, Größe und Reinheit bestätigt. Niederlagen, Enttäuschungen und Erniedrigungen, die man eingestehen muss, dienen hier nur als Anlauf und Treibstoff für die Stunde der Rache. Das Gedächtnisregime der *postna-*

tionalen Konstellation ist dagegen zu einem komplexeren Blick in der Lage, vermag auch die belastenden Seiten der eigenen Geschichte zu akzeptieren und wendet sich ihnen sogar mit größerer Intensität zu, weil daraus für die Zukunft besonders viel gelernt werden kann. Ihre Thematisierung dient nicht der Vorbereitung auf den nächsten Waffengang, sondern umgekehrt dem Ausstieg aus der todbringenden Eskalation von Aggression, Niederlage und Revanche.

Die Alternative, um die es geht, besteht also gar nicht im Erinnern oder Vergessen. Ein gutes Gedächtnis kann nachtragend sein, bestehende Unversöhnlichkeiten und Feindschaften verlängern und neue entstehen lassen. Deswegen wurde über die Jahrhunderte hinweg die Beendigung von Bürgerkriegen und zwischenstaatlichen Kriegen fast immer an *oblivio et amnestia* gebunden, an Vergessen und Vergeben. Das verordnete Vergessen und Vergeben führte dann aber doch immer nur zu einem mehr oder weniger schnell wieder aufgekündigten Stillhalteabkommen. Im Versailler Vertrag am Ende des Ersten Weltkriegs wurde zum ersten Mal in einem bedeutenden Friedensschluss nicht das Vergeben und Vergessen angekündigt und verlangt, sondern das Gegenteil. Dem Deutschen Reich wurde die Schuld am Ausbruch des Krieges zugeschrieben, die Deutschen wurden moralisch geächtet, und statt Amnestie wurde die Durchführung von Strafprozessen wegen Kriegsverbrechen angekündigt. Dieses erzwungene Gedächtnis traf die Weimarer Republik ganz unvorbereitet. Es führte nicht zum Abbau der Feindschaften, sondern trug zu ihrer Eskalation bei und gehört deswegen in die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs.

Mit anderen Worten: Es geht nicht um die einfache Alternative zwischen Erinnern oder Vergessen, sondern darum, der fortwirkenden destruktiven Macht der Vergangenheit zu entkommen. Die Frage, ob das eher durch Vergessen oder durch Erinnern geschehen kann, ist dann noch ganz offen. Das postnationale Gedächtnisregime glaubt, den fortwirkenden Bann der Vergangenheit am besten dadurch aufzulösen, dass die belastenden Vergangenheiten erinnert und damit der Bearbeitung zugänglich gemacht werden. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Macht der Vergangenheit über die Gegenwart nur aufgelöst werden kann, wenn man ihr ins Auge blickt, sie ungeschönt akzeptiert und in das Selbstbild aufnimmt. (Im Hintergrund dieses Erinnerungsmodells stehen Überlegungen aus der Psychoanalyse Freuds, die hier aber nicht näher dargestellt werden können).

Der Osten im Gedächtnis Europas

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus seit 1989 hat eine Umwälzung der europäischen Gedächtnislandschaft bewirkt, die vorerst nur in Ansätzen sichtbar geworden und noch längst nicht an ihr Ende gekommen ist. Erinnerungen, die lange auf Eis gelegt waren, gerieten in Aufruhr, wurden freigesetzt, und eine neue Dynamik des Erinnerns und Vergessens kam in Gang. Sie betrifft, auf den ersten Blick jedenfalls, in besonderem Maße die osteuropäischen Länder. Das Auftauchen der unter autoritärem Verschluss gehaltenen Erinnerungen ging hier einher mit der Neuauflage vergessener Abgrenzungen, mit mörderischen Feindbildern und dem Auffrischen von Rechnungen, von deren Existenz hierzulande kaum noch jemand eine Ahnung hatte. Aggressive und autistische nationale Mythen, die im Westen nur noch in den Geschichtsbüchern stehen, erfuhren eine Wiederauferstehung, und das nationale Gedächtnisregime gewann, als sei es das natürlichste der Welt, die Oberhand. Das ist der vorherrschende Trend in so gut wie allen osteuropäischen Ländern, in Polen nicht anders als in Ungarn oder in Tschechien, zu schweigen von Russland. Überall dominiert die Neigung, nationale Mythen wieder hervorzuholen, belastende Geschehnisse auszublenden, weit in der Geschichte zurückliegende heroische oder kränkende Ereignisse zu Bezugspunkten der Gegenwart zu machen und alte Helden zu revitalisieren (vgl. Samerski 2007). Nur nach und nach kühlen die Überhitzungen hier und da auch wieder ab. Die Gegenstimmen von einzelnen *remembrancern*⁵ und besonnenen Gruppen, die es immerhin gibt und die bewundernswürdige Arbeit leisten (wie z.B. die Gruppe *memorial* in Russland), sind in der Minderheit und haben einen schweren Stand.

Aber die Sache in dieser Weise zu sehen, ist zugleich eine Reduktion. Sie steht noch ganz im Bann der westlichen Entwicklung, die hier zum Muster erhoben wird, – man schüttelt über den Osten verwundert den Kopf und tut so, als wenn die Turbulenzen dort eine inneröstliche Angelegenheit wären, die das Selbstbewusstsein und das Selbstbild des restlichen Europa nicht weiter berührt. In diesem Selbstbild hat das westliche Europa die Vorreiterrolle, und die Pflicht zur nachholenden Entwicklung liegt bei den anderen. Diese Perspektive ist zwar für den Westen schön und beruhigend, aber sie verzerrt die Lage, und sie ist meilenweit von allem entfernt, was man sich unter einem Gedächtnis Europas vorstellen könnte.

In Wirklichkeit ist das Ende der europäischen Spaltung in seinen Wirkungen nicht auf das Territorium, die Institutionen, das Bewusstsein und die Erinnerungen im Osten eingrenzbar. Sowenig die neue Bundesrepublik nur die vergrößerte Fassung der alten ist, so wenig ist das Hin-

zukommen Osteuropas einfach nur so etwas wie ein Raumgewinn oder eine *Osterweiterung* Kerneuropas. Wenn sich der Osten verändert, verändert sich auch der Westen, es verändern sich die Antworten auf die Frage, was Europa ist, so wie sich die Antworten auf die Frage verändern, was die Bundesrepublik ist. Mit der Öffnung von Grenzen und Räumen und dem Ziehen neuer Grenzen kommt ganz unvermeidlich und auf allen Seiten eine neue Bewegung in die Selbstbilder und die Erinnerungslandschaften, es entstehen neue Beschreibungen und Zuordnungen. Man kann das an der neuesten Runde der deutschen Sonderwegdiskussion gut erkennen. Ist die neue Bundesrepublik die Vollendung des langen deutschen Wegs nach Westen, oder rückt sie jetzt nach Osten (vgl. Winkler 2000 II: 564)? Und bekommt die neue Bundesrepublik wenigstens ein Bewusstsein, eine Sensibilität für den gewaltsamen Untergrund, auf dem ihre Westverschiebung stattgefunden hat, und für den Verlust, der damit verbunden ist, also dafür, dass alle Beziehungen, die über Jahrhunderte hinweg zum europäischen Osten bestanden haben, gewaltsam durchtrennt worden sind (vgl. die Beiträge von Geremek und Schlögel, in diesem Band)? Was für die alte Bundesrepublik gilt, das gilt für das westliche Europa insgesamt: Die Geschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist nicht nur eine einzigartige Erfolgsgeschichte friedlicher Beziehungen und stabiler demokratischer politischer Systeme, sondern zugleich eine Geschichte, in der der Gesamtzusammenhang Europas zerstört worden ist. Und natürlich liegen die Wurzeln und Ursachen dieser Zerstörung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die lieb gewordenen alten Gewissheiten des postnationalen Gedächtnisregimes, die sich im Westen durchgesetzt haben, sind keinesfalls davor gefeit, ins Wanken zu geraten. Der Osten kehrt in den europäischen Erinnerungs-Horizont zurück, aus dem er umso mehr verschwunden war, je länger die Teilung des Kontinents gedauert hatte. Die alte Behauptung, dass nicht ein für allemal feststeht, worin Europa besteht, sondern dass Europa eine Konstruktion ist, zeigt ihre neue Wahrheit. Immer wieder haben sich die Vorstellungen über die Ziele und Grenzen Europas geändert, und sie werden sich auch in Zukunft ändern. In den kommenden Jahren werden sie zu einem großen Teil davon abhängen, welche Rolle Osteuropa (und die Türkei) darin spielt. Auch die Erkenntnis, dass der Osten die offene Grenze Europas markiert, ist nicht neu. Vielleicht hatte sich der Westen auch deswegen nach und nach mit der Existenz des Eisernen Vorhangs in der Mitte Europas abgefunden, weil er ihm die Beschäftigung mit dieser vertrackten Frage abnahm.

Das ist nun vorbei. Geblieben sind die Abneigung, sich mit dem Osten zu beschäftigen, und die Abwertung, die ihm entgegengebracht wird. Und auch sie haben eine lange Geschichte. Das Wort Osteuropa entstand

als Fremdbezeichnung, – seit dem Wiener Kongress begann sich der Begriff durchzusetzen, aber nur im westlichen Teil, in dem Teil also, der sich bis heute als Kern-Europa versteht. Mit dem Begriff war von Anfang an die Markierung einer Differenz und eines Überlegenheitsgefühls verbunden. Ernst Moritz Arndt meint in einer Schrift aus dem Jahre 1814, dass der Osten seine Geschichte bereits hinter sich hat und in Erstarrung übergegangen ist, während der Westen dynamisch voranschreitet. „Still steht der Ost in Art, Sitte, Gesetz, Weltansicht, Gottesdienst, er steht lange schon still in einer Beständigkeit, die man fast eine Erstarrung nennen mögte. [...] Beweglich ist der Westen, beweglich ist Europa, ja es ist das bewegteste.“ (Arndt 1814: 9) Bei anderen ruft der Osten das Gefühl des gleitenden Übergangs nach Asien wach und damit die Vorstellung des asiatischen Despotismus. Gegen ihn muss man sich wehren, und kriegerische Überfälle sind dann als präventive Abwehrschlacht immer legitimiert (vgl. Langewiesche 2000: 220). Und schließlich spielt der Osten in den deutschen Größenphantasien eine bis heute unaufgeklärte Rolle als kolonialer Raum, dessen Unterwerfung es möglich machen würde, endlich mit den westeuropäischen Kolonialreichen gleich zu ziehen.

Es ist an der Zeit, dieses eingeschliffene Verhältnis zwischen West und Ost einer selbstkritischen Prüfung zu unterziehen. In jedem Fall fordern das Ende der Teilung und die daran anschließenden gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Umwälzungen einen neuen Blick, andere Perspektiven, andere Fragen, andere Begriffe. Zur europäischen Geschichte nach 1945, so betont Rousso (2004: 1) zu Recht, gehört nicht mehr nur die Epoche des Wirtschaftswachstums, der demokratischen Institutionen, der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland. Es muss jetzt auch die Hinterlassenschaft des Kommunismus und des Stalinismus mit einbezogen werden. Damit tun sich viele Intellektuelle und Wissenschaftler sehr schwer, vor allem in der Bundesrepublik, aber auch in Frankreich oder Italien, wo damit zugleich ein Stück Geschichte der eigenen kommunistischen Parteien verbunden ist. Aber es kann im Ernst nicht bezweifelt werden, dass eine andere Geschichte Europas geschrieben werden muss bzw. besser gesagt: die Geschichte Europas anders geschrieben werden muss, „weniger optimistisch, dafür aber um so offener gegenüber den historischen Lasten, den langsamen Rhythmen des Wandels sowie den möglichen Sackgassen fortschrittlicher Ideen“ (Rousso 2004: 1).

Die Bewegungen in diese Richtung deuten an, wohin die Reise der europäischen Gedächtnislandschaft gehen wird. Die geistige Rückkehr des Ostens in den europäischen Horizont steht aber erst am Anfang. Das Interesse dafür ist immer noch sehr gering und erst in Ansätzen vorhan-

den. Die Möglichkeit, nach der Zurückverwandlung der Länder des Warschauer Paktes in das östliche Europa einen neuen Blick auf Geschichte und Erinnerung dieser Länder und damit auch auf die eigene Geschichte und Erinnerung zu werfen, trifft auf viele Widerstände. Aber es ist naiv, die jetzt gegebenen Möglichkeiten etwa deswegen auszuslagern, weil damit die Verwestlichung bzw. Westernisierung der Bundesrepublik abgewertet und das Bewusstsein von der Einzigartigkeit des Holocaust und ihrer Bedeutung für das Geschichtsbewusstsein der Bundesrepublik auf dem Spiele stehen könnte. Es führt kein Weg daran vorbei: Mit der Wiederkehr des Ostens in den europäischen Horizont ist eine Debatte über den Kommunismus, über die russische Revolution, den Marxismus-Leninismus, den Gulag und die Unterdrückungsgeschichte des sowjetischen Imperiums gegen seine eigene Bevölkerung und den europäischen Osten ganz unvermeidlich geworden. Aber auch eine Debatte über die Geschichte und das Ausmaß der erzwungenen Umsiedlungen, der ethnischen Säuberungen und Vertreibungen, die bislang nirgendwo angemessen zum Thema gemacht wurden und die nicht anders als der Kommunismus ein wahrlich gesamteuropäisches Phänomen sind, steht auf der Tagesordnung. Vom Sprengstoff, der in diesen Themen liegt, und zwar für den Osten wie für den Westen, haben wir bislang vermutlich nicht mehr als einen kleinen Vorgeschmack bekommen (vgl. osteuropa 2007; Ackermann 2002; Troebst 2006).

Die links wie rechts, im Osten wie im Westen auf je eigene Art gut eingespielten und vehement verteidigten Wahrnehmungsmuster, Begriffe und Codierungen werden dabei nicht sonderlich hilfreich sein. Eher ist das Gegenteil der Fall. Wenn z.B. die Angst vor den zweifellos existierenden Verzerrungen der Totalitarismustheorie der 50er Jahre, gegen die die 68er Linke so vehement angekämpft hat, nur noch dazu dient, die Realität der verbrecherischen kommunistischen Herrschaft nicht zur Kenntnis zu nehmen, dann bleibt wohl nichts anderes übrig, als sie einfach beiseite zu schieben und auf sich beruhen zu lassen. Man muss sich generell davor hüten, die Schreckensgeschichten des 20. Jahrhunderts zu schnell einzusortieren und zu verstehen. Das gilt zumal für die Deutschen, denen zweifellos eine Vorreiterrolle bei der Entstehung des postnationalen Erinnerungsregimes zukommt, die aber womöglich bei der Wahrnehmung der verwickelten Repressionsgeschichte im europäischen Osten einen noch größeren Widerwillen an den Tag legen als die anderen westlichen Gesellschaften. Vorerst besteht die wichtigste Leistung darin, die vielen konkurrierenden, widersprüchlichen, antagonistischen Erinnerungen an die Gewaltgeschichte des 20. Jahrhunderts überhaupt erst einmal zur Kenntnis zu nehmen und der Versuchung zu widerstehen, sie zugunsten einer Homogenisierung des Geschichtsbildes gleich

wieder zurückzudrängen. Was Hannah Arendt 1959 bei der Verleihung des Lessingpreises der Stadt Hamburg im Blick auf die NS-Vergangenheit der Bundesrepublik sagte, sollte auch für Europa beim Umgang mit der Geschichte und dem Gedächtnis der östlichen Länder gelten: Es kommt darauf an, den Erinnerungen und Erzählungen zuzuhören, es geht darum, „zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist und dann zu sehen und abzuwarten, was sich daraus ergibt“ (Arendt 1959: 30). Das ist das Beste, was man gegenwärtig für das Gedächtnis Europas tun kann.

Anmerkungen

- 1 Ich greife hier einige Gedanken auf, die ich zuerst 2007 in einem Aufsatz über Cicero formuliert habe.
- 2 Dieser Unterschied zwischen Gedächtnis und Geschichtsschreibung ist das, was Fried (2003, 2004) in seinen Studien den Historikern so nachdrücklich ins Stammbuch schreiben möchte. Vgl. zur Unterscheidung zwischen Geschichte und Gedächtnis ferner Ricoeur 1997: 440ff.
- 3 Vgl. Barrès, *Mes Cahiers*, Tome XIII (1950: 335): „La Patrie, c’est la terre de nos morts“. An anderer Stelle wird der Zusammenhang dieser Bestimmung mit dem Antisemitismus deutlich: „Die Juden haben kein Vaterland in dem Sinne, wie wir dies verstehen. Für uns ist das Vaterland der Boden und unsere Vorfahren, es ist die Erde unserer Toten. Für sie ist es der Ort, an dem sie ihre größten Gewinne verwirklichen können.“ (Barrès, *Scènes et doctrines du nationalisme* (1902), Paris 1987, hier zitiert nach: Bielefeld 2003: 169f.)
- 4 Den Begriff Gedächtnisregime bilde ich hier in Anlehnung an Sahlin/Koselleck/Hartog 2003. Siehe auch Rouso 2004: 8.
- 5 Mit diesem Wort umschreibt Burke (1989: 301f.) eine der Aufgaben des Historikers: „Einst gab es in England einen Beamten, der den Titel *Remembrancer* trug, in Wahrheit war dies ein Euphemismus für den Schulden-Eintreiber. Es gehörte zu seiner Pflicht, die andern an das zu erinnern, was sie selbst gern vergessen wollten. Als *Remembrancer* tätig zu werden, ist eine der wichtigsten Aufgaben, die der Historiker wahrzunehmen hat.“

Literatur

- Ackermann, Ulrike (2002): Vergessen zugunsten der Zukunft? Zur Debatte über Vertreibungen, in: Merkur 643, 56. Jg.
- Arendt, Hannah (1959): Gedanken zu Lessing. Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten, in: Dies. (2001): Menschen in finsternen Zeiten, München.
- Arndt, Ernst Moritz (1814): Über Sitte, Mode und Kleidertracht. Ein Wort aus der Zeit, Frankfurt a.M.
- Assmann, Aleida (2006): Der lange Schatten der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, München.
- Bahr, Egon/Walther Stützle/Hans J. Gießmann (2007): Europäische Friedenspolitik im 21. Jahrhundert, in: FAZ, 9. August.
- Bielefeld, Ulrich (2003): Nation und Gesellschaft. Selbstthematizierungen in Frankreich und Deutschland, Hamburg.
- Burke, Peter (1989): Geschichte als soziales Gedächtnis, in: Aleida Assmann/Dietrich Harth (Hg.) (1991): Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung, Frankfurt a.M.
- Churchill, Winston (1946): European Unity. „Something That Will Astonish You“, in: David Cannadine (Hg.), Blood, Toil, Tears and Sweat: Winston Churchill's Famous Speeches, London 1989.
- Doering-Manteuffel, Anselm (2006): Abschied von der alten Bundesrepublik. Edgar Wolfrums geglückte Darstellung der westdeutschen Geschichte, in: Neue Politische Literatur, Heft 2/3.
- Duchhardt, Heinz (Hg.) (2002): Jahrbuch für Europäische Geschichte, Band 3 (Schwerpunktthema: Europäische lieux de mémoire?), München.
- Escudier, Alexandre/Brigitte Sauzay/Rudolf von Thadden (Hg.) (2001): Gedenken im Zwiespalt. Konfliktlinien europäischen Erinnerns, Göttingen.
- François, Etienne/Hagen Schulze (Hg.) (2001): Deutsche Erinnerungsorte, 3 Bände, München.
- Fried, Johannes (2003): Geschichte und Gehirn. Irritationen der Geschichtswissenschaft durch Gedächtniskritik, Stuttgart.
- Fried, Johannes (2004): Der Schleier der Erinnerung. Grundzüge einer historischen Memorik, München.
- Funke, Peter (2002): Europäische lieux de mémoire oder lieux de mémoire für Europa im antiken Griechenland? in: Heinz Duchhardt (Hg.): Jahrbuch für Europäische Geschichte, Band 3, München.
- Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung, Frankfurt a.M. 1998.
- Halbwachs, Maurice (1925): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt a.M. 1985.

- Halbwachs, Maurice (1950): Das kollektive Gedächtnis, Frankfurt a.M. 1985.
- Jeismann, Karl-Ernst (1986): „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewußtsein in der Bundesrepublik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20-21.
- König, Helmut (2007): Cicero – Politik und Gedächtnis, in: Emanuel Richter/Rüdiger Voigt/Helmut König (Hg.): Res Publica und Demokratie. Die Bedeutung von Cicero für das heutige Staatsverständnis, Baden-Baden.
- Krumeich, Gerd (2001): Historische Wissenschaft und europäisches Gedächtnis, in: Vittoria Borsò, Gerd Krumeich und Bernd Witte (Hg.): Medialität und Gedächtnis, Stuttgart/Weimar.
- Krzeminski, Adam (2001): Der polnische Umgang mit der deutschen Vergangenheit in den Oder-Neiße-Gebieten, in: Alexandre Escudier/Brigitte Sauzay/Rudolf von Thadden (Hg.) (2001): Gedenken im Zwiespalt. Konfliktlinien europäischen Erinnerns, Göttingen.
- Langewiesche, Dieter (2000): Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München.
- Lübbe, Hermann (1977): Geschichtsbegriff, Geschichtsinteresse, Basel/Stuttgart.
- Lübbe, Hermann (1985): Die Gegenwart der Vergangenheit. Kulturen und politische Funktionen des historischen Bewußtseins, Oldenburg.
- Marquard, Odo (1973): Inkompetenzkompensationskompetenz? Über Kompetenz und Inkompetenz der Philosophie, in: Ders.: Abschied vom Prinzipiellen, Stuttgart 1981.
- Marx, Karl (1842): Debatten über das Holzdiebstahlgesetz, in: Marx-Engels-Werke Band 1, Berlin 1972.
- Nora, Pierre (Hg.) (1984–1992): Les lieux de mémoire, 7 Bände, Paris.
- Nora, Pierre (Hg.) (2005): Erinnerungsorte Frankreichs, mit einem Vorwort von Etienne François, München.
- Osten, Manfred (2004): Das geraubte Gedächtnis. Digitale Systeme und die Zerstörung der Erinnerungskultur, Frankfurt a.M./Leipzig.
- Osteuropa (2007): Das Lager schreiben, Schwerpunktthema der Zeitschrift osteuropa, Heft 6.
- Renan, Ernest (1882): Was ist eine Nation? in: Ders., Was ist eine Nation? Und andere politische Schriften, mit einem einleitenden Essay von Walter Euchner und einem Nachwort von Silvio Lanaro, Wien/Bozen 1995.
- Ricoeur, Paul (1997): Gedächtnis – Vergessen – Geschichte, in: Klaus E. Müller/Jörn Rüsen (Hg.): Historische Sinnbildung. Problemstellungen, Zeitkonzepte, Wahrnehmungshorizonte, Darstellungsstrategien, Reinbek.

- Rousso, Henry (2004): Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe, 1. Jg., Heft 3.
- Sahlins, Marshall/Reinhart Koselleck/François Hartog (2003): Régimes d'historicité. Présentisme et expériences du temps, Paris.
- Samerski, Stefan (Hg.) (2007): Die Renaissance der Nationalpatrone. Erinnerungskulturen in Ostmitteleuropa im 20./21. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien.
- Troebst, Stefan (Hg.) (2006): Vertreibungsdiskurs und europäische Erinnerungskultur. Deutsch-polnische Initiativen zur Institutionalisierung. Eine Dokumentation, Osnabrück.
- Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft, fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winckelmann, Tübingen 1985.
- Winkler, Heinrich August (2000): Der lange Weg nach Westen, 2 Bände, München.
- Zastrow, Volker (2007): Der polnische Patient, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 24. Juni.

Acht Thesen zur Zukunft Europas¹

ANTHONY GIDDENS

Vor kurzem war ich in Santa Barbara in Kalifornien, wo es eine ganze Reihe Second-Hand-Buchläden gibt. Im entlegensten Winkel in einem dieser Läden stieß ich auf ein Werk, für das ich die stolze Summe von einem Dollar zahlte. Es war von einem Autor namens John Gunther and trug den Titel *Inside Europe*. Gunther hat zahlreiche Bücher über verschiedene Nationen und Regionen der Welt geschrieben. In eben jenem beschreibt er, wie er durch verschiedene Länder in Europa gereist ist, wobei er führende Politiker und Vertreter der breiten Öffentlichkeit interviewte.

Sein Buch wurde 1961 veröffentlicht. Bei der Lektüre wurde mir die außerordentliche Bandbreite der Veränderungen bewusst, die die Entwicklung des Subkontinents in den vierzig Jahren nach der Veröffentlichung des Buches geprägt haben. Zu dieser Zeit war der Kalte Krieg nicht ganz so kalt. Deutschland wird vom Autor als das „feurige Herz Europas“ (Gunther 1961: 11) beschrieben. So gespalten Europa damals bereits war, die Berliner Mauer existierte noch nicht: 40.000 Berliner lebten im Osten, arbeiteten aber wochentags im Westen; 7.000 Westberliner arbeiteten im Osten. Zu diesem Zeitpunkt waren 3,5 Millionen Menschen aus Ostdeutschland geflohen, um für immer in der Bundesrepublik zu leben. Die Sowjetunion wird als „unerschütterliche Macht“ porträtiert, die stabiler als die USA war, und ihr Einfluss auf Osteuropa wird in dem gleichen Licht gesehen. Drei Länder in Westeuropa befanden sich in der Gewalt semi-faschistischer Diktaturen: Portugal, Spanien und Griechenland. In Portugal war Salazar an der Macht, in Spanien Franco und in Griechenland die Obristen.

Gunthers Buch ist ungefähr 600 Seiten lang, aber auf nur vier oder fünf Seiten wird die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) erwähnt, die als interessante, aber eher marginale Entwicklung betrachtet wird. Gunthers Sichtweise war typisch für diese Zeit, von einigen wenigen Visionären abgesehen. Erst die große zeitliche Distanz, aus der wir heute zurückblicken, zeigt uns, wie zentral die Unterzeichnung der Römischen Verträge im Jahr 1957 eigentlich war. Eine der Gemeinschaften, die in der Folge gebildet wurden, die Europäische Atomenergiegemeinschaft (EURATOM), entpuppte sich als Totgeburt, weshalb man sagen könnte, dass Gunthers Sicht der Dinge eigentlich gar nicht so weit von der Wahrheit entfernt war.

Viele Geschichtsbücher über die Europäische Union, genauso wie Geschichtsbücher über das Europa der Nachkriegszeit, sind so geschrieben, als hätte es eine kontinuierliche Entwicklung in Richtung stärkerer Demokratisierung und wirtschaftlichen Erfolges gegeben. Mark Mazowers Ausdruck – der „dunkle Kontinent“ – erscheint hier angemessener. Mazower betont, dass die Geschichte Europas im zwanzigsten Jahrhundert eine Geschichte sowohl der Brüche und Regressionen als auch der Fortschritte ist. Es mag so scheinen, als setze sich Europa aus alten Staaten und Völkern zusammen, aber in vieler Hinsicht ist dies nicht der Fall. Es ist vielmehr „neu, da es sich innerhalb des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder neu erfunden hat“ und dies oft, wie Mazower herausstellt, durch „schubartige Transformationen“. (Marzower 2002) Nach 1918 wurde von Nordeuropa bis in die Balkanstaaten in einer ganzen Reihe von Ländern die parlamentarische Demokratie eingeführt. Die Verfassungen dieser Länder beinhalteten die allermodernsten liberalen Grundsätze. In seinem Werk *Modern Democracies* sprach James Joyce von der „allgemeinen Anerkennung der Demokratie als normale und natürliche Regierungsform“. (Marzower 2002: 4) Dennoch waren zwanzig Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die meisten der jungen Demokratien verschwunden und durch autoritäre Regime ersetzt worden.

Es ist erwähnenswert, dass das ‚goldene Zeitalter‘ des Wohlfahrtsstaates, hinsichtlich dessen ich früher Vorbehalte geäußert habe, von den meisten Beobachtern zu dieser Zeit nicht in dem gleichen Licht gesehen wurde. In den frühen 1960er Jahren schrieb beispielsweise Richard Titmus von einer wachsenden Desillusionierung in Bezug auf die Entwicklung der wohlfahrtsstaatlichen Systeme. „Alle Impulse und Ideale der vierziger Jahre zur Neugründung, zum Wiederaufbau und zur Neuplanung sind jetzt zusammengebrochen“, schrieb er. (Marzower 2002: 429)

All dies führt mich zu meiner *ersten These*: Das Jahr 1989 stellt einen Bruch dar, nicht nur in der Geschichte Europas im Allgemeinen, sondern

in der Geschichte der EU im Besonderen. Der Untergang des osteuropäischen und später auch des sowjetischen Kommunismus hatte natürlich Auswirkungen in der ganzen Welt, die sich so lange im Bann der bipolaren Ära befunden hatte. Europa, Deutschland und Berlin bildeten jedoch die vorderste Front, das „feurige Herz“ des Kalten Krieges, das sich an verschiedenen Punkten zu einem Großbrand hätte ausweiten können. Die EWG/EU war im Wesentlichen ein Produkt des Kalten Krieges, das seine Identität durch den Kontrast zum amerikanischen Wirtschaftsliberalismus auf der einen Seite und dem staatlichen Sozialismus auf der anderen Seite erhielt. Die Ereignisse von 1989 veränderten mehr oder weniger gänzlich das Wesen der EU, und das nicht nur in den Ländern, die sich aus der kommunistischen Herrschaft befreit hatten.

Dennoch würde man dies nicht aus den offiziellen Erklärungen der EU entnehmen können. Man muss der EU zugute halten, dass sie ihre Aufmerksamkeit sofort auf die osteuropäischen Länder gerichtet hat, aber sie reagierte auf deren potentiellen Beitritt, indem sie auf ihre traditionelle Terminologie zurückgriff und von ‚Erweiterung‘ sprach. Die Union hat fortlaufend Erweiterungen erlebt, von denen alle wichtig waren, insbesondere der Beitritt der Mittelmeerländer, die mit Diktaturen zu kämpfen hatten. Aber die Öffnung nach Osten war nicht einfach nur eine weitere Erweiterung. Die EU konnte nach 1989 einfach nicht mehr dieselbe sein – nicht nur aufgrund des Problems der Aufnahme von Staaten, die viel ärmer als der europäische Durchschnitt waren und eine ganz andere sozioökonomische Struktur hatten, oder aufgrund der wachsenden Anzahl von Mitgliedsstaaten. Der Grund war, dass die Identität und das Wesen der EU an sich durch die offene Grenze nach Osten und zu den Balkanstaaten problematisch wurden.

Erweiterungsgespräche versperreten den Blick auf diese Problematik, genauso wie die vorgeschlagene Verfassung dies auf ihre Weise tat. Die Verfassung wurde von der EU-Beamtenschaft und den meisten führenden Politikern als ein Mittel zur Konsolidierung des bereits existierenden europäischen Projekts wahrgenommen. Aber diese Herangehensweise war nicht ganz aufrichtig, denn es war – nicht zuletzt auch für die Öffentlichkeit – ziemlich offensichtlich, dass zu dieser Zeit weitaus radikalere Veränderungen stattfanden, auf die sich jeder einstellen musste. Das kommunistische Europa mag bedrohlich gewesen sein, doch gleichzeitig dämmte es Probleme östlich der EU ein, für die die Sowjetunion die Verantwortung trug. Heutzutage liegt die EU in der unmittelbaren Nähe von Weißrussland, Moldawien, der Ukraine, Georgien, Armenien und dem Mittleren Osten. Lange Zeit war der Beitritt der Türkei ein

„prinzipielles“ Problem, aber nach 1989 wurde er zu einem tatsächlichen Anlass der Besorgnis.

Einige der Beitrittsländer sind neue Staaten, was Mazowers Ansicht über die beständige Transformation der EU unterstützt. Dazu gehören die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Lettland und Litauen innerhalb der EU, obwohl die beiden letzteren bereits zwischen 1919 und 1939 existierten. Außerhalb der Union sind praktisch alle Balkanstaaten neu, genauso wie die Gruppe der Staaten, die an Russland angrenzen. Selbst Russland ist „neu“. Im Vergleich zur Lage in Europa erscheinen die Vereinigten Staaten nun als „altes“ Land! Man hat berechnet, dass seit 1989 allein in Zentral- und Osteuropa rund 13.000 Kilometer an neuen Grenzen geschaffen worden sind. Das Ergebnis sagt allerdings nicht jedem ganz zu. Nur ein geringer Anteil der Menschen, die in Westeuropa leben, betrachten ihre Staatsgrenzen als „noch nicht ganz festgelegt“. In Zentral- und Osteuropa jedoch ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, dass es außerhalb des eigenen Staates noch Gebiete gibt, die zur eigenen Nation gehören (vgl. Zielonka 2002).

In der vorgeschlagenen Verfassung wurde nicht definiert, wie die EU sich angesichts solcher Probleme neu strukturieren sollte. Die Fragen, die durch die letzte Erweiterung im Jahr 2004 aufgeworfen wurden, gehen weit darüber hinaus, der EU eine systematische gesetzliche Identität zu geben, Entscheidungsprozesse zu verbessern oder sich mehr auf Außenpolitik zu konzentrieren, obwohl dies, wie ich später noch erläutern werde, durchaus grundlegende Gedanken sind. Aus diesem Blickwinkel erscheint es vielleicht gar nicht mehr so überraschend, dass die Wähler in Frankreich und den Niederlanden, die mit „Nein“ gestimmt haben, sich nicht nur an verfassungspolitischen Problemen orientiert, sondern viel weitreichenderen Sorgen und Ärgernissen Luft gemacht haben.

Die Kräfte, die die Ereignisse des Jahres 1989 hervorgerufen und zum Fall der Sowjetunion geführt haben, waren die gleichen, denen sich die EU heute stellen muss. Sie umfassen zwei Formen von strukturellen Veränderungen – Veränderungen, die das Alltagsleben betreffen und Veränderungen, die durch die zunehmende Globalisierung herbeigeführt werden. Die Demokratisierung des Alltagslebens ist nicht nur auf die westlichen Länder beschränkt; sie stellt einen Einfluss dar, der sich überall bemerkbar macht. Aufgrund der einfachen Handhabung moderner Kommunikationsmittel ist es für geschlossene Gesellschaften faktisch unmöglich geworden, auf ihrer Isolierung zu beharren. Die ein oder zwei abgeschotteten Systeme, die es noch gibt, so wie Nordkorea oder Burma, befinden sich am Rande des völligen Zusammenbruchs.

Am 11. November 1989, dem Abend an dem die Mauer geöffnet wurde, war ich in Berlin. Menschen, die vom Osten herüber in den Westen kamen, zeigten uns ihre Stadtpläne. Ganz Westberlin war auf diesen Karten nichts als eine weiße, leere Fläche. Aber sie wussten sowieso alles über die andere Seite von Berlin, da sie die Fernsehprogramme aus dem Westen gesehen hatten. Die Demokratisierung des Alltagslebens ist nicht mit Konsumdenken gleichzusetzen. Natürlich wollten viele Menschen in Osteuropa und der Sowjetunion Konsumgüter und den gleichen allgemeinen Wohlstand, den die Menschen im Westen genossen. Wie Studien gezeigt haben, wollten sie aber auch größere Mobilität und Autonomie – kurz gesagt mehr Freiheit – in ihrem alltäglichen Leben.

Mit dem Voranschreiten der Globalisierung werden die Herrschaftssysteme, die in früheren Zeiten im sowjetischen Kommunismus gut funktioniert haben, funktionsuntüchtig. Das Gleiche galt für den Westen, obwohl diese Systeme dort durchlässiger und weniger autoritär waren. Beispielsweise waren die Einflüsse des Taylorismus im westlichen Management bis weit in die 1980er Jahre sichtbar. Neben der Weiterentwicklung der Informationstechnologien hat die Globalisierung auch mächtigen Druck im Hinblick auf die Entwicklung flexibler Managementsysteme und flacher Hierarchien erzeugt. Unternehmen, die sich diesem Trend nicht angepasst haben, sind Bankrott gegangen.

Der Untergang des sowjetischen Kommunismus und der Niedergang des Keynesianismus im Westen – mit all seinen ungeheuer wichtigen Implikationen für den Wohlfahrtsstaat – waren direkt verbunden mit den beiden oben erwähnten strukturellen Veränderungen. Beide orientierten sich an der nationalen nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, ein Ansatz, der mit dem Voranschreiten der wirtschaftlichen Globalisierung unhaltbar wurde. Die Konsequenzen waren im Westen nicht so durchschlagend wie im Osten, da der Grad der zentralisierten Planung und der allgemeinen wirtschaftlichen Kontrolle durch den Staat im Westen viel geringer war. Der chinesische Kommunismus überlebte nur deshalb, weil der Staat auf die Kontrolle über die meisten Marktmechanismen verzichtete, aber ob dieses System sich als stabil erweist, wird man erst in der Zukunft sehen.

Zweite These: Angesichts all dieser grundlegenden Veränderungen müssen wir als Befürworter der EU von Neuem herausarbeiten, welchem Zweck die EU dient und Überzeugungsarbeit bei einer derzeit besorgten Öffentlichkeit leisten. Das ‚Warum‘ ist im Moment genauso wichtig wie das ‚Wie‘.

Es reicht nicht mehr länger darauf hinzuweisen, dass die Union in ihrer aktuellen oder früheren Zusammensetzung Frieden in Europa ge-

stiftet hat. Zudem ist diese These an sich sowieso höchst suspekt. Die wirtschaftliche Integration Deutschlands und Frankreichs war einer der wesentlichen Gründe für die frühe Gründung der EU. Indem es einwilligte, Teil einer größeren zusammenarbeitenden Einheit zu werden, gab Deutschland jegliche verbliebenen imperialen Ansprüche auf. Die wahre Bedrohung Europas (im Sinne von Westeuropa) ging nach 1945 nicht mehr von Deutschland, sondern der Sowjetunion aus. Das geteilte Deutschland war der Dreh- und Angelpunkt dieser Bedrohung, nicht aber ihr Ursprung. Der Frieden in Europa dürfte weit mehr durch die Präsenz der NATO als durch die EWG/EU gesichert worden sein. Darüber hinaus unternahm die EU in dem Krieg, der in Europa nach 1989 ausbrach, dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, nicht viel, womit sie sich hätte profilieren können. Die Konflikte in Bosnien und im Kosovo wurden zunächst einmal aufgrund der Intervention der Amerikaner beigelegt und erst an zweiter Stelle aufgrund des Einschreitens der NATO. Nur hinsichtlich der Eindämmung der Kämpfe in Mazedonien kann die EU von sich behaupten, sich erfolgreich an der Verhinderung des Ausbruchs militärischer Gewalt beteiligt zu haben.

Eine der Auswirkungen des sich wandelnden Charakters der Souveränität im globalen Zeitalter ist, dass der Ausbruch von Territorialkriegen zwischen Nationen viel unwahrscheinlicher geworden ist als früher. In Schwarzafrika gibt es noch immer bewaffnete Konflikte territorialer Art. Es gibt bewaffnete nichtstaatliche Gruppen – insbesondere die IRA und die ETA –, die territoriale Ziele in Europa verfolgt haben. Und es gibt gefährliche Krisenherde in anderen Teilen der Welt. Zwei Nuklearmächte stehen sich in Gestalt von Pakistan und Indien gegenüber, wobei das Kashmir-Problem immer noch ungelöst ist. Wenn der Iran atomare Waffen bekommt, könnte dies ein Wettrüsten im Mittleren Osten zur Folge haben; und in Ostasien hängt die Taiwan-Frage noch immer in der Luft.

Aber bei den meisten Ländern ist es unwahrscheinlich, dass eine andere Nation ihr Gebiet erobern könnte oder überhaupt Interesse daran hätte, dies zu tun. Praktisch alle Staaten in Nord-, Zentral- und Südamerika fallen in diese Kategorie. Das Gleiche gilt für die EU, Nordafrika, Russland, Zentral- und Ostasien und Australasien. Nicht starke, sondern schwache Staaten verursachen heutzutage die meisten der Probleme, mit denen sich die Welt auseinandersetzen muss. Heutzutage kämpfen die meisten Nationen eher mit generellen Gefahren und Risiken, anstatt mit der Bedrohung eines Einfalls anderer Staaten. Der globale Terrorismus ist eine dieser neuen Gefahren. Er unterscheidet sich wesentlich von der Art des Terrorismus, die man mit Nordirland oder dem Baskenland in Verbindung bringt. Die IRA und die ETA hatten das Ziel, neue Natio-

nalstaaten zu gründen – im ersten Fall durch die Vereinigung eines geteilten Landes, und in letzterem durch die Schaffung eines Nationalstaats in einer Nation ohne Staat.

Der neue Terrorismus ist geopolitischer Natur, ein Produkt der Globalisierung und der Massenkommunikationsmittel. Al Qaida, wie auch andere Organisationen des Jihad, hat in vielen Ländern Zellen. Ihre Ziele sind sehr allgemein und außerordentlich ehrgeizig – nichts Geringeres als die Rückkehr zur islamischen Herrschaft in den verschiedensten Staaten, die sich von Pakistan über Nordafrika bis nach Südspanien (ehemals Al Andalus, heute als Andalusien bekannt) erstrecken. Dazu kommt, dass Al Qaida nicht zögern wird, weitreichend Gewalt anzuwenden, wann immer es ihr möglich ist. Im schlimmsten Falle hätten am 11. September in New York und Washington 60.000 Menschen anstelle der 3.000 tatsächlichen Opfer sterben können. Die Ziele von Al Qaida sind territorialer Art, aber sie ist kein Staat. Sie ähnelt eher einer bösartigen Nichtregierungsorganisation, die von missionarischem Eifer angetrieben ist. Man kann sie wohl nicht als Invasionsmacht betrachten, aber gemeinsam mit anderen radikalen Gruppierungen stellt sie doch eine größere Gefahrenquelle für viele Länder dar, insbesondere wenn nuklearer Terrorismus jemals eine erstzunehmende Alternative darstellen sollte.

In der Vergangenheit wurde nationale Identität durch die Abgrenzung von Anderen – mit anderen Worten von feindlichen Staaten oder Koalitionen solcher Staaten – ausgebildet und aufrechterhalten. Die verschiedenen Fronten während des Kalten Krieges waren die letzte Manifestation dieser Dynamik. Viele Nationen, die der EU inbegriffen, müssen nun ihre Identität auf andere Art und Weise bestimmen. Daraus ergibt sich nicht, dass die Nationalstaaten im Verschwinden begriffen sind, weil dies wirklich nicht der Fall ist. Es könnte sein, dass die Weltöffentlichkeit derzeit Zeuge einer Art Rückkehr zum Nationalstaat ist. Schließlich haben sich die Vereinigten Staaten unter der gegenwärtigen Regierung explizit dazu entschlossen, ihre eigenen Interessen an die erste Stelle zu setzen und multilaterale Grundsätze entschieden abgelehnt. Condoleezza Rice hat gesagt, dass Amerika von „der soliden Grundlage der nationalen Interessen und nicht von dem Interesse einer illusorischen internationalen Gemeinschaft“ (Rice 2000) ausgehen solle. Geopolitische Beziehungen gestalten sich so, wie die führenden Politiker der mächtigsten Staaten diese definieren. Indem sie das internationale System als ein auf Stärke und Gewalt basierendes System interpretierte, hat die Bush-Regierung diese Idee bis zu einem gewissen Grad Realität werden lassen. Darüber hinaus sind die beiden aufstrebenden Länder China und Indien Nationalstaaten (und Atommächte).

Doch während die Demokratisierung des Alltags voranschreitet und die Globalisierung weiter zunimmt, entwickeln sich neue quer verlaufende Netzwerke; Städte und Regionen drängen auf mehr Unabhängigkeit, während Nationen gemeinsame Interessen entwickeln. China und Indien könnten beide bereits in wenigen Jahren unterschiedliche politische Systeme haben. Es gibt überall, von Lateinamerika über Afrika bis Asien, klare Anzeichen für einen aufkommenden transnationalen Regionalismus. Mercosur mag in Lateinamerika Rückschläge erlitten haben, aber lateinamerikanische Länder sind zunehmend an anderen Netzwerken, die EU inbegriffen, beteiligt. Die ASEAN (Association of South-East Asian Nations) hat zusammen mit Korea, Japan und China einen gemeinsamen Bericht veröffentlicht, der eine verstärkte politische, wirtschaftliche, umweltpolitische und kulturelle Kooperation nahe legt. (ASEAN 2001) Die afrikanischen Staaten streben auch danach, weiter zusammenzurücken.

Dritte These: Das „Warum“ der Europäischen Union kann ohne weiteres spezifiziert werden, wenn wir erst einmal das Wesen der Welt erfasst haben, zu der sie nun eine Beziehung aufbauen muss.

Die klassische Rolle der Union, wie sie bereits in ihren Anfängen definiert wurde, ist auch heute noch höchst wichtig, wenn sie auch derzeit neu definiert wird. Das heißt, dass die EU existiert, um seinen Mitgliedern zu wirtschaftlichem Gewinn zu verhelfen, den sie sonst nicht hätten. Kleine und mittelgroße Länder können in der globalen Wirtschaft florieren – betrachte man nur Taiwan, Südkorea, Singapur, Chile und Australien als Beispiele. Der Binnenmarkt bringt jedoch Vorteile mit sich, die isolierteren Ländern entgehen. Diese haben nicht primär mit unmittelbarem wirtschaftlichen Gewinn zu tun, der sich sowieso nur schwer berechnen lässt. Der größte Vorteil besteht darin, dass man einen sehr großen, stabilen Markt in der unmittelbaren Umgebung hat, was sogar in einem von Informationstechnologien bestimmten Zeitalter viel wert ist. Aus diesem Grund haben die entwickelten Länder in Europa, die nicht Mitglieder der Union geworden sind – Norwegen, Island und die Schweiz –, trotzdem so enge und komplexe wirtschaftliche Beziehungen mit der EU. Man kann sie nicht einfach als Trittbrettfahrer bezeichnen, da sie einen ganz wesentlichen Nachteil haben, der darin besteht, dass sie keinen direkten Einfluss auf Entscheidungen haben, von denen auch sie direkt betroffen sind.

Das *Sozialmodell* in seiner gesamten Vielfalt ist zu einem Großteil der Grund für die Existenz der EU. Habermas und Derrida hatten diesbezüglich Recht. Zunächst mag diese Position merkwürdig erscheinen, da sich die europäischen Wohlfahrtssysteme im Großen und Ganzen un-

abhängig von den Institutionen der EU entwickelt haben und es der EU immer noch an Macht über eben diese mangelt. Studien haben dennoch ergeben, dass für Europäer insgesamt die Fürsorge und der Schutz, die ihnen durch die Institutionen des Wohlfahrtsstaates zuteil werden, eine zentrale Rolle in ihrem Leben spielen. Forschungsergebnisse aus den USA haben gezeigt, dass die Menschen dort eine ganz andere Einstellung haben. Das Sozialmodell spielt daher eine Schlüsselrolle für das europäische Selbstverständnis, wenn auch im Laufe der Zeit in immer neuer Art und Weise. Im Europa zur Zeit des Kalten Krieges und noch vor der wachsenden Globalisierung spielte der Wohlfahrtsstaat eine ganz andere Rolle, als die, die er heute spielen muss. Er wurde unter der Ägide des Keynesianismus gegründet, basierte auf traditionellen Arbeits- und Familienmodellen, und seine allgemeinen wirtschaftlichen Auswirkungen waren nicht Teil seiner logischen Grundlage. Es muss ganz nachdrücklich betont werden, dass die europäischen Wohlfahrtssysteme einen positiven Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit in einem post-industriellen Umfeld leisten können. Es geht nicht mehr länger darum, wie Habermas und Derrida argumentiert haben, die Bürger vor den Turbulenzen des Marktes zu schützen. Der Staat – und die EU – müssen bisweilen eingreifen, um den Austausch von Waren zu erleichtern oder um ihn effizienter zu gestalten. Solche Innovationen sind nicht etwa unvereinbar mit sozialer Gerechtigkeit oder Fürsorge, sondern, ganz im Gegenteil, wesentlich für ihre Förderung.

Die Behauptung, dass *die Bündelung von Souveränität auch ein Gewinn an Souveränität* sei, macht wirklich Sinn und wird von den neuesten Trends in der globalen Gesellschaft eher gestützt als unterminiert. Wir wissen, dass Macht kein Nullsummenspiel ist. Wie Talcott Parsons schon vor langer Zeit dargelegt hat, können neue institutionelle Arrangements anstelle von Geld mehr Macht generieren als es sie jemals zuvor gab; wie im Falle von Geld kann dann mehr Macht wieder verteilt werden (vgl. Parsons 1985). Der wichtigste und ihrer Legitimation dienende Grundsatz der EU sollte es sein, dass die Mitgliedstaaten durch Kooperation und die Bündelung von Ressourcen mehr (echte, im Gegensatz zu formeller) Souveränität erhalten als sie sonst hätten.

Eines von vielen Beispielen in Bezug auf externe Souveränität ist der Einfluss der EU auf die Handelspolitik. Das war schon so zu Zeiten des GATT, in denen die EWG aufgrund des kollektiven Einflusses ihrer Gründungsmitglieder auf den Handel ein führender Partner war. Die Verhandlungsmacht der sechs Länder, die erstmalig durch die Kommission vertreten wurde, stand der Macht der USA in nichts nach, „was das Ende einer Ära unangefochtener amerikanischer Vorherrschaft im internationalen Handelssystem der Nachkriegszeit bedeutete“ (Tsoukalis

2005: 70). Auf dem heutigen, erweiterten Markt muss die EU hingegen eine weitaus umfassendere Rolle spielen, insbesondere in Zusammenhang mit der WTO.

Die EU kann in weit größerem Umfang als einzelne Nationen dazu beitragen, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten. In der heutigen Zeit hat die Union keine andere Wahl als zu einem geopolitischen Akteur zu werden, und zwar auf ganz andere Art und Weise als das noch in früheren Zeiten der Fall war. Dies ist darin begründet, dass die derzeitige Erweiterungsrunde sich so sehr von den vorangegangenen unterscheidet. In den früheren Phasen der Entwicklung der EU waren die Beitrittsbedingungen relativ eindeutig, da die unterzeichnenden Nationen mehr oder weniger in Bezug auf ihre wirtschaftliche und politische Entwicklung einander ebenbürtig waren. Die Gründe, warum so viele der Union beitreten wollten und noch wollen, sind heute nicht mehr die gleichen wie die der Gründungsmitglieder, wobei man Spanien, Portugal und Griechenland zum Teil als Ausnahme betrachten muss. Ihr Wesen ist heute sehr viel mehr auf Wandel ausgerichtet. Was im Vorfeld des Beitritts passiert, ist genauso wichtig wie der Beitritt selbst. Länder wollen der EU beitreten, um sich Zugang zu ihrem mittlerweile riesigen europäischen Markt zu verschaffen, um von der finanziellen Unterstützung, auf die sie dann Anrecht haben, zu profitieren, um Teil einer Organisation zu werden, die Einfluss in der ganzen Welt hat, und um für sich selber politische und rechtliche Stabilität zu gewährleisten.

Eine *Friedenszone* innerhalb der EU und um die EU herum aufrechtzuerhalten, ist eine grundlegende Aufgabe. Im Gebiet der Balkanstaaten ist dies noch nicht ganz gelungen. Die EU kann und sollte dennoch eine fundamentale Rolle hinsichtlich des Schutzes der Bürger vor Gefahren ganz neuer Art einnehmen, zu denen auch solche zählen, die aus dem Klimawandel, dem globalen Terrorismus, Pandemien und dem internationalen Verbrechen hervorgehen. Die EU kann bei der Eindämmung solcher Risiken sehr viel effektiver sein als ihre Mitgliedsstaaten es im Alleingang jemals sein könnten.

Die EU steht für *allgemeine Werte*, die sie verkörpert und verteidigt. Diese sind meiner Ansicht nach die Kultivierung und der Schutz der Demokratie innerhalb und außerhalb der Union; die Schaffung von Einheit aus Vielfalt – eine Redewendung, die viel mehr als nur ein Slogan ist, da sie auf das kosmopolitische Wesen der EU verweist; die Förderung von Solidarität innerhalb und über die Grenzen der EU hinaus; die Verpflichtung zur Zusammenarbeit angesichts externer Bedrohungen; und die Bereitstellung von Mitteln für die konstruktive Auseinandersetzung mit weitreichenderen globalen Problemen und Konflikten. Im We-

sentlichen verbinden diese Werte die vorangegangenen Punkte miteinander.

Die Verbreitung der Demokratie seit den 1970er Jahren, die von der EU angeführt wurde, ist auf jeden Fall eine großartige Erfolgsgeschichte. Trotz mancher Parallelen mit der Vorkriegszeit hat es niemals zuvor eine Situation gegeben, in der so viele europäische Staaten liberale Demokratien gewesen sind. Darüber hinaus sind sie Teil der gleichen großen Gemeinschaft und haben die gleichen Rechte und Verantwortlichkeiten. Wie Timothy Garton Ash sagt: „Wenn das nicht eine Geschichte ist, auf die man stolz sein kann, worauf sollten wir dann sonst noch stolz sein?“ (Ash 2004) Andererseits ist es durch die offene Grenze nach Osten nicht mehr ganz klar, wo der Expansion der EU Einhalt geboten werden sollte, – und in diesem Punkt haben die Bürger recht, wenn sie mehr Klarheit fordern.

Vierte These: Aus den bereits angeführten Gründen muss die EU ein politisches Projekt sein. Um zu entscheiden, welche Art von politischem Projekt, müssen wir über den Gegensatz zwischen Föderalismus und Intergouvernementalismus hinaus gehen. Wir könnten sozusagen bei den Extremen der beiden Lager anfangen. Der Ursprung der Idee, dass die EU ein Bundesstaat werden soll, reicht bis weit vor die Gründung der EWG zurück – bis in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, um genauer zu sein (vgl. Salter 1931). Sie hat auch heute noch ihre Verfechter (vgl. Verhofstadt 2006). In den letzten Jahren wurde die wohl bekannteste Version dieser Idee von dem ehemaligen deutschen Außenminister, Joschka Fischer, in einer Vorlesung in Berlin im Mai 2000 dargelegt (vgl. Fischer 2000).

Der Föderalismus ist, wie ich später noch erläutern werde, in unserer heutigen Welt eine antiquierte Denkweise und nicht unbedingt die beste Methode, um herauszufinden, wie sich die EU in Zukunft weiterentwickeln soll. Doch auf der anderen Seite kann Europa auch nicht, wie Margaret Thatcher es wollte, nur durch die „bereitwillige und aktive Kooperation zwischen unabhängigen, souveränen Staaten“ (Thatcher 1988) vorangetrieben werden. Die EU ist schon lange über ein solches Szenario hinaus. Die Union kann nicht nur als ein Rat der Nationen, als eine Art regionale UN mit wirtschaftlichen Ambitionen gesehen werden. Der Binnenmarkt und die Einheitswährung setzen Integration voraus, genauso wie der Gesetzkorpus, den die EU erstellt hat. Die EU ist kein Superstaat und wird auch keiner werden. Sie ist keine Supermacht und wird auch nie eine werden, zumindest nicht in dem Sinne, in dem man den Begriff zu Zeiten des Kalten Krieges gebrauchte. Eine Supermacht ist in der Lage, ihre Truppen auf der ganzen Welt zu stationieren und ih-

re Interessen überall zu wahren. Einzig und allein die Vereinigten Staaten sind bis auf weiteres in der Lage, dies zu tun. Die Europäer müssen sich mit der Tatsache abfinden, dass Europa nicht mehr der Dreh- und Angelpunkt globaler Interessen ist. In diesem Sinne sind mehrere Jahrhunderte der Weltgeschichte zu Ende gegangen. Europa kann und sollte dennoch danach streben, eine entwickelte regionale Macht mit beträchtlichem Einfluss auf die Weltpolitik zu sein.

Einige der Meinungsverschiedenheiten und unterschiedlichen Standpunkte darüber, was die EU ist und was sie sein sollte, haben mit den ‚drei großen‘ Staaten zu tun. Die offizielle Position des Vereinigten Königreichs ist schon seit vielen Jahren intergouvernemental, wenn auch in der letzten Zeit nicht ganz so extrem wie die von Thatcher vertretene Position. Führende deutsche Politiker und Denker tendierten und tendieren noch dazu, Europa als eine Art föderales Modell, das ihrem eigenen nationalen Modell ähnelt, zu betrachten. Französische Spitzenpolitiker neigen zu einer zentralisierteren Sichtweise der EU, mit der sie jedoch noch immer ihre nationalen Interessen aufrechterhalten können. Die Tradition gebot es ihnen, europäische und französische Interessen als deckungsgleich zu erachten, was mittlerweile jedoch weniger der Fall ist. Einige kleine Mitgliedsstaaten bevorzugten die föderative Perspektive, aber viele von ihnen sind vorsichtiger geworden, weil sie ihren Einfluss durch diese Idee bedroht und gemindert sehen. Die neuen Mitgliedsstaaten orientieren sich stark am Intergouvernementalismus. Da sie gerade erst der Kontrolle durch die Sowjetunion entkommen sind, haben sie nicht das geringste Bedürfnis, sich einem weiteren Superstaat zu verpflichten. Die Divergenzen zwischen diesen beiden Standpunkten scheinen so groß zu sein, dass es unmöglich erscheint, sie miteinander in Einklang zu bringen. In ihrer konventionellen Form kann man sie in der Tat *nicht* miteinander in Einklang bringen, aber wir sollten lernen, über jede der beiden Sichtweisen anders zu denken.

Meiner Meinung nach ist der Föderalismus ein totes Projekt, aber die Föderalisten können uns etwas lehren, und zwar wie wichtig Entscheidungsfindung und Führung sind. Wenn diese Fähigkeiten nicht weiter gefördert werden können, dann wird die EU sehr wahrscheinlich zu Stagnation und relativer Ohnmacht im Hinblick auf weltpolitische Belange verurteilt sein. Verbesserungen in der Entscheidungsfindung und Führung sind nicht mit Föderalismus gleichzusetzen und können auch ohne so etwas wie ein ausgereiftes föderalistisches System erreicht werden.

Ein Europa, das sich (wie zurzeit) zu sehr an der Zwischenstaatlichkeit orientiert, ist in vieler Hinsicht eingeschränkt. Es gibt nationalen Interessen zu oft den Vorrang vor gemeinsamen Interessen; die größeren

Nationen dominieren in der Regel die kleineren. Das bekannte Verhaltensmuster, demnach Staatsoberhäupter zu Hause für die positiven Errungenschaften der EU Anerkennung ernten, während sie der EU die Schuld für alles, was auf nationaler Ebene falsch läuft, geben, wird weiter verstärkt. Die Kommission und der Vorsitz der Kommission müssen erhebliche Macht haben. Wenn es weder im Rat noch in der Kommission eine effektive Führung gibt, werden zielloses Dahintreiben und Trägheit folgen. Es liegt nun beim Europäischen Parlament und nicht nur bei den einzelnen Nationen, die Aktivitäten und Vorschläge der Kommission im Auge zu behalten.

Die EU ist ein Experiment mit Regierungsformen ohne Staat. Eine Formel für ein politisches Europa zu finden, ist jetzt eine genauso dringliche Aufgabe wie die Erneuerung des Sozialmodells. In der Tat steht beides in engem Zusammenhang miteinander. Andrew Moravcsik hat überzeugend dargestellt, dass es bereits einen „europäischen Verfassungsvertrag“ gibt, der auf einem institutionellen Gleichgewicht basiert (Moravcsik 2002). Laut Moravcsik hätte die vorgeschlagene Verfassung wenig Neues dazu beigetragen. Die EU ist in erster Linie eine Form der deliberativen Demokratie und wird es auch bleiben. Ihr demokratisches Wesen folgt hauptsächlich aus der Tatsache, dass neue Programme oder Strategien ganz offen diskutiert werden müssen und dass man, so weit dies möglich ist, durch Konsens zu einer Entscheidung kommen muss. Ein Autor hat es so formuliert: „Die Institutionen der EU sollten als eine supranationale Variante des deliberativen Ideals verstanden werden. Als ihr Anliegen könnte man die Kompensation der Unzulänglichkeiten des rechtsstaatlichen Nationalstaats sehen.“ (Lord 1998)

Das rechtsstaatliche Wesen der EU ist am besten zu verstehen, wie es von dem Rechtswissenschaftler Joseph Weiler in Worte gefasst wurde. Weiler macht deutlich, warum die EU weder ein Superstaat noch ein Verbund souveräner Nationen ist. Es lohnt sich, ihn im Detail zu zitieren:

Verfassungsgebende Akteure im jeweiligen Mitgliedsstaat akzeptieren das europäische konstitutionelle Regelwerk nicht etwa, weil sie durch Rechtsgrundsätze, wie dies beim Bundesstaat der Fall ist, einer höheren Gewalt und Autorität unterstellt wären, die mit den Normen, die durch das Volk im Bundesstaat für rechtsgültig erklärt worden sind, den konstitutionellen *Demos* binden. Sie akzeptieren es als ein autonomes, freiwillig verabschiedetes und bei jeder Gelegenheit immer wieder erneuertes Gesetz der Unterordnung unter eine die einzelnen von Europa regierten Bereiche betreffende Norm, die der kumulative Ausdruck von unterschiedlichen Interessen, unterschiedlichen politischen

Identitäten und verschiedenen politischen Gemeinschaften ist. (Weiler 2005: 68)

Die Tatsache, dass regelkonformes Handeln ein ‚autonomer, freiwilliger Akt‘ ist, bedeutet nicht, dass man für jede Entscheidung, die in der EU getroffen wird, die Einwilligung aller betroffenen Parteien benötigt, was völlig unmöglich wäre. Sie bedeutet, dass regelkonformes Handeln und der Gesetzesapparat, der geschaffen worden ist, mit Gleichberechtigung einhergehen. Europa ist aufgrund der verschiedenen Nationen und Kulturen, aus denen es sich zusammensetzt, zwangsläufig kosmopolitisch, so Weiler. Die EU-Bürger haben sich jedoch an die Gesetze und Normen, die durch den kollektiven Willen der Mitgliedsstaaten geschaffen worden sind, gewöhnt. Solche Normen eignet man sich durch die Arbeit der Union selbst an, nicht durch abstrakte Ideale. Wir sind bereit, uns den Entscheidungen eines Gemeinwesens zu unterwerfen, das sich aus ‚Anderen‘ zusammensetzt, da wir der Überzeugung sind, dass diese ähnliche Werte haben. Daher ist die EU „ein Konstrukt, dessen Ziel es ist, bestimmte Tugenden der Toleranz und Menschlichkeit zu fördern“ (Weiler 1999: 301)².

Fünfte These: Es sollte keine Rückkehr zur Verfassung an sich geben. Ich schreibe als jemand, der sehr ambivalent gegenüber der Verfassung eingestellt war. Zum größten Teil erkannte sie nicht die Notwendigkeit, der Union nach 1989 eine neue Grundlage zu verschaffen, und versäumte es, die Sorgen, die viele im Hinblick auf die Erweiterung hatten, zu thematisieren. Des Weiteren konnte sich offenbar niemand entscheiden, ob die Verfassung nun ein größeres neues oder doch eher ein relativ unwichtiges Unterfangen war. Je nach Geschmack des Betrachters war sie ein politischer Durchbruch für Europa oder lediglich ein Versuch, Ordnung zu schaffen.

Ihr Scheitern ist nichtsdestoweniger eine ernste Angelegenheit. Es gibt unter den Mitgliedsstaaten keinen Konsens darüber, wie man weiter verfahren sollte. Manche wollen mit der Ratifizierung fortfahren – fünf Länder haben dies schon seit den französischen und niederländischen Referenden getan. Es fällt jedoch schwer, den Sinn dahinter zu sehen. Französische und niederländische Spitzenpolitiker beharren darauf, dass es nicht zur Debatte stünde, ihre Bürger noch einmal an die Wahlurnen zu bitten oder die Verfassung im Parlament zu ratifizieren. Für manche ist dies gar ‚unvorstellbar‘. Manche von denen, die mit der Ratifizierung fortfahren, sind gegen alles, was den Beigeschmack von Neuverhandlungen hat. Mit dem Herauspicken der Rosinen ist es nun vorbei. Andere, die mit diesen Schwierigkeiten konfrontiert sind, sprechen davon, die

Idee eines Europa der zwei Geschwindigkeiten wieder aufleben zu lassen, wobei die innere Gruppe dem Rest voranschreitet. Wie diese Strategie funktionieren soll, wenn zwei der Gründungsmitglieder auf der Strecke bleiben, ist unklar.

Vor kurzem ist jedoch ein weiterer Lösungsansatz ins Gespräch gekommen. Die Franzosen und Niederländer haben im Großen und Ganzen gegen die Verfassung gestimmt, weil sie besorgt darüber waren, was aus ihren Jobs und ihrem sozialen Schutz würde. Die Verfassung hatte aber eigentlich wenig oder gar nichts über diese Angelegenheiten zu sagen. Warum also nicht einige Paragraphen über diese Punkte einfügen und das ganze Ding den Wählern wieder vorlegen (vgl. Schwall-Düren 2006)? Man könnte dem vorhandenen Text ein ‚Sozialprotokoll‘ hinzufügen. Dieses würde gewisse grundlegende Aspekte der sozialen Schutzsysteme der verschiedenen Länder sichern. Beispielsweise würde es das Fortbestehen der Traditionen des *service publique* (der öffentlichen Einrichtungen) in Frankreich garantieren. Diese Vorstellung ist jedoch nicht gerade bezwingend. Die Idee, einige der sozialen Versorgungssysteme, die Europa und verschiedene Nationen in ihrer Entwicklung drosseln, in Aspek einzulegen, ist nicht gerade eine vernünftige Lösung, um voranzukommen.

Was soll man also tun? Die Situation ist nicht ganz so schwierig, wie es erscheinen mag. Ungefähr 90 Prozent von dem, was in dem Verfassungsdokument stand, existierte schon in Form der verschiedenen Abkommen, die bereits in Kraft getreten sind. Daher sind es die übrigen 10 Prozent, auf die wir uns konzentrieren müssen. ‚Rosinenherauspicken‘ ist das falsche Wort, um solch einen Prozess zu beschreiben, da das, was man herauskristallisieren kann, simpel und in sich konsistent ist.

Es wäre hilfreich, wenn es eine kurze, einhellige Absichtserklärung gäbe (wie es die Kommission anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Römischen Verträge vorgeschlagen hatte), in der die Frage beantwortet wird, welchem Zweck die EU nach 1989 dient, und in die vorgeschlagene konstitutionelle Änderungen eingearbeitet werden könnten. Die Studien, die nach der Ablehnung der Verfassung durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass ein großer Anteil der europäischen Bürger die EU befürwortet, aber auf die Frage, wofür die EU gut sei, kaum eine Antwort hatte.

Die wichtigste zukünftige Veränderung muss im Bereich der Entscheidungsfindung erfolgen. Die Verfahren, die in Nizza eingeführt wurden, sind zu zeitraubend und ineffektiv. Minderheiten können Entscheidungen auf unbestimmte Zeit blockieren, wenn sie das denn wollen. Das Vorgehen, die EU-Präsidentschaft alle sechs Monate an ein anderes Land zu übergeben, trägt, um es höflich auszudrücken, wenig dazu

bei, eine konsistente und starke Leitung zu garantieren. Ein Schritt in Richtung größerer Kontinuität hinsichtlich des Vorsitzes wurde im Januar 2007 unternommen, als Deutschland, Portugal und Slowenien sich zusammentaten, um eine ‚gemeinsame‘ Präsidentschaft des Rates zu schaffen. Die Verfassung schlug einen neuen Ratspräsidenten vor, der von den Mitgliedern alle zweieinhalb Jahre gewählt werden soll, was sicherlich ein sehr viel besseres Arrangement ist.

Wenn man noch einen Schritt weiter in diese Richtung vorausdenken wollte, hätte ich nichts dagegen, wenn die Präsidentschaften des Rates und der Kommission in einem einzigen Amt zusammengefasst würden. Diese Idee wurde im Vorfeld der Konstitution als zu ‚föderalistisch‘ abgelehnt, obwohl sie in meinen Augen rein gar nichts mit dem Föderalismus zu tun hat. Der Vorschlag in der Verfassung, die Posten des Hohen Vertreters für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und des Kommissars für Außenbeziehungen zu vereinigen, ist auch sinnvoll und muss zu irgendeinem Zeitpunkt auch umgesetzt werden. Ich glaube nicht, dass die EU eine echte Zukunft hat, wenn sie zu sehr an der Zwischenstaatlichkeit festhält. Ich glaube nicht, dass mich diese Ansicht zu einem ‚Föderalisten‘ macht. Die EU wird nicht zu einem Bilderbuch-Nationalstaat werden. Dennoch braucht sie klare Mechanismen für die Entscheidungsfindung und Führung. In einem solchen System wäre die Verantwortlichkeit größer als in dem jetzigen. Im Rat gibt es im Moment beispielsweise niemanden, bei dem der schwarze Peter landet. Das System der sechsmonatigen Präsidentschaften bedeutet, dass Verantwortlichkeit unter diesen Umständen schwer zuzuweisen ist.

Was *ist* daher die Europäische Union? Ich glaube nicht, dass es adäquat ist, ihr Wesen undefiniert zu lassen – sie, wie Jacques Delors in einem berühmten Bonmot einmal gesagt hat, für ein Ufo, also ein unidentifizierbares Flugobjekt, zu halten. Es reicht nicht aus, sie nur anhand dessen zu definieren, was sie nicht ist – keine Organisation auf dem Weg in den Föderalismus und keine Form der Zwischenstaatlichkeit. Genauso wenig glaube ich, dass es ausreichen wird, die EU mit einem Fahrrad zu vergleichen, das sich nur dann senkrecht halten kann, wenn es weiterfährt.

Ich würde die EU als einen *demokratischen Bund* (oder eine Gemeinschaft) *semi-souveräner Nationen* definieren. Ich betrachte ‚semi-souverän‘ nicht als eine strittige Bezeichnung. Souveränität ist nicht etwa unteilbar, sondern sie ist vielmehr immer partiell, sowohl intern als auch extern. Die Union ist ein Bund, weil jeder Mitgliedsstaat austreten kann (wenn dieses Recht auch erst in der Verfassung formell bekräftigt wurde). Die EU ist keine post-nationale Einheit, da die Nationen, aus denen sie sich zusammensetzt, nicht verschwinden und großen Freiraum

für unabhängiges Handeln zurückbehalten. Die EU unterscheidet sich jedoch von der UN, da die formelle Souveränität gebündelt worden ist, insofern als dass jeder Mitgliedsstaat Entscheidungen übernimmt, die in EU-Gerichtshöfen weitergegeben werden. Sie ist demokratisch, aber hauptsächlich im Sinne der deliberativen Demokratie.

In seiner Rede „Vom Staatenbund zur Konföderation“ aus dem Jahr 2000 sprach Fischer von der ‚Finalität‘ der Europäischen Union, aber in einer Version, die ich weder für praktisch noch wünschenswert halte. Was könnte denn die Finalität der EU sein – der Punkt, an dem sie keine Veränderungen und Revisionen ihrer grundlegenden Form mehr erfährt? Mein Verständnis ist ein ganz anderes. Finalität wird höchstwahrscheinlich stärker entwickelte Formen der deliberativen Demokratie als die heutigen erfordern, die irgendwann sicherlich auf elektronische Kommunikation ausgerichtet werden. Diese Demokratie wird ein System sein, das hoffentlich dynamische und effektive Führung in Einklang mit der Erhaltung und sogar der Förderung der nationalen und lokalen Demokratie bringt. Der Schutz der Demokratie könnte eine immense Bedeutung haben. Der ‚dunkle Kontinent‘ hat eine viel zu erschreckende Geschichte gehabt, als dass man davon ausgehen könnte, dass in der Zukunft alles glatt gehen wird.

Beim Verfassen dieses Textes war mir durchaus bewusst, wie locker man den Begriff ‚Europa‘ gebraucht. ‚Europa‘ hat verschiedene Bedeutungen. Es kann sich auf den Subkontinent als Ganzes beziehen und daher Länder wie Norwegen, die Schweiz oder Serbien mit einschließen. Es kann sich auf die Regierungsinstitutionen der EU beziehen – die Kommission, den Rat und so weiter. Oder es kann sich auf die Gesamtheit der EU-Mitgliedsstaaten beziehen. Die dritte all dieser Bedeutungen ist vielleicht die, die man beim Gebrauch des Wortes ‚Europa‘ am seltensten im Hinterkopf hat, aber in gewisser Weise ist sie die wichtigste. ‚Europa‘ könnte zu einer ‚Lernmaschine‘ für den Austausch von Ideen und Praktiken im Bereich der Politik und der Wirtschaft werden.

Die offene Methode der Koordination ist in gewissem Sinne ein Versuch, dies zu tun, aber sie funktioniert nur an der Schnittstelle zwischen der Kommission und den Mitgliedsstaaten. Warum führt man nicht horizontalere Formen des Dialoges und der Entwicklung politischer Strategien ein, die eine ganze Reihe von Gruppen und Organisationen einbeziehen würden. Dies könnten Netzwerke sein, die sich mit einer Kernfrage beschäftigen, wie es J. F. Rischard in seinem Buch *High Noon* auf globalem Niveau vorgeschlagen hat (vgl. Rischard 2003). Sie würden einige Vertreter aus den Regierungen der Mitgliedsstaaten, Gruppen aus der zivilen Bevölkerung und Unternehmen einbeziehen und von der Kommission organisiert werden. Im Hinblick auf Probleme wie

die Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen könnten sie Fragen aufwerfen wie: ‚Wie gestaltet sich der Zeitrahmen für die notwendigen Veränderungen?‘ ‚Wo sehen wir uns in 20 Jahren?‘ ‚Welche Alternativen haben wir?‘

Anstatt sich in leerem Gerede über Subsidiarität zu ergehen, könnte man wirklich versuchen, die Dezentralisierung voranzutreiben oder Bürger in alltägliche Dinge einzubeziehen. Dies würde weniger bedeuten, dass man spezifische Befugnisse an die Nationen zurück gibt, sondern vielmehr dass man mit den Möglichkeiten der Einbindung nach dem Bottom-Up-Prinzip experimentiert. Die ‚New Governance‘-Theorie weist darauf hin, dass es Möglichkeiten gibt, interessierte Bürger direkt in die Arbeit der Regierung einzubinden, was die deliberative Demokratie auf lokaler Ebene, E-Demokratie, öffentliche Gespräche, partizipatorische Budgetierung und alternative Formen der Konfliktlösung umfassen würde (vgl. Salomon 2002). In verschiedenen Staaten der USA hat es beispielsweise einen dramatischen Anstieg im Einsatz von New Governance-Praktiken gegeben.

Finalität bedeutet, einen voll entwickelten europäischen öffentlichen Sektor zu haben, so langsam der Fortschritt in diesem Bereich derzeit auch sein mag. Damit dies möglich wird, muss es zu einer Übereinkunft über eine gemeinsame Sprache kommen, deren Erwerb man allen Bürgern nahe legt. Diese Sprache muss das Englische sein. Englisch wird nicht mehr nur von einzelnen Nationen gesprochen. Es ist eine globale Sprache. Finalität bedeutet, der Union Grenzen zu setzen und anzuerkennen, dass sich diese wahrscheinlich nicht mehr ändern werden, worüber ich später noch mehr sagen werde. Dies bedeutet, über ausreichend Macht zu verfügen, damit die Union eine herausragende Rolle in der Weltpolitik spielen kann, nicht nur als eine große Macht unter vielen, sondern als Pionier der transnationalen Regierungsform.

Sechste These: Die gleichen Faktoren, die dazu führen, dass sowohl große als auch kleine Nationen sich den Kopf über ihre Identität zermarnen, gelten auch für die EU. Betrachten wir doch zum Beispiel die Vereinigten Staaten. In den letzten Jahren ist eine ganze Flut von Büchern erschienen, die sich mit der Frage beschäftigen, was die USA überhaupt ‚sind‘ und für was sie stehen sollen (vgl. Brimelow 1996).

Samuel Huntington identifiziert eine ganze Reihe möglicher Identitäten, die man den USA zuschreiben könnte. Sind wir, so fragt er, eine „Weltnation“, die Werte, die die ganze Menschheit teilt, verkörpert und zum Ausdruck bringt?

Oder sind wir eine westliche Nation, deren Identität durch ihr europäisches Erbe und ihre aus Europa stammenden Institutionen geprägt ist? Oder sind wir einzigartig, mit einer deutlich unterscheidbaren eigenen Kultur, wie die Vertreter des ‚amerikanischen Exzeptionalismus‘ in der gesamten Geschichte unserer Nation argumentiert haben? Sind wir im wesentlichen eine politische Gemeinschaft, deren Identität nur auf einem durch die Unabhängigkeitserklärung und andere Dokumente unserer Staatsgründung geschlossenen Gesellschaftsvertrag basiert? Sind wir multikulturell, bikulturell oder unikulturell – ein Mosaik oder ein Schmelztiegel? (Huntington 2004: 24f.)

Oder sind die USA, wie andere vorgeschlagen haben, nichts dergleichen, sondern ein neues Imperium (vgl. Ferguson 2004)?

Michael Walzer hat darauf hingewiesen, dass jeder Amerikaner auch eine andere Identität hat (vgl. Walzer 1990). Niemand ist einfach nur Amerikaner. Die Menschen sind irischstämmige Amerikaner, Hispano-Amerikaner, Afro-Amerikaner, und so weiter. Es gibt niemanden, der von diesem Dualismus ausgenommen ist, denn ‚Anglo-Amerikaner‘ ist auch eine Identität – wenn auch für Autoren wie Huntington nicht nur eine unter vielen. Mit Bindestrich geschriebene Identitäten gibt es mittlerweile auch in den einzelnen europäischen Nationen – wie zum Beispiel ‚asiatisch-britisch‘ oder ‚karibisch-britisch‘ – und man kann davon ausgehen, dass diese immer weiter verbreitet auftreten werden.

Auf europäischer Ebene haben wir jedoch keine mit Bindestrich geschriebenen Identitäten. Wenn Leute sagen, dass sie sich glücklich schätzen Deutscher und Europäer zu sein, oder vielleicht Bayer, Deutscher und Europäer, dann sagen sie etwas ganz Wichtiges. Sie geben eine Erklärung über das Weltbürgertum ab. Aber niemand definiert sich selbst als ‚Deutsch-Europäer(in)‘, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass solche Selbstbeschreibungen in der Zukunft weiter verbreitet sein werden. Was auch immer das ‚Europäertum‘ ist, es wird keine Imitation des ‚Amerikanertums‘ sein. Auch mit multiplen Identitäten wird man nicht in gleicher Weise verfahren.

Jürgen Habermas hat versucht, die europäische Identität im Sinne einer ganzen Reihe abstrakter Grundsätze zu definieren, die er unter den Begriff des „Verfassungspatriotismus“ subsumiert. Die EU gründet sich auf den Prinzipien der Freiheit, der Demokratie, der Anerkennung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit (vgl. Habermas 1998). Die Grundsätze, die er identifiziert, können jedoch von den Nationalstaaten, in denen sie sich ursprünglich entwickelt haben, losgelöst und auf eine transnationale Ebene übertragen werden.

Die These des Verfassungspatriotismus ist in weiten Kreisen kritisiert worden und das, wie ich finde, berechtigterweise. Sie ist darauf

ausgerichtet, jegliche Vorstellungen von Gemeinschaftlichkeit und Zugehörigkeit zu umgehen. Was auch immer man von Huntingtons Version der Konstituenten der amerikanischen Identität halten mag, er disqualifiziert in überzeugender Weise die Vorstellung, dass sie einzig und allein von moralischen oder gesetzlichen Normen abhängig sein kann. Vielleicht ist es gar nicht überraschend, dass Habermas in letzter Zeit seine Position etwas revidiert zu haben scheint. Europa, so sagt er nun, muss eine „Idee der Bewahrung einer spezifischen, heute in Gefahr geratenen Kultur und Lebensform“ (Habermas 2001: 108) beinhalten. Und hier kehren wir zum Ausgangspunkt zurück. Denn was genau ist diese Lebensform? Sie ist nichts anderes als die durch das europäische Sozialmodell definierte Lebensform. Habermas nimmt allerdings die bekannte Position ein, dass das Sozialmodell eine Art ‚Schutz‘ vor der Globalisierung sei, was ich für falsch halte.

Meiner Meinung nach muss es für Bürger etwas geben, dem sie sich zugehörig fühlen, damit die EU gedeihen kann, und dieses Etwas muss eine Gemeinschaft sein. Es ist kein Zufall, dass die EU sich in ihren verschiedenen Daseinsformen konsequent immer eine Gemeinschaft genannt hat. Eine Gemeinschaft kann kosmopolitisch sein, was sicherlich auf die EU zutrifft. Sie ist und kann auf Werten gegründet sein, die von der Allgemeinheit geteilt werden, was in transeuropäischen Studien bereitwillig bestätigt wird. Eine Gemeinschaft sollte eine allgemeine Zielgerichtetheit besitzen, eine logische Grundlage. Was dies nach 1989 sein könnte, habe ich an anderer Stelle bereits dargelegt.

Einer der Schlüssel zur Schaffung einer einheitlicheren europäischen Identität wird in Zukunft wahrscheinlich die Bildung sein, insbesondere die Weiterbildung und das Studium. Seit der Etablierung des Binnenmarktes ist die Zahl der Europäer, die außerhalb ihres Heimatlandes Qualifikationen erwerben, sprunghaft angestiegen. Sowohl Unternehmen als auch Regierungen wollen vielgereiste, kosmopolitische Mitarbeiter. Die europäische Identität ist insofern anders, als dass sie parallel zu nationalen Kulturen kultiviert werden muss, die an sich schon sehr vielfältig und umstritten sind. Wie auch auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet ist dies kein Nullsummenspiel. Die eine Identität untergräbt nicht ipso facto die andere.

Eine Gemeinschaft muss Grundsätze im Hinblick auf die Aufnahme von Mitgliedern haben und daher auch Ausschlusskriterien entwickeln. Grenzen sind in gewissem Sinne unvermeidlich. Es muss ‚Andere‘ geben, aber daraus folgt nicht, dass die Beziehungen mit ihnen feindlich oder von Antagonismus bestimmt sein müssen. Gute Nachbarn sind im gleichen Sinne Nachbarn wie es schlechte Nachbarn sind. Doch welche Ausschlussprinzipien sollte die EU anwenden?

Das ‚europäische Projekt‘ könnte im Sinne einer fast grenzenlosen Ausdehnung definiert werden, was eigentlich aus der Idee des Verfassungspatriotismus, der keinerlei Grenzen zu setzen scheint, zu folgern wäre. Der Europarat schließt Russland und die Ukraine mit ein. Wenn Europa nur für Prinzipien steht, warum sollte man dann in Zukunft irgendeiner Nation an Europas äußeren Grenzen die Mitgliedschaft verweigern, und warum sollten sich diese Grenzen nicht unbegrenzt ausdehnen? Sollte es in Georgien oder Armenien zu irgendeinem Zeitpunkt zu einer erfolgreichen konstitutionellen Demokratie kommen, warum sollte man diese Länder dann nicht auch aufnehmen? Marokko hat sich 1986 um die EU-Mitgliedschaft beworben, nur um dann mit der Begründung abgelehnt zu werden, dass es nicht europäisch sei. Dabei ist nicht ganz klar, dass es das nicht ist. Schließlich war ‚Europa‘ jahrhundertlang im Wesentlichen um die Mittelmeerregion herum konzentriert, was auch den größten Teil des heutigen Nordafrika umfasste.

Es ist bezeichnend, dass niemand – oder nur der ein oder andere (vgl. Rifkin 2004)³ – von der Expansion nach Westen spricht, obwohl der Atlantik im Hinblick auf die Anbindung kein Hindernis mehr ist. Wenn es nur Prinzipien wären, die die EU definieren, wären die USA und Kanada geeignetere Mitglieder als die Ukraine und Russland, denn der Großteil ihrer Geschichte als Nationen ist ‚europäisch‘. Die Tatsache, dass diese Möglichkeit nicht in Erwägung gezogen wird, zeigt, dass die EU bereits eine allgemein akzeptierte Grenze hat. In Richtung Osten und Süden zeichnen sich um die EU herum an diesem Punkt de facto Grenzen ab. Es gibt eine ganze Reihe von Ländern, die man, wenn sie sich bewerben würden, als Beitrittskandidaten nicht ablehnen könnte. Zu diesen gehören Island, Norwegen, die Schweiz und alle Balkanstaaten, sollten sie genügend Fortschritte machen. Die EU hat Bulgarien, Rumänien und der Türkei gegenüber Verpflichtungen. Was die nähere Zukunft anbelangt, gibt es momentan keine weiteren plausiblen Kandidaten, was der Union genug Zeit einräumen sollte, ihre Angelegenheiten zu ordnen.

Die letztendliche äußere Grenze sollte vielleicht die oben genannte Gruppe von Ländern plus – irgendwann vielleicht – Moldawien, Weißrussland und die Ukraine sein, aber es sollte keine Ausdehnung in Richtung Kaukasus oder jenseits der Türkei (und daher nicht Israel) oder nach Nordafrika geben. Warum? Nicht weil Europa hier in irgendeinem historischen oder kulturellen Sinn ‚endet‘, sondern aus einer ganzen Reihe anderer Gründe. Die EU kann nicht endlos ihre Außenpolitik auf den Anreiz einer potentiellen Mitgliedschaft gründen. Das kann sie nicht tun, da ihre Beziehungen zu ihren nächsten Nachbarn ansonsten zu konfus würden. Außerdem muss die EU ihre Fähigkeiten als politischer Ak-

teur erhalten und weiter ausbauen, was sie nur dann kann, wenn sie genug Entschlusskraft besitzt. Wenn sie bis ins Unendliche wächst, wird diese Fähigkeit dahinschwinden anstatt zu wachsen.

Der EU stehen jedoch erhebliche Probleme bei der Festlegung ihrer Grenzen bevor. Die Union kann nicht unbegrenzt wachsen, wenn sie eine Gemeinschaft und nicht eine Addition konstitutioneller Grundsätze und Abkommen sein soll. Dennoch kann sie nicht einfach ‚bekannt geben‘, wo ihre zukünftigen Außengrenzen verlaufen sollten. Die EU könnte sagen, dass alles beim Alten bleibt – in der absehbaren Zukunft können sich keine weiteren Länder um den Beitrittsstatus bemühen. Die Ukraine, Moldawien und Weißrussland können niemals vollwertige Mitglieder werden.

Eine solche Haltung würde vielleicht von Russland begrüßt werden, aber sie würde die Chancen der drei ehemaligen Sowjetischen Republiken auf politische und wirtschaftliche Modernisierung ernsthaft einschränken. Wenn die EU aber auf der anderen Seite offen sagen würde, dass der Weg für den etwaigen Beitritt der drei Länder geebnet sei, könnten Russland und vielleicht andere angrenzende Staaten eine solche Aussage als einen Ausdruck von Imperialismus deuten. Es handelt sich hier um ein echtes Dilemma, denn der gegenwärtige Zustand ist gänzlich unbefriedigend. Von ihm gehen widersprüchliche Botschaften aus. Wir haben bereits einen kurzen Einblick in seine Implikationen gewonnen: durch die Maßnahmen, die Russland traf, um die Ukraine von der Gasversorgung abzuschneiden, und die Forderung, dass das Land schnellstens dazu übergehen sollte, den vollen Marktpreis zu zahlen. Diese Maßnahmen waren eine Reaktion auf die Orangene Revolution und die Absichtserklärung des Landes, der EU beitreten zu wollen.

Grenzen werden derzeit von den führenden Politikern der EU unter dem Stichwort ‚Aufnahmekapazität‘ diskutiert – wie viele weitere Länder kann die EU noch aufnehmen, ohne eine ernsthafte Verschiebung in Kauf nehmen zu müssen? Diese Debatte konzentriert sich nicht wirklich auf die ehemaligen sowjetischen Provinzen, sondern mal unterschwelliger oder mal offener auf die Türkei. Der Beitritt der Türkei hat aus einer Vielzahl von Gründen zu einer Spaltung innerhalb der existierenden EU-Länder geführt – seine Größe, geographische Lage, seine schlechte wirtschaftliche Entwicklung und die Tatsache, dass es vorwiegend eine islamische Gesellschaft ist. Im Moment ist die große Gefahr, dass die schizophrenen Einstellungen der EU-Spitzenpolitiker gegenüber der Türkei zu einer Situation führen werden, die die schlechteste aller Welten ist.

Die EU sollte viel überzeugter für ihre bereits getroffene Entscheidung eintreten: die Türkei als Beitrittsland anzuerkennen. Viele Befür-

worter der EU in der Türkei, die ganz unterschiedlichen Seiten des politischen Spektrums angehören, sind aufgrund der Halbherzigkeit des Aufnahmeangebots der EU schwer enttäuscht. Bis auf die EU gehört die Türkei jeder europäischen Organisation an, und sie ist schon seit langen Jahren ein Mitglied der NATO. Es steht außer Frage, dass es erhebliche Hindernisse zu überwinden gilt, bevor der Beitritt der Türkei Realität werden kann, wozu die ungelöste Zypernfrage gehört. Sollte die EU dennoch zum jetzigen Zeitpunkt der Türkei den Rücken zukehren, könnte dies zu einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in diesem Land, politischer Polarisierung und einer verbitterten Gesellschaft führen, die sich eher gen Osten als Westen wendet. Diejenigen, die derzeit davon sprechen, der Türkei Hindernisse in den Weg zu legen, sollten darüber nachdenken, ob sie wirklich einen kämpferischen, gespaltenen, womöglich antagonistischen Staat vor ihrer Tür haben möchten. Eine demokratische, liberale und wohlhabende Türkei als Mitgliedsstaat der Union ist eine sehr viel reizvollere Aussicht als eine immer schwächer werdende Türkei, die uns von außen betrachtet.

Siebte These: Bei der Verfolgung ihrer geopolitischen Ziele sollte die EU auf verschiedene Formen der Macht zurückgreifen können. Der amerikanische Autor Robert Kagan (2003) hat mit seinem Kontrast zwischen ‚Stärke‘ (den USA) und ‚Schwäche‘ (der EU) ein paar ganz wunder Punkte in Europa berührt. Ein Akteur, der Macht besitzt (die USA), wird von dieser auch Gebrauch machen, während einer mit wenig oder keiner Macht (die EU) seine Schwäche zu hochtrabenden Prinzipien der Zusammenarbeit erheben wird. Wie Kagan es in Anspielung auf den Bestseller über männliche und weibliche Stereotypen von John Gray (1993) einmal gesagt hat, sind die Europäer von der Venus und die Amerikaner vom Mars. Die USA sind ‚maskulin‘, weil sie die Anwendung von Gewalt beherrschen und keine Angst davor haben, von Gewalt Gebrauch zu machen, um ihre Ziele zu erreichen. Die EU versucht mit den ‚femininen‘ Künsten der Überredung und der Verführung ihren Willen durchzusetzen (da sie keine andere Wahl hat).

Es ist jedoch ein Fehler, ‚Stärke‘ in diesem engen Sinne zu gebrauchen und ein noch größerer Fehler, sie mit ‚Schwäche‘ zu kontrastieren. Die bereitwillige Übernahme internationalen Rechts und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen – dies sind schon an sich Formen von Macht. Gewalt ohne Verhandlung erreicht gar nichts, oder ist bestenfalls sehr beschränkt, weil sie nicht zu Stabilität führen kann, wie wir es im Falle Iraks sehen. Auf der anderen Seite ist Überredung ohne die Möglichkeit effektiver Sanktionen auch an sich schon sehr limitiert, was sich an den fehlge-

schlagenen Versuchen der EU zeigt (zumindest zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes), den Iran vom Ausbau seines Atomprogramms abzubringen.

Kagans Unterscheidung ähnelt Joseph Nyes Differenzierung zwischen harter und weicher Macht(ausübung). Harte Macht beruht auf dem Gebrauch von Sanktionen, um den anderen gefügig zu machen, was die Androhung oder die tatsächliche Anwendung von Gewalt einschließt. Nye definiert ‚soft power‘ im Sinne einer Situation, in der ein Land oder eine andere Organisation das Resultat, das es will, auch erzielt, „weil andere Länder ihm oder ihr folgen wollen, seine bzw. ihre Werte bewundern und sich als Beispiel einprägen“ (Nye 2003). Aber diese Unterscheidung ist wiederum irreführend. Sie ist zum Teil irreführend aufgrund der Terminologie an sich. ‚Soft‘ impliziert Schwäche und Verletzlichkeit. Dagegen sind jedoch die Handlungsarten, die unter die Kategorie der weichen Machtausübung fallen, nicht notwendigerweise dieser Art. Was ist beispielsweise weich an dem energischen Verhandeln mit der WTO? Es ist andererseits nichts besonders ‚Hartes‘ daran, wenn militärische Intervention den Zerfall einer Gesellschaft zur Folge hat, die durch innere Spaltung zerrüttet wurde, so wie es im Irak passiert ist.

Der Haupteinwand, den man jedoch gegen die Unterscheidung zwischen weicher und harter Machtausübung vorbringen sollte, ist, dass sie zu viel unter einer einzigen Dichotomie subsumiert. Gefügigkeit und daher der Gebrauch von Macht – weil *alle* der unten aufgeführten Kategorien Formen der Macht oder der potentiellen Macht sind – kann erlangt werden durch:

- die Schaffung eines Vorbilds, das von anderen nachgeahmt werden soll
- diplomatisches Engagement, den Einsatz von Überzeugungskraft
- freiwillige Zusammenarbeit zur Erreichung gemeinsamer Ziele
- den Gebrauch von Anreizen
- die Ermutigung Anderer, sich an legalen oder regelgebundenen Systemen oder Organen (wie der WTO) zu beteiligen
- den Gebrauch zwingender Sanktionen (z.B. wirtschaftlicher Sanktionen)
- die Androhung oder den Gebrauch von Gewalt.

In der Praxis kann man diese Punkte nicht immer voneinander trennen. Manche setzen andere voraus. Beispielsweise ist die Rechtsstaatlichkeit normalerweise nicht rechtsgültig, wenn sie nicht irgendwie von zwingenden Sanktionen gestützt wird. Multilateralismus – Regieren durch Konsultation und Überzeugung – ist eine wesentliche Eigenschaft der EU und ist ein Grundsatz von weitreichender Anwendbarkeit in einer Welt, in der jeder vom anderen abhängig ist. Aber die Vorstellung, dass

die Befähigung, Gewalt anzuwenden, anderen überlassen werden sollte, macht keinen Sinn. Die EU sollte eine Haltung annehmen, die man als energische Multilateralität bezeichnen könnte – eine Herangehensweise, die die Bedeutung des internationalen Rechts, der Verhandlung und der Versöhnung in den Vordergrund stellt, aber anerkennt, dass die Androhung des Gebrauchs von Gewalt notwendig sein könnte, um diese zu stärken. Beim Multilateralismus geht es in den seltensten Fällen um Alles oder Nichts. Es wird nur sehr selten Gelegenheiten geben, bei denen die Mehrzahl der Nationen dieser Welt völlig einer Meinung sein wird. Die EU wird auch Raum für ‚prinzipielle Bilateralität‘ lassen müssen – Situationen, in denen ein oder mehrere Mitgliedsstaaten Interventionen einleiten, die von der gesamten Union unterstützt werden (zum Beispiel die Briten in Sierra Leone im Jahr 2000).

Diese Ansicht impliziert nicht etwa, dass die EU ein Element eines neuen politischen Gleichgewichts zwischen gleichermaßen einflussreichen Akteuren sein sollte. Die EU ist kein Nationalstaat im Großen und es geht nicht darum, als Gegengewicht gegen die USA oder andere Mächte oder andere Gruppen von Mächten zu fungieren. Die EU ist dabei, den Weg für ein transnationales Regierungssystem zu ebnen. Im Prinzip könnten andere Gebiete in der Welt davon profitieren und aus den Fehlern, die hier gemacht werden oder den Sackgassen, auf die man stößt, etwas lernen.

Die EU muss militärisches Potenzial haben, eine der Streitfragen, mit der man trotz wiederholter Versuche nicht wirklich weiter gekommen ist. Die EU hat mehr kampfbereite Soldaten als die USA, hinkt aber ernsthaft im Hinblick auf ihre technologischen Kapazitäten hinterher. Seit dem Start der Defence Capabilities Initiative der NATO in den späten 1990er Jahren wurden eine Reihe von Versuchen unternommen, Europas Verteidigungskapazitäten aufzustocken. Im Kosovo-Konflikt erkannte das US-Militär bei den EU-Staaten besondere Defizite in den Bereichen des Präzisionsangriffs, der Mobilität, des Geheimdienstes und der Überwachung (vgl. Magman 2002). Der amerikanische Senator Jesse Helms merkte damals an, dass die EU „sich noch nicht einmal aus einer nassen Papiertüte zu befreien wüsste“.

Man hat erfolgreich ein paar Anpassungen vorgenommen. Die EU15-Regierungen verpflichteten sich 1999 eine gemeinsame Streitmacht zu stellen, die innerhalb von 60 Tagen in Gebieten außerhalb der EU einsetzbar ist und für 12 Monate aufrechterhalten werden kann. Dieser Initiative wurde 2004 (als sie noch nicht ganz verwirklicht worden war) ein Antrag auf Aufstellung einer Reihe von ‚Kampfgruppen‘ hinzugefügt, die man schnell und dauerhaft einsetzen könnte und jeweils aus etwa 1.200 bis 1.500 Soldaten bestünden (vgl. Wallace 2005). In den

Jahren 2003/04 wurden ca. 60.000 bis 70.000 Soldaten – wobei die in der NATO involvierten Kräfte nicht eingerechnet sind – außerhalb der EU eingesetzt.

Die Europäische Sicherheitsstrategie, die 2003 von dem Hohen Vertreter für Außenpolitik Javier Solana entworfen wurde, war ein höchst wichtiges Dokument. Es war der erste systematische Versuch, die Risiken, denen sich die EU in einer Welt nach 1989 gegenübergestellt sieht, zu benennen. Es erkannte das neue Ausmaß der Interdependenz der globalen Gesellschaft an und listete die größten Sicherheitsrisiken in der EU auf: Terrorismus ganz neuen Kalibers, die Weitergabe nuklearer Waffen, regionale Konflikte, Staatsversagen und transnationales Verbrechen. (Eine Analyse findet sich in: Heisbourg 2003.) Es gab ein explizites Eingeständnis, dass man, neben anderen Strategien, irgendwann Streitkräfte benötigen wird, um dieser Probleme Herr zu werden.

Es ist ihm allerdings nicht ganz gelungen, eine ganz und gar effektive Herangehensweise an diese neuen Probleme und die Rolle militärischer Gewalt im Rahmen ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Die Betonung von ‚peacekeeping‘ und ‚nation-building‘ ist schön und gut, aber zwangsläufig unangebracht, wenn es nicht genug Streitkräfte gibt, um den Frieden erhalten zu können, während der Wiederaufbau voranschreitet. Kagans sarkastische Bemerkung, dass die Amerikaner das dreckige Geschirr waschen und die Europäer das Abtrocknen übernehmen, spiegelt immer noch den Kern der Wahrheit wieder. (Eine andere Version lautet: Die USA ‚treten die Tür ein‘ und die EU ‚räumt das Haus auf.‘) (Heisbourg 2004)

Die Lage ist genauso instabil wie die des unreformierten europäischen Sozialmodells, mit dem es in der Tat eng verbunden ist. Vor 1989 war Europa eine geschützte Zone und daher in der Lage, sich seiner eigenen sozioökonomischen Entwicklung zu widmen; und alte Gewohnheiten legt man nur schwer ab. Europas Außenpolitik beruht im Großen und Ganzen auf der Erweiterung und dem Anreiz der potenziellen Mitgliedschaft für die Nachbarstaaten. Ich habe bereits dargelegt, dass dieser Ansatz nicht mehr vertretbar ist, zumindest als Grundsatz, den man bis ins Unendliche ausweitet. Wir brauchen das Gegenstück einer Lissabonner Agenda für Außenpolitik; und dies muss in Worte gefasst werden, die von der breiten Allgemeinheit verstanden werden können.

Kann die EU denn eigentlich eine kohärente und einheitliche Außenpolitik entwickeln? Schließlich tendieren die Mitgliedsstaaten dazu, in diesem Bereich ihre Handlungsautonomie genauso zu schützen wie sie es im Hinblick auf ihre Steuer- und Sozialpolitik tun. Doch wenn Änderungen in der Regierungsform der EU vorgenommen werden, kön-

nen wir – im Vergleich damit, was die EU bisher zustande gebracht hat – auf eine viel effektivere Außenpolitik hoffen. Die Klüfte, die sich durch den Irakkrieg aufgetan haben, werden sich wohl in den meisten Bereichen der Außenpolitik, mit denen sich die EU befassen muss, nicht wieder auftun. Die Union hat keine zentrale Autorität, die sich über die kollektiven oder individuellen Entscheidungen ihrer Mitgliedsstaaten hinwegsetzen kann; aber diese Situation kann sowohl eine Quelle der Kraft als auch ein Problem sein. Sie kann das schnelle Treffen von Entscheidungen in Krisensituationen behindern, aber das Bedürfnis nach Konsens kann auch vor verantwortungslosen Unterfangen schützen.

Der Ausbau der Rolle der EU in der weiteren Welt muss jedoch zum Abbau eines momentan unangenehm weit verbreiteten Phänomens, das man als *Euro-Scheinheiligkeit* beschreiben könnte, beitragen. Es gibt mindestens drei Bereiche, in denen es zum Vorschein kommt, wenn auch nicht immer für die Europäer, dann doch zumindest für außenstehende Betrachter. Einer betrifft die Bereitwilligkeit, mit der Europäer (wie Kagan herausstellt) sich daran gewöhnt haben, sich hinter der militärischen Macht der USA zu verstecken, obwohl sie gleichzeitig bereit sind, die Amerikaner für ihre Fehler scharf zu kritisieren. Die europäischen Sozialsysteme werden zum Teil durch den Widerwillen der nationalen Wählerschaften, in die Modernisierung ihrer Streitkräfte und Waffensysteme zu investieren, ad absurdum geführt.

Der zweite Bereich betrifft das Versäumnis der europäischen Staaten, sich kritisch mit ihrer kolonialen Vergangenheit, insbesondere im Lichte ihrer neu gefundenen kulturellen Vielfalt, auseinander zu setzen. Die Europäer waren lange Zeit die Aggressoren schlechthin in der Welt. Das Gerede über europäische Werte kann für diejenigen, die in den weniger entwickelten Teilen der Erde noch immer mit den Langzeitschäden des Kolonialismus zu kämpfen haben, unglaublich klingen. Als sich die Demokratie in Europa entwickelte und bis in die 1960er Jahre überdauerte, wurde sie ganz gezielt der kolonialen Bevölkerung verwehrt.

Afrika, der Mittlere Osten und Teile Asiens wurden mehr oder weniger willkürlich durch die europäischen Kolonialmächte aufgeteilt. Viele ihrer aktuellen Probleme sind auf dieses Erbe zurückzuführen, die dann nahtlos durch den Kalten Krieg abgelöst wurden. Schlachten zwischen den beiden Supermächten wurden in Vertretung in diesen Teilen der Welt geschlagen. Europas Zukunft wird zu einem hohen Grad von seinen Fähigkeiten abhängen, pluralistische Gesellschaften aufzubauen und Rassismus zu bekämpfen. Ich möchte damit nicht sagen, dass die ehemaligen Kolonialmächte alle öffentlich Abbitte für ihre Vergangenheit leisten sollten. Aber die Propagierung der heutigen europäischen Werte wird nicht von Erfolg gekrönt sein, wenn sie nicht mit der nüch-

ternen Akzeptanz der Schattenseite des europäischen Abenteuerturns einher geht. Wie Chris Patten sagt, müssen wir vermeiden wie „die Spitzenpolitiker zu klingen, die suggerieren, dass wir Nachdruck auf ein höheres moralisches Niveau in Europa legen sollten, [...] denen es aber gleichzeitig günstigerweise gelingt, Gaskammern, Gulags und unser christliches Erbe des unverhohlenen oder dezenteren Antisemitismus und der Islamophobie zu den Akten zu legen und dann zu vergessen“ (Patten 2005).

Als Letztes wäre zu sagen, dass sich die Scheinheiligkeit gegenüber den Entwicklungsländern in Europas landwirtschaftlichem Protektionismus und seiner zögerlichen Haltung gegenüber jeglicher Form der Veränderung zeigt. Die EU möchte eine entscheidende Kraft bei der Entwicklungshilfe in ärmeren Teilen der Welt sein. Das Beharren auf der Gemeinsamen Agrarpolitik vermittelt trotz aller Konzessionen an die Produzenten in den Entwicklungsländern einen ganz anderen Eindruck.

Meine letzte These: Obwohl es nicht so scheinen mag, ist dies eine Zeit ganz neuer *Chancen* für Europa – die Chance, im wirtschaftlichen Bereich neue Kräfte zu tanken und die Vorhut bei den bevorstehenden Veränderungen zu übernehmen. Viele haben den Eindruck, dass es mit dem europäischen Projekt bergab zu gehen scheint. Einige seiner engagiertesten Verfechter haben nun sogar doch noch Vorbehalte und Zweifel bekommen. So merkt einer von ihnen an, dass er jahrelang optimistisch war, was die Zukunft der EU anbelangte, und feststellte, dass das europäische Projekt in der ganzen Welt auf reges Interesse stieß. Aber „seit geraumer Zeit“, so sagt er, „bin ich weit weniger zuversichtlich [...] Wolken ziehen auf und vielleicht braut sich sogar gerade ein Sturm zusammen.“ Dem europäischen Unterfangen fehle es heutzutage an „Spannung“ (Lamy 2005: 21, 31).

Andere sind noch viel weiter gegangen. Der Historiker Niall Ferguson zum Beispiel vertritt die Meinung, dass die Europäische Union „eine Einheit am Rande des Untergangs und letztendlich vielleicht sogar der Zerstörung“ sei. Sie wird nicht ganz verschwinden, zumindest nicht auf kurze Sicht, aber sie könnte in relative Vergessenheit geraten. Er weist darauf hin, dass genau dies mit Organisationen wie der OECD passiert ist, die jetzt eine Behörde für Wirtschaftsanalysen und Berichterstattung ist, früher jedoch einmal ein Prototyp für den Wiederaufbau Europas nach dem Marshall Plan war. Eines Tages könnte auch die EU „nichts weiter als eine bescheidene Datensammelstelle mit teuren aber machtlosen Ämtern in Brüssel oder anderswo sein.“ (Ferguson 2004: 2) Die Anhäufung der Probleme, denen sie ins Auge sehen muss, seien sie nun

wirtschaftlicher, politischer oder organisatorischer Art, so Ferguson, sei einfach zu groß.

Diese Probleme sind real. So wie es Marx einmal über den Kapitalismus gesagt hat, könnte die EU unter dem Gewicht ihrer eigenen Widersprüche zusammenbrechen. Der Kapitalismus ist nicht zusammengebrochen, sondern hat ganz neue Kräfte entwickelt. Die EU kann dies auch – unter der Voraussetzung, dass sie offener für Reformen wird und es dann auch bleibt. Der einzig und allein wichtigste Faktor, der der EU ihre Legitimität zurückgeben würde, wäre die erfolgreiche Überarbeitung des Sozialmodells. Dies ist keineswegs eine unerfüllbare Aufgabe. Im Prinzip haben die entwickelteren Staaten der EU viele Wettbewerbsvorteile in der neuen globalen Arena. Es wird oft hoch gelobt, dass die Europäische Union ein Produkt von Eliten ist, anstatt durch den Willen des Volkes sanktioniert worden zu sein. Dieser Behauptung möchte ich widersprechen, da die EU von demokratisch gewählten Regierungen und auf kumulative Art und Weise aufgebaut, oder bewilligt, worden ist. Ich habe dargelegt, dass sich derzeit etwas anderes als eine Wendung gegen die Eliten abspielt. Und dieses andere ist der Verlauf einer Entwicklung, die Kontinuität voraussetzte, aber – nach 1989 – dann doch einen Bruch erfahren musste.

Aus dem Englischen von Petra Pointner

Anmerkungen

- 1 Dieser Aufsatz ist die Übersetzung des siebten Kapitels aus: Giddens 2007.
- 2 Eine interessante Diskussion dieses Zitats, in der der Autor jedoch zu anderen Schlüssen kommt als ich, findet man in Morgan 2005: 114-120.
- 3 Jeremy Rifkin spricht von einem möglichen EU-Beitritt Kanadas und führt als paralleles Beispiel an, dass Hawaii ein amerikanischer Staat ist, obwohl es viele Meilen vom amerikanischen Festland entfernt liegt (vgl. Rifkin 2004).

Literatur

Association of South-East Asian Nations (2001): Towards an East Asian Community, Report of the East Asia Vision Group, online unter www.mofa.go.jp/region/asia-paci/report2001.pdf.

- Brimelow, Peter (1996): *Alien Nation. Common Sense About America's Immigration Disaster*, New York.
- Ferguson, Niall (1990): *Das verleugnete Imperium. Chancen und Risiken amerikanischer Macht*, Berlin.
- Ferguson, Niall (2004): *The end of Europe?*, American Enterprise Institute Bradley Lecture, Washington, 1. März.
- Fischer, Joschka (2000): *Vom Staatenbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration*. Rede in der Humboldt-Universität, Berlin, 12. Mai; online unter http://europa.eu.int/constitution/futurum/documents/speech/sp120500_en.pdf.
- Garton Ash, Timothy (2004): *Freie Welt. Europa, Amerika und die Chance der Krise*, München.
- Giddens, Anthony (2007): *Europe in the Global Age*, Cambridge.
- Gray, John (1993): *Männer sind anders. Frauen auch. Männer sind vom Mars. Frauen von der Venus*, München.
- Gunther, John (1961): *Inside Europe*, New York.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt a.M.
- Habermas, Jürgen (2001): *Braucht Europa eine Verfassung?*, in: Ders.: *Zeit der Übergänge*, Frankfurt a.M.
- Heisbourg, François (2003): *The 'European security strategy': Is it for real?*, ESF Working Paper Nr. 14.
- Heisbourg, François (2004): *The 'European security strategy is not a security strategy'*, in: Steven Everts et al.: *A European Way of War*, London.
- Huntington, Samuel (2004): *Who Are We? Die Krise der amerikanischen Identität*, Hamburg.
- Kagan, Robert (2003): *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, München.
- Lamy, Pascal (2005): *Towards World Democracy*, London.
- Lord, Christopher (1998): *Democracy in the European Union*, Sheffield.
- Magman, Hans-Christian (2002): *European Crisis Management and Defence*, Oxford.
- Mazower, Mark (2002): *Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a.M.
- Moravcsik, Andrew (2002): *In defence of the democratic deficit: reassessing legitimacy in the European Union*, in: *Journal of Common Market Studies*, 40/4.
- Morgan, Glyn (2005): *The Idea of a European Superstate*, Princeton.
- Nye, Joseph S.: *Das Paradox der amerikanischen Macht. Warum die einzige Supermacht der Welt Verbündete braucht*, Hamburg.

- Parsons, Talcott (1985): Talcott Parsons on Institutions and Social Evolution. Selected Writings, Chicago.
- Patten, Chris (2005): Not Quite the Diplomat, London.
- Rice, Condoleezza (2000): How to promote national interest. in: Foreign Affairs, Januar; online unter www.foreignaffairs.org/20000101-faessay5-p0/condoleezza-rice/campaign-2000-promoting-the-national-interest.html.
- Rifkin, Jeremy (2004): Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht, Frankfurt a.M.
- Rischar, Jean-Francois (2002): High Noon: 20 Global Problems, 20 Years to Solve Them, New York.
- Salomon, Lester M. (2002): The Tools of Government: A Guide to the New Governance, Oxford.
- Salter, Arthur (1931): The United States of Europe, London.
- Schwall-Düren, Angelica (2006): The Way out of Europe's Constitutional Crisis, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2006.
- Thatcher, Margaret (1998): „The Bruges Speech“; online unter www.margaret-thatcher.org/speeches/displaydocument.asp?docid=107332.
- Tsoukalis, Loukas (2005): What Kind of Europe?, Oxford.
- Verhofstadt, Guy (2006): Die Vereinigten Staaten von Europa. Manifest für ein neues Europa, Eupen.
- Wallace, William (2005): Is There a European Approach to War?, European Foreign Policy Unit Working Paper, März, London.
- Walzer, Michael (1990): What does it mean to be American?, Social Research, 71/3.
- Weiler, Joseph (1999): The Constitution of Europe, Cambridge.
- Weiler, Joseph (2005): „Europe's Sonderweg“, in: Kalypso Nicolaidis/ Robert Howse (Hg.): The Federal Vision, Oxford.
- Zielonka, Jan (2002): Europe Unbound, London.

Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis

NORBERT FREI

„Europas Gedächtnis“ lautet der Titel dieses Bandes. Das lässt sich hören, da klingt auch ein wenig Stolz durch und Zuversicht, und wer wollte die darin aufscheinende Hoffnung im 50. Jahr der Römischen Verträge leichthin dementieren? Gedächtnis, Erinnerung, Identität – das sind gegenwärtig zweifellos Lieblingsvokabeln im europäischen Sinndiskurs. Erlauben Sie mir zu sagen, dass ich dies mit gemischten Gefühlen sehe. Mir fehlt in diesem modischen Begriffshaushalt nämlich die Geschichte, genauer gesagt: Geschichtsbewusstsein. Denn Geschichte geht nicht in Erinnerung auf. Umso mehr freue ich mich, dass ich über die deutsche *Vergangenheit* sprechen darf – also über Geschichte –, und darüber, wie die Geschichte dieser Vergangenheit sich zu den rezenten Erinnerungsdiskursen verhält.¹

Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis – was hat das eine mit dem anderen zu tun? Der heutige Tag, der 26. April 2007, hält einen Hinweis auf die Antwort bereit: Denn exakt vor 70 Jahren legten deutsche Bomber der „Legion Condor“ Guernica in Schutt und Asche. Görings Luftwaffe erprobte an der kleinen baskischen Stadt eine neue Technik, der ab 1939 Hunderttausende von Zivilisten zum Opfer fallen sollten: das Flächenbombardement – eine Form der Kriegführung, die dann in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkriegs auf die Deutschen selbst zurückschlagen würde. Stundenlang klinkten die deutschen Piloten ihre Spreng-, Splitter- und Brandbomben über Guernica aus. Am Ende des Tages waren 250 Menschen tot, Hunderte verletzt – und die Deutschen hatten eine neue Stufe in der Eskalation der Kriegführung im

20. Jahrhundert genommen. Sie hatten begonnen, so könnte man sagen, sich mit ihren Verbrechen in das Gedächtnis Europas einzubrennen.

Guernica verdankt sich in hohem Maße der kommunistischen Propaganda, die das präzedenzlos Ungeheuerliche des Vorgangs sofort verstand und anzuprangern wusste – und sie verdankt sich selbstverständlich Picassos berühmtem Gemälde, das schon im Sommer 1937 im spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung zu sehen war. Aber die Erinnerung an Guernica wäre wohl längst verblasst, hätten sich die dortigen Schrecken im Rückblick nicht als Auftakt für weitaus größere Verbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg erwiesen.

Und es war dieser vom nationalsozialistischen Deutschland gewollte Zweite Weltkrieg, in dem, so meine These, Europas heutiges Gedächtnis gründet. Die im Verlaufe dieses Krieges von den Deutschen und auf deren Geheiß begangenen Verbrechen – im Zentrum das Menschheitsverbrechen an den Juden – bilden den Ausgangspunkt dieses Gedächtnisses. Der „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) des Holocaust ist in diesem Sinne also Ursprung und Kern jenes europäischen Erinnerungsdiskurses, der sich im Verlauf der europäischen Einigung nach 1945 sukzessive herausgebildet und seit den achtziger Jahren immer deutlicher entfaltet hat.

Damit ist schon angedeutet, dass Deutschlands Vergangenheit und Europas Gedächtnis inzwischen längst eine Geschichte haben, die eigens beleuchtet, ja „historisiert“ zu werden verdient. Ich will versuchen, dazu in drei unterschiedlich großen Schritten etwas beizutragen: Erstens möchte ich einige durchaus allgemein zu nennende Bemerkungen zum deutschen Umgang mit der Vergangenheit machen (I). Ich möchte diese Überlegungen zweitens dann in Verbindung bringen mit ein paar Überlegungen zur Bedeutung dessen, was ich Generationenkonstellationen nenne – und dazu, was deren Veränderung im Prozess des sich wandelnden Umgangs mit der Vergangenheit bedeutet (II). Drittens soll es dann um die Funktion und Bedeutung der deutschen Vergangenheit im Zusammenhang mit der Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen eines europäischen Gedächtnisses gehen (III).

I

Nach 1945 hatten die Deutschen keine Möglichkeit, sich ihrer, wie man damals gerne sagte, „jüngsten Vergangenheit“ nicht zu stellen. Und im Grunde ist es sechzig Jahre lang so geblieben. Natürlich veränderte sich in diesen vielen Jahrzehnten der gesellschaftliche Umgang mit der NS-Vergangenheit – er währt ja inzwischen mehr als fünfmal so lange wie die zwölfjährige Geschichte des „Dritten Reiches“. Aber mehr oder we-

niger konstant blieb doch eine Überzeugung, die sich gegen Ende der fünfziger Jahre langsam herauszubilden begann und die heute in weiten Teilen unserer Gesellschaft, wenngleich natürlich nicht von allen, geteilt wird: nämlich die Überzeugung, dass man zu dieser Vergangenheit ein reflektiertes Verhältnis finden, dass man sich mit ihr auseinandersetzen muss. Wer das nicht will, wem gar nachgesagt werden kann, er könne „alles, außer Geschichte“, der muss um sein Amt fürchten. Der baden-württembergische Ministerpräsident Günter Oettinger hat das unlängst erfahren.

Die anhaltende Wirksamkeit dieser bundesrepublikanischen Vergangenheitsauffassung zeigt sich in einer unausgesprochenen Selbstverständlichkeit: Wenn von „Deutschlands Vergangenheit“ die Rede ist, dann ist – jedenfalls im Westen der Bundesrepublik – unausgesprochen klar, dass es um die NS-Zeit gehen wird. (In den ostdeutschen Ländern ist das etwas anders, zumindest begegnet einem dort häufiger die Unterscheidung zwischen der „ersten“ und der „zweiten Diktaturvergangenheit“ – und dann auch vielfach die Klage, dass von der zweiten, also von der DDR, zu wenig gesprochen werde.)

Diese gesellschaftliche Übereinkunft im Umgang mit der deutschen Vergangenheit festzustellen heißt aber nicht, dass man der seit langem zu hörenden kulturpessimistischen Klage beipflichten muss, wonach die anhaltende Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte die zweifellos erfreulichere Beschäftigung mit den davor und danach liegenden „helleren Epochen“ der deutschen Vergangenheit blockiere; die große Aufmerksamkeit, der sich historische Museen aller Art und vielerlei Ausstellungen in unserem Land erfreuen, spricht schon immer eine andere Sprache, und ähnliches gilt für das breite Interesse sowohl an der Geschichte der beiden Teile Deutschlands in den fünfziger und sechziger, ja inzwischen auch schon an den siebziger Jahren; man denke nur an das Stichwort RAF.

Aber richtig ist: Im Westen Deutschlands entstand seit 1945 – vor allem, weil entsprechende Erwartungen von außen an die Deutschen herangetragen wurden – so etwas wie ein neuartiges Geschichtsbewusstsein. Eine der Grundlagen dafür war die Einrichtung einer neuen fachwissenschaftlichen Disziplin, der so genannten Zeitgeschichte. In den späten vierziger Jahren kam es in München, also in der amerikanischen Besatzungszone, zur Etablierung eines entsprechenden Instituts. Es trug zunächst den Namen „Deutsches Institut zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit“, aus dem bald aber das bekannte Institut für Zeitgeschichte wurde, das seit 1953 die nicht weniger bekannten *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* herausgibt. Sehr zugespitzt kann man sagen, dass die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit so etwas wie ei-

ne intellektuelle Reparationsforderung unserer Nachbarn und vormaligen Kriegsgegner gewesen ist – eine Erwartung, der von deutscher Seite zunächst sicher zögerlich, dann aber doch in zunehmendem Maße entsprochen wurde.

Für die „alte“ Bundesrepublik kann man vor diesem Hintergrund meines Erachtens tatsächlich davon sprechen, dass im Laufe der Zeit die kritisch-aufklärerische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit geradezu zu einem Merkmal ihrer politischen Kultur geworden ist. Das galt nicht unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik, als zunächst direkt gegenläufige vergangenheitspolitische Prozesse in Gange waren,² aber doch seit Ende der fünfziger Jahre und dann deutlich zunehmend in den Sechzigern. Die Frage ist, inwieweit dieser selbstkritische Umgang mit der NS-Geschichte eine Zukunft hat.

II

Lassen Sie mich Ihnen nun zunächst vor Augen führen, was ich mit sich wandelnden Generationenkonstellationen und ihrer Bedeutung für den Umgang mit der NS-Vergangenheit meine. Zu diesem Zweck möchte ich vor allem drei politische Generationen im 20. Jahrhundert identifizieren. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass das Denken in Generationen in der Geschichtswissenschaft derzeit nicht nur Konjunktur hat, sondern zu Recht auch Kritik findet. „Generation ist immer“, heißt es dann, und das ist ja auch nicht falsch. Aber „Generation“ im Sinne von Erfahrung ist eben nicht immer, sondern spezifisch, wenn man sie auf einen prägenden Ereigniszusammenhang beziehen kann – und ein solcher ist der Zweite Weltkrieg ganz bestimmt.

Im Blick auf die deutsche Wahrnehmung dieses Krieges und, nicht weniger wichtig, in Bezug auf sein erfahrungsgeschichtliches Nachwirken in den seitdem vergangenen Jahrzehnten lassen sich, zugegebenermaßen etwas vereinfachend, die folgenden Generationenkohorten ausmachen: Erstens die Erfahrungsgeneration der um 1905 Geborenen, die sich als die Funktionsgeneration des Nationalsozialismus bezeichnen lässt. Es handelt sich damit um jene Kohorte, die zu Anfang des Dritten Reiches in verantwortliche Positionen gekommen ist und die recht deutlich abgehoben werden kann von der Generation der zumeist etwas älteren eigentlichen Führungsfiguren der NS-Bewegung (also der Hitler, Goebbels' und Görings). Die zweite identifizierbare Erfahrungsgeneration ist die der um 1925 Geborenen, die schon bald nach 1945 bis in den allgemeinen Sprachgebrauch hinein als die skeptische Generation der ehemaligen Flakhelfer und jungen Frontsoldaten bekannt wurde. Auch

die dritte Erfahrungsgeneration, die um 1945 geborenen Kriegs- und Nachkriegskinder, trägt seit langem ein Etikett: als Generation der Achtundsechziger.

Bleibt man in dem damit vorgezeichneten 20-Jahres-Rhythmus, so ergeben sich mit Blick auf den Zweiten Weltkrieg – nun allerdings nicht mehr als Erfahrungs-, sondern als Tradierungsgenerationen – zumindest rechnerisch zwei weitere Kohorten, nämlich die der um 1965 und die der um 1985 Geborenen. Leichter als die Benennung von Unterschieden fällt es freilich, für die heute Vierzigjährigen und die Zwanzigjährigen Gemeinsamkeiten zu konstatieren: Für beide Generationen gilt, dass ihnen die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als kulturelle Praxis vermittelt wurde, und dass beide Generationen diese Tradierungserfahrung noch in der Gegenwart von Zeitzeugen gemacht haben bzw. gerade noch machen. Letzteres wird für die nächste Generation nicht mehr der Fall sein.

Aber zurück zu den Generationen der um 1905, 1925 und 1945 Geborenen: Es bedarf keiner besonderen Vorstellungskraft um sich klarzumachen, dass die gesellschaftlichen Einflusskonstellationen dieser drei Kohorten in der deutschen Nachkriegsgeschichte einem permanenten Wandel unterlagen. Ebenso wie immer „Generation“ ist, ist immer auch Wandel. Und dennoch kommt es von Zeit zu Zeit zu spezifischen, sozialpsychologisch und gesellschaftsanalytisch besonders relevanten Generationenkonstellationen. In diesem Sinne meine ich, dass sich auf der Zeitachse – bezogen auf die drei genannten Generationen – signifikante Schnittpunkte abbilden, die für die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik von besonderer Bedeutung gewesen sind: nämlich die mittleren sechziger und die mittleren achtziger Jahre, aber auch die Gegenwart.

Mitte der sechziger Jahre begann für die Funktionsgeneration des „Dritten Reiches“ der Rückzug aus dem Berufsleben; damit trat jene Generation in den Hintergrund, die auch den Nachkriegs-Wiederaufbau funktional im wesentlichen getragen hatte, während die politische Verantwortung bei den alten Weimaranern lag. Parallel dazu nahm die „skeptische Generation“ die Schlüsselpositionen in Staat und Gesellschaft ein – und die Generation der Kriegskinder die Universitäten.

Mitte der achtziger Jahre war die Funktionsgeneration des Nationalsozialismus dann bereits weitgehend erloschen, die skeptische Generation auf dem Weg in die Rente, und die Generation der Kriegskinder, nun in ihrer neueren Ausprägung als „Achtundsechziger“, gelangte sukzessive in die Verantwortung – und sei es dort, wo sie sich damals immer noch befand, also in den Universitäten. Mit Opfererfahrung hatte letzteres natürlich allenfalls im übertragenen Sinne zu tun, alles zusam-

men mit Schulddiskursen und deren Verwandlungen im Laufe der Jahrzehnte aber eine ganze Menge. Lassen Sie mich versuchen, dies im Folgenden wenigstens stichwortartig zu skizzieren.

Jenseits des Deklamatorischen der offiziellen Politik trauerten die Deutschen nach dem Krieg – wenn sie denn trauerten (was nicht nur die Mitscherlichs bekanntlich bezweifelt haben) – zunächst um jene Opfer, die sie als ihre eigenen Toten begriffen. Das bedeutet, die öffentliche Selbstverständigung über die „jüngste Vergangenheit“ seit den späten vierziger Jahren bezog sich einerseits auf reale (allerdings fragmentierte) Todes- und Opfererfahrung in der zweiten Hälfte des Zweiten Weltkriegs und auf dessen unmittelbare Nachwirkungen in Gestalt von Flucht und Vertreibung, Obdachlosigkeit und vielfältiger Not. Andererseits nährte sie sich von der Wahrnehmung der alliierten Politik der Schuldkonfrontation und Entnazifizierung in den ersten Monaten und Jahren nach Kriegsende.

In diesem Diskurs dominierte eindeutig die NS-Funktionsgeneration, der es im wesentlichen gelang, ein Selbstbild – und damit ein Bild von den Deutschen – zu etablieren, das diese als die „ersten Opfer“ Hitlers verstand und das es erlaubte, die Verantwortung für die Entrechtung von Minderheiten, für Krieg und Holocaust wenn nicht zu verdrängen, so doch auf die gleichsam neu entdeckte Spezies der „wirklichen Nazis“ abzuschieben. Von außerordentlicher Bedeutung für die Ausgestaltung dieser post-volksgemeinschaftlichen Selbstwahrnehmung der Deutschen in dieser Phase war das Konstrukt der Kollektivschuldthese.

Deutsche Schuld wurde bis in die sechziger Jahre hinein metaphysisch interpretiert, als das faustische Verhängnis einer Nation, die das Gute wollte und das Böse schuf, als Tragik, als Verstrickung und als diabolische Verführungskraft totalitärer Dämonen. Vor diesem kollektiven Gefühlshintergrund erscheinen die empirisch-nüchternen Anfänge der westdeutschen Zeitgeschichtsschreibung, allen Blind- und Schwachstellen zum Trotz, übrigens wie ein verzweifelt flackerndes Lichtlein des politischen Rationalismus.

Im generationellen Konstellationswechsel der sechziger Jahre trat dann immer deutlicher die Generation der um 1925 Geborenen ins Bild: Ihre Stichworte waren – nach einer kurzen Phase der ideologischen Desillusionierung am Ende des Krieges, der eine zügige politische Umorientierung gefolgt war – besagte Rationalität und Nüchternheit (natürlich nicht nur bei denen, die sich der Zeitgeschichtsforschung oder überhaupt der Wissenschaft verschrieben) sowie die pragmatische Anerkennung und Aneignung eines neuen demokratischen Stils und Wertehorizonts.

Dazu passte die wehleidige Selbstwahrnehmung der Deutschen als Opfer weder im Stil noch in der Sache. Vielmehr war nun Aufklärung

gefragt, genauer: die Selbstaufklärung einer aus den Schlacken der Volksgemeinschaft sich lösenden, einer sich verwestlichenden Gesellschaft. Damit einher ging die gesellschaftliche Verbreiterung des Projekts der „Vergangenheitsbewältigung“, namentlich ein neuer Anlauf bei der justitiellen Ahndung von Kriegs- und NS-Verbrechen, die in den fünfziger Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen war.

Das Selbstbild von den Deutschen als Opfern geriet in dieser Phase immer deutlicher ins Hintertreffen, zumal die materiellen Kriegsfolgelasten bereits weitgehend kompensiert waren, fast 12 Millionen Vertriebene ökonomisch erstaunlich erfolgreich integriert erschienen und die deutsche Teilung wenn nicht zustimmungsfähig, so doch im Zuge einer sich anbahnenden neuen Ostpolitik erträglich gemacht zu werden versprach.

Wenngleich sich manche Verschiebungen bereits seit den späten fünfziger Jahren angedeutet hatten – man denke etwa an die vor allem in der jungen Generation gestärkte Wahrnehmung des Judenmords durch den großen publizistischen Erfolg des Tagebuchs der Anne Frank – so waren es doch die mittleren sechziger Jahre, mit denen sich die Etablierung eines neuen Schuldverständnisses und die gesellschaftlich verbreiterte Anerkennung des Judenmords als Schuld der Deutschen verband.

Befördert wurde dieser Wandel auch durch die Politisierung der um 1945 geborenen Kriegskinder, die sich nun als jene popkulturell und politisch weltweit vernetzte Protestgeneration zu entfalten begannen, mit der sich dann bald das Label „Achtundsechzig“ verband. Über das Nationalsozialismus- bzw. Faschismusverständnis der „Achtundsechziger“ ist viel – und viel Vergrößerndes – geschrieben worden; hingegen erscheint es evident, dass zu ihren wesentlichen Ausgangsmotiven die wachsende Wahrnehmung des Skandals der „unbewältigten Vergangenheit“ zählte – und damit auch die Kritik des gesellschaftlich noch immer breit akzeptierten, dieser Generation jedoch unerträglich gewordenen Selbstverständnisses der Deutschen als Opfer. (Das auf dem Höhepunkt der Revolte rasch schwindende Interesse der neuen „Bewegung“ am realen Nationalsozialismus steht demgegenüber auf einem anderen Blatt, ebenso übrigens wie die Wahrnehmung ihrer Protestformen durch die ältere Generation, die sofort bezeichnende historische Parallelen zu erkennen meinte.)

Die siebziger Jahre waren dann geprägt von einem politisch-gesellschaftlichen Fundamentalkonflikt, in dem der Generation der Kriegskinder – jetzt identifiziert als die „Achtundsechziger“ – insbesondere die Protagonisten der skeptischen Generation gegenüberstanden. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung trat die konkrete NS-Vergangenheit als Streitpunkt zunächst sehr stark zurück, kehrte dann allerdings im Zuge

der Ausdifferenzierung und Veralltäglichen der protestkulturellen Milieus in Form lokaler Geschichtswerkstätten und einer „Geschichte von unten“ bereits gegen Ende des Jahrzehnts zurück.

Deshalb erscheint es mir auch überzogen, als Ergebnis von „1968“ eine „zweite Verdrängung“ der Vergangenheit zu konstatieren. Dagegen spricht schon die Kürze der Zeitspanne, in der diese Verdrängung stattgefunden haben müsste: zwischen der Entkonkretisierung der Vergangenheit im Zuge einer universalen Kapitalismuskritik und den Anfängen der Alltagsforschung liegt weniger als ein Jahrzehnt, und bereits Anfang 1979 stößt die Ausstrahlung der amerikanischen TV-Mini-Serie „Holocaust“ auf enorme gesellschaftliche Resonanz. Und so gewiss die Hochphase des Terrorismus der siebziger Jahre die medialen Aufmerksamkeitsstrukturen vorübergehend stark veränderte, so gewiss ist doch auch, dass etwa der Düsseldorfer Majdanek-Prozess von 1975 bis 1981 immer wieder publizistische Beachtung fand.

Bereits Anfang der achtziger Jahre, spätestens mit dem 1983 einsetzenden Gedenkmarathon, der die Geschichte des „Dritten Reiches“ im Abstand eines halben Jahrhunderts kommemoriert, war ein neues Stadium der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit erreicht, in dem das Deutschland der Hitler-Zeit immer deutlicher als Zustimmungsgemeinschaft gezeichnet wurde und die so genannten kleinen Leute als Mittäter, bestenfalls als Mitläufer – jedenfalls nicht mehr als Opfer – erschienen. Die damals vom Bayerischen Fernsehen verantwortete Serie über „Flucht und Vertreibung“, die erstmals breit auf Interviews mit Zeitzeugen setzte, wollte demgegenüber als „deutsche Antwort“ auf das Doku-Drama „Holocaust“ verstanden werden, entsprach aber insoweit nur noch einem inzwischen minoritär gewordenen Bedürfnis.

In gewisser Weise galt das auch für Ernst Noltes seit 1980 wiederholt geäußerte Besorgnis angesichts einer „Vergangenheit, die nicht vergehen will“. Nolte formulierte damit tatsächlich eine Art faktisches Prius zu dem, was der „Historikerstreit“ Mitte der achtziger Jahre zur Anschauung und zum Ausdruck brachte: Die Selbstwahrnehmung der Deutschen in ihrem Verhältnis zur Vergangenheit hatte sich gravierend verändert – sie unterlag nun insbesondere nicht mehr jenen Restriktionen, die bis dahin doch immer noch, wenngleich seit Mitte der sechziger Jahre in abnehmendem Maße, mit der Rücksichtnahme auf die vergangenheitspolitischen Interessen der Funktionsgeneration verbunden gewesen waren.

Ein starkes Indiz für diese gewandelten Verhältnisse war 1985 die Rede Richard von Weizsäckers, die den 8. Mai 1945 erstmals als Tag der Befreiung normativ festschrieb und von der in gewisser Weise eine direkte Linie zu der nicht weniger grundsätzlich gemeinten Wehr-

machtausstellung des Jahres 1995 weist. Der potentiell apologetisch zu wendende Nebensinn der Rede des Bundespräsidenten (nämlich dass eigentlich nur befreit werden kann, wer unterdrückt ist) spielte im damaligen Diskurs interessanterweise keine Rolle – allerdings auch nicht die kollektivnarzisstisch kränkende Wahrheit, dass es den Alliierten nicht um die Befreiung der Deutschen, sondern um die Befreiung der Welt von der Pest des Nationalsozialismus gegangen war.

Begünstigt durch die Öffnung der osteuropäischen Archive, verzeichnete die bereits in den achtziger Jahren in Gang gekommene „Täterforschung“ Anfang der neunziger Jahre nicht nur innerhalb der Fachwissenschaft, sondern auch in der Öffentlichkeit zunehmende Aufmerksamkeit. Ihren medialen Höhepunkt erreichte sie zweifellos in der Goldhagen-Debatte von 1996, als viele, vielleicht sogar eine Mehrheit der historisch interessierten nachgeborenen Deutschen mit der These einverstanden war, wonach der Holocaust als das „nationale Projekt“ der von einem „eliminatorischen Antisemitismus“ getriebenen Hitler-Deutschen anzusehen sei. Im Rückblick vermögen wir zu erkennen: Damit war der Zenit einer im Laufe eines halben Jahrhunderts dramatisch gewandelten Selbstwahrnehmung der Deutschen erreicht: vom „Volk der Opfer“ zum „Volk der Täter“.

III

Wie verhält sich nun die hier in aller Kürze skizzierte Geschichte des deutschen Umgangs mit der NS-Vergangenheit zur Entwicklung eines europäischen Gedächtnisses, von dem ich gesagt habe, dass es auf der Erfahrung der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg aufruht? Was man wohl ohne Umschweife feststellen kann: Es war und ist noch immer vor allem dem „deutschen Fall“ und seiner Entwicklung geschuldet, wenn die Praxis des prinzipiell aufklärerischen Umgangs mit der Geschichte im Laufe der letzten etwa eineinhalb Jahrzehnte zur weithin akzeptierten politisch-kulturellen Maxime in Europa geworden ist – und über Europa hinaus.

Die Entstehungsbedingungen dieser Praxis eines, vereinfachend gesagt, aufgeklärten (oder doch jedenfalls aufklärerischen) Geschichtsbewusstseins kann ich hier nur in einigen groben Strichen skizzieren. Gleichwohl wird hoffentlich deutlich werden, dass es sich dabei weniger um eine „deutsche Leistung“ handelt, auf die wir womöglich sogar Anlass hätten stolz zu sein, als vielmehr um eine deutsche Notwendigkeit zur Ermöglichung eines humanen Weiterlebens nach 1945; um einen transnationalen Prozess der politisch-kulturellen Veränderung, der sich

jedenfalls nicht auf das gelegentlich zu hörende, unangemessene Selbstbild vom „Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung“ reduzieren lässt. Weiter wird hoffentlich deutlich werden, dass es sich nicht um etwas Abgeschlossenes, um einen ein- für allemal erreichten Zustand handelt, sondern, wenn die Maxime der Selbstkritik nur ernst genommen werden soll, um einen unabschließbaren Prozess. Damit aber ist auch gesagt, dass es sich um einen politisch-kulturellen Reflexionszusammenhang handelt, der Rückschläge und Rückentwicklungen gewärtigen muss.

Anlass und Ausgangspunkt für einen zuerst in Europa sich verändernden, selbstkritischen Blick auf die Geschichte war und ist, ich deutete es schon an, die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs. Die traumatischen Erfahrungen, die Europa in diesem zweiten großen Krieg innerhalb von nur drei Dekaden machte, haben sich tief in das Gedächtnis der daran beteiligten und der davon betroffenen Völker eingegraben. Dafür steht auch das in letzter Zeit wieder häufiger gebrauchte Wort – Fritz Stern hat es geprägt – von einem „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“, der 1945 zu Ende gegangen sei. Wobei hinzuzufügen ist, dass der Zweite Weltkrieg tendenziell die Erinnerung an die Schrecken des Ersten Weltkriegs überlagert hat – wenn auch in Deutschland sehr viel stärker als in England oder in Frankreich.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war – ganz anders als nach 1918 – über die Schuld am Kriegsausbruch schlechterdings nicht zu streiten, und auch die Verantwortung für die in der Tarnung des Krieges begangenen Großverbrechen lag klar zutage. Das hat vermutlich dazu beigetragen, dass sich das politische und moralische Rasonnement, eigentlich von Anfang an, nicht, wie nach früheren Waffengängen, auf die Distinktion zwischen Siegern und Verlierern bezog, sondern dass es um Täter und Opfer ging.

Es war die Täterschaft, die Deutschland von allen anderen Kriegsparteien unterschied. Gewiss, die Deutschen waren auch die Verlierer des Zweiten Weltkriegs, aber verloren hatten in diesem Krieg doch alle, auch die Siegermächte. Verloren hatte die Menschheit. So wenig der Mord an den europäischen Juden im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher im Zentrum stand, so klar machte dies der Anklagepunkt „Crimes against humanity“. (Im Deutschen hat man dies – anfangs sicher nicht ohne Grund – nur in seiner schwächeren Bedeutung übersetzt als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, nicht als Verbrechen gegen die Menschheit, und dabei ist es dann geblieben.)

Und so uneinsichtig bald nach „Nürnberg“ viele Deutsche erst einmal begannen, von „Siegerjustiz“ zu sprechen, – für den Rest der Welt lagen die Dinge seit dem Internationalen Militärtribunal klar: Die Deut-

schen waren nicht einfach nur die Verlierer des Krieges, sie waren das Volk der Täter. Sie waren es, deren ungeheuerliche Taten nach einer Fortbildung des Völkerrechts verlangten. Mir scheint, mit der damals ins Zentrum gestellten Differenz zwischen Tätern und Opfern war – im Zeichen des soeben durchlebten Völkermords – der Bedeutungsverlust einer viel älteren Unterscheidung eingeleitet: der sozusagen klassischen, der Logik des Kriegsrechts folgenden Feststellung von Siegern und Verlierern.

Mit dem Zweiten Weltkrieg, so könnte man sagen, hatte sich die heroische Epoche selbst an ihr Ende gebracht. Bezeichnenderweise wurden nach 1945, jedenfalls im Westen, kaum mehr Siegerdenkmale errichtet. (In der Sowjetunion, wo die alljährlich zelebrierte Erinnerung an den Großen Vaterländischen Krieg vielerlei Funktionen erfüllte, war das anders.) Sicherlich, man gedachte auch im Westen weiterhin seiner gefallenen Soldaten – oft übrigens nur noch, indem die Namenstafeln aus dem Ersten Weltkrieg um eine Reihe verlängert wurden –, aber man versinnbildlichte seinen Sieg nicht mehr. Für Triumphgefühle schienen die Europäer keinen Platz mehr zu haben; statt der Restauration heroischer Gesten und dem Rekurs auf koloniale, imperiale Traditionen wählten sie schon bald, jedenfalls im Westen, die Metapher des gemeinsamen Neuanfangs. Und nicht selten bediente man sich dabei zusätzlich der Kindheitsmetaphern – so etwa, wenn die Gemeinschaft der Europäischen Staaten als ein Reigen von Kindern symbolisiert wurde, der einander bei den Händen fasst.

Gewiss steckte ein sich auf diese Weise gleichsam selbst erfindender, scheinbar unschuldiger Neuanfang voller Ambivalenzen: Er ermöglichte einerseits eine rasche Überwindung des noch frischen Bewusstseins der totalen Verfeindung und der alten Erbfeindschaft (vor allem zwischen Deutschland und Frankreich). Aber er erlaubte es doch auch, unbequeme Wahrheiten beiseite zu räumen und an deren Stelle bequeme kollektive Mythen zu rücken; man denke etwa an die Überhöhung der *résistance* in Frankreich und der *resistenza* in Italien, aber auch zum Beispiel an das Talent der Niederländer, ihren Eifer bei der Deportation der Juden zu verdrängen.

Dennoch und immerhin: Die Erfahrungen – die Verheerungen – des Zweiten Weltkriegs wurden zum Agens eines ungestümen, im Grunde unglaublichen europäischen Einigungswillens. Wer diesen Willen zur Kooperation auf seine ökonomische Rationalität reduziert und eine gleichsam überpolitische Zwangsläufigkeit postuliert, der verfehlt das Wesentliche. Denn die Eigendynamik der nach 1945 entstandenen politischen Integration brachte und bringt immer wieder die Frage der kulturellen Gemeinsamkeiten und einer europäischen Identität hervor – und

sie weist insofern immer wieder zurück auf ihre Anfänge in den geistigen und materiellen Verwüstungen der Nachkriegszeit.

Wahrscheinlich war die alte Bundesrepublik, indem sie sich für lange Zeit als das nur provisorische Gehäuse einer geteilten Nation verstanden wissen wollte, im fortschreitenden Prozess der europäischen Einigung besser als die klassischen Nationalstaaten disponiert, ihr Selbstverständnis, schließlich auch ein gewisses Selbstbewusstsein aus dem selbstkritischen Umgang mit der Vergangenheit zu ziehen. Aber mindestens so sehr hat dazu beigetragen, dass ihre Nachbarn und Bündnispartner genau diese historische Sensibilität von ihr auch erwartet haben.

Doch nun kommt die Dialektik ins Spiel: Der mühsame Lernprozess, in dem sich dieses selbstkritische Geschichtsbewusstsein im Laufe der Jahrzehnte in der Bundesrepublik entfaltete und entwickelte – er konnte auf Dauer kaum ohne Auswirkungen auch auf jene bleiben, die diesen Lernprozess erwarteten, begleiteten und beobachteten. Anders gesagt: Je mehr es den Deutschen gelang, sich ihrer Vergangenheit aufrichtig zu stellen und vor allem auch Verantwortung zu übernehmen, desto mehr schwand die funktionale Bedeutung – und mit ihr die Überzeugungskraft – der nach 1945 formulierten kollektiven Mythen ihrer Nachbarn.

Anderes kam hinzu: Natürlich hatte es auch mit dem Ablauf von Zeit und mit den dadurch veränderten Generationenkonstellationen zu tun, wenn die geschichtspolitischen Setzungen der Nachkriegsperiode seit etwa Mitte der achtziger Jahre in Bewegung gerieten – also durchaus noch vor dem Ende der deutschen Teilung und des Blocksystems. Was die alte Bundesrepublik betrifft, so habe ich schon an den „Historikerstreit“ von 1986 erinnert, an die Auseinandersetzung um die Frage der „Singularität“ des Holocaust. Es war der deutsch-israelische Historiker Dan Diner, der in diese Debatte den bereits erwähnten Begriff des „Zivilisationsbruchs“ einführte – und damit eine Vorstellung, die Hannah Arendt schon Jahrzehnte früher, nämlich unter dem direkten Eindruck des Geschehens, entwickelt hatte.

Erinnert sei aber auch an das schon im Jahr zuvor, aus Anlass des 40. Jahrestags des Kriegsendes, von Martin Broszat formulierte „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“. Dessen zentrale Forderung bezeichnet bis heute die Herausforderung der Geschichtswissenschaft: Wie lässt sich die Zeit des „Dritten Reiches“ in den Verlauf der deutschen Geschichte einordnen, ohne dass darüber die kritische Distanz verloren geht?

In den letzten etwa eineinhalb Jahrzehnten weitete sich schließlich die Perspektive: Mit dem Fall des eisernen Vorhangs kam schlagartig die andere Hälfte Europas in den Blick, wurden ethnische Teilgedächtnisse aus ihrem sowjetischen Dämmer Schlaf geweckt, und traten

nicht zuletzt die Territorien schlimmster nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft aus dem diffus Unvorgestellten des „irgendwo im Osten“ heraus. Die internationale Forschung über Hitler und das „Dritte Reich“, über die Ermordung der europäischen Juden, aber auch über die anderen deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg hat sich seit den neunziger Jahren noch um viele Dimensionen erweitert. Parallel dazu wurde und wird nicht nur die Frage nach den Opfern, sondern auch die Frage nach Kollaboration, nach Mittäterschaft und Täterschaft in ganz Europa neu gestellt. Mir scheint, es war dieser Zusammenhang, ins Bewusstsein gehoben auch durch die Balkankriege in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, der die Staatsmänner Europas und Beobachter aus allen Teilen der Welt im Januar 2000 zum *Stockholm International Forum on the Holocaust* zusammenführte.

Indem sie den Holocaust zur warnenden Botschaft des 20. an das 21. Jahrhundert erklärten, haben sich die Unterzeichner der Stockholmer Deklaration zu neuen Anstrengungen für eine „Erziehung über den Holocaust“ verpflichtet. Aber in Stockholm ging es auch um die Frage, wie drohenden neuen Genoziden künftig rechtzeitig begegnet werden könne. In diesem Sinne sollen zur Prävention Kenntnisse über den Mord an den europäischen Juden auch in Ländern vermittelt werden, in denen kein unmittelbarer Zusammenhang mit der eigenen Geschichte besteht. Ziel ist also tatsächlich eine Universalisierung der Holocaust-Erinnerung, ihre Verankerung im globalen Gedächtnis, nicht zuletzt zum Schutz vor neuen Völkermorden.

Politisch ist das zweifellos zu begrüßen, auch aus edukatorischer Sicht mag man für ein „Lernen aus dem Holocaust“ eintreten. Mindestens aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive stellt sich jedoch die Frage, ob und wie es auf dem Weg in eine solche „Globalisierung“ gelingen kann, eine Entkontextualisierung des historischen Geschehens zu vermeiden. Die Risiken einer solchen Entkontextualisierung sind, so scheint mir, schon heute nicht mehr zu übersehen. Sie liegen nicht allein – und das wäre auch nur eine Sorge aus deutscher Perspektive – in der damit fast zwangsläufig einhergehenden Verkürzung der Geschichte des „Dritten Reiches“ just in jenem Moment, da das Ende der Zeitgenossenschaft die Möglichkeit eröffnet – aber auch die Notwendigkeit begründet –, die historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht mehr als Kritik an der Bundesrepublik, sondern sui generis zu betreiben.

Das politisch und gesellschaftlich wohl größte Risiko liegt in der Gefahr, die Geschichte – und zwar nicht nur die Geschichte des 20. Jahrhunderts – zu dichotomisieren in Täter und Opfer. Gerade vor dem Hintergrund unseres kulturell gewandelten Blicks, der den Opfern zu Recht

die Beachtung zuteil werden lassen möchte, die eine heroische Geschichtsschreibung ihnen nicht zu geben vermochte, käme es darauf an, Verabsolutierungen zu vermeiden. Wir erleben ja längst schon die „Konkurrenz der Opfer“, von der der französische Soziologe Jean-Michel Chaumont in einer eindringlichen Analyse gesprochen hat.

Um noch einmal von diesem Land und seiner Geschichte zu sprechen: Nach etwa zwei Jahrzehnten, in denen es nach und nach gelang, den verschiedenen Gruppen der – wie man gerne sagte – „vergessenen Opfer“ des Nationalsozialismus Aufmerksamkeit und Anerkennung zu verschaffen, erleben wir neuerdings, wie sich der Opferdiskurs immer weiter ausdehnt und dabei die Unterschiede zu verschwimmen drohen. In diesem Sinne ist der baden-württembergische Ministerpräsident jetzt am weitesten gegangen, und man kann nur hoffen, dass sich seine Trauerrede für seinen Vorgänger Filbinger in der Rückschau eines Tages nicht als Zäsur erweisen wird: als Beginn einer völligen Auflösung der historischen Urteilskraft.

Gewiss geht es den meisten, die sich in den gegenwärtig hoch im Kurs stehenden Erinnerungen an Flucht und Vertreibung und an die Opfer des alliierten Bombenkriegs wiederfinden, nicht um die Relativierung der deutschen Verbrechen, die diesen Erfahrungen ihrer Eltern und Großeltern vorausgegangen sind. Das unterscheidet die heutige Empathie von der Apologie der fünfziger Jahre. Aber für alle gilt das nicht, und inzwischen können wir beobachten, dass der Distinktionsgewinn, der mit der Anerkennung als Opfer gesellschaftlich einhergeht, auch politisch missbraucht werden kann. Worauf es deshalb ankommt, ist also nicht nur Erinnerung, die bekanntlich auch trügen kann und die für sich genommen noch keine Aufklärung verspricht. Worauf es ankommt, ist Kenntnis der Geschichte – und ein darauf gegründetes aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein. Das gilt für Deutschland, und das gilt für ein Europa, das sich zu einem aufgeklärten Umgang mit seiner Geschichte bekennt – und das wissen muss, dass diese Aufklärung immer wieder neuer Anstrengungen bedarf.

Anmerkungen

- 1 Die Vortragsform wurde für die Publikation beibehalten; für weiterführende Hinweise siehe: Norbert Frei: *1945 und wir. Das „Dritte Reich“ im Bewußtsein der Deutschen*. München ²2005.
- 2 Näheres dazu in meiner Studie: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. Taschenbuchausgabe München ²2003.

Auf der Suche nach den europäischen Erinnerungsorten

ETIENNE FRANÇOIS

I

Vor etwas mehr als 125 Jahren diagnostizierte Friedrich Nietzsche in seinem Beitrag „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ eine „Übersättigung seiner Zeit an Historie“. Er sprach von einem „verzehrenden historischen Fieber“ und kritisierte die „große und immer größere Last des Vergangenen“ (Nietzsche 1980: 248ff.). Noch nie – so scheint es – waren diese Betrachtungen, die er „unzeitgemäß“ nannte, so aktuell. „Selten“, bemerkte vor kurzem der Zeithistoriker Edgar Wolf- rum, „war die Gegenwart in Deutschland so vergangenheitsbezogen wie in dem Jahrzehnt seit dem Kollaps des Kommunismus“ (Wolf- rum 2001: 140). Eine solche Beobachtung gilt im übrigen nicht nur für Deutsch- land, sondern für die meisten anderen europäischen Länder: So sprach 1998 der französische Zeithistoriker Henry Rousso von einer regelrech- ten Vergangenheitsbesessenheit, *la hantise du passé*, und fügte hinzu: „Wir leben in der Zeit des Gedächtnisses, d.h. in einer affektiven, emp- findsamen, auch schmerzhaften Beziehung zur Vergangenheit.“ (Rousso 1998: 12)

Diese Zentralität der Gedächtnisthematik lässt sich zuerst an der in- flationären Verwendung des Begriffs Gedächtnis feststellen. „Seit dem ‚Wesen‘ des deutschen Idealismus und dem ‚Leben‘ der Lebensphiloso- phie“, bemerkte nicht ohne Ironie der Publizist Ulrich Raulff, „stand kein Begriff mehr so in Blüte.“ In der Tat: Dort, wo man vor zwanzig Jahren von Geschichte oder von Geschichtsbewusstsein gesprochen hät-

te, spricht man heute wie selbstverständlich von Gedächtnis, was wieder einmal deutlich zeigt, wie fließend und durchlässig die Grenzen unserer Begrifflichkeit sind.

Die hohe Wertschätzung des Gedächtnisses lässt sich gleichermaßen an der Aufwertung der Erinnerung beobachten: Sie fungiert als kategorischer Imperativ einer säkularen Zivilisation, während umgekehrt das Vergessen negativ konnotiert ist und im allgemeinen Verruf steht. Der Aufruf zur Vergangenheitsbewahrung ist nicht mehr zu überhören. Er drückt sich im internationalen Wettstreit um die Aufnahme von Kulturgütern und Denkmälern in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes aus und steht im Zusammenhang mit der international zu beobachtenden Aufwertung des Begriffs des *cultural heritage*, des *patrimoine*, des Kulturerbes.¹ Diese Entwicklung ist, insbesondere was Deutschland betrifft, um so bemerkenswerter, als sie im krassen Kontrast zu dem steht, was der Historiker Thomas Nipperdey vor etwas mehr als zwanzig Jahren feststellte, als er mit Bedauern beobachtete: „Der geschichtlich-kulturelle, politisch-soziale Begriff des Erbes, gar des nationalen Erbes spielt in unserer Sprache keine Rolle. Bei uns ist das kein Begriff.“ (Nipperdey 1990: 22)

Auffällig ist allerdings dabei, dass die Aufwertung des Gedächtnisses im öffentlichen Diskurs meistens mit einer fast zwanghaften Konzentration auf die jüngste Vergangenheit zusammen geht. Im Zentrum der Diskussionen steht eine kritische Auseinandersetzung mit der Zeitgeschichte, mit der Geschichte des kurzen 20. Jahrhunderts von Sarajevo bis Sarajevo und seiner Vergangenheit, die nicht vergehen will und nicht vergehen soll. In Deutschland fällt auf, dass diese kritische Auseinandersetzung mehr denn je im Hinblick auf den Völkermord, das Dritte Reich, den Stalinismus und die doppelte Diktatur als Kennzeichen der jüngsten deutschen Vergangenheit steht. „Das Ereignis des Holocaust ist mit zeitlicher Distanz nicht blasser geworden. Weit entfernt davon mit wachsendem zeitlichen Abstand seinen politisch-existentiellen Bezug zu verlieren“, bemerkt zu Recht die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann, „tritt er im Gegenteil inzwischen immer markanter hervor. Wir haben es heute nicht mehr mit einer Selbstaufhebung, sondern umgekehrt mit einer Verschärfung des Gedächtnis-Problems zu tun.“ (Assmann 2000: 202) Ähnliche Tendenzen lassen sich im Übrigen auch in anderen Ländern beobachten. In Frankreich zum Beispiel, wo sich die Einstellung zur Vergangenheit lange Zeit in Form einer positiven Identifikation mit der eigenen Geschichte und einer Selbstbestätigung im Spiegel einer ruhmreichen Vergangenheit abspielte, sieht man, wie in den letzten Jahren die öffentliche Diskussion sich zunehmend auf die dunklen Seiten der Zeitgeschichte konzentriert, insbesondere auf die Vi-

chy-Zeit und ihren genuin französischen Antisemitismus auf der einen Seite wie auch auf den Algerienkrieg, die Folterproblematik und die koloniale Vergangenheit auf der anderen Seite (vgl. François 2003).

Bei dieser kritischen Hinwendung zur Zeitgeschichte fällt schließlich auf, dass weder die Berufshistoriker noch die staatlichen Stellen die erste Rolle spielen, sondern vielmehr unterschiedliche Gruppen aus der Zivilgesellschaft wie Zeitzeugen und Schriftsteller, Politiker und Vereine, Interessengruppen und Medien, Opfernachkommen und Journalisten. Und die Foren, in welchen darüber debattiert wird, sind nicht so sehr die Geschichtsseminare oder die wissenschaftlichen Tagungen, als viel mehr die Medien, die Gerichtssäle und die Parlamente, sodass die Zeitgeschichte als Streitgeschichte erscheint. Denn bei diesen leidenschaftlich und emotional, kontrovers und öffentlich geführten Debatten, bei welchen Anklage und Denunziation im Vordergrund stehen, geht es nicht primär um eine bessere Kenntnis der Vergangenheit, sondern vielmehr um die Austragung von politischen und ideologischen Konflikten durch die Vermittlung der Vergangenheit. Es geht dabei immer um existentielle Fragen, die mit der Identität von Gruppen und Nationen, mit Emotionen und Traumata, mit Macht und Interessen, mit der Gegenwart und noch mehr mit der Gestaltung der Zukunft zu tun haben.

II

Die Konjunktur des Gedächtnisses als gesamteuropäische Erscheinung hat die Historiker in ihren Bann gezogen. Der erste, der in die Bresche sprang, war der französische Historiker und Verleger Pierre Nora. Vor etwas mehr als zwanzig Jahren begann er, den Intuitionen und Anregungen des 1944 in Buchenwald verstorbenen Soziologen Maurice Halbwachs folgend, sein Projekt einer Inventarisierung mit Hilfe der historischen Analyse der *lieux de mémoire*. An denen ist greifbar, was Frankreich als Nation im Innersten zusammenhält. „Mein Vorhaben“, erklärt er, „bestand darin, an die Stelle einer allgemeinen, thematischen, chronologischen oder linearen Untersuchung eine in die Tiefe gehende Analyse der Orte – in allen Bedeutungen des Wortes – zu setzen, an denen sich das Gedächtnis der Nation Frankreich in besonderem Maße abzeichnet, kristallisiert oder verkörpert.“ Es handelt sich dabei um materielle wie auch um immaterielle, langlebige, Generationen überdauernde Kristallisationspunkte kollektiver Erinnerung, die durch einen Überschuss an symbolischer und emotionaler Dimension gekennzeichnet sind. Das können einfache Gedenkstätten sein, etwa Statuen großer Männer, Kriegerdenkmäler oder die Gräber der französischen Könige in

Saint Denis. Symbole und Embleme wie die Trikolore oder die Marseillaise gehören ebenso dazu wie Gebäude – Notre-Dame, das Schloss von Versailles, der Eiffelturm. Da sind die Trennungslinien, die durch Frankreich gehen, etwa zwischen Katholiken und Hugenotten, zwischen Nord und Süd, der Rechten und der Linken, aber auch tiefe Gemeinsamkeiten, das Land und seine Grenzen, die Sprache und die Konversation. Und dann die vielen Namen, in denen sich Frankreich wiedererkennt, von Charlemagne über Jeanne d’Arc, Ludwig XIV. bis Descartes – alles Kristallisationskerne des französischen kollektiven Gedächtnisses, von ganz unterschiedlichem Gewicht, vergleichbar einem Netz von materiellen und immateriellen Erinnerungsfäden, das das nationale Bewusstsein in einem ungenau bestimmbaren, aber sehr profunden Sinne zusammenhält (vgl. Nora 1984-1992).²

Als Pierre Nora mit seinem Projekt begann, war er der festen Überzeugung, dass man sich beeilen sollte, diese *lieux de mémoire* zu inventarisieren, denn sie seien am Sterben: „Nur deshalb spricht man so viel von Gedächtnis, weil es keines mehr gibt.“ Er war auch der Überzeugung, dass ein solches Projekt nur in Frankreich durchzuführen sei, wegen der fast obsessiven Fixierung der Franzosen auf ihre Vergangenheit und der einzigartigen und – so Nora – nur in Frankreich festzustellenden Beziehung zwischen kollektiver Identität, Staat, Nation und Geschichte. Als er aber 1992 sein Projekt zum Abschluss brachte, sah es auf einmal ganz anders aus. Sein Unternehmen hatte völlig unerwartete Dimensionen angenommen, zählt doch das Gesamtwerk sieben Bände mit mehr als 130 Beiträgen und fast 6.000 Seiten. Aus einem Begriff, der am Anfang nur als Mittel zum Zweck konzipiert worden war, hatte sich eine neue Intelligibilitätskategorie entwickelt. Das Experiment der *lieux de mémoire* hatte sich zu einer „neuen Geschichtsschreibung entwickelt, deren Hauptanliegen in der Weigerung besteht, das Symbolische an einen gesonderten Bereich zu verbannen und die statt dessen Frankreich als eine Realität definiert, die selbst gänzlich symbolisch ist“ (Nora 1995: 85, 90). In Frankreich selber hatte das Werk – als „Versuch einer Geschichtsschreibung, die besser als die ‚klassische‘ Geschichte den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen unserer Zeit entspricht“ – eine unerwartet erfreuliche Resonanz gefunden, wie man es an der Anzahl der verkauften Exemplare (fast 100.000) wie auch an der Aufnahme von Pierre Nora in die Académie Française sehen kann. Zahlreiche Kulturwissenschaftler haben sich seitdem auf die Suche nach dem totgesagten Gedächtnis begeben. Weit entfernt davon, auf Frankreich beschränkt zu bleiben, hat sich schließlich das Interesse für eine historische Untersuchung des kollektiven Gedächtnisses auf andere Länder übertragen. Das große Vorbild hat Schule gemacht. Es gibt mittlerweile

mehrere vergleichbare Veröffentlichungen in Italien (vgl. Isnenghi 1997/98), den Niederlanden (vgl. de Boer/Frijhoff 1993), Dänemark (vgl. Feldbaek 1991/92), Österreich (vgl. Csaky 2000ff.), Luxemburg (vgl. Kmek et al. 2007) und nicht zuletzt Deutschland (François/Schulze 2001, 2007³), die auf Noras Aufforderung antworten, „den typischen Stil der Beziehung zur Vergangenheit des jeweiligen Landes herauszuarbeiten.“ Weitere Projekte sind in Vorbereitung und sollen demnächst erscheinen. Das Gedächtnis hat Konjunktur (im Übrigen nicht nur in den Kultur- und Sozialwissenschaften, sondern auch in der Hirnforschung und in der Neuropsychologie) und diese Konjunktur ist eine transnationale Erscheinung.

Es fällt allerdings auf, dass der Rahmen innerhalb dessen sich die Beschäftigung mit den Gedächtniskulturen abspielt, weitgehend ein nationaler Rahmen bleibt – auch wenn man sich dabei mit transnationalen und europäischen Themen und Objekten befasst. Besonders aufschlussreich ist in dieser Beziehung das Beispiel von Auschwitz. Im kollektiven Gedächtnis hat Auschwitz im Laufe der letzten Jahrzehnte einen immer zentraleren Platz eingenommen. Ein Prozess der Universalisierung hat sich vollzogen, in Folge dessen Auschwitz zur Signatur des 20. Jahrhunderts erhoben wurde. Ihm wurde der Rang eines absoluten Bösen zuerkannt, und es hat sich als negatives Geschichtszeichen in das kollektive Gedächtnis und Bewusstsein nachhaltig eingegraben. Aber dieser Prozess der Universalisierung ging mit einem Prozess der Differenzierung und der spezifischen Aneignung einher, der dazu geführt hat, dass jedes Land und jede Kultur eine andere Wahrnehmung von Auschwitz hat und es mit anderen Assoziationen verbindet. Auschwitz ist nicht nur ein europäischer, ja ein universeller Erinnerungsort, sondern auch gleichzeitig ein jüdischer, ein polnischer, ein ungarischer, ein deutscher, ein französischer, ein italienischer, ein niederländischer, ein amerikanischer Erinnerungsort – mit einer jeweils anders strukturierten Bedeutung (zu diesem Themenkomplex vgl. insbesondere: Flacke 2004).

Eine ähnliche Beobachtung lässt sich bei den unterschiedlichen Projekten machen, die sich in den letzten Jahren der Erforschung der Gedächtniskulturen gewidmet haben. Allen ist gemeinsam, dass sie im gleichen Kontext entstanden sind, dass sie mit einem vergleichbaren Ansatz operieren und dass sie aufeinander Bezug nehmen. Wenn man sie aber näher miteinander vergleicht, dann überwiegen die Unterschiede, was den Umfang der jeweiligen Publikationen, die Auswahl der untersuchten Erinnerungsorte und die Kriterien für ihre Auswahl, die chronologische Spannbreite, den allgemeinen Bezugsrahmen, die Art der Bearbeitung und der Darstellung wie auch das Gliederungssystem betrifft. Diese Unterschiede sind im Übrigen umso ausgeprägter, als sie letztlich

mit grundsätzlichen Unterschieden zwischen den jeweiligen Geschichts- und Gedächtniskulturen der untersuchten Länder zusammenhängen und sie widerspiegeln.

Ohne Zweifel ist in den letzten Jahrzehnten die politische und wirtschaftliche Bedeutung des Nationalstaates wie auch seine Fähigkeit die Zukunft zu gestalten, rapide zurückgegangen. Aber die europäischen Nationen in Europa bleiben weiterhin Erinnerungsgemeinschaften, *nations-mémoires*, im Sinne der Definition, die Ernest Renan 1882 anlässlich einer Rede in der Sorbonne vorgeschlagen hatte: „Was die Nation ausmacht ist der gemeinsame Besitz eines reichen Erbes an Erinnerungen.“ (Renan 1993: 308) Vieles deutet daraufhin, dass sie es noch lange bleiben werden.

III

Wie soll man als Historiker und Sozialwissenschaftler mit diesem paradoxen Befund des Gedächtnisses als transnationaler Erscheinung auf der einen Seite und der weiterhin prägenden Kraft des nationalen Rahmens als Erinnerungsrahmen auf der anderen Seite umgehen? Wie lassen sich die gleichzeitig transnationalen und nationalen Dimensionen der europäischen Gedächtniskulturen am ehesten erfassen? Wenn man davon ausgeht, dass die Einheit Europas eine *unitas multiplex* ist (Edgar Morin) und dass das europäische Gedächtnis in den meisten Fällen gebrochen durch das nationale Prisma vermittelt und wahrgenommen wird, dann sollte man auch einen Ansatz favorisieren, der die strukturelle Verschränkung und Verflochtenheit der jeweiligen Gedächtniskulturen deutlich macht und zeigt, wie sie sich gegenseitig prägen und bestimmen und wie sie schließlich voneinander abhängig sind. Das ist jedenfalls die Lehre, die ich aus dem Projekt der *Deutschen Erinnerungsorte* gezogen habe, das ich gemeinsam mit Hagen Schulze geleitet habe. Aus der festen Überzeugung heraus, dass sich die deutsche Geschichte und noch mehr die deutschen Gedächtniskulturen nur in einem europäischen Zusammenhang erfassen und verstehen lassen, haben wir in der Tat ein bevorzugtes Augenmerk auf die Untersuchung der geteilten Erinnerungsorte gelegt, das heißt dieser materiellen bzw. immateriellen Orte, die eine symbolische Schnittstelle zwischen zwei Kulturräumen, zwei Ländern darstellen, die aber für diese benachbarten Länder und ihre Gedächtniskulturen gleichermaßen bedeutend sind. Im deutsch-französischen Verhältnis sind das Straßburger Münster, Versailles oder Napoleon Beispiele für solche geteilten Erinnerungsorte, die die gleiche Relevanz für die deutsche wie auch für die französische Gedächtniskultur

besitzen. Für das deutsch-polnische Verhältnis haben wir gleichermaßen zwei Beispiele herangezogen, Tannenberg/Grunwald auf der einen Seite, den Kniefall von Willy Brandt vor dem Denkmal für den Ghetto-Aufstand in Warschau auf der anderen Seite.

Ein solcher Ansatz hat sich als besonders fruchtbar erwiesen. Es wäre daher lohnend, ihn auf die europäische Ebene zu übertragen und auszuweiten, im Sinne einer *memoria divisa e condivisa*, um dadurch besser zu verstehen, wie länderspezifische Gedächtniskulturen und Geschichtsbilder die Gestaltung und den Ablauf von genuin europäisch-transnationalen Ereignissen und Entwicklungen mitbestimmt haben. Das Beispiel der so genannten Ereignisse von 1968 ist in dieser Hinsicht besonders aufschlussreich. Auf der einen Seite hat man es mit einer transnationalen Bewegung zu tun, die gleichermaßen Ost und West erfasst hat und bei welcher sich zahlreiche Ähnlichkeiten und Wechselwirkungen feststellen lassen. Aber gleichzeitig lässt sich beobachten, wie in jedem Land, das sie ergriff, diese Bewegung einen anderen Verlauf nahm und ein anderes Gesicht zeigte. Diese Unterschiede hingen nicht nur mit der konkreten Situation der betroffenen Länder zusammen, sondern auch mit der Einwirkung von spezifischen Gedächtniskulturen auf ihren Verlauf. In Frankreich erinnerten die Barrikaden vom Mai 1968 an die Barrikaden der Pariser Kommune und der Befreiungskämpfe vom August 1944, während der Generalstreik von Mai und Juni 1968 an den Generalstreik der Volksfront von 1936 erinnerte. In der Bundesrepublik spielten der Bezug auf die unverarbeitete NS-Vergangenheit und die Thematisierung des latenten Faschismus eine zentrale Rolle beim Verlauf der 68er Ereignisse. In Polen schließlich wurden die öffentlichen Debatten und der Verlauf der 68er Ereignisse durch zwei besonders affektbeladene und tief im kollektiven Gedächtnis verwurzelte Fragen beherrscht, die nationale Frage auf der einen und die jüdische Frage auf der anderen Seite (vgl. François et al. 1997).⁴

Dieser Ansatz ließe sich auf fruchtbare Weise auf eine Vielzahl von weiteren geteilten Erinnerungsorten ausdehnen wie die Christianisierung Europas und die Kreuzzüge, den Humanismus und die Reformationen (die protestantischen und die katholische), die Aufklärung, die Französische Revolution und das napoleonische Abenteuer, den Faschismus, den Nationalsozialismus und den Kommunismus, den ersten und den zweiten Weltkrieg usw. Bei der Untersuchung solcher geteilter Erinnerungsorte würden ohne Zweifel die Aspekte der Abgrenzung und der Bekämpfung stärker als die der Gemeinsamkeit und der Verflechtung in Erscheinung treten, denn das Gedächtnis trennt, während die Geschichte eint.

Zusätzlich zu diesen expliziten geteilten Erinnerungsorten gibt es schließlich die große Anzahl der Orte, die ich als *implizite geteilte europäische Erinnerungsorte* bezeichnen möchte. Darunter verstehe ich solche Orte, die auf den ersten Blick typisch für die Spezifik eines Landes und seine Gedächtniskultur sind, die sich aber bei näherer Betrachtung auch als europäische Orte erweisen. Einerseits verdichtet sich in ihnen eine Fülle von europäischen Bezügen, andererseits erstreckt sich ihre Wirkung und Ausstrahlung auf ganz Europa. Versailles könnte ein solches Beispiel sein. Die Bedeutung von Versailles als französischer Erinnerungsort – von seiner Erbauung als architektonische und künstlerische Inszenierung der absoluten Monarchie über die spätere Umwandlung des Schlosses in ein Museum des französischen Ruhmes bis hin zu seiner aktuellen Bedeutung als Sinnbild der französischen Kultur wie auch als eine der meist besuchten touristischen Attraktionen von Frankreich – ist schon hinlänglich untersucht worden (vgl. Pommier 1986, Himmelfarb 1986, Gaethges 1986). Aber Versailles ist viel mehr als ein rein französischer Erinnerungsort. Als Schloss wie auch als Stadt ist Versailles zuerst ein Modell, das auf vielfache und ganz differenzierte Art und Weise von Spanien bis Schweden, von Italien bis Russland nachgeahmt, übernommen bzw. kritisiert worden ist. Versailles ist dann der Ort der Reichsproklamation von 1871 und vor allem der Ort der Friedensverträge von 1919/1920, die den Anspruch hatten, eine grundsätzliche Neuordnung von Europa zu verwirklichen, und die in der Tat die spätere europäische Geschichte nachhaltig geprägt haben (vgl. Schulze 2001, Krumreich 2001). Versailles ist schließlich ein Ort, der seit seinem Beginn zahlreiche Künstler und Gäste aus ganz Europa angezogen hat, ein Ort, den die Reiseberichte zu einem überall in Europa bekannten und diskutierten Ort gemacht haben, ein Ort letztlich, der jedes Jahr von Millionen von Besuchern aus ganz Europa und der Welt besichtigt wird.

Solche impliziten bzw. indirekten europäischen Erinnerungsorte sind noch zahlreicher, wenn man zusätzlich zu den materiellen Orten und den wichtigsten Gestalten der europäischen Vergangenheit wie Napoleon oder Luther (vgl. Medick/Schmidt 2004) die künstlerischen und literarischen Werke heranzieht, die als verdichteter Ausdruck der Kultur eines Landes betrachtet werden. Und wieder einmal möchte ich auf ein französisches Beispiel zurückgreifen, den Romanzyklus von Marcel Proust *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*. In dem anregenden Beitrag, den er für den letzten Band der *Lieux de mémoire* geschrieben hat, zeigt der Literaturwissenschaftler Antoine Compagnon, wie und warum dieser Romanzyklus, der lange Zeit überhaupt nicht dazu geeignet schien, allmählich zu einem zentralen französischen Erinnerungsort geworden ist. Er beschreibt, wie Proust in Frankreich der gleiche Rang zuerkannt wird,

der in anderen Ländern Cervantes, Goethe und Shakespeare zuteil wird, und wie dieser als ein Schriftsteller gesehen wird, der eine ganze Literatur in sich vereint. Er zeigt schließlich, wie dieser Romanzyklus, dessen zentrales Thema das Gedächtnis bildet, als eine literarische Totalität wahrgenommen wurde, in welcher das ganze französische kulturelle Gedächtnis enthalten ist. *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, so das Fazit von Antoine Compagnon, ist ein „magischer Erinnerungsort, und zwar nicht nur als Vademekum der französischen Literatur und Kompendium der französischen Kultur, sondern auch weil er sich an eine der bestechendsten Verwirklichungen des Konzepts des Erinnerungsorts anlehnt“ (Compagnon 2005: 512). Derselbe Romanzyklus kann aber auch und mit gleichem Recht als europäischer Erinnerungsort betrachtet werden. Er ist es zuerst, weil seine Konstituierung als Erinnerungsort maßgeblich durch seine Rezeption im Ausland gefördert wurde – wobei in diesem Zusammenhang die frühen Besprechungen von Leo Spitzer und Ernst Robert Curtius eine besondere Hervorhebung verdienen. Er ist es weiterhin durch seine zahlreichen Übersetzungen, durch die Tatsache, dass diese Übersetzungen nicht selten das Werk von Schriftstellern waren, die dadurch zur Weiterentwicklung ihrer eigenen Sprache beigetragen haben wie auch durch den Modellcharakter, den er für andere Literaturen bekommen hat. Seine Dimension als europäischer Erinnerungsort verdankt Prousts Romanzyklus schließlich seinen vielfältigen europäischen Bezügen. Nicht wenige Gestalten der aristokratischen Welt des Faubourg Saint-Germain, die den Großteil der Gesellschaft des Romans ausmachen, stammen aus anderen europäischen Ländern, angefangen bei dem Baron de Charlus, der eine deutsche Adlige als Mutter hat und sich unter anderem durch seine ausgeprägte Germanophilie, bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs hinein, von seiner Umwelt unterscheidet. Darüber hinaus findet sich im Roman eine Fülle von Anspielungen auf die Geschichte, die Kultur und die Gegenwart aller europäischen Länder, wobei drei – Italien, Deutschland und Großbritannien – einen so wichtigen Platz einnehmen, dass man in ihnen eine Art inneres Ausland der Proustschen Welt sehen kann.

IV

Solange man Europa als Produkt der Geschichte versteht, erweist sich der Ansatz der Erinnerungsorte als besonders fruchtbar, gleicht er doch einem retrospektiven Blick, der danach fragt, wann, warum und unter welchen Bedingungen bestimmte Erinnerungsorte entstanden sind, wie sie konstruiert wurden, von welchen Gruppen und mit welchen Absich-

ten, wie sie sich entwickelt haben und was von ihnen heute übrig bleibt. Versteht man aber Europa als Projekt und als eine Realität, die selber im Werden ist, so stößt man an die Grenzen dieses Ansatzes. An seiner Stelle empfiehlt sich vielmehr ein offener und zukunftsorientierter Ansatz, der sich primär für den Wandel und die Innovation, für die Umstrukturierung der tradierten Muster und das Entstehen von neuen Gedächtniskulturen und Gedächtnispraktiken interessiert.

Die Vergangenheit, so die zentrale These von Maurice Halbwachs und seinen Nachfolgern, existiert nur als soziale Rekonstruktion. Sie wird nicht wiedergefunden (*retrouvée*), sondern vielmehr rekonstruiert (*reconstruite*), und von dieser rekonstruierten Vergangenheit bleibt nur das übrig, was eine Gesellschaft in jeder Epoche mit ihrem jeweiligen Bezugsrahmen rekonstruieren kann. Die Frage, die sich daher stellt, ist die der Auswirkungen des Wandels des Bezugsrahmens, der durch den Prozess der europäischen Einigung, die zunehmende Verflechtung der europäischen Gesellschaften und die damit zusammenhängende Transformierung der sozialen und kulturellen Strukturen verursacht wird. Wie ändern sich die hergebrachten Gedächtniskulturen? Welche neuen Gedächtniskonstruktionen sind im Entstehen begriffen? Welche neuen Formen der Einstellung zur Geschichte und des Umgangs mit der Vergangenheit entwickeln sich?

Bei aller dabei gebotenen Vorsicht scheint mir doch, dass die Gedächtniskulturen aller europäischen Länder während der letzten Jahrzehnte in einen tiefgreifenden Wandlungsprozess hineingezogen worden sind, der dazu führt, dass zusätzlich zu der weiterhin dominant bleibenden nationalen Perspektive die europäische Dimension der Einstellung zur Vergangenheit zunehmend an Bedeutung gewinnt. Bei diesem Prozess, der längst nicht abgeschlossen ist, dürften die Initiativen von oben und irgendwie von Brüssel aus nur eine sekundäre Rolle gespielt haben. Denn abgesehen davon, dass die Europäische Union erst in den letzten Jahren damit begonnen hat, ihre eigene Symbolpolitik zu entwickeln, so fallen die dabei verwendeten Mittel (Flagge, Hymne, identisches Aussehen der Pässe und Autoschilder, Münzen und Scheine des Eurolands) durch ihre Konventionalität auf, und bis jetzt hat man nicht den Eindruck, dass sie effektiv zu einer Stärkung der europäischen Identität beigetragen haben. Viel wichtiger sind meiner Ansicht nach die vielfältigen und meist indirekten Annäherungsprozesse von unten, die mit der zunehmenden Verflechtung der europäischen Länder und Kulturen untereinander wie auch mit der Formierung einer europäischen Gesellschaft zusammenhängen (vgl. Kaelble 2001, 2007). Ein erstes Beispiel in dieser Hinsicht bietet der tiefgreifende Wandel der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg. Zusätzlich zu dem oben angesprochenen Prozess der

Internationalisierung, der Europäisierung und der Universalisierung der Erinnerung an die Shoah, der unter anderen dazu geführt hat, dass in allen europäischen Länder der Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar zu einem gleichzeitig nationalen und transnationalen Gedenktag erhoben wurde, standen die unter Beteiligung von Veteranen und offiziellen Repräsentanten aller an dem Krieg beteiligten Länder organisierten Gedenkveranstaltungen für den sechzigsten Jahrestag der Landung in der Normandie am 6. Juni 2004 wie auch für den sechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. und 9. Mai 2005 im deutlichen Gegensatz zu den überwiegend im nationalen Rahmen organisierten Veranstaltungen wie sie vor noch zwanzig Jahren stattgefunden haben (vgl. Rouso 2004). Die zunehmende Hervorhebung der europäischen Dimension der Geschichte in den Lehrplänen der europäischen Länder ist ein zweites Beispiel dieses Prozesses. Nach Jahrzehnten, in denen die Priorität der Bereinigung der Lehrbücher von allen nationalistischen Vorurteilen galt, bemüht man sich heute, die Geschichte der jeweiligen Länder in ihre europäischen Dimensionen einzuordnen und zu deuten – bis hin zu dem gerade erschienenen Band eines gemeinsamen deutsch-französischen Geschichtsbuches, das sich selber als Vorstufe zu einem europäischen Geschichtsbuch versteht.⁵ Ein drittes Beispiel schließlich ist die überall zu beobachtende Neugestaltung der Museen, Denkmäler und historischen Stätten, um den Erwartungen des wachsenden Anteils von Besuchern aus den anderen europäischen Ländern besser gerecht zu werden – bis hin zu dem geplanten *musée de l'Europe*, das von einer privaten Initiative mit Unterstützung der Europäischen Union konzipiert wurde und dessen Eröffnung für das Jahr 2007 vorgesehen ist (vgl. Pomian 2004).

Wie weit diese Prozesse greifen und inwiefern sie schon zu einer Europäisierung der Gedächtniskulturen beigetragen haben, zeigen zwei jüngst erschienene Untersuchungen. Die erste wurde von der belgischen Politikwissenschaftlerin Valérie Rosoux geschrieben. Auf der Basis einer systematischen Auswertung des offiziellen Diskurses beiderseits des Rheins weist sie nach, wie sich in Folge der deutsch-französischen Aussöhnung und der Intensivierung der Partnerschaft zwischen beiden Ländern eine neue Wahrnehmung der Vergangenheit entwickelt hat, die die gemeinsamen Aspekte der getrennten Geschichten hervorhebt und die Geschichte des Nachbarn als Teil der eigenen Geschichte betrachtet (vgl. Rosoux 2001). Die zweite beruht auf den Ergebnissen einer repräsentativen Meinungsumfrage über die großen Gestalten der europäischen Geschichte, die auf vergleichender Basis im Januar 2003 in den sechs wichtigsten europäischen Ländern durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Meinungsumfrage wurden den interviewten Personen drei

Fragen gestellt. Die erste Frage war eine offene Frage, d.h. eine Frage ohne vorgegebene Antwort mit folgendem Wortlaut: „Stellen Sie sich bitte vor, Sie haben die Möglichkeit sich eine Stunde lang mit einer historischen Persönlichkeit zu unterhalten, die den Gedanken der europäischen Identität vertritt. Wen würden Sie sich aussuchen?“ Sie wurde durch zwei geschlossene Fragen ergänzt, die jeweils 14 historische Figuren aus der Zeit vor 1800 und aus dem 19. und 20. Jahrhundert enthielten, wobei den interviewten Personen folgende Frage gestellt wurde: „In dieser Liste, wer ist bzw. welche sind die Persönlichkeiten, die in Ihren Augen am besten die europäische Identität verkörpern?“ Diese Listen der *grands hommes européens* (wie man in der Sprache der Lumières gesagt hätte) waren in Zusammenarbeit mit Historikern aus den jeweiligen Ländern erarbeitet worden. Sie enthielten Namen von historischen Persönlichkeiten aus den sechs untersuchten Ländern und waren so konzipiert, dass sie nicht nur Männer, sondern auch Frauen, nicht nur Regenten und Politiker, sondern auch Vertreter von Wissenschaft und Kunst, Religion und Kultur aufstellten.⁶

Welche Beobachtungen lassen sich nun aus dieser innovativen, äußerst aufschlussreichen wie auch höchst differenzierten Untersuchung ziehen, deren Ergebnisse im März 2003 auf einer internationalen Tagung in den Räumen der UNESCO in Paris vorgestellt und diskutiert wurden, ehe sie später in Form eines Sammelbandes einer größeren Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden (vgl. Jeanneney 2003)? Als erstes Ergebnis fällt auf, dass dieses Experiment, das bis jetzt noch nie erprobt worden war, ganz einfach funktioniert hat und im Großen und Ganzen als gelungen betrachtet werden kann. Diese erfolgreiche Akzeptanz ist um so höher zu bewerten, als der Ansatz dieser Enquete sich sehr stark an einem am französischen Fall entwickelten Modell orientierte. Auf gleiche Art und Weise wie die erfolgreiche Übertragung des auch zuerst am französischen Fall entwickelten Modells der *lieux de mémoire* zeigt diese Akzeptanz, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den europäischen Ländern in der Frage der Einstellung zur Vergangenheit letztendlich viel stärker sind als ihre Unterschiede – entgegen der oft vertretenen These von der Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des französischen *rapport au passé*.

Dieser Erfolg sollte allerdings nicht über ein zweites grundlegendes und ernüchterndes Ergebnis hinwegtäuschen, nämlich die Zweitrangigkeit des europäischen Gedächtnisses gegenüber dem nationalen Gedächtnis. Dies wird zuerst durch den ausgesprochen hohen Anteil an Nicht-Antworten bei der offenen Frage (44 % im Durchschnitt für die sechs untersuchten Länder) wie auch bei den an sich leichter zu beantwortenden geschlossenen Fragen (13 % bzw. 15 % Nicht-Antworten)

dokumentiert – ein Anteil, der um so schwerwiegender ist, als bei den zahlreichen vergleichbaren Meinungsumfragen, die nur in einem Land durchgeführt werden und bei welchen es nur um Persönlichkeiten der eigenen Geschichte geht, der Anteil an Nicht-Antworten im Durchschnitt zwischen 5% und maximal 10% liegt. Die Tatsache, dass bei der Antwort auf die offene Frage in jedem Land die befragten Personen zuerst und vor allem ihre Landsleute (in der Geschichte oder in der Gegenwart) genannt haben, ist ein weiterer Beleg des Primats des nationalen Bezugsrahmens. In den sechs untersuchten Ländern (wie vermutlich in den anderen europäischen Ländern auch) ordnet sich die Einstellung zur Vergangenheit und zur kollektiven Identität spontan und wie selbstverständlich zuvorderst in den nationalen Rahmen und erst in einem zweiten Schritt in einen größeren, europäischen Rahmen ein.

Auch wenn sie eine hilfreiche Warnung gegen jede Versuchung einer europäischen Illusion sind, so lassen doch die Ergebnisse dieser vergleichenden Meinungsumfrage in mehreren Hinsichten Ansätze einer in Entstehung begriffenen, ja möglicherweise schon bestehenden europäischen Gedächtniskultur erkennen. Die Antworten auf die offene Frage – eine besonders aufschlussreiche Frage, insofern als keine Antwort vorgegeben war – sind ein erster Hinweis in diese Richtung. Unter den Persönlichkeiten, die mindestens 2% der Stimmen erhalten, findet man in der Tat zusätzlich zu den führenden Politikern der jeweiligen Länder, zu Romano Prodi (der ohne Zweifel viel mehr wegen seiner Qualität als italienischer Politiker als wegen seiner Qualität als Präsident der Europäischen Kommission genannt wurde) und zum Papst, vier Persönlichkeiten, die einer entfernteren Vergangenheit angehören und die nicht nur von ihren eigenen Landsleuten genannt wurden, nämlich de Gaulle, Napoleon, Churchill und Victor Hugo. Gleichermäßen kann man feststellen: Wenn auch die befragten Personen ihre eigenen Landsleute an erster Stelle platzieren, so erwähnen sie doch spontan danach Persönlichkeiten aus anderen europäischen Ländern. Ohne Überraschung erwähnen zum Beispiel die Polen zuerst ihren Präsidenten Alexander Kwasniewski und gleich danach ihren Papst. Dann aber folgen – allerdings mit deutlichem Abstand – Gerhard Schröder und Margaret Thatcher, Napoleon und Churchill, de Gaulle, Tony Blair und Jacques Chirac, und der gleiche Befund gilt für die fünf anderen Länder.

Was sich schon in den Antworten auf die offene Frage andeutete, tritt in den Antworten auf die zwei geschlossenen Fragen viel deutlicher hervor. Unter den insgesamt 28 historischen Persönlichkeiten, die in den zwei Listen zur Auswahl vorgeschlagen worden waren, haben sich die befragten Personen eindeutig für sechs entschieden, die sie in hervorgehobener Stelle platziert haben: Leonardo, Columbus und Luther für die

Liste vor 1800, Churchill, Marie Curie und de Gaulle für die Liste des 19. und 20. Jahrhunderts. Auffällig ist dabei nicht nur, dass diese sechs europäischen Persönlichkeiten alle anderen klar distanzieren, sondern auch, dass sie in allen Ländern gut platziert sind. So steht in der älteren Liste Leonardo an erster Stelle in Italien, an zweiter Stelle in Deutschland und in Spanien, an dritter Stelle in Frankreich und in Großbritannien und an vierter Stelle in Polen, während in der jüngeren Liste Churchill an erster Stelle in Großbritannien steht, an dritter Stelle in Italien und Polen, und an fünfter Stelle in Deutschland, Frankreich und Spanien. Darüber hinaus lässt sich errechnen, dass keine dieser Persönlichkeiten von einer Mehrheit aus dem eigenen Land gewählt wurde: Unter 100 Personen, die Leonardo erwähnt haben, findet man nur 22 Italiener im Vergleich zu 24 Franzosen, 23 Deutschen, 18 Briten, 8 Spanier und 5 Polen, und unter 100 Personen, die Churchill erwähnt haben, zählt man neben 48 Briten, 16 Franzosen, 14 Deutsche, 13 Italiener, 5 Polen und 4 Spanier, d.h. insgesamt 52 Nicht-Briten.

Welche Ansätze eines gemeinsamen Geschichtsbildes lassen sich aus diesen Ergebnissen ziehen? Für die Zeit vor 1800 deutet die Erstplatzierung von Leonardo, Columbus und Luther darauf hin, dass die heutigen Europäer – im Unterschied zur Generation der Gründer von Europa unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg – nicht das christliche Abendland in seiner katholisch-karolingischen Ausprägung favorisieren, sondern im Gegensatz dazu das Europa der Renaissance und der Reformation. Es ist ein Europa der Entdeckungen, des Aufbruchs und des Abenteuers, das sich kritisch und kreativ mit seinem mittelalterlichen Erbe auseinandersetzt, sich der ganzen Welt öffnet und schließlich viel mehr Wert auf die Kultur und die Künste, die Wissenschaft und die Technik, kurzum auf den Geist legt als auf Macht und Herrschaft, Krieg und Eroberung. Ein ähnliches Bild drückt sich für die Zeit nach 1800 in der Zweitplatzierung von Marie Curie aus (eine Platzierung, die sie im übrigen eindeutig den Stimmen der befragten Frauen verdankt), handelt es sich auch dabei um eine Wissenschaftlerin, die durch ihre Entdeckungen und ihr persönliches Engagement für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, für den Kampf gegen die Krankheit und schließlich für das Wohl der Menschheit im Sinne der Aufklärung beigetragen hat. In der Erst- und Drittplatzierung von Churchill und de Gaulle lässt sich schließlich die Bewunderung der heutigen Europäer für zwei Persönlichkeiten wieder finden, die beide entschiedene, mutige und kompromisslose Gegner des Nationalsozialismus gewesen sind – auch in den Zeiten, wo die Situation aussichtslos schien. Beide waren überzeugte Demokraten wie auch resolute Gegner des kommunistischen Totalitarismus, die sich nicht nur als engagierte Patrioten, sondern auch als För-

derer des europäischen Gedankens und Akteure der europäischen Einigung hervorgetan haben. Zwei Männer schließlich, deren Bedeutung – über ihre Fähigkeit, die lebendige Tradition ihres Landes und die Idee eines freien Europas zu verkörpern – sich nicht auf die Politik beschränkte: Churchill bekam den Literaturnobelpreis verliehen und de Gaulle gilt mit Recht als einer der größten Meister der französischen Sprache des 20. Jahrhunderts.

Als weitere Beobachtung aus den Ergebnissen dieser Meinungsumfrage fällt die Nähe untereinander, ja sogar die fortgeschrittene Verschränkung der Nachbarn am Rhein auf. In der Beantwortung der offenen Frage wie auch in der Beantwortung der geschlossenen Fragen zeichnen sich Deutsche und Franzosen durch den geringsten Prozentsatz an Nicht-Antworten aus. Sie sind auch die zwei Länder, welche die größte Annäherung und Durchdringung ihres jeweiligen historischen Pantheons aufweisen: Zusätzlich zum gemeinsamen Stammvater Karl dem Großen/Charlemagne sieht man, wie in der Beliebtheitsskala der Franzosen Luther, Gutenberg und Adenauer in guter Platzierung auftreten, während umgekehrt Voltaire, Napoleon und de Gaulle in der deutschen Liste vergleichbar gut platziert sind. Zwischen keinen anderen Ländern lässt sich eine so weit fortgeschrittene Verschränkung beobachten. Es sieht so aus, als ob in beiden Ländern der durch die deutsch-französische Aussöhnung und Zusammenarbeit bedingte Erfahrungswechsel zu einem allmählichen Wahrnehmungswechsel geführt hätte, mit der Konsequenz, dass sich die heutigen Franzosen und Deutschen die Vergangenheit des Partnerlandes als einen Teil der eigenen Vergangenheit angeeignet hätten.

V

Bei aller gebotenen Vorsichtigkeit in der Auswertung der Ergebnisse dieser Untersuchung lässt sich doch mit Sicherheit feststellen, dass man tatsächlich von einem mindestens in Ansätzen vorhandenen europäischen Gedächtnis sprechen kann, und zwar von einem Gedächtnis, das schon über eine gewisse Selbstständigkeit verfügt und bei welchem alle Merkmale der Gemeinsamkeit und der inneren Spannung wieder zu finden sind, die für ein authentisches Gedächtnis konstitutiv sind. Das Thema der im Entstehen begriffenen europäischen *lieux de mémoire* ist, wie man sieht, ein sehr weites Feld. Es ist bis jetzt viel weniger intensiv erforscht worden als das Feld der nationalen Gedächtniskulturen. Die Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens sind nicht zu übersehen. Sie hängen insbesondere mit der Tatsache zusammen, dass wir gleich-

zeitig Zeugen und Akteure dieser sich wandelnden Gedächtniskulturen sind. Und da wir es hier mit jetzt laufenden Entwicklungen zu tun haben, bieten die Methoden und Ansätze der Soziologie, der Politikwissenschaft und der Kulturanthropologie viel mehr Hilfe als die der Geschichtswissenschaft, um sie zu analysieren und zu verstehen. Die Schwierigkeiten hängen aber auch damit zusammen, dass man sich hierbei immer in einem komplexen Spannungs- und Wechselverhältnis zwischen Fragmentierung und Internationalisierung, Europäisierung und Universalisierung befindet, und dass der Blick von außen – von den posteuropäischen wie auch von den nichteuropäischen Gedächtniskulturen – genauso wichtig und konstitutiv für diese neuen *europäischen lieux de mémoire* ist wie der innereuropäische Blick. „Das Gedächtnis trennt, aber die Geschichte eint“, bemerkte Pierre Nora in seinem Nachwort zu den Deutschen Erinnerungsorten und fügte hinzu: „Eingedenk dieser Erkenntnis scheint das genaue Wissen um die einzelnen Erinnerungskulturen den Blick für das zu schärfen, was das Gemeinsame an Europa ausmacht. Nur aus einem vertieften Verständnis der Unterschiede kann das Gefühl einer echten gemeinsamen Zugehörigkeit erwachsen“ (Nora 2001: 686). Dieser Beobachtung kann man nur zustimmen. Allerdings ohne dabei eine andere Beobachtung von Marc Bloch zu vergessen. Marc Bloch pflegte zu sagen: „Es gibt keine französische Geschichte, es gibt nur eine europäische Geschichte.“ Gleich danach fügte er aber hinzu: „Es gibt keine europäische Geschichte, es gibt nur eine Weltgeschichte.“ Mehr denn je bin ich der Überzeugung, dass dies genauso für die Untersuchung der europäischen *lieux de mémoire* gilt.

Anmerkungen

- 1 Symptomatisch ist in dieser Hinsicht die Veranstaltung einer internationalen Tagung unter dem Thema „Patrimoine de l'Europe, patrimoine européen?“ in Paris vom 19. bis zum 21. März 2007 durch das französische Kulturministerium.
- 2 Vgl. auch die jüngst erschienene einbändige Auswahl von Beiträgen aus diesem Werk in deutscher Übersetzung: Nora (Hg.): Erinnerungsorte Frankreichs (2005).
- 3 Französische Teilübersetzungen in: François/Schulze (Hg.): Mémoires allemandes (2007).
- 4 Zur Wechselwirkung zwischen den jeweiligen Gedächtniskulturen und dem konkreten Verlauf der 68er Ereignisse sei auf den folgenden Sammelband hingewiesen: François et al. (Hg.): 1968 – ein europäisches Jahr? (1997).

- 5 Vgl. zum Beispiel die in der Zeitschrift *Vingtième Siècle* (2001), unter dem Schwerpunkt „Apprendre l'histoire de l'Europe“ zu diesem Thema gesammelten Aufsätze von Jean-Pierre Rioux, Rémi Brague, John Horne, Guy Hermet, Robert Frank, Etienne François, Dominique Schnapper und Dominique Borne. Siehe vor allem die Entwicklung des ersten gemeinsamen Geschichtsbuchs für Frankreich und Deutschland: Geiss/Le Quintrec (Hg.) 2006a und 2006b.
- 6 Folgende Persönlichkeiten befanden sich auf der Liste vor 1800: Cervantes, Columbus, Kopernikus, Dante, Franz von Assisi, Gutenberg, Karl der Große, Karl V., Leonardo da Vinci, Luther, Newton, Shakespeare, Theresa von Avila und Voltaire. Die Liste nach 1800 enthielt folgende Namen: Adenauer, Brandt, Chaplin, Chopin, Churchill, Marie Curie, Garibaldi, de Gaulle, Goethe, Victor Hugo, Marx, Napoleon, Picasso und die Königin Victoria.

Literatur

- Assmann Aleida (2000): Erinnerung als Erregung. Wendepunkte der deutschen Erinnerungsgeschichte, in: Wolf Lepenies (Hg.): Wissenschaftskolleg Jahrbuch 1998/99, Berlin.
- Boer, Pim de/Willem Frijhoff (Hg.) (1993): *Lieux de mémoire et identités nationales*, Amsterdam.
- Compagnon, Antoine (2005): „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit von Marcel Proust“, in: Pierre Nora (Hg.): *Erinnerungsorte Frankreichs*, München, S. 481-516.
- Csaky, Moritz (Hg.) (2000ff.): *Orte des Gedächtnisses*, Wien.
- Feldbaek, Ole (Hg.) (1991/92): *Dansk identitathistorie*, Kopenhagen.
- Flacke, Monika (Hg.) (2004): *Mythen der Nationen 1945. Arena der Erinnerungen*. 2 Bände, Mainz.
- François, Etienne (2003): Die späte Debatte um das Vichy-Regime und den Algerienkrieg in Frankreich, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): *Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen nach 1945*, München.
- François, Etienne/Hagen Schulze (Hg.) (2001): *Deutsche Erinnerungsorte*. 3 Bände, München.
- François, Etienne/Hagen Schulze (Hg.) (2007): *Mémoires allemandes*, Paris.
- François, Etienne/Matthias Middell/Emmanuel Terray/Dorothee Wierling (Hg.) (1997): *1968 – ein europäisches Jahr?* Leipzig.
- Gaetgens, Thomas W.: Le musée historique de Versailles, in: Pierre Nora (Hg.) (1986): *Les lieux de mémoire*. Paris, , S. 143-168.

- Geiss, Peter/Guillaume Le Quintrec (Hg.) (2006a) : Histoire/Geschichte, l'Europe et le monde depuis 1945, Band 3.3, Paris.
- Geiss, Peter/Guillaume Le Quintrec (Hg.) (2006b): Histoire/Geschichte, Europa und die Welt seit 1945, Leipzig.
- Himmelfarb, Hélène (1986): Versailles. Fonctions et légendes, in: Pierre Nora (Hg.): Les lieux de mémoire, Paris, Band 3.2, S. 193-234.
- Isnenghi, Mario (Hg.) (1997/98): I luoghi della memoria. 3 Bände, Rom/Bari.
- Jeanneney, Jean-Noël/Philippe Joutard (Hg.) (2003): Du bon usage des grands hommes en Europe, Paris.
- Kaelble, Hartmut (2001): Wege zur Demokratie. Von der Französischen Revolution zur Europäischen Union, Stuttgart.
- Kaelble, Hartmut (2007): Sozialgeschichte Europas 1945 bis zur Gegenwart, München.
- Kmec, Sonja/Benoît Majerus/Michel Margue/Pit Peporte (Hg.) (2007): Lieux de mémoire au Luxembourg, Erinnerungsorte in Luxemburg, Luxemburg.
- Krumeich, Gerd (Hg.) (2001): Versailles 1919. Ziele, Wirkung, Wahrnehmung, Essen
- Medick, Hans/Peer Schmidt (Hg.) (2004): Luther zwischen den Kulturen. Zeitgenossenschaft, Weltwirkung, Göttingen.
- Nietzsche, Friedrich (1980): Sämtliche Werke, Band 1, herausgegeben von G. Colli/M. Montinari, München.
- Nipperdey, Thomas (1990): Nachdenken über die deutsche Geschichte, München.
- Nora, Pierre (Hg.) (1984-1992): Les lieux de mémoire. 7 Bände, Paris.
- Nora, Pierre (1995): Das Abenteuer der lieux de mémoire, in: Etienne François/Hannes Siegrist/Jakob Vogel (Hg.): Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich, 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen.
- Nora, Pierre (2001): Nachwort, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hg.), Deutsche Erinnerungsorte, München.
- Nora, Pierre (Hg.) (2005): Erinnerungsorte Frankreichs, München.
- Pomian, Krzysztof (2004): Pour un musée de l'Europe, in: Le Débat, Heft Nr. 129, S. 89-100.
- Pommier, Edouard (1986): Versailles. L'image du souverain, in: Pierre Nora (Hg.): Les lieux de mémoire, Band 3.2, Paris, S. 193-234.
- Renan, Ernest (1993): Was ist eine Nation?, in: Michael Jeismann/Henning Ritter (Hg.): Grenzfälle. Über alten und neuen Nationalismus, Leipzig.
- Rosoux, Valérie B. (2001): Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la

- France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie de 1962 à nos jours, Brüssel.
- Rousso, Henry (1998): *La hantise du passé*, Paris.
- Rousso, Henry (2004): Das Dilemma eines europäischen Gedächtnisses, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History* 1, Heft 3.
- Sas, Nicolaas C. F. van (Hg.) (1995): *Waar de blanke top der duinen en andere vaderlandse herinneringen*, Amsterdam.
- Schulze, Hagen (2001): Versailles, in: Etienne François/Hagen Schulze: *Deutsche Erinnerungsorte*, Band 1, München, S. 407-421.
- Vingtième Siècle (2001): *Apprendre l'histoire de l'Europe*, Schwerpunktheft der Zeitschrift *Vingtième Siècle*, Heft 71.
- Wolfrum, Edgar (2001): *Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung*, Göttingen.

Europa – Identität und Andenken

ADOLF MUSCHG

Nirgends kann man sich, jedenfalls mit halb geschlossenen Augen, im christlichen Abendland andächtiger zu Hause fühlen als in Aachen, der Pfalz Karls des Großen, die er, in vorgerückten Jahren zum Mittelpunkt eines Imperiums gemacht hat, über dem seine Sonne, bis heute nicht ganz untergegangen, ihre Strahlen über Raum und Zeit wirft. *Aix-la-Chapelle* nennen die Franzosen diese Stadt, als nährte sie dasselbe heilsame Wasser wie *Aix-les-Bains* oder *Aix-en-Provence*. Aber Karl der Große war seinem Selbstverständnis nach weder ein deutscher noch ein französischer, sondern ein römischer Kaiser gewesen; er sah sich, trotz seines von Caesar entlehnten Titels, in der Nachfolge des Augustus in seiner Divinitas; seine Legitimität aber blieb im Kern eine heilsgeschichtliche: der Kaiser war der bewaffnete Hirt, dem seine Vollmacht dafür verliehen war, dem einzigen und wahren Herrn die versprengten und verirrtten Völker zuzutreiben. Diese Mission war kein europäisches, sondern ein ökumenisches Projekt, aber wie weitherzig Karl es auffassete, bewies er durch die gewünschte Heirat mit einer oströmischen, also griechisch-orthodoxen Prinzessin, und seine Verbindung zum Sultan Harun-al-Raschid, der ihm – mithilfe eines mosaischen Händlers – den legendären Elefanten zum Geschenk machte. Diese Konstellation riecht ein wenig nach Nathan dem Weisen, aber natürlich träte man dem formidablen Kriegsherrn und Sachsenhammer zu nahe, wenn man ihn für das irenische Exempel der Aufklärung in Anspruch nähme. Immerhin schloss seine geistige Topographie die heilige Stadt Jerusalem ein, ohne dass er sie in einem Kreuzzug physisch zu erobern brauchte; die symbolische Orientierung des Kirchenbaus genügte zur Identifikation. Physisch ist Karls Reich unter seinen Enkeln geteilt worden, und erst im

Zeichen dieser Teilung hat Europa gewissermaßen Gestalt angenommen und ein Gesicht gewonnen, eine zerrissene Gestalt, und ein Gesicht mit zahllosen Facetten.

Aber je weiter die Einheit des Erdteils real in die Ferne rückte, desto mehr, desto schmerzhafter drängte sie sich dem Bewusstsein der Europäer auf, sei es als utopisches Friedensreich, sei es als gemeinsame Prägung durch eine immer weniger gemeinsame Geschichte. Später lernte ich im Geschichtsunterricht, dass Napoleon die karolingische Aura für sich als Einiger Europas in Anspruch genommen habe: Daran war etwas Prophetisches, auch wenn die unmittelbaren Folgen seines Empires die Spaltung Europas in konkurrierende Nationalstaaten für das nächste Jahrhundert erst einmal scheinbar unwiderruflich besiegelten. Ein Abfallprodukt dieser Bürgerkriege war Hitler, der den Akt der Einigung Europas noch einmal als Massenmord, Lumpenstück und Schmierentheater inszenierte; mit seiner kriminellen Energie brachte er es noch postum fertig, die Welt in zwei unversöhnliche Blöcke zu spalten. Aber – die europäische Geschichte lebt von halsbrecherischen Ironien, in denen man auch Hegels List der Vernunft verehren kann – ausgerechnet die Spaltung des Kalten Krieges setzt im Westen des geteilten Europas jenen Einigungsprozess in Gang, dessen Motor anfangs die schiere Not, die offenbare Schwäche der Beteiligten gewesen war, das Ende der nationalen Unvernunft, ein fundamentales grenzüberschreitendes wirtschaftliches Interesse, das gemeinsame Schutzbedürfnis unter dem Schild der atlantischen Allianz. Dieses Europa war, bei Licht besehen, fast nichts mehr als das Produkt historischer Defizite, und – in unterschiedlichem Grad – des moralischen Schuldbewusstseins und der zivilisierten Scham.

Bei den Versuchen, diesem bodenlosen Europa etwas wie ein kulturelles Fundament einzuziehen, spielte nach dem Krieg auch die karolingische Reminiszenz eine gewisse Rolle – und was die französisch-deutsche Versöhnung betrifft, vielleicht keine ganz marginale; das Lothringen de Gaulles, das Rheinland Adenauers, sogar das Italien de Gasperis ließen sich nicht grundlos von einer Phantom-Einheit überformen, denn sie lagen gewissermaßen auf dem Boden Karls des Großen – freilich gerade jenem, um den des Streits zwischen den Protagonisten der europäischen Geschichte kein Ende gewesen war. Es hatte also seine symbolisch schöne Richtigkeit, dass die neuen Hauptstädte der werden- den Union von Brüssel über Luxemburg und Straßburg bis in die Lombardei gerade auf diese – als Kampfzone befriedete – Verwerfung zu liegen kamen und, wie Klammern einer großen Operation, einen Hauptriss der europäischen Geschichte zusammenheften.

Seit der epochalen Wende von 1989, deren fast ungläubige Zeugen wir waren, sind die Staaten der westeuropäischen Union in einem vor

zwanzig Jahren noch undenkbar Umfang zu Gewinnern des Kalten Kriegs geworden. Der fast vollständige Gürtel der ehemaligen Sowjetsatelliten in Mitteleuropa hat sich – rechtsumkehrt – der europäischen Union angeschlossen, und das so genannte alte Europa steht vor einer doppelten Aufgabe, auf die es nicht im geringsten vorbereitet war: die Befestigungen des Kalten Kriegs, die keinesfalls mit ihm selbst verschwunden sind, abzutragen – und dafür besorgt zu sein, dass sich nicht einige hundert Kilometer östlich eine neue Front aufbaut. An Material dafür fehlt es nicht, und neuestens rücken sogar wieder die Raketen von gestern auf.

An dieser neuen Grenze Europas, von deren Behandlung – davon bin ich überzeugt – das Gelingen oder Misslingen des europäischen Projekts abhängen, hilft uns die karolingische Reminiszenz nicht. Eher im Gegenteil: Da verbände sie sich mit den schreckenden Spuren vergangener Osterweiterungen, die Kolonial- und Kreuzzugscharakter hatten, von den deutschen Ordensrittern bis zum Unternehmen Barbarossa.

Mein Thema ist die europäische Identität: die Frage, ob es sie gibt, oder ob sie nur behauptet werden kann; wie viel davon wir haben, haben wollen und haben müssen; wozu sie uns dient, und wobei sie uns – wofür – im Wege steht. Ich möchte, gewissermaßen aller Reflexion voraus, eine schlichte Feststellung vorausschicken: Jeder und jede von uns lebt mit vielen Identitäten, als Mann oder Frau, als Blutsverwandter verschiedenen Grades, als Partner, als hier oder dort Geborene(r), als Bewohner eines Ortes und Genosse einer Zeit, als Angehöriger einer sozialen Gruppe, hineingeboren oder selbstgewählt, als Sprecher einer Sprache, und hoffentlich mehr als einer, aber auch als Fan eines Fußballclubs oder einer Musikgruppe. Das sind nicht alles bloß Hüte, die wir nach Belieben wechseln; es sind Rollen, aus deren Verfestigung sich das bildet, was wir Identität nennen. Und dazu dienen durchaus nicht immer *gelebte* Rollen, phantasierte oder gewünschte können sogar viel stärkere identitätsmächtige Wirkung entfalten. Zur nationalen Identität einstweilen nur so viel: Sie ist ein historisch spätes Produkt in unserem Repertoire und in aller Praxis keineswegs so dominant oder gar zwingend, wie sie ihre Vertreter gern darstellen. Sicher ist: Identität ist gerade das nicht, was als ihr Vorzug gerühmt zu werden pflegt: ein klarer Fall, und ein verlässliches Ruhekit. Viel eher ist sie das Produkt eines Hochseilakts, und – in ideologischer Form – eine schreckliche Vereinfachung, die ihr Beiwort redlich verdient.

Mein Thema lautet: Identität; gemeint ist: die kulturelle, die historische, aber auch: die alltägliche Identität der in diesem Teil der Welt lebenden Menschen. Womit – und mit wem – identifizieren sie sich? Gibt es unter den bekannten Identifikationen – es sind viele – eine an Europa,

diesen Erdteil gebundene, womöglich auf ihn beschränkte, die sie nicht nur als verbindlich erleben, zu deren Tragfähigkeit sie beizutragen bereit sind? Daran schließt sich die noch weniger bequeme Frage: Wovon – von wem – grenzen sie sich mit ihrer Identität ab, was – oder wen – schließen sie gar davon aus? Ich möchte nicht den Versuch wiederholen, diese europäische Identität sehr annäherungsweise zu definieren, frage also nicht: was ist europäisch, wie ich es in einer Publikation mit diesem Titel getan habe (vgl. Muschg 2005). Ich stelle vielmehr die nicht größere, doch brennendere Frage: Woran haben sich Europäer, aufgrund ihrer Geschichte, zu erinnern, wenn sie wollen, dass ihr Teil der Erde, statt Teil des Problems zu sein, Teil der Lösung werde? Dabei geht es mir nicht um die politische oder auch ökonomische Organisation dieser Bereitschaft, sondern um eine Besichtigung bestimmter kultureller Voraussetzungen dazu, in deren Kern ich etwas sehr Persönliches finde: die Umgangsformen mit Raum und Zeit; die Frage – ich stelle sie in dieser provozierender Form – was den Europäern *heilig* ist. Ich kümmere mich einstweilen nicht darum, was an dieser Frage europäisch sei, und verlasse mich darauf, dass wir sie als Europäerinnen und Europäer stellen – wir können gar nicht anders. Aber vielleicht ergibt sich daraus, dass wir einiges anders wollen – und anders können.

Was heißt Identität? Ich erinnere zunächst an einige Antworten, die das Leben selbst gegeben hat – jedenfalls in seiner Darstellung durch die Lebenswissenschaften seit Darwin. Die Evolution beruht nicht auf dem Prinzip Identität, sonst fände sie gar nicht statt. Ihr Träger ist bekanntlich die Mutation, d.h. die Abweichung, die Veränderung, der Fehldruck (der schon in meiner kindlichen Briefmarkensammlung mehr wert war als die korrekte Kopie). In der überwältigenden Mehrzahl der Fälle wird die Mutation als untauglicher Versuch kassiert; in einem Fall – unter zahllosen – ist sie eine bessere Antwort auf die Umwelt und begründet einen Fitnessvorteil im Überlebenswettbewerb. Damit wird sie zum genetischen Ausgangspunkt einer Entwicklung, bei der die Norm von gestern auf der Strecke bleibt.

Richard Dawkins, der Autor des „egoistischen Gens“, hat eine *kulturelle* Analogie angenommen: das Mem, einen natürlich virtuellen – und notwendigerweise hoch komplexen – Träger von kultureller Information (Dawkins 1978). Bei dieser Evolution höheren Grades fällt zuerst eine Differenz zur biologischen Evolution ins Auge. Die kulturelle Evolution begünstigt nicht den zur Fortpflanzung am besten ausgestatteten Typus, fast möchte man sagen: im Gegenteil. „Der nackte Affe“ ist die Kreatur, die aus ihren Defiziten nicht nur das Beste macht, sondern etwas Besseres: Dieser kompensatorischen Qualität verdankt der Mensch seine Werkzeugkultur, von der Steinschleuder bis zum Zyklotron. Auch die

mythologische Überlieferung stattet den Artifex, den Macher oder Poeten, mit einem evolutionsmächtigen Schaden aus; Hephaistos hinkt, Homer ist blind. Der Archetyp des menschlichen Glücksstrebens ist der Däumling, dem man am wenigsten zutraut, die Prinzessin zu gewinnen, der Dümmling, der die richtigen Fragen stellt – Parzival ist der weltliterarische Phänotyp dieses Mems, der Spinner, der uns, wie Don Quixote, das Auge schärft für die gebrechliche Einrichtung des vermeintlich Normalen. Unter Menschen ist der eigentliche Erfinder einer neuen Wirklichkeit, der die existierende zum Entwicklungssprung zwingt, der Narr oder der Schelm: Von den Griechen wurde er als Hermes verehrt. Noch plastischer als in der biologischen Evolution ist es in der kulturellen die sensible und intelligente *Abweichung*, welche die Zukunft für sich hat. In der Kulturgeschichte lautet die Maxime: *Variatio delectat*: Was für die Poesie gilt, gilt auch für die Innovation.

Zu warnen ist freilich schon hier von der heute gängigen Einengung des Begriffs Innovation. Der letzte Schrei auf dem Markt ist nie das letzte Wort einer Zivilisation. Ihre wahre Bewegung hat mit der Chimäre „Fortschritt“ nichts zu tun. Oft ist es, wie in der Renaissance, gerade der Regress auf ältere, klassische, scheinbar normative und vermeintlich naturgegebene Muster, die Epoche machen – d.h. einen Paradigmawechsel der Kultur forcieren.

Woraus folgt: Identität ist – in der Natur wie in der Kultur – keine produktive Größe und schon gar kein Wert an sich.

Was für die Gene oder Meme gilt, trifft schon auf den Stoffwechsel zu. Schon die Zelle muss, um sich zu erhalten, ein Gleichgewicht suchen zwischen Abgrenzung und Offenheit. An völliger Abgrenzung müsste sie ersticken; in grenzenloser Öffnung zerfließen. Der intelligente Kompromiss ist die durchlässige Grenze: die Membran. Auch menschliche Gruppen, von der Sippe über den Stamm bis zur Nation, haben nicht von reiner Abgrenzung – also strenger Identität – gelebt. Schon so genannte primitive Kulturen kennen mindestens zwei Ausnahmen von ihrer Autonomie- oder Autarkiebehauptung: die Exogamie und die Gastlichkeit. Die Heirat mit einer/einem Nichtangehörigen der eigenen Gruppe stellt eine doppelte Versicherung dar: Biologisch beugt sie der Inzucht vor, und sozial ist sie die Grundlage der Bündnispolitik der Gruppe und eröffnet ihr größere Handlungsfreiheit. Mit der Gastlichkeit sichert sich die Gruppe Informationen über die Welt außerhalb ihres unmittelbaren Einzugsbereichs. Der Gast weiß etwas, was wir nicht wissen; er hat etwas, was wir nicht haben. Um es zu gewinnen, müssen wir uns gewinnbringend, das heißt gewinnend, verhalten. Die Gastlichkeit ist die Grundlage der Zivilisation: Sie setzt, in gewissem Umfang, die natürlichen Reflexe der Abgrenzung außer Kraft. Sie ist ein Verhalten, das der

Norm Flexibilität abverlangt. Gast – „hospes“ – und Feind „hostis“ haben nicht nur sprachlich, sondern auch psychologisch dieselbe Wurzel: Der Gast ist der Fremde, den ich – den wir – nicht als Feind behandeln. Diese Marge der Toleranz = Duldung ist zugleich die Basis des Handels, der eigenen Geschäftsfähigkeit.

Weitergedacht: Hier liegt der Ursprung fast aller Freiheiten, die eine moderne, sog. freiheitliche Verfassung garantiert. Es sind – in ihrem liberalen Kern, Freiheiten *vom* Staat, deren Gebrauch der Staat, der kollektive Träger der Identität, garantieren muss: auch gegen seine eigenen vordergründigen Interessen. Diese Freiheit ist – im Kern – die Freiheit des *Andern*. Kulturell betrachtet, gipfelt die Freiheit in meinem eigenen Recht, *anders* zu sein und zu denken, und in meinem Anspruch darauf, die Wirklichkeit – und sogar mich selbst – von mehr als einer Seite zu betrachten.

In der Entwicklung eines Individuums beschreiben wir eben diesen Vorgang als Reifeprozess. Zu sich selbst kommen, heißt dann so viel wie: das Ich in Relationen zu sehen, seinen Anspruch, gewinnbringend oder kränkend, zu relativieren. Damit wird auch die Vorstellung von Identität relativ. Dies als Bereicherung, nicht als Beraubung des Individuums – und der Gruppe – zu erfahren, ist beim Einzelnen das Kennzeichen der Reife, bei der Gesellschaft das Kennzeichen ihrer Zivilisation.

Diese Reflexion lässt sich auf unser Thema Europa übertragen. Dass sie so gut auf Europa passt, kommt nicht von ungefähr, denn diese Art zu denken ist in Europa entwickelt worden und damit selbst ein Stück seiner so genannten Identität; aber sie kann, als kulturelle Errungenschaft verstanden, nicht anders als beweglich sein.

Hier liegt mir ein Rekurs auf Jacob Burckhardts „Weltgeschichtliche Betrachtungen“ auf der Zunge, in denen er drei „Potenzen“ angenommen hat, die an jeder menschlichen Organisation der Menschen beteiligt seien: Religion, Staat und Kultur (vgl. Burckhardt/Marx 1978). Die ersten beiden befriedigen – in verschiedenen Sphären – das menschliche Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung, und beide neigen zur Statik. Die dritte Potenz aber entwickelt sich aus dem Bedürfnis nach gesellschaftlicher und individueller Freiheit: Diese Potenz, die Kultur, ist wesentlich beweglich, in Burckhardts Sprache: „der Geist ist ein Wühler“. Es ist das Zusammenspiel der drei Potenzen, von denen die Zivilisation (das „Gelingen“) einer Gesellschaft abhängt; die Dominanz einer Kraft ist barbarisch. Das Modell der Polis Athen im 5. vorchristlichen Jahrhundert betrachtet Burckhardt als einen solchen Glücksfall des Gleichgewichts, in dem jede Potenz die andere dazu provozieren konnte, *Kunst* zu werden: Staatskunst, Lebenskunst, von der Gemeinschaft getragene, zugleich autonome Kunst im engeren Sinn.

Heute haben wir, nach Burckhardts Terminologie, eine zur Monokultur hypertrophierte Mutation der Potenz Kultur: eine globalisierte – und auf Kosten der andern Potenzen – dominante Wirtschaft. Die Verallgemeinerung einer bestimmten Komponente der europäischen Errungenschaft im Namen so genannten Fortschritts hat Burckhardt als Eröffnung eines barbarischen Zeitalters gesehen, das – zunächst in nationaler Verkleidung – zum Weltkrieg und zu einer katastrophalen Störung des planetarischen Gleichgewichts führen musste; damit zu einer Desintegration und Atomisierung der Weltgesellschaft. Die Potenzen, die einmal für die Sicherheit der Bürger aufkamen, aber auch die spezialisierte Kultur lernen das Lied der Wirtschaft singen, deren Brot sie essen. Im Wettbewerb um privilegierten Konsum erscheint die Betätigung von Bürgersinn als Verlustgeschäft, als Fitness-Nachteil. Die Kunst, aus Kunden Bürger, für ihr Gemeinwesen Verantwortliche zu machen, muss neu erfunden werden – Europa, ein politisches Europa könnte, müsste eine Pflanzschule für die Mutation globalisierter Verhältnisse in kosmopolitische sein, denn das europäische „Mem“ bewahrt die Erinnerung an diese Möglichkeit. Die Frage ist nur, ob es sich erinnern kann und will; ob es noch Zugang zum Speicher seiner eigenen Geschichte besitzt.

Das Gedächtnis verstehe ich nicht nur als historische Registratur, sondern als Schatzhaus der Möglichkeitsform, als Repertoire der Vorstellungskraft. Europäer – um mich pointiert auszudrücken – *ist* man nicht, man wird dazu gebildet. Die Reformen unseres Schulwesens entfernen sich leider von diesem Bildungsauftrag; sie beschränken sich auf die Selektion von Eigenschaften, die – wie es so schön heißt – zukunftsorientiert sind, und behandeln das, was diese Zukunft nicht nur profitabel oder funktionstüchtig, sondern wertvoll und sinnbestimmt machen könnte, wie Ballast, den man auch abwerfen kann, um sich den Durchmarsch zu erleichtern – als käme es auf seine Richtung nicht weiter an, so lange sie nur kurzfristigen Profit abwirft und Kaufkraft schafft; als gäbe es überhaupt eine Zukunft, wenn man nicht mehr lernt, sich von ihrer Herkunft Rechenschaft zu geben; als bestünde die eigentlich lebenswichtige Bildung nicht in der Prüfung dessen, was man kauft, und was nicht.

Es hat seine eigene Ironie, dass diese Reduktion der Bildung zur Ausbildung, der Qualifikation der Zivilisationstechniker zu besseren Werkzeugen in einem Betrieb, den sie immer weniger übersehen, auf den Namen *Bologna* getauft wurde, eine Stadtkommune, die stolz darauf war, ihren Beitrag zur Bildung eines *Uomo universale*, der zugleich Selbstzweck und Kosmopolit war, zugleich als Dienst am eigenen Gemeinwesen zu verstehen, dem mit geistiger Unfreiheit nicht gedient war. Das war Humboldts Modell einer Universität: Hier wurden Menschen

gebildet, die dem Staat, der Wirtschaft, der Gesellschaft darum Gewinn brachten, weil sie gelernt hatten, das Studium um seiner selbst willen als lohnend zu betrachten; damit waren sie zur Freiheit befähigt, weiter zu denken als Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Angenommen, die Fahrt der Zivilisation gehe schon darum in die falsche Richtung, weil ihr die Vorstellungskraft fehlt, in welche sie geht: Wo nimmt sie den Willen und das Know-how her, an einem fahrenden Zug, der bei jedem sogenannten Aufschwung weiter beschleunigt, noch rechtzeitig Steuerungselemente einzubauen, die aus dem globalisierten Exzess eine kosmopolitisch kontrollierte Reise machen; das heißt auch: eine, deren Ziel der mündigen Bestimmung der Passagiere unterliegt, denen es nicht genügt, Trittbrettfahrer zu sein?

Ich glaube, dass Europa in seinen „Memen“ die nötigen Instrumente für die Korrektur einer Entwicklung besitzt, die es selbst entfesselt hat. Aber ein Rezept dafür habe ich nicht und hüte mich auch, dafür bestimmte Leitbilder zu empfehlen, die heute gern unter dem Namen „Werte“ kursieren. Diese Werte hängen – und liegen – zu sehr in der Luft und leiden unter dem dialektischen Axiom, das Niels Bohr für Symmetrieverhältnisse in der Teilchenphysik formuliert hat: Wahre Sätze erkenne man immer daran, dass das Gegenteil genauso wahr sei – was übrigens für die moralische Welt bereits Goethe festgestellt hat.

Für den Vorschlag, das Gedächtnis als Steuerorgan der Kultur zu aktivieren, kann man sich zunächst nichts kaufen. Es dient eher – wie das Daimonion des Sokrates – der warnenden Erinnerung daran, was *nicht sein soll*, im Fall Europas: sich nicht wiederholen darf. Wir kennen das berühmte Historiker-Wort: Wer aus der Geschichte nicht lerne, sei dazu verurteilt, sie zu wiederholen – und es gibt Wiederholungen, die sich die Zivilisation weder leisten soll (moralisch) noch leisten darf (physisch und ökologisch). Ich halte die Verödung des kollektiven Gedächtnisses, oder seine Delegation an eine Suchmaschine, für verhängnisvoll, weil es Dinge gibt, welche die Zivilisation von sich wissen kann, also wissen muss, um ihre Rettung zu betreiben; nicht, weil sie dann von Fehlern geübt wäre, sondern weil sie über ein Repertoire des Umgangs mit Fehlern verfügt, das nicht zu entbehren ist und das uns keine Technologie abnehmen kann. Ihr Versprechen, uns von diesem Gedächtnis zu entlasten, kommt einer Operation gleich, die in der Hirnchirurgie als Lobotomie bekannt ist – sie entlastet von Problemen, indem sie ihre Wahrnehmung verhindert.

Es ist gewissermaßen die Utopie kollektiven Schwachsinn, und unsere Programme – leider auch diejenigen, die uns für eine erfolgreiche Zukunft fit machen wollen – verbreiten ihn schon fast flächendeckend. Mit Schwachsinn ist hier natürlich nichts Unintelligentes gemeint – die

Lerntechnologie mag perfekt sein, sie weiß nur viel zu gut, was das Lernen lohnt und hat schon darüber entschieden, was man vergessen darf. Gewiss gehört auch das Vergessen zu den Leistungen einer Kultur – so lange sie dabei nicht vergisst, worin sie besteht, und worauf sie sich gründet. Schwachsinnig aber ist es, die Erfahrungen der Geschichte für überholt zu halten, weil sie auf dem Horizont der Betriebswissenschaft nicht erscheinen. Dann erscheinen sie umso sicherer, und unverstandener, in der Bilanz der Kultur: als Defizite, die man nicht mehr an ihre Quellen zurückverfolgen kann. Historische Intelligenz, sensible Erinnerung gehört aber zur nötigen Grundausrüstung des Europäers, ohne die er buchstäblich nicht weiß, was er soll, und noch weniger: was Europa, was ein vereinigtes Europa soll und kann – denn er hat vergessen, was es sehr wohl *kann*, aber nicht *soll*.

Was an Gedächtniskultur, besonders in Deutschland, verlangt ist, spezialisiert sich auf den Holocaust und beschränkt das Geschichtsbewusstsein auf diesen, respektive auf den Grand Guignol des Dritten Reiches. Das ist nicht nur zu wenig für das Erinnern zivilisierter Alternativen, es trivialisiert auch die Einbildungskraft und infiziert sie entweder mit Unlust an sich selbst oder mit der Lust am Verbotenen. Das ist für die Begründung Europas zu wenig, gerade weil die Einsicht in den unter dem Namen „Auschwitz“ bekannten Nullpunkt der Zivilisation dafür so unentbehrlich ist. Europa muss wissen, wie tief es sinken konnte; aber dafür muss es auch wissen, wie weit her es ist; wie viele Optionen zum Anderssein möglich waren und es, unter veränderten Umständen, immer noch, immer wieder sind. Ein Europäer, der nicht in eigener Sache – einer schwierigen Sache – hinreichend gebildet ist, hat keine Ideen, kein Gestaltungsvermögen für eine andere Zukunft.

Darum muss er auch wissen, dass die Entlastungen der „flachen Welt“ (Friedman 2005), die Zeit und Raum fast beliebig überspringen kann, für Bürgerinnen und Bürger Europas nicht tragbar sind. Ein Europa, in dem eine Stadt, eine Gemeinde, eine Nachbarschaft nur noch ein sogenannter Standort für den globalisierten Wettbewerb sind, verliert seinen Sinn als Heimat, genauso wie eine Zeit, die auf sogenannte Echtzeit zusammenschnurrt, verödet und keine Erfahrung mehr transportiert. Für den Aufbau Europas ist es nötig zu wissen, dass sich sein Anfang nicht nur dem wirtschaftlichen Interesse der Teilnehmer verdankt, sondern der Einsicht in die Gefährdung der ganzen Zivilisation, die vom Umgang Europas mit seinen Errungenschaften ausgegangen ist. Die fortgesetzte Bereitschaft zu diesem Gedächtnis gebietet Takt und Selbstkritik in der Anwendung dieser Errungenschaft. Diese aus historischer Vorsicht begründete Rücksicht ermöglicht erst einen förderlichen Umgang der Europäer miteinander und begründet ihre Einigkeit, die Einheit

Verschiedener mit ganz verschiedenen Geschichten. Und dieser Respekt nicht vor einer abstrakten Vergangenheit, sondern vor realen Vorfahren und ihrer nachwirkenden Leistung begründet wiederum die Haltbarkeit einer europäischen Verfassung und macht ihre Teilnehmer nicht nur zu Globalisierungskunden, sondern zu Weltbürgern.

Ich berichte aus meiner Berliner Umgebung einen Fall, bei dem Ort und Zeit verpflichtend bleiben – und eine dritte Dimension der Betrachtung unentbehrlich. Am heutigen August-Bebel-Platz in Berlin-Mitte hatte Friedrich der Große mit Hilfe seines Architekten von Knobelsdorff das Forum Fridericianum, eine hoch repräsentative Anlage vorgesehen; heute hat die De- und Rekonstruktion der Stadt nur noch einen freien Platz gegenüber der Humboldt-Universität übriggelassen. Mit ihren Studenten hat, auf eben diesem Platz, Goebbels 1933 seine Bücherverbrennung inszeniert. Nach der Wende erhielt der jüdische Künstler Micha Ullmann den Auftrag, ein Mahnmal einzurichten: Er baute die unterirdische Grabkammer einer leeren Bibliothek, von oben einsehbar durch eine unauffällige Glasplatte im Straßenpflaster. Nun aber traf es sich so, dass der Berliner Senat den gesuchten Investor für eine Tiefgarage Unter den Linden fand; sie sollte das Mahnmahl, das technisch problemlos abzubauen, wiederherzustellen und unterirdisch zu ummanteln war, nicht berühren. Den Künstler berührte sie empfindlich: „Wenn der Platz von einem Parkhaus unterkellert wird und seine einzigartige Leere und Ruhe verliert, so ist das Denkmal verloren.“ Diese Sprache kann die flache Welt nicht fassen; sie sieht nicht, dass ein in eine Tiefgarage integriertes Mahnmal zum Dekorationsstück degradiert wird; sie will nicht wissen, dass Ullmans „Bibliothek“ ein Grab ist, das, wie jedes jüdische Grab, unbeschränkte und für jeden Sachzwang unzugängliche Totenruhe für sich beansprucht. Das Grab *erscheint* intakt – warum soll das nicht gut genug sein?

Für einen Prozess der Zivilisation, der sich nicht auf Oberflächen beschränkt, ist eine Dimension nicht zu entbehren, die „Tiefe“ zu nennen missverständlich ist. Vielleicht müsste sie sich gerade als Aufmerksamkeit in der Behandlung *realer* Oberflächen zeigen, vereinigt mit dem Respekt vor Grenzen, und das heißt, Respekt vor unserer Endlichkeit: an einer sensiblen Beziehung zu einem unverwechselbaren Ort, zur Einmaligkeit unserer Zeit. Mit dem, was mir an Europa teuer ist, verbinde ich eine Kultur der Verortung, und ein Bewusstsein dafür, dass Erfahrungen nicht nur *gemacht* werden; sie müssen sich zeitigen, und sie zeitigen *uns*. Europäische Einsichten sind keine fix geernteten *hors-sol*-Produkte; Europa mag durch Ort und Zeit nicht *ausreichend* zu definieren sein: *ohne* Ort und Zeit gar nicht. Diese Rückbindung an eine Herkunft, ohne

die es keine Zukunft hat, wäre lateinisch als *re-ligio* zu übersetzen. Es muss an Europa etwas geben, was Europäern heilig ist.

Also landen wir, wenn wir nach identitätsstiftenden Merkmalen suchen, doch wieder bei der christlich-abendländischen Leitkultur? Unzweifelhaft ist von der christlichen Erbschaft Europas so viel in seine aktuelle Ausstattung eingeflossen, dass ich mit der Aufzählung gar nicht erst anfangen will. Doch das für Europa Konstitutive bleibt die Differenz zwischen dem religiösen Glaubensbekenntnis und seiner kirchlichen Institution. Aus allem, was Christen heilig war, lässt sich auch der Doppelsinn ablesen, den das Wort *sacer* im Lateinischen mitführt: heilig und verflucht. Beides hat mit Unberührbarkeit zu tun, und als europäischen Kern der Religion betrachte ich, dass sie in sich selbst immer wieder dem eigenen Schatten begegnet ist und – im Geiste der Aufklärung – zu begegnen wagte, der uns davor warnen muss, das Wort „menschlich“ als Eigenlob zu verwenden. Dass mit Religion allein keine menschliche Zivilisation sich so wenig bildet wie ohne sie, macht sie zu einer fragwürdigen Mitgift, allerdings auch: zu nichts Geringerem; denn Zweifel ist ein störender, aber nötiger Begleiter des Glaubens.

Gewiss, auch die christliche Religion ist keine europäische Exklusivität, nicht alle Europäer sind Christen – wenige sind es, und immer weniger, trotz der Zunahme von Gemeinschaften, die sich als allein rechtgläubig betrachten. Gerade bei ihnen ist aber nicht zu finden, was ich „das Andere der Religion“ nennen möchte und als die wichtigste Mitgift Europas an die Weltkultur betrachte: den dankbaren Respekt für alles, was in uns für das religiöse Bekenntnis spricht – *und* die unerlässliche Aufklärung über alles, was seine Exklusivität, seinen Alleingeltungsanspruch verbietet.

Aber wenn das „Andere der Religion“ zur teuren Erbschaft Europas gehört, so nicht weniger „das Andere der Vernunft“. Wenn die Aufklärung den Glauben zu rationalisieren und zu relativieren strebte, war sie im Recht – und verirrte sich, wenn sie ihrerseits das letzte Wort über den Menschen beanspruchte. Dann wird auch Aufklärung zur Orthodoxie, der das Bewusstsein ihrer Grenze fehlt. Im Glücksfall werden das Andere des Glaubens und das Andere der Vernunft zwar nicht zusammenfallen – nur ihr gespanntes Verhältnis erhält sie lebendig –, aber sie lernen sich kraft des andern über sich selbst besser verständigen. Damit erst beginnt im Ernst, was ich als europäischen Diskurs betrachte: die Bereitschaft der Partner, sich sagen zu lassen, was an jedem Gegenstand ihres Interesses – oder ihres Bekenntnisses – das *Andere* ist, das nicht ausgeschlossen werden darf.

Dieses Andere, nur im Widerstreit zu fassen, aber geeignet, Streit zu zivilisieren: dieses Andere ist für mich die Seele Europas. Wir brauchen

nicht erst – wie das bekannte Zitat Jacques Delors’ suggeriert – „Europa eine Seele zu geben“; es hat schon eine, und sie ist zugleich anspruchsvoll und eine Sache täglicher Praxis. Sie sitzt im Stoff geschichtlicher und kultureller Differenzen, die es zu guten Gründen für seine Verständigung verfeinern, zum tragfähigen Grund politischer Gemeinsamkeit verarbeiten lernt. Das Europa, das ich meine (was einmal hieß: das ich liebe), ist für mich darum zuerst ein aus seiner Geschichte, dem geteilten und mitgeteilten Gedächtnis geschöpfter Wille, sich auf diesen Lernprozess einzulassen; es ist eine *Haltung* der Europäer im Verkehr miteinander, eine *Umgangsform der Noblesse* mit den Widersprüchen, in welche diese Geschichte ihre Teilnehmer verwickelt hat und verwickelt bis auf den heutigen Tag. Daraus müssen keine Fesseln gemeinschaftlicher Handlungsfähigkeit werden.

Der menschengerechte Umgang mit dem Anderen ist gewissermaßen die kulturelle Übersetzung des Begriffs „Mutation“, – und sie setzt ein nicht nur vorhandenes, sondern verpflichtendes Geschichtsbewusstsein voraus. Heute findet die eigentliche Herausforderung der Zivilisation durch einen Fundamentalismus statt, der – ob in islamischer oder christlicher Lesart – diesen menschengerechten Umgang mit dem Anderen verweigert. Wir haben es mit geschichtslosen Religionen zu tun, die das Auge Gottes für sich beanspruchen, vor dem tausend Jahre sind wie ein Tag. Die heilige Schrift, auf die sich die Gläubigen berufen, soll, als Wort Gottes, wörtlich und unveränderlich gelten, die Lebensgeschichte der Religionsstifter ist eine Hagiographie, an der kein Strich geändert werden kann. So hat sich der sunnitische Kopffäger Al Sarkaui in einem Brief an seinen Lehrer für seine Unversöhnlichkeit mit den Sunniten auf das niemals tilgbare Unrecht berufen, das der abtrünnige Teil der Prophetenfamilie dem rechtmäßigen angetan habe. Für diese Differenz muss im 21. Jahrhundert immer noch Blut fließen. Der orthodoxe Kreationismus amerikanischer Evangelikaler folgt derselben geschichtslos konsequenten Handlungsmaxime, – und es sollte uns zu denken geben, wie mühelos sich diese archaische Logik der avanciertesten Technologie bedient. Die zu Bomben geschärften Flugzeuge, die am 11. September 2001 in die *Twin Towers* rasten, wurden von technisch versierten jungen Männern gesteuert; derselbe Typ war in Japan für die Nervengas-Anschläge der Oum-Sekte in der Tokyoter Untergrundbahn verantwortlich. Auch die schöne flache Welt der Globalisierung ist geschichtslos, ihre Agenten, keineswegs nur die terroristischen, werden von den Szenarien einer atavistischen, zugleich totalitären Legende getrieben; der Schwachsinn hat sich die Instrumente der technologischen Zivilisation, die seines Geistes ist, mühelos aneignen können. Auch der unbegrenzte Fortschritt, das unvermeidliche Wirtschaftswachstum sind solche atavis-

tischen Legenden. Sie unterliegen der Fitness-Logik des Sauriers, der so lange weiter wuchs, bis der Boden unter seinem Gewicht nachgab.

Erschreckender als jeder Terrorismus aber ist die kulturelle Armut – oder, was auf eins hinausläuft: die mit gleicher mörderischer Münze zahlende Abwehr, welcher er begegnet. Die offenbar unwiderstehliche Stärke des Terrorismus beruht auf seiner subjektiven Verbindlichkeit. Dafür, dass etwas so und nicht anders sein kann, sind junge Menschen zu leben und zu sterben bereit. Dass es so und ganz anders sein könnte, empfinden sie als die stärkere Kränkung ihrer nicht am Geist einer Religion, sondern an ihrem Buchstaben haftenden Seele. Im Dienste ihrer Sicherheit zerstören sie die unsere und liefern jeden Tag den Beweis, dass diese Sicherheit der Zivilisation heute nie und nirgends mehr zu haben, geschweige denn zu garantieren ist. Dem Gedächtnisverlust der globalisierten Zivilisation antwortet das obsessive Gedächtnis der einen und untrüglichen Wahrheit offenbar mit den stärkeren Waffen. Was hat der verabsolutierte Markt dem absoluten Glauben entgegenzusetzen?

Nichts – das soll einmal deutlich gesagt sein, auch in Erinnerung daran, dass das Christentum dem Rest der Welt viele Jahrhunderte lang mit derselben militanten Orthodoxie entgegengetreten ist. Die eigentliche Weltherrschaft aber hat Europa erst angetreten, als es in bestimmtem Sinn auch den Glauben verlor – mindestens: die Überzeugung von der Alleinberechtigung des eigenen Glaubens. Mit dieser gewinnbringenden Rationalisierung der Erde hat sich allerdings auch der Sinn für das Andere der Vernunft verflüchtigt. Dass sich der Restglaube der europäischen Gesellschaften immer wieder am Idol der Nation festmacht, besonders in den östlichen Gliedern der Union, denen die Nationalität so lange verwehrt war; dass die Nation überhaupt, wenn auch durch die Globalisierung unterwandert, oder gerade deshalb, als Identitätskrücke einstweilen teuer bleiben muss, ist ein enormes Hindernis für den europäischen Prozess. Es verweist ihn auf eine pragmatische Ebene, wo er, um mit dem privaten Wohlstandsegoismus konkurrieren zu können, zum Angebot von Wirtschaftsvorteilen verflachen könnte. Aber damit würde die Europa-Politik keinen Ballast ab – sie brächte sich um ihr spezifisches Gewicht.

Zum Glück ist nicht einmal das Wunder des Lebens, nach allem, was wir darüber wissen, auf einen großen Entwurf angewiesen. Die Lebenswissenschaft redet lieber von *Patchwork* oder *bricolage*: Das Lebendige bedarf keiner Entelechie, um sich hier und jetzt, ohne System, doch von den Tatsachen belehrt neue Tatsachen schaffend, eine Nische zum Überleben einzurichten. So ähnlich ist, vereinfacht gesagt, der schweizerische Bundesstaat im 19. Jahrhundert zusammengekommen – zugleich ein Glücksfall und ein Kunststück föderaler Klugheit, welche die List der

Vernunft hie und da zur staatsmännischen Weisheit reifen ließ. Diese Erinnerung ist für mich gerade jetzt mehr als nur ein Trost, wo die schweizerische Klugheit glaubt, ihre Errungenschaft gegen die Europäische Union behaupten zu müssen. Dabei betrachte ich, in einiger Gelassenheit, dieses provisorische Nein meiner Landsleute ebenso als pragmatischen, darum nicht hoffnungslosen Beitrag zur realen Verfassung Europas, wie das Nein der Franzosen und Niederländer zu seiner geschriebenen Verfassung. Denn die Europäische Union, für mich: ein Glücksfall der Geschichte, bedarf der Erinnerung, dass sie nicht Europa ist – ich sage nicht: *noch* nicht, sie wird, als politische Errungenschaft, nie identisch sein mit der geistigen Errungenschaft Europas. Aber sie bleibt, in aller kategorischen Differenz, ihr Treuhänder, wie die Institution Kirche nicht identisch, und doch die treuhänderische Vertretung des Glaubens ist. Aber wenn das Zusammenwirken aller Potenzen Burckhardts für das Gelingen der Polis Europa obligatorisch ist, so braucht die Potenz Religion ihren Anteil daran – in Form eines durch die Geschichte erschütterten, aber auch geprüften Glaubens an eine offene, trotzdem handlungsfähige Identität der Europäerinnen und Europäer, eines Wir-Gefühls, das sich dafür qualifiziert hat, das Andere als sich zugehörig, ja als ein Stück seiner selbst zu betrachten und zu behandeln, statt es von sich als schattenhaftes Feindbild abzuspalten, das immer nur eine Karikatur der eigenen Gestalt wäre.

Da dieses Gleichgewicht schon bei Burckhardt eine Sache der *Kunst* ist – der Staatskunst, der Glaubensfreiheit, der Lebenskunst – soll es das Zeugnis eines Künstlers sein, mit dem ich, als Zeichen europäischer Hoffnung, schließen will – in diesem Fall: eines Dichters, der das europäische Gedächtnis als persönliche und gemeinschaftliche Verpflichtung mit dem größten existentiellen Ernst behandelt hat: Friedrich Hölderlin. Sein Werk ist – je weiter es in seinem kurzen produktiven Leben fortschreitet – desto intensiver eine Anweisung zum rechten Gebrauch der Zeit – auf dem Hintergrund europäischen Glaubens. Des Glaubens woran? An die Geschichtlichkeit des europäischen Glaubens – das heißt: an die Wandelbarkeit, nein: die Verwandlungsfähigkeit des Unwandelbaren. Es erschien dem Liebhaber des klassischen Altertums in dessen Gestalt, als Zeus, Apollo oder Dionysos – und dem protestantischen Theologen in der Gestalt des monotheistischen Gottes und seines Menschensohnes, in dem er – im Zeichen der Liebe – sein eigenes Bildnisverbot übertrat und – trotz der Schutzklausel der Dreieinigkeit – auch das Verbot, andere Götter neben sich zu haben. Das europäische Bewusstsein wird von seinem Gedächtnis, seiner Erinnerung an das Heilige, ganz unbildlich auf einen Kreuzweg geschickt, auf den der – wie schon in der Genesis – nicht erlaubten, aber für die Evolution des Humanen einge-

räumten Sünde; der keineswegs leichtfertigen, doch schicksalhaften Grenzüberschreitung, in der das Gewissen der *Grenze* fortlebt; der Wahrnehmung des ganz Anderen, nicht nur Gottes, sondern in Gott selbst.

Die Rede muss sein – und nicht *nur* die Rede darf sein – von der Quelle europäischen Bewusstseins in der *Passion* – in jedem Sinn des Wortes. Der Kern der Passion ist das Anderssein des Anderen, sonst wäre sie kein Leiden. Die gleiche Passion besteht auf der Einheit, der Union der ganz Verschiedenen, sonst wäre sie kein Glück. Denis de Rougemont hat in seinem Hauptwerk: *L'amour et l'Occident* die Geburt, die Reife, die Evolution und die Kraft zur Verwandlung, zur Metamorphose Europas aus diesem ursprünglichen Feuer entwickelt, in dem der Phönix verbrennt, um sich aus der eigenen Asche erneuert wieder zu erheben (vgl. de Rougemont 1972). Wenn Europa den Glauben an sich selbst erschüttert, die Hoffnung enttäuscht – die Liebe, die geprüfte, die gereifte Passion erhebt sich aus ihren Gräbern, denn sie ist, wie es im Korintherbrief heißt, die „größte unter ihnen“ – das kann sie nur, weil sie auch die bescheidenste ist.

Ein spätes Hymnenfragment Hölderlins drückt in der Komposition weniger Worte den Zusammenhang von Freiheit, Kunst und Gedächtnis aus. Es nennt „Eleutherä“, die Freie also, „der Mnemosyne Stadt“ (Hölderlin 1989). Mnemosyne ist, als Mutter der Musen, mehr als die Vergangenheitsform des Gedächtnisses. In den Künsten, ihren Töchtern, erlangt es jene reinste Form der Präsenz, die *in* der Zeit ist, und doch nicht *von* der Zeit. Denn Kunst ist Vergegenwärtigung des Göttlichen unter allen Verhältnissen: auch denen einer entgötterten Welt. Die Arbeit der Kunst ist nie eine bloß mnemo-technische: Vielleicht ist sie mit dem Hölderlin-Titel „Andenken“ am treffendsten bezeichnet, denn er vereinigt ein Subjekt und sein Objekt, Ursprung und Gegenwart in einem einzigen paradoxen Ausdruck, den ich als unverwechselbar europäisch empfinde, dem Ausdruck *distanzierter Passion*. Der Basler Philologe Alexander Honold hat in seinem klugen Buch über „Hölderlins Kalender“ gezeigt, was *Andenken* für den hoch passionierten Gebrauch bedeutet, den dieser Dichter von der Zeit macht (vgl. Honold 2005); der Zeit der griechischen Götter, der Zeit des Lebens Christi, der Zeit – dem evolutionär erneuerten Kalender – der französischen Revolution, aber – da es sich für ihn beim Umgang mit dem, was ihm heilig war, nie um Erinnerung, sondern um reale Präsenz handeln konnte – auch von der Zeit in jedem seiner Verse. In der Spätfassung der Elegie „Brod und Wein“, schon im Titel das Andenken realer Präsenz, steht – ich sollte sagen: *ballt sich* – ein einziger und einzigartiger Vers, der hier mein letztes Wort in unserer europäischen Sache sein soll. Dieser Vers spricht nicht

über, er handelt nicht *vom*, er *ist*, von einer schweren Silbe zur nächsten, unmittelbar Ausdruck jener europäischen Existenz – Hölderlin nennt sie: hesperisch – die in der Fremde der Zeit, in der Fülle des Anderen angesiedelt, ihre Schöpfungsunmittelbarkeit, die Präsenz des Heiligen behauptet. Was beim Abschied der Freunde Hegel, Schelling und Hölderlin noch die gemeinsame hochsinnige Devise war: „Reich Gottes“, hat sich hier ins Exil zurückgezogen, das – unter dem Namen „Kolonie“ – die Städtegründung der Griechen an einem anderen Ende der Welt bezeichnet.

Bei diesem Aufbruch mussten sie die Gebeine ihrer Ahnen zurücklassen und mit ihnen alle gegenständlichen Andenken ihrer bisherigen Identität. Aber die Seefahrer schaffen sich eine zweite, und dem ersten Teil des Verses ist die Schwerarbeit der Liebesmüh anzumerken, mit der sie gegen die gedankenlose, die andenklose Zeit, gegen das Verrinnen der Zeit selbst errichtet, ja erzwungen werden muss. Aber der zweite Teil des Pentameters macht tänzerisch Gebrauch von allen leichten Füßen, die das Metrum erlaubt. Die Stadt der Mnemosyne zeigt sich als die Freie, sie ist so frei, auch die Gewichte der Identität, die bedeutungsvollen Lasten des Andenkens festlich hinter sich zu lassen. Und hier also endlich der Vers, mit dem ich schließen möchte:

„Kolonie liebt und / tapfer Vergessen der Geist.“

Literatur

- Burckhardt, Jacob/Rudolf Marx (1978): Weltgeschichtliche Betrachtungen, Stuttgart.
- Dawkins, Richard (1978): Das egoistische Gen, Berlin.
- Friedman, Thomas (2005): The World is Flat. A Brief History of the Globalized World in the Twenty-first Century, London.
- Hölderlin, Friedrich (1989): „Mnemosyne“, in: Bevestigter Gesang. Die neu zu entdeckende hymnische Spätdichtung bis 1806, Stuttgart.
- Honold, Alexander (2005): Hölderlins Kalender. Astronomie und Revolution um 1800, Berlin.
- Muschg, Adolf (2005): Was ist europäisch? Reden für einen gastlichen Erdteil, München.
- Rougemont, Denis de (1972): L'amour et l'occident, Paris.

Grenzen und Identität Europas bis zum 21. Jahrhundert

HANS-ULRICH WEHLER

Seit einigen Jahren erweist es sich als ein prinzipielles Dilemma der europäischen Politik, dass sie es bisher vermieden (oder nicht gewagt) hat, die geographischen, kulturellen und politischen Grenzen der Europäischen Union zu fixieren. Das ist in drei Himmelsrichtungen nicht mit Problemen verbunden:

- Nach Westen bildet der Atlantik die Grenze.
- Im Norden ist es nach ihrem Anschluss der Rand der skandinavischen Länder am Eismeer.
- Im Süden ist es das Mittelmeer. Wegen der engen Verbindungen einiger Maghreb-Staaten mit der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich gibt es mit ihnen Präferenzverträge; auch liegt seit Jahren ein Aufnahmeantrag Marokkos vor. Aber jedes nüchterne Interessenkalkül verbietet die europäische Expansion nach Nordafrika, nicht zuletzt wegen des fundamentalistischen Islamismus, der sich dort zusehends ausbreitet, und wegen der anschwellenden Migrantenströme.

Das offene Problem ist die Ost- und vor allem die Südostgrenze. Nach dem Anschluss von acht genuin europäischen Ländern im Frühjahr 2004 steht wegen der fatalen Entscheidung, einem muslimischen, im Zeichen seiner Reislamisierung stehenden Großstaat wie der Türkei die Kandidatenverhandlungen mit dem Ziel des EU-Beitritts einzuräumen, eine prinzipielle Veränderung des Charakters der EU zur Debatte. Gibt sie gegenüber der Türkei nach, gibt es keine überzeugenden Argumente mehr gegen Aufnahmeverhandlungen mit der Ukraine. Mit einem Türkei-

Beitritt würde mithin die Büchse der Pandora geöffnet, denn danach stehen die Ukraine, Weißrussland, Moldawien, die Kaukasus-Staaten usw. auf der Tagesordnung. Es bedarf einer drastischen Grenzentscheidung.

Was die Frage nach den Grenzen Europas zur Zeit so spannend macht, ist die schlichte Alternative, ob das großartige Projekt der wirtschaftlichen und politischen Einheit Europas zu Ende geführt wird oder ob seine Verwässerung in Gestalt einer großen Freihandelszone, die dann auch vom Atlantik bis zum Ural oder bis Wladiwostok reichen könnte und mit Europa im historischen Sinn nichts mehr zu tun hätte, bevorzugt wird. Dafür sind Gegner des ursprünglichen Europa-Projekts wie Großbritannien, Schweden und auch die Vereinigten Staaten jederzeit zu haben; sie streben diese politisch kastrierte Lösung seit langem an, da sie ihnen ökonomische Vorteile, aber keinen weiteren Souveränitätsverlust, den USA keine aufgewertete Konkurrenzmacht Europa einbrächte.

Es mag ja sein, dass diese klare Alternative gegenwärtig schon unterlaufen wird, weil das Engagement für das europäische Projekt in den jüngeren Generationen – die alle seine greifbaren Vorzüge für selbstverständlich halten – bereits sehr gedämpft ist. Die Einsicht, dass Europapolitik nach 1945 einmal das imponierende Ergebnis eines schmerzhaften Lernprozesses war, den die europäischen Völker, nachdem sie sich in zwei totalen Kriegen zerfleischt hatten, durchlaufen haben, scheint zu verblasen. Nach imponierenden Verfechtern des Projekts wie Adenauer und Schuman, Delors und Kohl haben wir seit dem Ende des 20. Jahrhunderts die bisher schwächste Generation von Europapolitikern erlebt, die diesen Generationsunterschied wahrscheinlich schon widerspiegelt.

Diese Spannungslage: Fortschritt zur europäischen Einheit oder Kapitulation vor einer Freihandelszone verleiht der Frage nach den Grenzen und der Identität Europas eine gesteigerte Dringlichkeit, weil sie im politischen Entscheidungsprozess unmittelbar eine Rolle spielt. Ich erörtere einige wichtige Aspekte dieser Polarisierung.

Zuerst einmal muss man sich von der all zu engen Perspektive lösen, es handle sich primär und ausschließlich um klar erkennbare geographische Grenzen (de Gaulle: Europa reicht bis zum Ural) oder um die Grenzen der gegenwärtigen Staaten. Das drängt sich zwar für eine erste Orientierung auf, erfasst aber nicht angemessen die institutionellen, politischen, kulturellen, religiösen, sozialen, wirtschaftlichen Grenzen, innerhalb derer Europa seit 1989/90 wieder besteht und sich von Nachbarn tiefreichend unterscheidet. Auch in den allzu voreilig bestätigten neuen Beitrittskandidaten Rumänien und Bulgarien verläuft die inner- und außereuropäische Grenze mitten durch diese Länder selber. Albanien

steht im Grunde ebenfalls außerhalb Europas. Nur Kroatien könnte über kurz oder lang hinzugerechnet werden.

Diese Fragen verblassen aber alle vor dem Türkei-Problem, da 100 Millionen Muslime die kulturellen und religiösen, politischen und ökonomischen Kräftekonstellationen im derzeitigen Europa mit seinen 450 Millionen Einwohnern von Grund auf verändern würden, ohne dass auch nur von ferne genug kompensatorische Vorteile durch den Beitritt winkten.

Wenn das rein geographische Grenzargument nicht befriedigt, muss die Frage nach Europas Grenzen und damit auch nach seiner Identität neu gestellt werden. Sie lenkt dann auf die konstitutiven institutionellen Unterschiede hin, die Europa von der außereuropäischen Welt, besonders von seinen nichteuropäischen Nachbarn, unterscheiden.

1. Das antike Erbe – und zwar das griechische, römische und jüdische – hat seine prägende Kraft nur in Europa behalten und entfaltet: sei es im Recht, in der Religion, in der Philosophie, im Politikverständnis z.B. in den Erfahrungen mit Republik und Demokratie. Dieses Erbe ist zwar nach Nordamerika, Australien und Neuseeland transportiert worden und hat dort eine vergleichbare Wirkung entfaltet, in den nichteuropäischen Nachbarregionen kam es jedoch nicht zu diesem Transfer. Es ist grotesk, aus den Ruinen griechischer Tempel und römischer Stützpunkte oder aus den von Paulus besuchten jüdischen Gemeinde in Kleinasien auf die antike Prägung ganz Kleinasiens zu schließen, denn vor mehr als 500 Jahren hat die osmanische Besatzungsmacht alle Traditionsbestände mit Gewalt zerstört. Dasselbe gilt für den nordafrikanischen Steppengürtel, in dem sich nicht nur Augustinus, sondern ein Gutteil der römischen Elite bewegt hat, ehe der Vorstoß der muslimischen Araber nach Westen diese Welt ebenfalls zerstört hat.

2. Der Sieg des monotheistischen Christentums hat Europa in *statu nascenti* zu prägen begonnen, als Paulus, das eigentliche welthistorische Individuum in der Sekte des Wandercharismatikers aus Nazareth, die neue Lehre auch den Unbeschnittenen, also der ganzen Welt zugänglich machte, und als der römische Kaiserstaat das Christentum zur Staatsreligion erklärte. Atheisten oder innere Kritiker mögen das Christentum wegen der Kreuzzüge, der Religionskriege, der Inquisition noch so sehr kritisieren, die historische Bilanz fällt dennoch zugunsten der zivilisatorischen Prägekraft des Christentums aus und zwar in seiner katholischen wie in seiner reformatorischen, lutherischen und calvinistischen Variante. Denn die Fähigkeit zur inneren Reformation hat sich als belebender

Impuls bewiesen; den Unterschied demonstriert die Reformunfähigkeit des Islams.

3. Mit dem Entwicklungspotential des Christentums hängt auch die eminent folgenreiche Trennung von Staat und Kirche zusammen. Sie ging aus einem erbitterten Konflikt hervor, aber letztlich wurde ein Caesaropapismus oder ein Sultanismus verhindert. Das Modell einer auf sorgfältiger Trennung beruhenden Koexistenz von Staat und Kirche wurde verwirklicht. Das konstituiert einen fundamentalen Unterschied im Verhältnis zu anderen Religionen, namentlich zum Islam, dessen Idealzustand der universelle Sieg der Scharia bildet. Wie angesichts dieser Orthodoxierung ein Euro-Islam aussehen soll, bleibt vorerst ein Rätsel.

4. Zu einer großen Macht des öffentlichen Lebens in Europa entwickelte sich die Aufklärung. Selbst wenn man ihren unmäßigen Anspruch, schlechthin alles in der menschlichen Welt müsste sich vor dem Richterstuhl ihrer Vernunft rechtfertigen, zurückweist, bleibt doch ihr Sieg wichtig, rationalen Kriterien zu mehr Macht verhelfen zu haben. Mancherorts ist der Aufklärungsgedanke geradezu zu einer Zivilreligion aufgestiegen. Das wurde durch diejenigen Elemente des Christentums, die in dieses Denken eingeflossen sind, erleichtert. Ein klassisches Beispiel ist die Situation in den jungen Vereinigten Staaten, dem „Land der angewandten Aufklärung“ (Ralf Dahrendorf).

5. Unstreitig gibt es Vorläufer der Mathematik oder der Medizin in außereuropäischen Kulturen. Doch nur in Europa und seinen amerikanischen Kolonien hat sich das System der modernen Wissenschaften zu einer beispiellosen Antriebskraft und Macht des öffentlichen wie privaten Lebens entwickelt. Dieser Siegeszug setzte vermutlich die Trennung von Staat und Kirche, zugleich aber den christlichen Imperativ „Macht euch die Erde untertan“ voraus. Als mit der Globalisierung seit etwa 1500 Europas Aufstieg zur Weltgeltung begann, wurde dieser bald auch von den unterschiedlichen Wissenschaften getragen. Es gibt keinen anderen Kulturkreis, der seit der „wissenschaftlichen Revolution“ so durch alle Wissenschaften geformt worden ist wie der Okzident.

6. Beispiele für einen Abenteuer-, Beute- und kleinen Gewerbekapitalismus gibt es an vielen Orten der Erde, doch nur in Europa setzte sich zunehmend ein rational organisierter Erwerbskapitalismus durch, der Gewerbe- und Landwirtschaft durchdrang. Zu dieser Entwicklung gehörte auch die Erfindung zweckmäßiger Organisationen wie der Industriefabrik, des kommerziellen Agrarbetriebs, der Dienstleistungsunter-

nehmen. Auf der Verbindung von kapitalistischem Weltbild und Organisationsleistung beruhte der beispiellose Aufschwung Europas seit dem 16. Jahrhundert, der ihn zum Modernisierungspionier der Welt machte. Dabei kam ihm zustatten, dass es alle essentiellen Rohstoffe und Ressourcen besaß, also keineswegs, wie die Legende Wallersteins vom kapitalistischen Weltsystem es will, von der Ausbeutung der überseeischen Peripherie essentiell abhing.

7. Die Unterschiede zwischen Europa und der nichteuropäischen Welt wurden durch sozialhistorische und politische Eigenheiten vertieft. Nur in Europa entfaltete sich ein Bürgertum, das Städte in autonomer Selbstverwaltung durchsetzte. Von ihm ging ein Gutteil der Motorik des wirtschaftlichen Fortschritts aus, gefolgt von einer zukunftsfähigen politischen Programmatik. Die großen Residenz- und Handelsstädte in Mesopotamien, Persien, Ostasien haben diesen Typus des europäischen Bürgertums nicht hervorgebracht.

8. Ein Unikat ist offenbar auch die tausendjährige Herrschaftselite des Adels, der mit einem hohen Maß an Autonomie das flache Land in Europa, aber auch das Regierungssystem des allmählich entstehenden modernen Staates beherrschte. Zwar gibt es einige Ähnlichkeiten zwischen dem europäischen Feudalismus, in dem adlige Lehensträger von ihrem Oberherrn gegen Treueversprechen mit Land und der Verpflichtung zum Militärdienst ausgestattet wurden, und vergleichbaren Strukturen in Japan und im Osmanenreich. Doch nur in Europa war der Adelsfeudalismus rund 1.000 Jahre lang durchsetzungsfähig.

9. Ebenso ist das freie europäische Bauerntum ein Unikat. Natürlich gab es Regionen, wo die Bauern lange Zeit in Abhängigkeit von Gutsherrn oder Grundbesitzern lebten. Aber daneben gab es faktisch freie bäuerliche Landbesitzer, und seit der französischen Revolutionsgesetzgebung, seit den Reformen in Preußen und in den Rheinbundstaaten entwickelte sich eine bäuerliche private Eigentümergesellschaft.

10. Und – last but not least – ist Europa zusammen mit seinem nordamerikanischen Ableger das große politische Experimentierfeld für die Erprobung des neuen republikanischen Staatstypus gewesen, der auf der Grundlage der Volkssouveränität statt des monarchischen Gottesgnadentums und wegen dieses Anspruchs auf der Demokratie beruhte. Dieser Erfolg wurde durch das Zusammenfließen anderer europäischer Eigenarten ermöglicht, und es hat sich seither erwiesen, wie mühsam und ge-

fährdet der Export dieses Politiksystems in die nichteuropäische Welt ist.

Überblickt man diese institutionellen ideen-, sozial- und politikgeschichtlichen Lösungen und Erfahrungen, erkennt man, dass die Ostgrenze Europas heute ungefähr mit der Ostgrenze Polens, der Slowakei, Ungarns, Rumäniens und Griechenlands übereinstimmt. Nach historischen Kriterien gehören jedenfalls nicht dazu Russland, Weißrussland, die Ukraine, die Türkei, zunächst einmal ungeachtet der Bemühungen in Russland seit Peter dem Großen und in der Türkei seit den Jungtürken um Kemal Atatürk, durch die Verwestlichung ihrer Länder den Abstand zu Europa zu verringern und zu gleichwertigen Mitgliedern zu werden.

Da zurzeit nur der Beitritt der Türkei zur EU zur Debatte steht, erörtere ich erst die wichtigsten türkischen Beitrittsargumente, dann die ausschlaggebenden Gegenargumente aus der Perspektive, das Projekt der europäischen Einheit am Leben zu erhalten.

1. Würde die Türkei beitreten, heißt es, könne die erste erfolgreiche Demokratisierung eines islamischen Landes sichergestellt werden. Dieser Prozess muss aber nicht in der EU ablaufen, deren Unterstützung genügt. Letztlich muss die Türkei aus eigener Kraft diese Veränderung wollen und durchsetzen.

2. Das geostrategische Argument, früher zugunsten des NATO-Stützpfeilers, heute des Alliierten in künftigen Nahostkonflikten, ist seit jeher vor allem von Amerika vertreten worden. Leicht wird dabei vergessen, dass schon der erste Irakkrieg 1990 auf heftigen Protest traf: Der Außen- und der Verteidigungsminister sowie der Generalstabschef traten zurück. Im zweiten Irakkrieg verweigerte die Türkei die Teilnahme an einem Rachezug gegen einen muslimischen Nachbarn. Bei kommenden Nahostkonflikten hätte sie es aber nur mit muslimischen Staaten zu tun. Überdies war die osmanische Türkei im Nahen und Mittleren Osten Jahrhunderte lang eine erbittert abgelehnte Kolonialmacht, sodass sie schon deshalb in vielen arabischen Ländern auf Ressentiments trifft.

3. Nur mit Einschluss der Türkei könne Europa zur Weltmacht aufsteigen, von Lappland bis Kurdistan reichend. Diese wilhelminische Großmannssucht hatten sich nach anfänglichem Zögern Schröder, Fischer und Verheugen zu eigen gemacht. Die Argumente kennt jeder Historiker aus der Epoche deutscher „Weltpolitik“ von 1914. Tatsächlich käme aber mit der Türkei, wie auch Erich Reiter, der Beauftragte für Strategische Studien im Wiener Verteidigungsministerium, neulich in der *Neuen*

Zürcher Zeitung (27.3.2007) überzeugend argumentiert hat, ein Staat hinzu, dessen hochentwickelter Nationalismus die Einengung durch gesamteuropäische Interessen verständnislos ablehnt, doch schon wegen seiner Größe als Führungsmacht der EU deren Sicherheitspolitik bestimmen und sie dazu instrumentalisieren würde, als Regionalmacht des Nahen Ostens fungieren zu können. Die Türkei brächte aber auch die Nachbarschaft mit famosen erodierenden oder autoritären Staaten wie Georgien, Armenien, Aserbaidshan, dazu Iran, Irak und Syrien mit sich. Mit ihnen ist ein hohes Konfliktpotential verbunden, das man nicht mit leichtfertiger Beitrittsrhetorik auf sich laden sollte. Überdies würde zu den neuen Konflikten auch die Kurdenfrage gehören. Die Türkei kultiviert eine Phobie gegen kollektive Minderheitenrechte, vielleicht ist das ein Erbe der Zerschlagung des Osmanenreiches seit 1918. 40.000 ermordete Kurden, 4.000 zerstörte Dörfer und 400.000 Flüchtlinge in Zeltlagern und Notunterkünften sind bisher der Preis allein in den letzten Jahren. Das Militär droht immer wieder mit der Intervention in der nord-irakischen Autonomiezone der Kurden, die als böses verlockendes Vorbild für die türkischen Kurden gilt. Nur das amerikanische Veto wirkt noch als Bremse.

4. Ein grundsätzliches Argument, etwa des Münchner Soziologen Ulrich Beck, läuft darauf hinaus, dass die Globalisierung ohnehin alle nationalen Grenzen verflüssige, die angesichts dieser Dominanz transnationaler Prozesse nichts mehr taugen. Das ist ein Denkfehler, da es diese Automatik nicht gibt. Man sollte sich diesen Prozess vielmehr stufenförmig vorstellen. Die EU verkörpert als historisch neuartiger Staatenbund eine solche Stufe, beruht aber auf der Inklusion europäischer und der Exklusion nichteuropäischer Staaten wie der Türkei, Marokkos, Russlands, Israels.

5. Das ökonomische Argument beschwört die Aufnahmemöglichkeiten eines großen Marktes in der Türkei. Faktisch sind aber auch für Deutschland entwickelte Länder die besten Kunden. Nicht zufällig gehen zwei Drittel des deutschen Exports in die EU-Länder.

6. Die türkischen Argumente liegen auf der Hand: Der Anschluss an die Finanzressourcen der EU gestattet ohne eigene Steuererhöhung die Bedienung der Klientel mit Hilfe der Vorbeitritts Hilfen, das sind 150 Millionen Euro jährlich; der Agrarsubventionen in der Höhe von jährlich 11 Milliarden Euro; der allgemeinen Subvention nach dem Beitritt in Höhe von 40 Milliarden, wovon 10 Milliarden auf den größten Nettozahler Deutschland entfielen. Das europäische Prinzip der Religionsfreiheit

schützte dann auch die Islamisierung und den Fundamentalismus. Das Militär soll entmachtet werden, darauf beharrt die EU. Es war aber auch immer der Hüter des Kemalismus und seiner laizistischen Republik. Der Beitritt garantiert eine lange Serie von Wahlsiegen als Belohnung. Für die türkische Regierung ist keine überlegene Alternative in Sicht.

Diesen Argumenten hätte der Verheugen-Bericht, der die prinzipielle Beitrittsfähigkeit der Türkei bestätigte, zahlreiche Einwände entgegenhalten können. Aber es handelt sich um einen der schlampigsten Berichte in der EU-Geschichte. Der Bericht hätte die 2.000 jährlichen Folterfälle monieren müssen, die Amnesty International ermittelt hat; die der europäischen Rechtsvorstellung krass widersprechende Behandlung der Frauen: zum Beispiel die von Eltern vereinbarten Kinderehen; zwei von drei Männern zahlen Brautgeld und betrachten die Frau als Eigentum; jede zweite Frau wird ohne Einwilligung verheiratet; jeder zehnte Mann hat mindestens zwei Frauen; jede fünfte Ehe wird nur in der Moschee geschlossen, ist zivilrechtlich unverbindlich und kann jederzeit vom Mann aufgelöst werden.

Die diskriminierten christlichen Minderheiten gelten als Stiftungen unter der Aufsicht des islamischen Stiftungsrats. Sie als Körperschaft des öffentlichen Rechts anzuerkennen wird immer wieder verweigert, wie etwa 2002 gegenüber dem Vatikan. Ihr Immobilienbesitz ist beschlagnahmt worden. Geistliche müssen als Konsulatsbeamte fungieren, dürfen erst recht nicht in der Türkei ausgebildet werden.

Der strafrechtliche Schutz eines nationalistisch überhöhten Türkentums, der zu zahlreichen Prozessen gegen kritische Intellektuelle geführt hat, soll noch immer nicht aufgehoben werden, so Erdogan selber in einem *Spiegel*-Interview vom 16. April 2007.

Bereits die Erwähnung des Genozids an 1,5 Millionen Armeniern kann zu drei Jahren Zuchthaus führen. Noch immer weigert sich die offizielle Türkei, diesen staatlich organisierten Massenmord anzuerkennen.

Die angeblich laizistische Republik hat unter Erdogan das staatliche Religionsministerium mit 180.000 Mitarbeitern beibehalten, die das religiöse Leben, auch der Auslandstürken, steuern. 60.000 neue Imame mit staatlicher Alimentierung sind von der AKP-Regierung eingesetzt worden. Die Absolventen der Vorbeterschulen können ohne die Prüfung, die alle anderen jungen Türiinnen und Türken ablegen müssen, die Universität besuchen.

Die erleichterte Einbürgerung der sog. „erweiterten Familienmitglieder“ aus den Turkvölkern in Usbekistan, Kirgisien, Kasachstan usw. ist nicht kritisch kommentiert worden. Sie wird großzügig gehandhabt und kann zu einem erheblichen Zustrom führen. Wer kontrolliert ihn? Schon

deshalb kann es leicht noch mehr als 90 Millionen Türken bis 2014 geben.

Zu diesen von der EU bisher blind oder großzügig übergangenen Schwachpunkten kommt nun eine Reihe von schwerwiegenden Einwänden genereller Natur hinzu.

1. Die genuin europäische Einheit einer künftigen EU wird durch die Aufnahme eines nichteuropäischen kleinasiatischen Großstaats mit 2014 etwa 90 Millionen Muslimen torpediert.

2. Ein Beitritt der Türkei bescherte der EU einen klassischen „Imperial Overstretch“, eine strategische Überdehnung aller Ressourcen nach der Aufnahme zehn neuer Staaten, denen Rumänien, Bulgarien und wahrscheinlich Kroatien bald folgen werden. Jedes Kosten-Nutzen-Kalkül ergibt riesige Nachteile eines Türkeibeitritts, aber keine ausgleichenden Vorteile.

3. Die ökonomischen Probleme sind gewaltig: Die Türkei erwirtschaftete 2003 20, 2005 24 Prozent des europäischen Bruttosozialprodukts; die Inflationsrate ist mühsam unter 40 Prozent gedrückt worden; ein Drittel der Bevölkerung gehört nach dem Scheitern der kemalistischen Bildungspolitik noch zu den Analphabeten; ein Drittel der Erwerbstätigen arbeitet als Zwergbauern auf einer kärglichen Subsistenzwirtschaft.

4. Die Migrationsprobleme sind durchaus bedrohlich. Die Bundesrepublik hatte von 1950 bis 2000 die weltweit höchste relative Zuwanderungsrate, darunter waren drei Millionen Türken. Die türkische demographische Wachstumsrate betrug bisher jährlich 3,4 Prozent. Falls man nur 2,5 Prozent zugrunde legt, gibt es bis 2014 90, bis 2020 100 Millionen Türken. Demirel hat einmal Helmut Schmidt gegenüber geäußert: Wir müssen 15 Millionen Türken exportieren. Freizügigkeit ist in der EU nur für kurze Zeit aufschiebbar.

5. Bisher ist die Assimilation der Türken in der Bundesrepublik weithin gescheitert. Das Beispiel Berlin, der größten türkischen Stadt in Europa, zeigt das auf dramatische Weise. Im Herbst 2002 und 2003 konnten jeweils 94 Prozent aller Erstklässler aus türkischen Familien kein Wort Deutsch. 66 Prozent aller 15- bis 25-jährigen jungen Türken sind arbeitslos, da sie weder die Sprachkompetenz noch einen Schulabschluss besitzen. Die allgemeine Zahl türkischer Arbeitsloser liegt doppelt so hoch wie unter Deutschen, in Berlin bei 40 Prozent. Die Anzahl der Sozialhilfeempfänger ist dreimal höher als der türkische Anteil an der Be-

völkerung. Die Rente wird wegen Berufsunfähigkeit vom 50. Lebensjahr in Anspruch genommen, ein vernünftiges Verhältnis zwischen Ein- und Auszahlung besteht nicht. Die dritte Generation, bei der man von einer fortschreitenden Assimilation ausging, hat weithin den Rückzug in eine türkisch-islamistische Subkultur angetreten. Die Assimilierung würde erst recht bei einer weiteren Zuwanderung aus einem EU-Mitglied Türkei stocken.

6. Das demographische Argument: Wenn die Deutschen keine Kinder mehr haben, brauchen sie Zuwanderer, um zum Beispiel die Sozialsysteme zu stabilisieren, führt im Falle der Türken in Deutschland in eine Sackgasse. Denn diese türkische Minderheit ist bereits jetzt ein finanzielles Zuschussunternehmen, so das Berliner Institut für Demographie. Die dritte Generation zahlt weit weniger ein als die zweite, sie erhält wegen der grassierenden Arbeitslosigkeit sogar noch mehr Transferzahlungen als die zweite.

7. Besonders strittig ist das Gegenargument, dass zwischen Europa und der Türkei die Grenze zweier Kulturkreise verläuft, denn das Osmanenreich und die Türkei als islamische Länder haben nie zu Europa gehört. Besonders heikel ist jetzt der Umstand, dass von den sieben großen Weltreligionen nur der Islam eine fundamentalistische Feindschaft gegen den Westen entwickelt hat. Und dieser fundamentalistische Islam ist die politische Pest des 21. Jahrhunderts wie das der Nationalsozialismus und Bolschewismus im 20. Jahrhundert waren.

Dagegen betont die Politik der gegenwärtigen Türkei die „Wertegemeinschaft“. Aber empirisch hat eine Umfrage großer soziologischer Institute für 2006 ergeben: In der EU sind zehn Prozent für eine Rolle der Religion in der Politik, in der Türkei 68 Prozent, mehr als zwei Drittel. Die Demokratie halten in Europa 85 Prozent für das überlegene politische System. In der Türkei sind wiederum zwei Drittel für eine autoritäre Führung, wie das der gesamten historischen Tradition entspricht. Und der große Test auf die angebliche Wertegemeinschaft bleibt die Einstellung zum Armeniemord. Natürlich wird einem sofort der Holocaust entgegengehalten. Aber hätte auch nur ein einziger Staat die Bundesrepublik mit der Feuerzange angefasst, wenn sie Auschwitz geleugnet und die Wahrheit mit Gefängnis bestraft hätte? Kurzum: Eine tiefgreifende soziokulturelle Divergenz besteht weiter, und es ist schiere Ignoranz, sich mit geopolitischen Thesen darüber hinwegzusetzen.

8. Woher nehmen die protürkischen europäischen Politiker in ihrer Arroganz die Gewissheit, dass eine islamistische Partei, die zu zwei Drit-

teln aus Erbakans fundamentalistischer Wohlfahrtspartei (wie auch Erdogan und Gül) hervorgegangen ist, die umfassende Europäisierung wirklich auf Dauer vorantreiben will?

9. Falls wider alle politische Vernunft und gegen das wohlverstandene Eigeninteresse der EU dennoch 2014/15 ein Beitritt erfolgte, wie er Mitte April 2007 im ultimativen Ton des Palavers auf dem Basar von der Regierung Erdogan gefordert worden ist, entsteht ein riesiges Demokratiedefizit. Die jährlich regelmäßig erhobenen Allensbacher Umfragen ergeben, dass, wie auch in Frankreich, Holland, Österreich, 66 bis 70 Prozent gegen einen Beitritt, nur 12 Prozent dafür sind. Politik soll demoskopischen Umfragen nicht sklavisch folgen. Aber wann und wo ist für den Beitritt der Türkei zu Europa überzeugend geworben worden? Wie wollen sich Brüssel und die Regierung über Zweidrittelmehrheiten und die drohende Abstimmungsniederlage, denn Einstimmigkeit bleibt ja bei der Neuaufnahme eines EU-Mitglieds vorgeschrieben, hinwegsetzen? Träte die Türkei der EU bei, wäre sie sofort der größte EU-Staat mit den üblichen Führungsansprüchen. Sie stellte sofort die größte Fraktion im Straßburger Parlament, denn eine Aufteilung der islamischen Abgeordneten auf Christdemokraten und Sozialdemokraten wäre ganz unwahrscheinlich. Sie würde Druck zugunsten politischer und finanzieller Sonderleistungen ausüben, z.B. das entscheidende Wort zur Nahost-Politik beanspruchen.

10. Als Folge des Beitritts würde die Euro-Skepsis weiter steigen, da mit der Missachtung des Widerstands dagegen auch das Ideal des mündigen Bürgers missachtet worden wäre. Zudem wäre die Generationengerechtigkeit krass verletzt worden, da künftigen Generationen endlose Belastungen ohne überzeugende Gegenleistungen zugemutet würden.

Eine Schlussfolgerung drängt sich erneut auf: Politisch ist es für die EU längst geboten, die dürre Alternative zwischen Vollmitgliedschaft und der als stigmatisierend empfundenen Außenseiterrolle zu überwinden. Stattdessen müsste ein Dutzend unterschiedlicher Stufen entwickelt werden, um Nähe und Entfernung zur EU auszudrücken. Auch im Verhältnis zur Türkei erweist sich diese Alternative wieder als schwerwiegender Mangel. Das Angebot der „privilegierten Partnerschaft“ ist ein spät unternommener Anlauf, diese Starrheit aufzulockern. Aber da längst der hochgradig reizbare türkische Nationalismus sich an den Beitritterfolg geheftet hat, ist eine pragmatisch verbesserte Partnerschaft, die zur Zeit ja schon viele Züge einer privilegierten Partnerschaft besitzt, nurmehr schwer zu etablieren, bleibt aber die einzige realistische Alternative zum Beitritt. Die politische Maxime muss daher lauten: Nicht was

gut ist für die Türkei, besitzt den Vorrang – wie manche Politiker uns glauben machen wollen –, sondern was gut ist für die politische Union Europas und für die Bundesrepublik.

Bismarcks Imperativ, auch in der Nahostpolitik, lautete bekanntlich: Es steht großen Staaten nicht an, anders als nach Maßgabe ihrer Interessen zu handeln. Das Schwergewicht vitaler Interessen, die mit dem unvollendeten Projekt einer genuin europäischen Union verbunden sind, spricht gegen den Türkei-Beitritt. Weder Brüssel noch Berlin sollten diese vitalen Interessen und damit auch die historischen Grenzen und die Identität Europas verraten.

Ost und West:

Geteilte europäische Erinnerung

BRONISŁAW GEREMEK

Die historische Dimension von Ereignissen einzuschätzen, ist eine schwierige Aufgabe. Wenn wir sagen, ein bestimmtes Ereignis sei historisch – und nicht nur geschichtlich – meinen wir damit nicht, dass es in der Vergangenheit stattgefunden hat und die Aufmerksamkeit der Muse Clio verdient, sondern dass es von besonderer Qualität war und vor anderen Ereignissen herausragt. In der modernen historischen Forschung, beeinflusst durch die französische Schule der *Annales*, ist das Konzept des „Ereignisses“ eher herablassend behandelt worden oder zumindest als etwas, dessen Auswirkungen zeitlich begrenzt sind. Wenn wir dem Wort „Ereignis“ jedoch das Adjektiv „historisch“ voranstellen, wird es mit Bedeutung und gravitas durchfärbt, obwohl erst die Zukunft zeigen wird, ob die Einschätzung tatsächlich gerechtfertigt war.

Ich bin der Überzeugung, dass die Erweiterungen der Europäischen Union von 2004 und 2007 historische Ereignisse sind. Nicht nur deshalb, weil sie den Charakter der Union grundlegend verändert haben, sondern auch weil sie Teil eines langen geschichtlichen Prozesses sind und eine Veränderung in den Entwicklungstendenzen Europas ausdrücken. Wenn diese Einschätzung keine bloße Rhetorik sein soll, müssen wir uns fragen, ob wir nur Zeugen eines Ereignisses in der Geschichte der Europäischen Union sind oder in der Geschichte Europas schlechthin.

Die Osterweiterung der Europäischen Union kann als ein weiterer Schritt im europäischen Integrationsprozess verstanden werden oder sogar als notwendiger Teil der inneren Logik dieses Prozesses. Während

des halben Jahrhunderts ihres Bestehens hat sich die Europäische Gemeinschaft kontinuierlich in alle Himmelsrichtungen erweitert – außer in Richtung Osten. Wenn wir jedoch annehmen, dass das Prinzip, das den Aufbau Europas formen soll, „non progredi est regredi“ („nicht voranschreiten heißt zurückgehen“) lautet, dann wäre es nur logisch, den Integrationsprozess auch nach Osten auszudehnen.

Ich halte diese Denkweise für nicht korrekt. Sie erweckt den falschen Eindruck, als ob der Integrationsprozess linear voranschreite. Sie übersieht auch die „Sprünge“, die im Laufe dieses Prozesses gemacht worden sind. Der Beitritt Großbritanniens hat der alten Aufteilung in „den Kontinent“ und „die Insel“, die noch Politikern wie de Gaulle so offensichtlich und unüberwindbar erschienen war, ein Ende gemacht. Die Beitritte Spaniens, Portugals und Griechenlands bedeuteten, dass Europa die Dauerhaftigkeit der demokratischen Transformation in diesen Ländern nach dem Sturz der bisher dort herrschenden Diktaturen anerkannte. Sie schufen auch eine neue Perspektive für die kulturelle Einheit Europas.

Man muss vor allem die qualitative Veränderung betonen, die die Osterweiterung der EU mit sich bringt. Die historische Perspektive der europäischen Integration veränderte sich, weil das Ende des Kalten Krieges und die deutsche Wiedervereinigung die Aussicht auf eine permanente Überwindung der europäischen Teilung ermöglichten: Aus diesem Grunde kann und sollte die europäische Erweiterung als Einigung betrachtet werden. Aus polnischer Perspektive markiert diese Erweiterung das „wahre Ende des großen Krieges“. Knapp sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind wir Zeugen der Gründung einer neuen europäischen Ordnung gewesen, die mit dem Erbe dieses Krieges bricht. Die Einführung einer gemeinsamen EU-Währung und die Beitritte der ehemaligen „Volksdemokratien“ können als symbolische und tatsächliche Instrumente zur Schaffung einer europäischen Einheit betrachtet werden. Es ist immer riskant, Ereignisse als „historisch“ zu bezeichnen, die sich noch vor unseren Augen abspielen und aus einer zukünftigen historischen Perspektive völlig anders erscheinen können. Aber genauso wenig wäre es richtig, die dramatische Wirkung der Veränderungen zu unterschätzen, die wir zu Beginn des neuen Jahrhunderts beobachten.

Die Perspektive der politischen Analyse ist notwendigerweise begrenzt und kurzfristig, da die Gegenwart, in der wir leben, immer auf Zeitgeschichte verweist. In der Geschichte verflochten sich zeitliche Dimensionen, Zeiten gehen ineinander über, sodass wir einige Fragen stellen sollten, die über die knappen Grenzen der Gegenwart hinausgehen. Ich verstehe Osterweiterung der Europäischen Union als histori-

ches Ereignis und möchte gerne darauf hinweisen, wie sie in der Geschichte Europas des letzten Jahrtausends verwurzelt ist – nicht nur in der Zeitgeschichte, sondern auch in der *longue durée*. Ich beziehe mich also jetzt auf die Unterschiede in den Entwicklungstendenzen von West- und Osteuropa.

Diese Unterschiede gehen zurück auf die Zeit der Auflösung des Römischen Reiches und den Gegensatz zweier politischer Zentren – Rom und Konstantinopel. Während sich die Byzantiner selber als „Römer“ bezeichneten und sich als Verteidiger des römischen Erbes sahen, war es das germanische Barbaricum, das den Gedanken einer separaten Identität des Westens aufgebracht hat. Dies geschah im Zusammenhang mit dem von Karl dem Großen im Jahre 800 wieder begründeten Kaiserreich und der Stellung Roms als Sitz des Papsttums.

Das Große Schisma von 1054 führte zu einer dauerhaften Trennung von östlichem und westlichem Christentum. Dieses Schisma entstand aus einem theologischen Konflikt, der sich als nebensächlich hätte erweisen können – denn „groß“ wurde das Schisma nur aus einer historischen Perspektive –, aber es führte zu einer andauernden Teilung, weil es in einer tieferen zivilisatorischen Kluft wurzelte. Sie hatte zwei Grenzlinien zur Folge. Die erste entsprach der Ostgrenze des Reiches Karls des Großen, die zweite reichte bis zu den Grenzen der Christenheit in den westlichen slawischen Ländern an der Küste des Baltikums. Die Dauerhaftigkeit dieser Grenzen spiegelt sich im Prozess der europäischen Integration wider, der lange Zeit an der alten karolingischen Grenze halt machte, während die Erweiterungsvorhaben sich nach 1989 gleichsam der Reichspläne Ottos des Großen und Ottos III. erinnerten, die Polen, Ungarn und Böhmen einschlossen.

Zu diesen Teilungslinien zwischen dem Osten und Westen Europas kam noch hinzu, dass die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen beim Anbruch der Moderne in unterschiedliche Richtungen verliefen. Die Wirtschaftsgeschichte hat sich darauf geeinigt, dass die Elbe – wie in einem Rückgriff auf den karolingischen Limes des Jahres 800 – die Trennungslinie zwischen zwei wirtschaftlichen Entwicklungsmodellen markiert: dynamische Urbanisierung und früher Kapitalismus im Westen und eine Rückkehr zur Leibeigenschaft und einer auf Grundbesitz fußenden Feudalwirtschaft im Osten. Im Polen des sechzehnten Jahrhunderts blieben die Städte weiterhin schwach, während sich die Macht des Adels vergrößerte, da Polen einer der Hauptgetreideversorger europäischer Märkte war. Diese Trennung, die in Übereinstimmung mit divergierenden wirtschaftlichen Strukturen stand, zeigte schon, dass sich die Länder außerhalb des karolingischen Limes nach Osten orientierten.

Es ist schwer, im Osten Europas eine Parallele zum historischen Prozess zu finden, der die interne Einheit des Westens Europas auf mehreren Ebenen formte. Das Hauptelement dieser Integration war zweifelsohne das Christentum, das sich neben dem Byzantinischen Reich bis in russisches Territorium hinein verbreitete. Byzanz wurde jedoch geschwächt und fiel im Jahre 1204 einer römischen Invasion zum Opfer. 1454 wurde es dann von den Türken erobert. Die Türken übernahmen das gesamte Gebiet des Byzantinischen Reiches und dehnten sich bis nach Ungarn aus. Daher gehört im Osten Europas nicht nur die östliche Orthodoxie zum religiösen Erbe, sondern auch der Islam. Dies führte zu einer völlig anderen Situation als im Westen.

Hinzu kam die wachsende Ungleichheit innerhalb der Entwicklung der russischen Gebiete nach der tatarischen Invasion. Trotz der Teilung in ein westliches und ein östliches Christentum kann man gewisse Parallelen in der Entwicklung von russischem und westlichem Europa zwischen dem zehnten und zwölften Jahrhundert beobachten – die mongolische Eroberung russischer Gebiete erzeugte jedoch einen klaren Bruch. Ich erinnere mich an ein langes Gespräch, das ich vor vielen Jahren mit einem sowjetischen Historiker geführt habe, der Spezialist für das Russland des 17. Jahrhunderts ist. Er stellte die Frage, wann die „Scheidung zwischen Russland und Europa“ vollzogen worden ist und formulierte daraufhin die Hypothese, dass es sich dabei um eine Folge der mongolischen Invasion handelte. Daher werden die Ursprünge der Sowjetunion auf die eindringenden mongolischen Mächte und das von Karl August Wittfogel beschriebene System des östlichen Despotismus zurückgeführt. Auch die Richtungen der Expansion divergierten: Der Westen orientierte sich westwärts zum Atlantik und erstreckte sich bis nach Amerika, während Russland oder Osteuropa sich ostwärts nach Asien orientierten. Die russische Eroberung von Kazan und Astrakhan in der Mitte des 16. Jahrhunderts und später die Eroberung Sibiriens brachten diesen Expansionsprozess in Gang.

Mit dieser klaren, wenn auch vereinfachten und schematischen Klassifizierung Europas in Ost und West sind fundamentale politische Unterschiede verbunden. Westeuropa zeichnete sich durch die Verbreitung von Freiheit und Zivilgesellschaft und die Achtung menschlicher Würde aus. In Russland bzw. Osteuropa kam der Staat zuerst, und die Herrscher ließen die Formierung einer politischen Gesellschaft nie zu. Sie räumten zwar dem Adel umfassende wirtschaftliche und soziale Privilegien ein, verwehrten ihm aber, autonom am Regierungsprozess teilzunehmen. Während die Standesversammlungen in Russland eher kurzlebig waren (wie das *zemskiy sobor*) und im Großen und Ganzen Instrumente der königlichen Macht blieben, waren sie in Europa Institutionen, die sich

zu parlamentarischen Strukturen entwickelten. Tatsächlich setzte sich damit eine Dichotomie fort, die bereits in der antiken Literatur unterstellt wird: In der Welt der Antike galt Asien als durch Despotismus gekennzeichnet, während in Europa die Freiheit herrschte. Solche literarischen Stereotypen sind zwar Kennzeichen einer bestimmten Weltsicht, beschreiben aber auch die Realität.

Jahrhundertlang war die Geschichte Europas durch die Konfrontation dieser zwei verschiedenen Zonen und ihrer inneren Ordnungen geprägt. Im 19. Jahrhundert stand der Napoleonischen Expansion der Französischen Revolution eine Heilige Allianz konservativer Mächte gegenüber, der auch Russland angehörte. Gegen Ende dieses Jahrhunderts zeigte Russland nicht nur mehr Präsenz auf der europäischen Bühne, sondern unterbreitete auch Vorschläge für eine pan-europäische Allianz, so dass die Konfrontation zwischen Ost und West weniger dramatisch erschien. Das 20. Jahrhundert brachte jedoch eine Wiedergeburt dieser seit langem bestehenden Dichotomie, diesmal eingeleitet durch die Auswirkungen der Bolschewistischen Revolution und die Teilung Europas nach Jalta.

Die neue Ost-West-Konfrontation hinterließ jedoch genügend Spielraum für die Entstehung einer intermediären Zone, die als Mitteleuropa bekannt wurde. Obwohl dieses Konzept schon vor dem Ersten Weltkrieg und zwischen den zwei Weltkriegen entstand, möchte ich an diesem Punkt seine einzigartige Bedeutung während der letzten Jahrzehnte betonen. 1981 veröffentlichte der ungarische Historiker Jenő Szűcs ein Buch – zunächst illegal, in *Samisdat*, kurz darauf auch legal – über die drei historischen Regionen Europas. (Die französische Übersetzung wurde 1985 unter dem Titel „Les trois Europes“ publiziert.) Der Autor behauptete, dass es zwischen West- und Osteuropa, die jeweils durch substantiell verschiedene politische und ökonomische Systeme charakterisiert waren, eine dritte Region gebe, Mittel- oder Mitteleuropa. Szűcs beschrieb diese Region, zu der Polen, Ungarn und die Tschechische Republik gehören, als ein Übergangsphänomen. Die besondere Identität dieser Region sah der Autor in der Vereinigung der östlichen und der westlichen europäischen Entwicklungstraditionen. Die Wurzeln dieser Identität reichen zurück bis ins Mittelalter. Am Beispiel Polens, dem größten europäischen Staat des sechzehnten Jahrhunderts, kann man dieses Zusammentreffen der beiden Modelle am besten illustrieren: Die westlich geprägte Freiheit des polnischen Adels, die auf die Spitze getrieben wurde und zum Niedergang des Landes führte, ging einher mit einem östlichen Wirtschaftsmodell. Das hatte zur Konsequenz, dass die Region im Vergleich zu Westeuropa unterentwickelt war und sowohl

grundlegende wirtschaftliche Veränderungen als auch die Herausbildung eines neuen Regierungsmodells erforderte.

Es war sicherlich dasselbe Bedürfnis nach einer Trennung von Osteuropa, das im berühmten und dramatischen Artikel des tschechischen (und mittlerweile französischen) Autors Milan Kundera über die „Tragödie Mitteleuropas“ aus dem Jahre 1983 sichtbar wurde. Der Artikel diente als Grundlage für das Nachdenken über eine historisch gesonderte Identität Mitteleuropas, indem Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ein gesonderter Status innerhalb des „Ostblocks“ eingeräumt wurde. Gleichzeitig war es Teil des Widerstands der Einwohner dieser Länder gegen die politische Unterwerfung durch das Sowjetreich. Es erzeugte auch die Hoffnung nach Veränderung. Dennoch hatte ein derartig definiertes Mitteleuropa keine ermittelbaren Grenzen. „Es wäre sinnlos,“ schrieb Kundera, „diese Grenzen exakt ziehen zu wollen. Mitteleuropa ist kein Staat: Es ist eine Kultur oder Schicksal. Seine Grenzen sind imaginär und müssen in jeder neuen geschichtlichen Situation neu gezogen werden.“ (Kundera 1986: 139) Man könnte sagen, dass die enthusiastische Befürwortung der Idee von Mitteleuropa sowohl Ausdruck politischer und kultureller Sehnsüchte als auch intellektueller Feststellungen war.

Nach dem Durchbruch von 1989 musste die Vorstellung Osteuropas erneut umdefiniert werden, und zwar sowohl im Kontext kooperativer Verpflichtungen Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns als auch im Hinblick auf die Verhandlungen dieser Länder mit der Europäischen Gemeinschaft. Das Ergebnis war die Bildung des Visegrad-Dreiecks und des Wirtschaftsbündnisses CEFTA einerseits und die Unterzeichnung der ersten „europäischen Verträge“ andererseits, die darauf abzielten, diesen Ländern die unverzügliche – wenn auch begrenzte – Teilnahme an der europäischen Zusammenarbeit zu ermöglichen. In diesem Fall diente die Idee Europas auch dazu, andere postkommunistische Länder zurückzudrängen oder sogar auszuschließen, die ebenfalls Anschluss an die EU suchten. Die Entscheidung für ein „Regattamodell“ für alle 12 oder 13 Länder, das bei den EU-Gipfeln in Luxemburg (1997) und Helsinki (1999) beschlossen wurde, lehnte dieses Konzept einer privilegierten Stellung mitteleuropäischer Länder ab.

Nach den Erweiterungen von EU und NATO scheint das Konzept „Osteuropa“ seine operative Aussagekraft verloren zu haben. In Übereinstimmung mit Kundera, der schrieb, Mitteleuropa sei in Wirklichkeit ein vom Osten geraubter Teil des Westens, könnte man sagen, dass wir es heute mit einer Rückgabe historischer Anteile zu tun haben oder dass wir Zeugen eines fortschreitenden Verwestlichungsprozesses bzw. einer friedlichen Expansion des Westens sind. Das langjährige Bestreben der

mitteleuropäischen Staaten lag in der Überwindung der Verzögerung ihrer Entwicklung und in der Teilnahme am Modernisierungsprozess, aus dem Westeuropa seit dem Marshall-Plan während des halben Jahrhunderts der europäischen Integration so großen Nutzen gezogen hatte. So wie diese Staaten zu Beginn des zweiten Jahrtausends die Sphäre europäischer Zivilisation betreten haben, so nehmen sie auf der Schwelle des dritten Jahrtausends teil am wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozess Europas.

Die langfristige Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklungstendenzen zwischen Ost und West hatte weitreichende Konsequenzen. Wirtschaftlich äußerten sie sich nicht nur als Entwicklungsverzögerung, sondern auch darin, dass die Entwicklung in zwei völlig entgegengesetzte Richtungen ging – im Westen führte sie zu Urbanisierung und Kapitalismus, im Osten zu einer Rückkehr zur Leibeigenschaft und einer Vormachtstellung der Landwirtschaft gegenüber der Stadtwirtschaft. Auf dem Gebiet der politischen Strukturen nahm im Westen die Zahl der Repräsentativsysteme und der Bürgerforen zu. In Mittel- und Osteuropa blieben sie indessen schwach, während die herrschende Tendenz in Richtung Dirigismus und autoritäre Herrschaft ging. Dies spiegelte sich auch in unterschiedlichen Kulturmodellen und Mentalitäten wider, wobei beides weitgehend eine Folge der Verzögerung in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung war. Die tieferen kulturellen Unterschiede sind religiöser Natur, entsprechen aber nicht den traditionellen Grenzen der europäischen Gebiete, die gewöhnlich als Ost und West bezeichnet werden. Es besteht eine sehr offensichtliche Grenzlinie zwischen dem hauptsächlich katholischen Mitteleuropa und dem von der Orthodoxen Kirche dominierten Osten und Südosten Europas. Der Beitritt eines orthodoxen Staates, Griechenland, in die Europäische Gemeinschaft hat schon gezeigt, dass religiöse Unterschiede keinen entscheidenden Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess haben.

Die Unterschiede zwischen den Entwicklungen von Europas Osten und Westen sind zu zahlreich und zu einzigartig, um sie als Teil der Vielfalt anzusehen, die für die Entwicklung Europas und der europäischen Zivilisation charakteristisch ist. Daher hatte diese Trennungslinie weitreichende Konsequenzen sowohl kultureller als auch politischer Art. Auf beiden Seiten der Trennungslinie entstand das Bewusstsein eines ausgeprägten zivilisatorischen Erbes. Mythen, die die Zugehörigkeit zu einer vom Westen klar getrennten Kultur belegen sollten, wurden geschaffen. Zu diesen Mythen gehören einmal die Ideologie des Pan-Slawismus, der alle slawischen Nationen dazu aufruft, sich im Namen ihres gemeinsamen ethnischen Erbes zu vereinen, und zum anderen die vielen ideologischen und musikalischen Bezüge zur germanischen My-

thologie. Ferner gibt es ethnozentrische Ideologien sowohl nationaler als auch supranationaler Art, die diese Unterschiede hierarchisch interpretierten – als Zeichen der Überlegenheit bestimmter Nationen oder Nationenverbände. Im politischen Diskurs des deutschen Nationalsozialismus wurden die slawischen Nationen aus einer Position der Überlegenheit beziehungsweise mit Verachtung behandelt. Die Fähigkeit zur Eigenstaatlichkeit wurde ihnen abgesprochen. Die Geschichtsschreibung wurde der Politik dienstbar gemacht. Zwar wurde „Geschichtspolitik“ nicht immer als Instrument des Bösen eingesetzt, wie es in Nazi-Deutschland der Fall war, dennoch bestand sie meistens aus manipulierter Geschichte und der Leugnung historischer Wahrheit. Die Wahrheit kann jedoch nur durch das Erforschen und kritische Reflektieren der Fakten festgestellt werden.

Am fünfzigsten Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge, dem Beginn des europäischen Einigungsprozesses, lohnt es sich, über diese Dinge nachzudenken. Als sich die Gründerväter der Europäischen Union an die Aufgabe der Einigung machten, brachen sie mit der langen kriegerischen Geschichte des Kontinents. Der französische Historiker Marc Bloch hat einmal gesagt, Geschichtsschreibung sei wie ein Messer: Es kann gebraucht werden, um Brot zu schneiden, es kann aber auch benutzt werden, um zu töten. Die einzige „Geschichtspolitik“, die für Europa von Nutzen sein kann, ist eine solche, die die Konflikte zwischen den Nationen beilegt und die Traumata der Vergangenheit heilt. Aus diesem Blickwinkel können wir darüber nachdenken, ob sich Europas Osten und Westen auch in Bezug auf die Verfassung ihres kollektiven Gedächtnisses unterscheiden.

Die Idee eines kollektiven Gedächtnisses kann nicht so leicht auf Europa angewendet werden. Im Gegensatz zum individuellen Gedächtnis ist das kollektive Gedächtnis ein geistiges Konstrukt, das auf historischer Bildung, politischer Propaganda und intellektueller oder ideologischer Auseinandersetzung über die Beziehung von Vergangenheit und Gegenwart basiert. Daher handelt es sich um einen Akt des freien Willens. Im Kontext der europäischen Nationen ist der Beginn dieses Prozesses auf das Mittelalter zurückzuführen: Legenden über die Gründer von Dynastien, Erzählungen über die gefeierten Leistungen von Herrschern, über außergewöhnliche Persönlichkeiten, historische Stätten, Denkmäler zu Ehren von Menschen und Ereignissen – all das formt das nationale kollektive Gedächtnis. Was Europa anbelangt, befinden wir uns noch am Anfang dieses Weges. Wir beginnen gerade erst damit, Geschichte nicht nur in einem lokalen, nationalen oder universalen Rahmen zu lehren, sondern eben auch in einem europäischen. Vermehrt erscheinen Entwürfe komparativer Studien, die eine kritische Analyse Europas

oder der europäischen Zivilisation beabsichtigen. Der Mythos der schönen Europa, die vom Gott Zeus in Form eines Stieres entführt wird, reicht nicht aus, um einen Sinn für europäische Gemeinsamkeiten zu erzeugen. Zu einem Zeitpunkt wie dem jetzigen, an dem sich die europäische Idee in der Krise befindet und über eine europäische Identität diskutiert wird, entsteht zum ersten Mal das Bedürfnis, sich die Vergangenheit in Erinnerung zu rufen, die nationalen Erinnerungen zusammenzutragen, und ein europäisches Kollektivgedächtnis zu bilden, das zu einem grundlegenden Bestandteil der supranationalen Bindungen werden soll. Die unterschiedlichen Arten, auf die Ost und West ihre jeweilige Vergangenheit deuten, können ein Hindernis sein, das ebenso schwer zu überwinden ist wie politische und wirtschaftliche Differenzen.

Ich werde nur ein paar Beispiele aus der modernen Geschichte nennen, ohne den Anspruch zu erheben, eine vollständige Liste der möglichen Denkweisen über die Vergangenheit zu präsentieren.

Das erste Beispiel ist der Erste Weltkrieg, der Große Krieg von 1914 bis 1918. Franzosen und Deutsche sowie die meisten anderen Nationen Westeuropas erinnern sich seiner als menschliche Hekatombe und als moralische Krise, die zur Kristallisation zweier totalitärer Ideologien und Systeme führte. Für die Länder Mitteleuropas läuteten das Ende des Krieges und der Sturz der Reiche, dank Woodrow Wilsons Philosophie des gleichen Selbstbestimmungsrechts aller Nationen, die Zeit der Unabhängigkeit ein. Polen erinnert sich an diese Zeit außerdem mit der Zufriedenheit, 1920, also gerade einmal zwei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit, den Einmarsch der Roten Armee nach Europa angehalten zu haben. Für die Ungarn wird die Erinnerung an die Erlangung der Unabhängigkeit dadurch getrübt, dass der Vertrag von Trianon ihr Staatsterritorium beschnitten hat. Aber die Frage, ob der Triumph des Nationalstaats über die multinationalen Reiche Teil der „europäischen Erzählung“ sein soll, ist durchaus berechtigt.

Ein anderes Beispiel ist der Zweite Weltkrieg. Für Polen begann er mit der Invasion der Armeen des Dritten Reiches am 1. September 1939 und dem darauf folgenden Einmarsch der Roten Armee am 17. September. Für Finnland und die baltischen Staaten begann er mit der Besetzung ihres Territoriums durch sowjetische Truppen und der Eingliederung der drei baltischen Staaten in die Sowjetunion. Für Polen sind nicht nur die Gräueltaten der deutschen Besatzung und von Auschwitz Teil der Erinnerung, sondern auch das Massaker von Katyn, bei dem auf Stalins Befehl hin mehrere tausend polnische Offiziere ermordet wurden. In der westeuropäischen Erinnerung an den Krieg bleiben viele Leerstellen. Die Erkenntnis, dass beide totalitären Systeme gegen die Menschenrechte und die Rechte von Nationen verstoßen haben, ist jedoch wichtig für

unsere gemeinsame Zukunft. Manchmal bedienten sich diese zwei Systeme aggressiver Nationalismen, dann wiederum hielten sie an universellen Werten fest – immer jedoch zerstörten sie im Namen des europäischen Erbes fundamentale Werte. Kann die europäische Erzählung darüber hinwegsehen?

Das dritte Beispiel ist die Geschichte der demokratischen Opposition in den Ländern des sowjetischen Ostblocks. Für die Menschen in diesem Teil Europas repräsentiert die Geschichte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine lange Zeit des Widerstands gegen ein System, das ihnen mit Gewalt aufgezwungen wurde: Berlin 1953, Poznań und Budapest 1956, der Prager Frühling und die polnische Studentenbewegung 1968 und schließlich die Arbeiterstreiks in Polen 1970 und 1976 und *Solidarność* 1980. Währenddessen ging der europäische Integrationsprozess voran, und die Römischen Verträge wurden in einem Klima der Angst unterzeichnet, – erzeugt durch die sowjetische Invasion, die die Revolution in Ungarn unterdrückte. Jahrzehntlang lebten die beiden Teile Europas nebeneinander her und ignorierten sich gegenseitig. Hinzu kam, dass sie einander nicht verstanden: Selbst im Jahre 1968 konnten die jungen Menschen im Westen die Motive der polnischen Studenten nicht nachvollziehen und betrachteten deren Freiheitskampf wie ein Theaterstück aus dem neunzehnten Jahrhundert, während die polnischen Studenten ihrerseits den Kampf der westlichen Gleichaltrigen gegen die bürgerliche Kultur nicht verstanden. Kann die Tatsache, dass sowohl die Polen als auch die Studenten im Westen für die Freiheit kämpften, sie aber so unterschiedlich auffassten, dass sie einander nicht mehr verstanden, – kann dies zu einer einzigen Struktur europäischer Erinnerung zusammengefügt werden?

Differenzen zwischen Staaten, wie tiefgreifend sie auch sein mögen, hindern sie nicht daran, politische Bündnisse zu bilden oder Wirtschaftsabkommen miteinander zu schließen. Die Bildung einer Gemeinschaft ist jedoch ein komplexeres Vorhaben, das die Menschen stärker betrifft. Unterschiede in Bezug auf die wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus oder die politischen Modelle werden während des Prozesses dynamischer Modernisierung, den die Länder durchmachen, wenn sie der Europäischen Union beitreten, gemindert oder beseitigt. Die Prozesse kultureller Anpassung vollziehen sich langsamer, manchmal auf dramatische Art und Weise, und sie können sogar zu Spannungen in den Beziehungen einzelner Länder (und ihrer Bürger) führen. Erinnerung und ein Gefühl von Würde und Selbstachtung in ihrer Beziehung zueinander sind wichtig, um die Pfade des Ostens und Westens zu einem gemeinsamen Weg zu vereinen.

Während der deutschen Einigung spielte der Begriff der Wiedervereinigung Deutschlands eine wichtige Rolle, obwohl überhaupt nicht klar war, auf welche früheren „Einigungen“ das moderne „demokratische“ Deutschland sich berufen wollte. In der Europäischen Union war nie die Rede von einer „Wiedervereinigung Europas“. Die Arbeit an der Präambel der Europäischen Verfassung belegt dies. Tatsächlich sind wir aber Zeugen einer Wiedervereinigung. Europa ist während der Zeit des mittelalterlichen Christentums vereinigt gewesen (eine Tatsache, die selbst Voltaire bemerkt hat, der auch als Agnostiker ein vollendeter Historiker war). Auch während der Ära des Humanismus und der Aufklärung, während des Vernunftzeitalters war Europa vereinigt. Schließlich wurde die Erweiterung von 2004 bis 2007 zum entscheidenden Moment in der Einigung Europas, nachdem ein halbes Jahrhundert lang schon die Märkte und Gesetze vereinigt worden waren.

Das Ende des Kalten Krieges und der Teilung Europas in zwei politische Lager im *annus mirabilis* 1989 überraschte den Westen, der eine derartige Beschleunigung der Geschichte nicht erwartet hatte. So entstand jedoch die Gelegenheit für die Zusammenlegung der Märkte, für die gegenseitige Anpassung der zentralen und lokalen Verwaltungen und für die Angleichung der Gesetze. Die Entwicklungs- und Strukturdivergenzen werden derzeit überwunden. Jetzt müssen wir die Fragen beantworten, wo wir herkommen und wer wir sind, um anschließend die Frage beantworten zu können: „Wohin gehen wir?“ Die Antworten auf diese Fragen erfordern ein gründliches Nachdenken über Kultur, Gedächtnis und Identität. Ohne solche Betrachtungen anzustellen, wird die Europäische Union nicht in der Lage sein, das Gefühl eines „europäischen Interesses“ zu erzeugen, das über die einzelnen nationalen Interessen hinausgehen soll; es wird ihr weder möglich sein, die Idee einer „europäischen Staatsbürgerschaft“ im Alltagsleben der Menschen zu verankern noch ihre politischen Dimensionen zu stärken. Das Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, liegt in der europäischen Erziehung, d.h. in einer Erziehung, die die gegenseitige Ignoranz beseitigt, die einerseits durch die Teilung der europäischen Bühne in antagonistische Nationalstaaten und andererseits durch die Differenzen der Entwicklungstrends zwischen dem Westen und dem Osten unseres Kontinents geschaffen wurde.

Dies alles kann als die historische Bedeutung der Osterweiterung der Europäischen Union verstanden werden. Sie geht über die politischen Beschränkungen, die den Westen und den Osten im Laufe der europäischen Geschichte voneinander getrennt haben, hinaus. Sie führt aber auch zu etlichen Fragen, die so kompliziert wie fundamental sind.

Zunächst stellt sich die Frage nach dem Ort der Religion im Prozess der europäischen Integration. Es handelt sich dabei nicht nur um ein theoretisches Problem, sondern um eines, das die derzeitige Praxis der europäischen Politik betrifft, z.B. in Bezug auf den Beitritt der Türkei. Ab und an – wenn auch nur gelegentlich, da es politisch „nicht korrekt“ ist – taucht in politischen Debatten das Argument auf, dass der Beitritt eines islamischen Landes in die Union mit der europäischen Zivilisation, die ja doch immerhin die Grundlage für den europäischen Integrationsprozess ist, nicht kompatibel sei. Ich möchte an dieser Stelle den potentiellen Beitritt der Türkei nicht bewerten – da dies die Frage nach der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung aufwerfen würde, vor allem die nach den sogenannten Kopenhagener Kriterien – sondern nur das Problem der Religion. Obwohl klar ist, dass das Christentum für die europäische Zivilisation von fundamentaler Bedeutung ist, wäre es problematisch, den Vorschlag zu akzeptieren, dass die Europäische Union ihre Grenzen nach religiösen Kriterien ziehen solle. Schließlich erhielt die östliche Orthodoxie durch den EU-Beitritt Griechenlands Einzug in die Union, die bis dahin nur aus katholischen und protestantischen Staaten bestanden hatte. Dennoch wurde die Teilung in westliches und östliches Christentum von 1054 dadurch nicht überwunden. Schon jetzt leben Millionen von Muslimen in der Europäischen Union, und Moscheen werden zu alltäglichen Erscheinungen in den europäischen Stadtlandschaften. Die polnische Kultur kann in dieser Hinsicht einen historischen Präzedenzfall vorweisen: Seit dem sechzehnten Jahrhundert existierten römisch-katholische Gemeinden Seite an Seite mit protestantischen Kirchen, jüdischen Synagogen, orthodoxen Kirchen (seit dem siebzehnten Jahrhundert), und sogar – wenn auch nur sehr begrenzt – mit den Moscheen der Muslime. Die Europäische Union ist immerhin in erster Linie eine Rechtsordnung, die gegenseitige Toleranz und den Respekt vor religiösen Überzeugungen garantiert. Die europäische Zivilisation hatte schon immer die starke Neigung, ihren eigenen Überzeugungen den Charakter der Universalität zu verleihen. Die Frage nach der Öffnung für „das Andere“ und der Kampf gegen alle sozialen und kulturellen Exklusionsprozesse und -mechanismen sind daher in der heutigen Diskussion von besonderer Wichtigkeit. Ein Europa, das den Pluralismus nicht bekräftigt, wäre undenkbar.

Die zweite Frage betrifft die Ostgrenze der Europäischen Union. Das Erweiterungsmodell, das 1999 in Helsinki entworfen wurde, setzt die Ostgrenze der Union mit der Ostgrenze Polens gleich, was bedeutet, dass Russland sowie die Ukraine und Weißrussland außerhalb der Union bleiben. Im Kontext einer europäischen Teilung in Ost und West wäre es besonders lohnenswert, sich das Beziehungssystem zwischen Russland

und der EU vor Augen zu führen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist noch nicht bekannt, ob Russland, eine große eurasische Nation, Teil der Union werden möchte, und es ist eine weise Regel der Politik, keine Fragen zu beantworten, die nicht gestellt wurden. Es ist jedoch wichtig sicherzustellen, dass die östlichen Nachbarn im Erweiterungsprozess nichts sehen, was sie langfristig ausschließt. Wenn dies geschähe, würden die Ukraine und Weißrussland in die Arme Russlands gedrängt werden, und innerhalb Russlands würden die Modernisierungskräfte des Landes geschwächt. Vladimir Putin ist dem Beispiel Peters des Großen gefolgt, indem er angekündigt hat, Russland zu modernisieren. Dies ist insofern im Interesse Europas, als dadurch die Kluft zwischen Ost und West geschmälert wird. Während man die russische Politik durchaus kritisch betrachten muss, sollte dieses Modernisierungsprogramm unterstützt werden, indem man um die Europäische Union herum eine Zone schafft, die die wirtschaftliche Kooperation und die Stärkung eines politischen Dialogs, in dem Russland seinen Ort finden kann, gewährleistet. Ich glaube, dass man den zukünftigen Generationen die Definition einer Grenze der europäischen Integration anvertrauen sollte. In der nächsten Zukunft könnten diese Grenzen neben der Schweiz und Norwegen die Nationen des ehemaligen Jugoslawiens sowie möglicherweise auch die Ukraine und Weißrussland einschließen; später könnten vielleicht sogar Russland und Länder des Maghreb hinzukommen.

Die dritte und letzte Frage betrifft die Überwindung der Trennung in Ost und West. Es handelt sich dabei hauptsächlich darum, dass die mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Entwicklung nachholen. Dies ist eine gewaltige Herausforderung, weil es dabei nicht nur darum geht, ein jahrhundertealtes Erbe kultureller Differenzen zu bewältigen, sondern auch die Folgen von fünfzig Jahren kommunistischer Herrschaft. Die Union hat spezielle Techniken entwickelt, mit Entwicklungsverzögerungen umzugehen. Sie haben sich in Griechenland und Portugal als erfolgreich erwiesen, und wir dürfen annehmen, dass sie in den ehemaligen kommunistischen Staaten ebenfalls effektiv sein werden, – vorausgesetzt sie übernehmen die Standards der EU und weisen über mehrere Jahre hinweg überdurchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsindikatoren vor. Es bleibt noch das Gebiet der politischen Differenzen. Auf diesem Gebiet ist der „Transitionsprozess“ weit genug fortgeschritten, um die Hoffnung zu rechtfertigen, dass das, was in Portugal und Spanien nach ihrem Heraustreten aus der autoritären Herrschaft geschehen ist, auch in Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien geschehen wird. Man muss sich jedoch vergegenwärtigen, dass politische Fragen während der Beitrittsverhandlungen nur sehr begrenzt berührt worden sind. Rhetorische Äußerungen

über eine europäische Wertegemeinschaft reichen jedoch nicht mehr aus, da wir es in diesem Fall mit jahrhundertealten Unterschieden des europäischen Ostens zu tun haben, die so schwierige Bereiche wie kollektive Psychologie, Mentalität oder Kultur betreffen.

Die Trennung in Ost und West ist eine große Herausforderung, aber die Chancen, sie zu überwinden, sind so günstig wie nie zuvor. Durch die Überwindung dieser Trennung kann Europa eine neue Qualität seiner Einigung erreichen und ein wichtiger Akteur in der neuen globalen Ordnung werden.

Aus dem Englischen von Julien Winandy

Literatur

Kundera, Milan (1986): Die Tragödie Mitteleuropas, in: Erhard Bussek/Gerhard Wilfinger (Hg.): Aufbruch nach Mitteleuropa, Wien.

Europa neu vermessen: Die Rückkehr des Ostens in den europäischen Horizont

KARL SCHLÖGEL

Es ist keine Frage, dass mit dem Lebenshorizont, in dem die geschichtliche Erinnerung ihren Platz hat, sich auch diese selbst ändert. Jede Generation schreibt die Geschichte neu, und das gilt für die Europäer, die das Ende der Teilung Europas, das Ende der langen Nachkriegszeit erlebt haben, in einer ganz besonderen Weise. Für jemanden wie mich, der noch ganz im Schatten des Eisernen Vorhangs aufgewachsen ist, liegt über dem, was seit 1989 geschieht, noch immer der Zauber dessen, dass etwas eingetreten ist, auf das man schon nicht mehr hoffen konnte. Ich rechne mich der Marienborn-Generation zu, jener Generation, der die Prozedur der Grenzüberschreitung in Fleisch und Blut übergegangen ist. Ein *rite de passage* mit allem, was dazu gehört: dem Interzonenzug mit seinem spezifischen Publikum, mit den DDR-Grenzbeamten, die immer dieselben sinnlosen Fragen nach Drogen- oder Waffenbesitz stellten, die Schäferhunde und die Spiegel, mit denen man unter Züge, Autos schaute, die minutiösen Inspektionen der Toiletten in den Zügen, und das allgemeine Aufatmen, wenn alles überstanden war, und eine belebte Unruhe, wenn der Zug oder das Auto sich West-Berlin näherte, das sich durch hellen Lichtschein am Nachthimmel ankündigte. Marienborn, Helmstedt, Probstzella – Namen, Signaturen gleich, einem eingeprägt, ob man wollte oder nicht. Eine Erbschaft, die man mit ins Grab nimmt.

Die jungen Leute, die heute in meinem Alter von damals waren, wissen davon nichts mehr. Es gibt für sie keine Grenze mehr. Sie wissen nicht einmal, wo diese einmal verlaufen ist. Wenn sie an die Hochschule kommen, sind sie vielleicht so jung, dass sie im *annus mirabilis* geboren

sind, in einem anderen Jahr Null. Ich kläre sie in der Vorlesung darüber auf, dass es eine polnische Gewerkschaftsbewegung namens Solidarność gegeben hat, dass es jemanden mit dem Namen Mielke gab und dass es einmal einen schlaksigen, an einen amerikanischen Ostküsten-Intellektuellen erinnernden Mann gegeben hat, der mit seiner Furchtlosigkeit und Geradheit ein ganzes Imperium hat erzittern lassen: Andrej Sacharow.

Die alten Grenzen leben als *mental maps* länger fort in den Köpfen als in der Wirklichkeit. Der Lebensprozess geht über die Grenzen von gestern hinweg, man muss sie nicht einmal gekannt haben, um sich heute zurechtzufinden. Die italienischen Touristen, die sich heute auf dem Rynek, auf dem Marktplatz im Zentrum Krakaus zur Stadtführung einfinden, interessieren sich vor allem für die Beziehungen Polens und Italiens in der Renaissance, wie es kam, dass eine Sforza polnische Königin war, und sie wundern sich, dass so weit im Osten eine Stadt ist, die so sehr an Bologna, Parma oder Modena erinnert. Die deutschen und holländischen Senioren, die im Jugendstil-Bad des Hotel Gellert in Budapest ihre Bahnen ziehen, genießen die Sonderangebote, vergleichen das Preis-Leistungsverhältnis, müssen aber nichts wissen von dem, was sich 1956 auf der anderen Seite der Donau abgespielt hat. In der Eurovisions-Sendung des Fernsehens tauchen Städtenamen auf, die für die meisten bisher auf keiner Karte eingezeichnet waren: Tallinn zum Beispiel. Und in den Abendnachrichten lernt man gleichsam nebenher, dass die Stadt, aus der berichtet wird und wo mitten im Winter eine „Orangene Revolution“ stattfindet, eine der größten und ältesten europäischen Städte ist: Kiew. Kulturbeflissene Touristen lernen, dass es neben Barcelona und Brüssel noch eine andere Hauptstadt des europäischen Jugendstils gegeben hat – Riga – und entscheiden sich kurzfristig übers Wochenende für eine Städtetour dorthin. Andere wiederum, wie die Söhne der britischen Arbeiterklasse, besteigen die Low-Budget-Flieger von Ryan Air, weil sie gehört haben, dass der Sprit in den baltischen Staaten besonders preiswert ist, und so landen sie in der Altstadt von Tallinn oder Riga und wissen nicht, wie ihnen geschieht. Fallschirm-Springer in postmodernen Zeiten, abgesprungen über historischem Gelände.

Es ist der Lebensprozess selbst, der die Horizonte, in denen wir leben, in denen wir uns eingerichtet haben oder aus denen wir herausgefallen sind, definiert. Es ist die Bewältigung der Gegenwart, die die geschichtlich entfernten Regionen uns wieder in Sichtweite und ins Bewusstsein rückt. Die Studenten, die jetzt nicht nur nach Montpellier, sondern auch an die Karls-Universität nach Prag gehen können, tauchen nicht nur in andere akademische Milieus, sondern auch andere historische Umgebungen ein: die Prager Altstadt, die Theyn-Kirche, Tyho de

Brahes Astrolabium, Kafkas und Max Brods Stadt mit dem Wenzelsplatz und den Straßenzügen, durch die 1968 die Panzer der Warschauer Paktstaaten rollten, und die Stadt, von der aus man in einer Stunde Zugfahrt in der Festung Terezin, zu deutsch: Theresienstadt ist. Geschäftsleute eröffnen Filialen, und was sie interessiert ist, ob es eine ausreichende Infrastruktur, Verkehrsanbindung, geeignete Büroräume und halbwegs gute Gewinnaussichten gibt. So studieren sie die Immobilienangebote für ihre Niederlassungen in den neuen Wolkenkratzern am Plac Defilad in Warschau, vielleicht sogar im alten sowjetischen Kulturpalast, Stalins Geschenk an die Volksrepublik, oder die besten Lagen am Newski-Prospekt in Sankt-Petersburg. Das Leben bahnt sich zwar seinen Weg in historisch bedeutsamem Ambiente, aber es ist die Gegenwart, die regiert, nicht die Vergangenheit. Nur wenige von den LKW-Chauffeuren, die heute in endlosen Konvois auf der Strecke zwischen Berlin – Warschau – Minsk – Moskau unterwegs sind, machen sich Gedanken darüber, dass die Strecke durch ein Gelände verbrannter Erde führt. Sie interessiert die Logistik, der Service an Tankstellen und in Hotels, und dass sie just in time und ohne Bestechung und Überfälle ans Ziel gelangen.

Was vielleicht als impressionistische Skizze über das sich verändernde Europa verstanden werden könnte, ist in voller und systematischer Absicht gesagt: die geschichtliche Erinnerung, die Vergegenwärtigung der Vergangenheit ist keine aparte Angelegenheit – es sei denn für ganz und gar auf ihren Job fixierte Historiker –, sondern eingelagert in die Gegenwart, in den gegenwärtigen Lebensprozess. Und es ist jener Lebensprozess mit all seinen Zwängen, Konflikten, auch Möglichkeiten, der die Art und Weise der Erinnerung prägt. Sie mögen daraus eine Art Lob des Vergessens gegenüber einer allzu großen Fixierung auf die Geschichte heraushören, doch in Wahrheit plädiere ich – wie schon andere – für einen inspiriert-gelassenen Umgang mit der Geschichte, „jenseits von Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit“, also jenseits von Indifferenz und Obsession.

Es ist keine Frage, dass so wie die geschichtlichen Erfahrungen der europäischen Völker verschieden sind, auch die geschichtlichen Perspektiven und Interpretationen different sind oder sein können. Auch dafür gibt es bereits genügend Beispiele. Für viele Menschen im östlichen Europa gibt es nicht nur den Horror der deutschen Besatzung, sondern auch die Schrecken der Roten Armee und des NKWD. Für viele Völker im östlichen Europa sind nicht nur Stutthof, Dachau oder Flossenbürg geläufige Namen, sondern Orte, von denen man im Westen meist noch nie gehört hat: Igarka, Kolyma, Karaganda, Norilsk. Auf Symbole und Zeichen, die im Westen – in weiten Kreisen jedenfalls – eher exotisch,

als Bestandteil einer politischen Folklore anmuten, reagieren andere, deren Leben im Namen dieser Zeichen und Symbole ruiniert worden ist, verständlicherweise ganz anders, und was den einen das Verbot des Hakenkreuzes im öffentlichen Raum ist, ist den anderen das Verbot von Hammer und Sichel. Viele der Völker im mittleren und östlichen Europa haben eine doppelte Erfahrung, eine traumatische Doppelerfahrung hinter sich gebracht, die ihre Erinnerung entscheidend geprägt hat. Aber auch zwischen den Völkern gibt es viel, ja überwältigend viel Stoff für differente Sichtweisen: Fast überall war die Geschichte im letzten Jahrhundert eine der Verletzungen, der Verschiebungen von Grenzen, Menschen, Minderheiten. Es wäre seltsam, wenn dies jetzt, wo alles endlich zur Sprache gebracht werden kann, verschwiegen würde.

Und doch: Es gibt keine separate, aparte Erinnerungskultur. Dies ist in meinen Augen eine wichtige Vorbemerkung zu einem Thema, das ich dankbar angenommen habe, weil es mir erlaubt – oder mich zwingt –, systematische Überlegungen über die Bedeutung der Wiedervereinigung Europas, speziell der Rückkehr des östlichen Europas in den Horizont der Westeuropäer, anzustellen und auszuformulieren. Dies soll in folgenden Schritten geschehen:

Erstens möchte ich auf die Neuentdeckung und Revision, auf das Neuschreiben der Geschichte nach 1989 im östlichen Europa eingehen. Es gibt darin eine Synchronizität, Plausibilität, Schlüssigkeit und Dynamik, die bedenkenswert sind. Sie läuft insgesamt auf eine Neubewertung, Umwertung der Geschichte hinaus – mit allen Ambivalenzen, die darin enthalten sind.

Zweitens möchte ich auf die Langzeitfolgen von Krieg und Nachkrieg für das westliche oder EU-Europa eingehen. Mehr als zwei Generationen sind in diesen Wahrnehmungshorizont hineingewachsen und es ist wiederum Sache von Generationen, nicht bloß Sache einer kurzatmigen Erziehungskampagne, von einer teileuropäischen Perspektive zu einer gesamteuropäischen zu gelangen.

Drittens soll auf die Besonderheiten der Formierung des geschichtlichen Bewusstseins und der geschichtlichen Wahrnehmung im östlichen Europa eingegangen werden: Es ist nicht so eindimensional, nicht so naiv wie dies häufig angenommen wird, besonders in Deutschland, das sich gleichsam als Avantgarde, wenn nicht gar als Weltmeister von Vergangenheitsbewältigung zu verstehen sich angewöhnt hat. Ich werde hier vor allem auf die spezifischen Windungen und Wirrungen einer anders gelaufenen Geschichte und ihrer komplizierten Aneignung eingehen.

Viertens und schließlich habe ich vor, ausgehend von meinen Beobachtungen, zu diskutieren, was man unter „Europäisierung“ des Wahr-

nehmungs- und Geschichtshorizonts verstehen könnte – und zwar jenseits von volkspädagogischen Absichten.

1989: Lösung der Zunge, „Unter dem Geröll hervor“, „Wiederkehr der Geschichte“

Eine bedeutende Textsammlung Alexander Solschenizyns aus den frühen 1970er Jahren hieß „Iz-pod glyb“, d.h. „Unter dem Geröll hervor“. Er meinte damit jenen mühsamen, aber atemberaubenden Prozess des tastenden Sprache- und Wortefindens nach einer langen Zeit erzwungenen Schweigens. Dieser Prozess des Zu-Atem-Kommens und der Wiederkehr einer Sprache, in der sich die geschichtlichen Erfahrungen formulieren ließen, war in den verschiedenen Ländern des ehemaligen Ostblocks verschieden, ungleichzeitig in Gang gekommen, in manchen Ländern – in Polen und Ungarn zum Beispiel – früher, in manchen – wie in der CSSR und in Ostdeutschland – später. Aber in einer Art Herstellung von Zeitgleichheit und in einer schwindelerregenden Beschleunigung kulminierte dieser Prozess im Jahre 1989. Das *annus mirabilis* ist gleichsam die Chiffre für die Wiederkehr des geschichtlichen Gedächtnisses, für die Wiedergewinnung der Sprache und für die Reformulierung der nationalen Narrative – auch wenn dies nicht ganz genau ist.

Die meisten von uns werden sich an diesen Vorgang noch erinnern. Er ist gekennzeichnet durch eine neue Sprache: die Zeit der Andeutungen, der äsopischen Sprache, der verklausulierten Rede, der Sklavensprache war zu Ende, und die Wahrheit oder das, was man dafür hielt, konnte beim Namen genannt werden. So wurden aus Fehlern und Vergehen die Verbrechen, die sie in Wahrheit waren, aus dem Subjektivismus und Voluntarismus einer regierenden Partei die Arroganz der Macht einer Clique, die die Kommandohöhen usurpiert hatte, aus einem utopischen Projekt ein Ausnahmezustand. Das Wiederfinden der Sprache war ein epochaler und wie ein Feuer sich ausbreitender Vorgang.

1989 war auch die Zeit des Bildersturms und der gestürzten Denkmäler. Fast alle „historischen Augenblicke“, an denen diese Zeit so reich war und die uns wie nie zuvor live übermittelt worden sind, waren begleitet oder akzentuiert von Denkmälern, die gestürzt, und von Denkmälern, die neu errichtet worden sind. In Moskau hob ein Krupp-Kran mit Unterstützung von Bergsteigern Felix Dshershinskis Skulptur vor der Lubjanka vom Sockel, und wenig später wurde auf die nun geräumte Verkehrsinsel vor dem Gebäude, in dem nach wie vor der Geheimdienst residiert, ein Felsblock vom ersten Konzentrationslager der Sowjetunion, den Solowki-Inseln, aufgerichtet. Es fielen die Insignien der alten

Macht, die Nationalhymnen, die Flaggen und es wurden neue entworfen oder alte, vorrevolutionäre wieder eingeführt. Kathedralen, die im Bildersturm von einst in die Luft gejagt worden waren, wurden in Rekordzeit wiedererrichtet. Überall die Wiederkehr von Symbolen und Geistern, die man historisch für erledigt gehalten hatte.

Die Archive, die Depots, in denen das Gedächtnis der Gesellschaft, der Nation gespeichert ist, wurden geöffnet. Eine Geschichtsarbeit, die bisher unter normalen Verhältnissen nur außerhalb des Landes, „im Westen“, hatte geleistet werden können, kam in Gang, mit einer Flut von Entdeckungen, Dokumentenpublikationen, Quelleditionen, die niemand mehr zu stoppen in der Lage war. Die Opfer, um die sich bisher niemand gekümmert hatte, hatten nun endlich ihre Namen, ihre Gesichter, ihre Physiognomie, ihre Würde zurückbekommen.

Eine wahre Archäologie setzte überall ein. Die Karte der Geschichte wurde neu gezeichnet und die Karte der Erinnerung bekam neue Linien, neue Zentren und Knotenpunkte. Darin wurden eingezeichnet die Gefängnisse, in denen die Opfer verschwunden waren, die Lager, in denen Abertausende umgekommen waren, die Massengräber, von denen man bisher nichts gewusst hatte. So entstand eine neue Karte: mit Deportationsrouten, Lagern im hohen Norden, Massengräbern und Friedhöfen, die wie im Falle von Lewaschow polje in Leningrad oder Kuropaty in Minsk bald zu Gedenkstätten wurden. Die neue Archäologie förderte aber auch die Helden und Heldinnen ans Tageslicht, die Schriften, die verboten und verbannt waren, Gedichte, Erinnerungen, Memoiren, Tagebücher – kurzum alles, worin sich das geschichtliche Gedächtnis in Zeiten katastrophischer Umbrüche trotz allem artikuliert hatte. Eine Kultur, die zum Schweigen verurteilt war und in der es gar keine Sprache für die Übermittlung des Wissens, keine Brücke der Generationen gegeben hatte, fand sich zurückversetzt ins Gutenberg-Zeitalter, aus dem sie für Jahrzehnte herausgefallen war. Ein Normalisierungsschock von ungeheurer Wucht.

Die Überlebenden bekamen endlich den öffentlichen Raum, in dem ihre Stimme gehört wurde. Kurzum: Es entstand ein Raum, in dem sich die Normalisierung der geschichtlichen Erinnerung überhaupt erst vollziehen konnte. Es war die goldene Zeit der Reprints, die Zeit, in der eine Flut lange zurückgehaltener oder in den Schubladen liegender Erinnerungen losbrach, eine Zeit der Selbstentdeckung, Selbsterkundung und Selbstbeschreibung. Genres, die verschwunden und vertrocknet waren, entstanden neu: Biographien, Stadtbeschreibungen, Karten von Orten, über die es aus Geheimhaltungsgründen nie wahrheitsgemäße Karten gegeben hatte. Tote wurden exhumiert und umgebettet – so die Opfer der Niederschlagung des Ungarischen Aufstandes 1956 oder die im rus-

sischen Exil gestorbenen Koryphäen russischer Kultur und Gelehrsamkeit. Eine Bewegung der Restauration im buchstäblichen Sinne setzte ein: Palais und Kirchen, die zu Lagerhallen oder öffentlichen Toiletten geworden waren, wurden – oft im letzten Augenblick – wieder hergestellt.

Freilich wäre es notwendig, das im Einzelnen, für jeden Fall, für jedes Land und für jedes Milieu durchzubuchstabieren. In Warschau war dies anders als in Charkow, in Leningrad, das nun wieder Sankt Petersburg hieß, wiederum anders als in Moskau. Wenn ich dies nicht ohne ein gewisses Pathos wiedergebe, dann deshalb weil die Wucht, in der alles fast gleichzeitig ablief, bis heute in meiner Erinnerung nachwirkt: der Aufbruch einer freien Presse, die Freigabe der Archive, die Direktübertragungen der Fernsehstationen, die Umbenennung von Städten und Straßen, kurzum: der „Dekorationswechsel“, das äsopische Wort für Revolution.

Ein großer Kontinent wurde entdeckt und nach und nach erschlossen. Der riesige Kontinent einer unter Verschluss gehaltenen Vergangenheit, ein Kontinent aus weißen Flecken, darunter traumatische und die schmerzlichsten, die sich denken lassen, und die zu berühren viele gewarnt hatten: Würde man damit nicht eine Büchse der Pandora öffnen? Würde man damit nicht Wunden, die die Zeit angeblich längst hatte verheilen lassen, wieder aufreißen? Und würde nicht die so verstandene Erinnerung an Vergangenes zum größten Hindernis für die Verständigung der heute Lebenden werden?

Doch solchen Prozessen wohnt eine eigene Dynamik inne. Was einmal in Gang gekommen ist, lässt sich nur mühsam unter Kontrolle halten und schon gar nicht mehr verschweigen. Solche weißen Flecken, Tabus – wie sollte es anders sein – gab es fast überall: die nicht vollzogenen Rehabilitierungen der Stalin-Opfer, der Antisemitismus in einem vom nationalsozialistischen Judenmord verheerten Gelände, die Gräueltaten, die die unterdrückten Völker sich wechselseitig angetan hatten, die schäbige Behandlung der Minderheiten und die Gewalt, die nötig war, um endlich die so ersehnten und angeblich konfliktfreien „ethnisch homogenen“ Nationalstaaten zu schaffen, die ganze Orgie von Gewalt, Umsiedlung, Vertreibung, die über das östliche Europa hinweggegangen war; der Horror der deutschen Besatzung, die Heillosigkeit des Ineinanders von Partisanenkampf und Kollaboration, die Konjunktion von Helldunkel und Gemeinheit, wie sie in den Umständen der Zeit fast zwangsläufig war. Die Tilgung der weißen Flecken war etwas, wozu größter Mut, Zivilcourage, historischer Takt gehörten. Nicht alle haben die darin liegende Herausforderung wirklich angenommen oder bestanden. Das postsowjetische und postsozialistische östliche Europa ist daher auch ein

Kontinent der neuen Mythenbildung, der Flucht in die historische Legende, die Apologie und in Verschwörungsszenarien, die bekanntlich jene Entlastung gewähren, die weder geschichtliche Erinnerung noch wissenschaftliche Geschichtsschreibung zu bieten haben. So wimmelt es überall an der Stelle, wo die Helden von einst gestanden hatten, nun von neuen Helden, vorzugsweise nationalen. So stehen – oft auf denselben Sockeln und Podesten, auf denen die Leitfiguren von einst gestanden hatten – nun neue Väter der nationalen Geschichte. So werden aus Kollaborateuren, zu denen manche geworden waren, Helden des Widerstands, die sie zum Teil auch gewesen sind. Nur wer keine Ahnung hat von den geschichtlichen Turbulenzen im östlichen Europa, bricht hier schnell den Stab. Ich werde auf dieses Problem einer Geschichte, die sich nicht umstandslos als die reine Geschichte von Opfern oder Tätern erzählen lässt, zurückkommen.

Was ich hier zunächst – zusammenfassend – konstatieren möchte, ist dies: ein Vorgang, wie der von mir ansatz- und versuchsweise beschriebene: die Wiedergewinnung eines angemessenen Bildes von der eigenen Geschichte, von der Geschichte des östlichen Europa, wird die Koordinaten dessen, was wir als europäische Geschichte ansehen, verschieben. Das Bild, das die Europäer von sich haben konnten in der Zeit, als sie sich gegenüberstanden, als sie gleichsam in wechselseitiger Feindbeobachtung erstarrt waren, wird sich ändern zu einem Bild, in dem Dinge – nicht selten zum ersten Mal – zur Sprache gebracht worden sind. Die europäische Geschichte wird – das ist das Fazit – neu zusammengesetzt. Eine Geschichte, die dem Kontext des Nachkriegs, des Kalten Krieges enthoben ist, die sich jenseits der Rechtfertigungszwänge der Blöcke bewegt, die aus den polemischen und rechthaberischen Verspannungen der Blockkonfrontation heraus ist, wird einen anderen Ton entwickeln, und eine Geschichte, von der wir glaubten, wir kannten sie schon lange, wird noch einmal und neu erzählt.

Die Langzeitfolgen der Weltkriegsepoche und einer langen Nachkriegszeit in Europa: das Verschwinden des Ostens im Bewusstsein des westlichen Europa

Die Teilung Europas war ein epochaler Vorgang, umso mehr als sie auf dem Hintergrund der Zerstörung durch einen beispiellosen Krieg sich vollzogen hatte. Teilungen dieser Art sind keine *paper partitions*, nicht bloß Beschlüsse, die man von heute auf morgen umsetzt oder auch wieder revidiert, sondern fast tektonische Vorgänge von ungeheurer latenter

und oft manifester Gewalt. Solche Vorgänge sind dann abgeschlossen und gleichsam erfolgreich gewesen, wenn die Erinnerung getilgt ist und Dinge selbstverständlich geworden sind, die zuvor als undenkbar gegolten hatten, wenn etwas zur Gewohnheit geworden ist, was zuvor ausgeschlossen war. Dazu gehört z.B., dass man seine Freunde und Familienangehörigen nicht mehr besuchen kann, obwohl sie innerhalb ein und derselben Stadt leben; dazu gehört, wenn man nicht mehr tut, was für Generationen zuvor selbstverständlich gewesen war: zum Opernbesuch von Budapest nach Wien zu fahren oder umgekehrt. Dazu gehört, wenn Nachbarschaften unzugänglich und unerreichbar geworden sind, dafür aber das Ende der Welt zum Treffpunkt avancierte. Der neue Zustand ist dann glücklich hergestellt, wenn selbst der Phantomschmerz verschwunden ist – fast.

Europa, das 1945 aus den Erdlöchern kroch und das sich in einem halben Jahrhundert wieder halbwegs in Form gebracht hat – jede Hälfte auf ihre Weise: als Plattenbau West und Plattenbau Ost, als autogerechte Stadt hier und als weniger autogerechte Stadt dort, als postbürgerliche Gesellschaft hier und postproletarische dort, als Massenkultur mit Heino hier und Frank Schübel dort –, hatte angefangen in verschiedenen Hemisphären zu leben, und das bedeutet auch mit verschiedenen, oft rivalisierenden geschichtlichen Erinnerungen oder Meistererzählungen.

Im Nachhinein hat sich alles gefügt, und manche erblicken darin sogar eine Art List der Vernunft: Deutschland auf dem langen Weg nach Westen endlich in der Normalität angekommen und gefeit gegen alte und neue Sonderwege. Doch in Wahrheit hat sich Deutschland in einer unerhört gewaltsamen Geschichte aus der Mitte Europas herauskatapultiert, hat alle Beziehungen, die es über Jahrhunderte und über Generationen hin mit dem europäischen Osten aufgebaut hatte, gekappt. Deutschland nach dem Krieg, das ist das Resultat einer gewaltsamen Westverschiebung, die ihren ersten Impuls und ihren zerstörerischen Anfang in Deutschland selbst genommen hatte. Deutschland nach dem Krieg, in dem das alte Europa zugrunde gegangen ist: die Sprache, die einmal fast so etwas wie die *lingua franca* im mittleren und östlichen Europa gewesen war – sie war durch das Nazi-Regime zur Herrensprache, in der über Leben und Tod entschieden wurde, geworden. Man kann sich nicht genügend vor Augen führen, was mit Nazi-Deutschland im östlichen Europa alles zu Ende gegangen ist: ein kultureller Kontext, zu dem Universitäten gehörten, an die die Jugend des östlichen Europa, vor allem die aufstrebende jüdische, strebte; eine Literatur, die von Czernowitz bis Reval geschrieben und gelesen worden war; ein „Pester Lloyd“ und eine „Prager Zeitung“, die vor Ort hergestellt wurde und dort noch ihre Leserschaft gehabt hatte; einen ziemlich unkomplizierten Verkehr zwi-

schen den großen Metropolen und eine Dichte des Austausches von Gütern und Ideen, die in vieler Hinsicht bis heute nicht wieder erreicht worden ist: Man kann dies in den Erinnerungen von Stefan Zweig oder Vladimir Nabokov nachlesen. Die deutsche Herrschaft im mittleren und östlichen Europa hat das alles in einer geschichtlichen Sekunde in Flammen aufgehen lassen, und es kam eine lange Zeit, wo es einem geraten war, das Deutsche zu meiden, denn man hatte dort die Vokabeln von Polizei, Sonderkommando und Hiwis noch im Ohr. Das östliche Europa, für viele Deutsche im 19. und frühen 20. Jahrhundert noch Projektionsfläche für Aufbruch, koloniale und imperiale Träume, war am Ende zum Schauplatz deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert par excellence geworden: dort wurde eine Herrschaft etabliert, die es so noch nirgends gegeben hatte; dort wurde ein Krieg geführt, der in seiner exterministischen Zielstrebigkeit ohne Beispiel war; dort gab es Großstädte, die zu Asche und Erdhügeln geworden waren. Coventry, Rotterdam, Oradour – das war im Westen. Der Osten war dort, wo Städte aufgehört hatten zu existieren, wo Bevölkerungen ganzer Landstriche verschwunden waren, es war der Verschiebebahnhof, auf dem ganze Völker hin und her bewegt, in die Lager oder ins Gas geschickt worden sind. Der eigentliche Knotenpunkt der deutschen Angelegenheiten im 20. Jahrhundert ist nicht irgendwo am Rhein oder im Transatlantischen, sondern ungefähr in dem Gelände, das zwischen Oder und Wolga, zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer sich erstreckt. Irgendwann schlug die Gewalt auf die Deutschen, die in diesem Raum lebten, zurück. Das Ende einer jahrhundertealten – ja: Symbiose. Es konnte danach wohl keine Deutschen in Reval/Tallinn, in Riga, in Wolhynien, keine Moskau-Deutschen, kein deutsch-jüdisches Czernowitz, kein deutsches Prag mehr geben. Der Osten wurde nun zum Synonym für die Schrecken, die die Deutschen, nun vor allem die Zivilisten selbst erfahren mussten: Menschenjagden, Flucht, Vertreibung, Umsiedlung, Verlust der alten Heimat, Gefangenschaft, Verlust eines großen Teils des Staatsgebiets, kurzum: die gewaltsame Westverschiebung.

Dem korrespondierte eine Flucht nach Westen, die ganz eigener Art war. Der Osten war nun, nachdem der heiße in einen kalten Krieg übergegangen und neue Allianzen an die Stelle der alten getreten waren, eine Welt, die man am besten hinter sich ließ und mit der man nichts mehr zu tun haben wollte: eine geistige Flucht nach Westen mit allem, was dazu gehörte: einer neuen Sprache, der neuen *lingua franca* der transatlantischen Welt, neuen intellektuellen Bezugspunkten – die Universitäten der amerikanischen Ostküste – und neuen massenkulturellen Attraktionen – die Studios von Warner Brothers und Walt Disney an der amerikanischen Westküste – und die Sicherheit, die ein neues politisches

Bündnis bieten konnte: eine NATO, in der auch Militärs aus der Wehrmacht neue Verwendung finden konnten. Die Spaltung Deutschlands und die Westwendung Westdeutschlands bei gleichzeitiger Unterwerfung Ostdeutschlands unter die sowjetische Herrschaft war ein durchdringender, eben nicht bloß politischer Vorgang: Er berührte Biographien, Lebensplanungen, Geschmacksfragen, die Frage, ob man ins *automobile age* hineinwuchs oder ohne Auto auskommen musste, ob man die Chance hatte, in Chicago zu studieren oder ob man an ein Institut in Prag oder Kiew delegiert wurde, ob man seinen Urlaub an der Costa Brava und Rimini oder am Plattensee und auf der Krim verbrachte. Das alles ist Stoff für den deutschen Bildungsroman in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Hier interessiert nur eines: das Verschwinden der östlichen Welt aus dem Horizont der heranwachsenden Generation.

Marion Gräfin Dönhoff, die noch zwischen dem Gut Friedrichstein und der Universität Basel groß geworden ist, hat das Verschwinden der östlichen Welt in dem schmalen, aber genauen und ergreifenden Bändchen „Namen, die keiner mehr nennt“ festgehalten. Den europäischen Osten, die Ostprovinzen des Deutschen Reiches und alles, was damit verbunden war, war den Deutschen – West wie Ost – irgendwie abhandeln gekommen. Das Feld war gleichsam kontaminiert. Auch war es unzugänglich geworden. Es gab Königsberg noch auf einem Straßenschild an einer Westberliner Kreuzung, als Symbol und Ausrufezeichen, aber aus Königsberg war Kaliningrad geworden. Die Güter, die Häuser und Höfe, auf denen Dönhoff und andere groß geworden waren, waren nun „unter sowjetischer oder polnischer Verwaltung“ und von anderen, selber Vertriebenen und Umgesiedelten bewohnt. Die Schienenstränge, die einmal in Berlin zusammengelaufen oder von dort ausgegangen waren, endeten an Grenzen, die ohne Sondergenehmigungen nicht überschritten werden konnten, oder an gesprengten Brücken, wo kein Weiterkommen möglich war. Endstationen überall, wo einmal der Verkehr geflossen war. Aber es hätte auch nicht allzu viele gegeben, die die Reise unternommen hätten: Zu bürokratisch waren die Hürden, zu unwirtlich und abweisend das Land, das einem immer fremder geworden war. Was man aus der alten Heimat mitgebracht hatte – Fotoalben, Stickereien, einen Koffer, Tauf- und Schulzeugnisse, Meisterbriefe –, es war nur noch für den Lastenausgleich gut oder für die Erinnerung. Das Wissen wurde immer schwächer, die Vorstellung immer fadenscheiniger. Und je länger man fort war von dort, umso weniger begriff man, dass dort etwas Neues heranwuchs, so dass am Ende – in den 1980er und 1990ern sich die Touristen, die sich in ihre alte Heimat auf den Weg gemacht hatten, nicht genug wundern konnten, was aus „ihren“ alten Städten geworden war:

Breslau-Wroclaw, nun wieder mit dem vielleicht schönsten Marktplatz in ganz Zentraleuropa.

Ja, das östliche Europa war uns abhanden gekommen, wir waren aus einem Zusammenhang herausgefallen, und wir empfanden es nicht einmal als allzu großen Verlust, weil der Zugewinn an Freiheiten, Wohlstand, Sicherheit mehr als genug entschädigte. Aber irgendetwas stimmte nicht, an dieser neuen Westlage, irgendetwas fehlte. Es gab Phantomschmerzen.

Als jemand, der nach dem Krieg geboren und in das geteilte Deutschland hinein gewachsen war, kann ich ziemlich genau, dieses Gefühl einer Abwesenheit von etwas artikulieren. Das östliche Europa kannte ich aus den immer wieder hervorbrechenden Erzählungen des Vaters, der Lemberg, Kriwoj Rog, Stalingrad gesehen hatte, ich kannte die Städte mit den Rauchsäulen, noch bevor ich selber dort gewesen war, von den Fotos in einer sorgfältig aufbewahrten Blechkiste. Ich hatte bei der obligatorischen Berlin-Reise in den frühen 60ern das Gefühl, dass der Krieg immer irgendwo noch spürbar war, und es gab an der Schule, die ich besuchte, sogar die Möglichkeit, Russisch bei einem DP zu lernen, der im Westen geblieben war. Aber die eigentliche Eröffnung war eine frühe Reise nach Prag. Prag in den frühen 60er Jahren – es hatte gerade die Kafka-Konferenz stattgefunden, das erste Zittern des kommenden Prager Frühlings war zu spüren, die Stadt war grau, schwarz, melancholisch – öffnete mir die Augen dafür, was wir verloren hatten, und von da an war ich tief überzeugt – bei aller Lust, durch Amerika zu reisen – dass Europa unvollständig war, dass irgend etwas fehlte, solange Prag, später dann: Budapest und Krakau und Warschau und all die anderen Städte außerhalb unseres Horizonts geblieben sind. Was immer an Romantik, an Nostalgie, an Exotismus und eigentümlichem Orientalismus im Spiel gewesen sein mochte, es ging um ganz ernste Dinge: um die Wiedervergegenwärtigung, um das Innwerden eines kulturellen Zusammenhangs, in dem die deutsche Geschichte sich ereignet hatte. Zu Kant und Schopenhauer gehörten Orte, an denen sie gelebt und gedacht hatten. Es gab eine deutsche Sprache, die sich „im Kolonialland“ und in Städten, in denen „Bücher und Menschen leben“, verfeinert hatte, es gab eine Welt, die vor der Selbstprovinzialisierung Deutschlands existiert hatte. Vieles von dem, was einen am alten, untergegangenen Europa faszinierte, hatte anderswo überlebt, auf der Lower East Side in New York etwa oder in den Zirkeln der Dissidenten und Intellektuellen in den mittel- und osteuropäischen Metropolen. Es waren sie, von denen eine Renaissance des Europäischen ausging und die den Deutschen halfen, sich wieder in die Welt hineinzudenken, aus der sie herausgefallen waren.

1989 kam dieses Europa, das es schon nicht mehr gab, über uns; keine Brüsseler Strategie und kein Europa-Plan – wie stark die Attraktivität der prosperierenden EU auch gewesen sein mag – hat die Umwälzung bewirkt, sondern die Leute vor Ort: in Danzig, in Stettin, in Moskau, in Budapest, in Prag und anderswo. Es waren sie, deren Blick immer stärker auf das westliche Europa ausgerichtet war als unserer auf das östliche, die einen europäischen Horizont haben wieder denkbar erscheinen lassen. Das östliche Europa hatte aufgehört zu sein, was es jahrzehntelang gewesen war: Ostblock, Warschauer Pakt, Comecon. Es erschien wieder als vielfältiger, an Sprachen und Kulturen reicher Raum, von dem wir recht wenig wussten, eine Kultur, nicht nur ein „politisches System“ oder eine „kommunistische Planwirtschaft“. Es war eine Welt, die ihre eigene Geschichte hatte. Und auf die waren wir wenig gefasst, als es soweit war.

Die Geschichte des östlichen Europa – die Wege einer schwierigen Aneignung

Die Vorstellung vom *annus mirabilis*, in dem alles anders wurde, ja sogar die Rede von der „Wende“ ist zu plakativ und nicht ganz zutreffend. Es wäre angemessener von einer langen Inkubationszeit, von der Zeit der Akkumulation zu sprechen, die an einem bestimmten Punkt, den ganzen Ostblock wie in einem Dominospiel abräumend, zusammenlief. Diese Inkubationszeit ist von äußerster Wichtigkeit, und sie müsste für jedes Land, für jede der Gesellschaften sowjetischen Typs gesondert verfolgt werden. Anpassungen, Berichtigungen, Korrekturen, Weiterentwicklungen des Bildes von der eigenen Geschichte hat es lange vorher gegeben. In diesem Sinne gab es kein Vakuum und keine Stunde Null. Fast alle osteuropäischen Gesellschaften hatten ihr Entstalinisierungserlebnis, wo mit den abstrusesten und obskursten Geschichtsdeutungen und Konstruktionen der Stalinzeit aufgeräumt worden war. Die gewaltsamen Eruptionen in Posen und Warschau 1956, auch in Budapest 1956, waren zugleich bedeutende Normalisierungsschübe eines gespannten und überspannten Geschichtsbewusstseins. So wie im so genannten Tauwetter die herrschende Ideologie mit der Realität mehr oder minder in Einklang gebracht wurde, so wurden auch die größten Geschichtsklitterungen über Bord geworfen. Man sprach inzwischen offen von den Manipulateuren und den Foltern, Memoiren und Romane begannen zu zirkulieren, die Verfemten von einst mussten wenigstens nicht mehr um ihr Leben fürchten. Ein weiterer Schub, die Verspanntheiten aufzulösen, war 1968, vor allem im Prager Frühling. Es kam nicht nur

zu einer Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus, sondern zu einer Art Metadebatte über die Rolle von Ideologie, Basis und Überbau, die Bedeutung von Identität, von Empirie und Praxis für Theoriebildung. Und wiederum war die „Liberalisierung“ der öffentlichen Sphäre verbunden mit einer Kontaktaufnahme mit einer verschwundenen oder verbotenen Erinnerung und Geschichtskultur. Man erinnere sich hier nur an die Renaissance des Denkens T.G. Masaryks in der Tschechoslowakei, an die Wiederentdeckung der Zwischenkriegsmoderne. Am bedeutendsten für die Normalisierung des Geschichtsdiskurses ist aber nicht so sehr die sensationelle Veröffentlichung eines Romans oder eines Kunstwerkes, sondern die Herausbildung einer eigenständigen publizistischen Sphäre, die sich als antipolitische und autonome Gegenkultur verstand. In dieser autonomen, nicht zensierten und wohl auch nicht mehr zensierbaren Öffentlichkeit der Selbstverlage, also des Samizdat, wurden die großen Revisionen vorgenommen, die durch Verbote und Tabus blockierten Themen erörtert. Es war hier – in den Samizdat-Erzeugnissen und in den Seminaren der fliegenden Universitäten, in den oft über die westlichen Sender verbreiteten Texten –, wo alles möglich war, ein wahrer Ort des freien und wilden Denkens, das sich um die Parteiabgrenzungen und Lagerbildungen von Links und Rechts, von Nationalistisch und Kommunistisch und Liberal nicht mehr kümmerte, weil es um etwas Wichtigeres ging: um den Schutz eines Raumes, in dem die Pressionen einer äußeren Macht keine Rolle spielen durften. Hier war der Diskussionsort lange vor der Perestrojka, lange vor Glasnost für all die Themen, die dann die Welt erschüttern sollten. Die 1960er bis 1980er Jahre sind eine Zeit großer, erregender und klärender Debatten, auch wenn sie nicht an eine größere Öffentlichkeit gelangten. Die Organe und Zirkel, in denen die entscheidenden Fragen verhandelt wurden, waren die Generatoren jener kritischen Öffentlichkeit, die dann gleichsam mit einem Schlag bereitstand, als die alte Elite wankte und abdankte.

Alle wichtigen Fragen sind behandelt worden – wiederum länderspezifisch. Es ist schwierig hier einen Generalnenner zu definieren. In der Samizdat-Öffentlichkeit wurde über Widerstand und Komplizenschaft des Volkes oder der Intelligenzija in den Zeiten der Repressionen gesprochen, über die Rolle der Zivilcourage und des Konformismus, über die historischen Ursachen und Wege, die zur „Entartung“ in Gestalt des Stalinismus geführt hatten, über die Halbherzigkeit der Entstalinisierung usw. Aus diesem Untergrund wuchsen die großen Arbeiten hervor, die dann die Welt erschütterten: Alexander Solschenizyns „Archipel Gulag“. Im tschechoslowakischen Untergrund wurden die Lehren des Zusammenbruchs der Republik, aber auch – in Ansätzen – Verlauf, Ursachen und Folgen der Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslo-

wakei diskutiert. Im polnischen Untergrund, der eigentlich schon mehr eine Art Parallelgesellschaft war, wurden die Erfahrungen des Kampfes gegen die NS-Besatzung, das Verhältnis von Juden und Polen, die Konflikte zwischen Polen und der Ukraine, aber auch die Vertreibung und Umsiedlung der Deutschen besprochen. Und im Kreis der Budapester Soziologenschule gab es kaum ein Thema, das nicht erörtert wurde. Am schwierigsten war die Herausbildung einer eigenständigen diskutierenden Gegenöffentlichkeit vermutlich in Ostdeutschland, wo die Gegenöffentlichkeit ja in Gestalt des täglichen Fernsehens, das über die Grenze kam, gegenwärtig war.

Es ist also, um es kurz zu machen, ganz verfehlt zu glauben, dass alles erst mit 1989 angefangen habe. Eine lange Inkubationsphase und eine sehr gründliche Erörterung unter den Bedingungen äußerer Unfreiheit – das bringt die Lage viel besser auf den Punkt, und eine Belehrung der osteuropäischen Gesellschaften in Sachen Vergangenheitsaufarbeitung etwa von einem deutschen Katheder herab steht überhaupt nicht an. Im Gegenteil: Die Deutschen, die sich für diese Probleme interessieren, können sehr viel lernen, vor allem eine Problematik, die für sie neu ist und die ungemein schwierig ist. Ich möchte sie kurz so zusammenfassen:

Das erste Problem liegt darin, dass die Geschichte dieser Völker im 20. Jahrhundert eine Geschichte zwischen zwei Großakteuren war, die sich auf ihrem Boden abgespielt hat. Deutsche und sowjetische Herrschaft haben dafür gesorgt, dass alle Vorgänge heillos ineinander verwoben und verwirrt sind, dass die inneren Prozesse in diesen Ländern sich verbunden haben mit Interventionen von außen, so dass Ursache und Wirkung, Verantwortlichkeit und Schuld, der ganze Komplex der Zuständigkeit äußerst unübersichtlich und schwierig zu entscheiden ist. Es bedarf einer eigenen Sprache, um die Doppelerfahrung des Massenmordes am polnischen Offizierskorps im Wald von Katyn und die Vernichtungspolitik der deutschen Einsatzkommandos im Generalgouvernement zusammenzubringen. Dies gilt fast für alle anderen Staaten „dazwischen“ auch. Die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Litauen, Lettland und Estland und die Massendeportationen eines großen Prozentsatzes der Bevölkerung dieser Länder gehören zusammen, und sie in einem Atemzug zu nennen, gibt eine historische Erfahrung wieder, ist nicht Gleichsetzung und Verharmlosung und Apologetik – jedenfalls nicht von vornherein. Der Streit um die Beseitigung von Denkmälern für die Rote Armee in Lettland und Estland ist eine ungemein komplizierte Angelegenheit, so kompliziert, dass man sie am liebsten nicht berührt sehen möchte, weil die Zeit noch nicht reif und der Takt sich noch nicht ausgebildet hat, um allen darin Involvierten – den Soldaten der Roten

Armee, die ihre Leben für die Befreiung von der deutschen Besatzung gegeben haben, und den Esten, die zum Opfer einer neuen Besetzung geworden sind – Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Mit einer Kultur der bedingten Reflexe ist hier gar nichts auszurichten. Man muss hier erst einmal zuhören und sich in eine Erfahrung vertiefen, bevor man Urteile abgibt und kurzen Prozess macht.

Ein zweites Beispiel für die unerhörte Kompliziertheit ist eine so lange kommunistische Herrschaftszeit wie die in der UdSSR, die ja immerhin mehrere Generationen betroffen hat. Hier wären zunächst die Sequenzen von Sterben und Tod, von denen meist keine Vorstellung herrscht, zu erwähnen: Ein erster Weltkrieg, dessen Opfer vergessen sind, weil sie immer im Schatten des folgenden Bürgerkrieges und der von ihm ausgelösten Hungersnöte gestanden hatten. Die Sequenz der Hunderttausende, ja Millionen von Toten, die im Verlauf der Kollektivierung und der Massendeportationen der sog. Kulaken ums Leben gekommen sind, nicht zuletzt jene halbe Million Menschen, die binnen eines knappen Jahres – während des Grossen Terrors 1937 – umgebracht worden ist. Dies alles aber im Schatten einer Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, die rund 27 Millionen Menschenleben auf sowjetischem Territorium gefordert hatte – gar nicht zu reden von der Hungersnot der ersten beiden Friedensjahre. Es gibt – trotz Alexander Solschenizyn und Vasilij Grossman – keine Sprache, die all das auf einen Nenner bringen könnte. Es hat für Jahrzehnte keinen Raum gegeben, in dem die Namen, die Schicksale, die Gesichter hätten gezeigt, zu Gehör gebracht werden können. Es gab viele Gründe für dieses Schweigen: ein Regime, das von seinen Verbrechen nichts wissen wollte, eine herrschende Nomenklatura, die Angst hatte, zur Verantwortung gezogen zu werden; die Abwesenheit einer Siegermacht, die ein zweites Nürnberg hätte veranstalten können; die Scham der aus den Lagern Zurückgekehrten, als „Feinde des Volkes“ Verurteilten, von ihren Leiden zu sprechen. Vor allem aber ist es die Kompliziertheit der Verhältnisse selbst. Viele, die in den Säuberungen Opfer geworden waren, sind zuvor, in der Kollektivierung, Täter gewesen. Viele, die in der Säuberung nach oben avanciert sind, sind im Großen Vaterländischen Krieg in den Fleischwolf des Krieges geraten. Ganze Jahrgänge sind so aus dem Zyklus der Generationen verschwunden. Viele, die „mitgemacht“ haben, sind selber zum Opfer des Systems geworden – eine Situation, auf die sich die ausschließlich auf das deutsche Desaster Fixierten kaum einen Reim machen können.

Es besteht für mich kein Zweifel, dass erst dann, wenn all jene namenlosen Millionen benannt, erwähnt, zu Gehör gebracht sind, dass erst dann ernsthaft von einer europäischen Erinnerung gesprochen werden kann. Es gibt mehrere Epizentren der europäischen Fortschritts- und

Leidensgeschichten, und niemand hat das Recht, von den einen Opfern zu sprechen, aber die anderen zu verschweigen.

Es gibt vermutlich bisher nur einen Schriftsteller, der die Erfahrung, die gedankliche und sprachliche Kraft besaß, um diese Doppelkatastrophe fassen zu können, Vasilij Grossman, der Kriegsberichterstatte der Roten Armee, der Koautor des Schwarzbuches zur Ermordung der sowjetischen Juden, der Reporter aus dem befreiten Vernichtungslager Treblinka, der Verfasser eines ersten Romans über die Kollektivierung und der Autor von „Leben und Schicksal“, eines Buches, das zu seinen Lebzeiten nicht hatte erscheinen können. Es ist allen – besonders auch Historikern – zu empfehlen, die sich eine europäische Geschichte im 20. Jahrhundert nicht anders vorstellen können als im Hickhack eines sogenannten „deutschen Historikerstreits“. Eine solche Lektüre weitet, ja verschiebt den Horizont. Man kann über europäische Geschichte danach nicht mehr sprechen wie man es vorher gewohnt war zu tun.

Was heißt Europäisierung des geschichtlichen Gedächtnisses?

Es kann nicht darum gehen, so etwas wie ein „europäisches Gedächtnis“ zu „konzipieren“, ein Panorama europäischer Erinnerung auszumalen, nicht einmal in groben Zügen, geschweige denn in Details. Ein europäisches Gedächtnis kann nie weiter sein als die Kultur, die sie hervorbringt oder die sie nötig hat. Die Visionen eines europäischen Gedächtnisraums, so sie denn entworfen werden, haben daher etwas Angestregtes, Forciertes, Künstliches. Erinnerungs- und Gedächtniskulturen lassen sich nicht machen und nicht veranstalten, sie wachsen – oder auch nicht.

Es gibt meines Erachtens ein ziemlich genaues Kriterium für die Entstehung eines nachdrücklich europäischen Gedächtnisraumes: Dies ist einerseits ein Empfinden, dass die zentralen geschichtlichen Ereignisse nur angemessen erinnert und vergegenwärtigt werden können, wenn man die Grenzen der Nationalstaatlichkeit, auch eines nationalen kollektiven Gedächtnisses hinter sich lässt oder doch jedenfalls nicht als die ultimative Grenze akzeptiert. Und dies ist andererseits ein Empfinden dafür, dass das Europäische in der Gedächtniskultur nicht herbeigeredet und konstruiert werden kann, sondern seine Zeit braucht, Zeit zum Wachsen. Europäisierung des Gedächtnisses ist also angesiedelt zwischen forcierter Konstruktion und künstlicher Begrenzung auf den Rahmen des Nationalstaatlichen (oder Regionalen oder Lokalen oder sonst Gruppenspezifischen). Über Europäisierung des Gedächtnisses zu reden ist daher eher ein Gespräch über die Modalitäten für die Genese eines

lebendigen Geschichtsbewusstseins als ein Gespräch über konkrete Formen und Inhalte. Dies ist bitte nicht als Ausflucht zu verstehen, wie Sie sogleich bemerken werden.

Ich kann die Hauptmomente, wenn es um die Modalitäten eines europäischen Geschichtsbewusstseins und einer Gedächtniskultur geht, in folgenden Punkten – schematisch – zusammenfassen:

Erstens: Der Zusammenhang der europäischen Geschichte, namentlich der großen und umwälzenden und traumatischen Ereignisse der europäischen Geschichte – namentlich im 20. Jahrhundert, aber nicht nur da (man denke nur an die Napoleonischen Kriege) – sind grenzüberschreitend. Sie waren europäisch in dem fundamentalen Sinne, dass sie charakteristisch, maßgeblich, schrittmachend für die Entwicklung der europäischen Zivilisation waren – ob es sich nun um die Prozesse der Industrialisierung, der Aufklärung, der Urbanisierung, der Säkularisierung, des Kapitalismus, der Arbeiterbewegung, des Nationalismus handelte oder um künstlerische Strömungen und Bewegungen wie Romantik, Impressionismus, Symbolismus, Expressionismus, Futurismus und so weiter. Es wäre pure Künstlichkeit, diesen all-europäischen Zusammenhang auflösen zu wollen, umgekehrt: Man muss ihm folgen, wenn man ihn verstehen will.

Zum Relief der europäischen Zivilisation gehört aber auch das Nationalstaatliche, das Regionale, das Lokale, das Gruppen- oder Klassenspezifische. Die großen Bewegungen oder Strömungen existieren daher nur in einer konkreten Ausformung und Ausprägung, als deutscher Expressionismus, als italienischer oder russischer Futurismus. Darin besteht ja gerade die ganze Kompliziertheit und der ganze Reichtum der europäischen Kultur und Geschichte.

Das gilt in einem eminenten Maße für die traumatischen Ereignisse im Europa des 20. Jahrhunderts: für die Kriege, Revolutionen, Bürgerkriege, Zwangswanderungen, ethnischen und sozialen Säuberungen und Bevölkerungstransfers großen Stils, für die Erfahrung totaler Staatsmacht und totalitärer Gewalt. Die Narrative der Nationalgeschichte greifen hier zu kurz, wie der Blick auf jedes beliebige „Großereignis“ sogleich lehrt.

Zweitens: Es gibt wohl keine Erinnerung und kein Gedächtnis ohne konkrete Erfahrung und Anschauung. Erinnerung ist an unmittelbare und eigene Erfahrung gebunden, das Gedenken kann auch vermittelt werden. Erinnerung und Gedächtnis leben von Erfahrung und von Anschauung, von Erlebtem und noch mehr von Erlittenem. Es kann nicht erinnert werden, es kann dessen nicht gedacht werden, wovon man nicht weiß, wovon es nicht die blasseste Ahnung gibt. Umgekehrt kann es sein, dass die unmittelbare eigene Erfahrung, das eigene Erleiden und

die unmittelbare Anschauung alles Erleben und Erleiden anderer als zweitrangig, sekundär erscheinen lässt. Wer noch nie von der Deportation von zwei Millionen sog. Kulaken gehört hat oder gar meint, es handle sich um eine rhetorische Formel antikommunistischer Propaganda, kann dieses zentrale Ereignis einer europäischen Leidensgeschichte auch nicht an sich heranlassen oder in seinen Horizont aufnehmen. Europäisches Gedächtnis hat etwas zu tun mit Wissen, was in Europa passiert ist. Die Perspektive aus den Lagern des Kalten Krieges auf die europäische Geschichtslandschaft ist vermutlich eine andere als die nach dem Ende des Kalten Krieges. Sie wird mehr integrativ als kontrastiv sein, mehr auf die Wechselwirkungen abzielen als auf isolierte Geschichtsverläufe. Es besteht gleichsam die Chance für neue Narrative, und, wie auf dem Buchmarkt und den Titeln der Neuerscheinungen von Gert Mak, Norman Davies und Tony Judt zu sehen ist, nicht ohne Erfolg.

Drittens: Eine neue Geschichtswahrnehmung und Geschichtserzählung kommt nicht aus ohne konkrete Anhaltspunkte, denn alle Geschichte spielt nicht nur in der Zeit, sondern auch im Raum, an bestimmten Orten. Wenn die Geschichte der Gedächtnisorte, die Geschichte der *lieux de mémoire* nicht so sehr inflationär geworden wäre und damit einen guten Teil ihrer Präzision und Schärfe eingebüßt hätte, könnte man von einer Neuvermessung der europäischen Gedächtnislandschaft und Gedächtnisorte sprechen. Das ist Verdun, aber auch Stalingrad, das ist Omaha Beach, aber auch der Kursker Bogen, das ist Dachau, aber auch Workuta, das Paris der Weltausstellung 1900 oder 1937, Berlin 1933 oder Petrograd 1917. Was mir mindestens ebenso wichtig und nicht minder reizvoll erscheint, ist eine Neukartierung Europas nach „Zeitschichten“, wie das Reinhart Koselleck genannt hat. Es ist längst überfällig, diese Spät- und Langzeitfolgen der Kalten-Kriegs-Teilung der Wahrnehmung systematisch anzugehen. Ich habe das für das Feld der Architekturstile versucht: Europas Karte der *fin-de-siècle*-Kultur ist eben unvollständig und geradezu lächerlich asymmetrisch, solange darauf nur Wien, Paris und Berlin verzeichnet sind, nicht aber Sankt Petersburg. Die europäische Welle des *art nouveau* endet nicht in Brüssel und Barcelona, sondern schließt Helsinki und Riga ein. Die Kriegsfronten verlaufen nicht nur an Marne und Somme, sondern in Galizien und in Kurland. Der Aufbruch in der Zwischenkriegszeit hat seine eigenen Zentren; das ist nicht nur Berlin oder Moskau, sondern Prag, Brunn, Bukarest, Rotterdam. Ich bin überzeugt, dass die Einzeichnung dieser Referenzpunkte und Referenzorte die Karte des europäischen Gedächtnisses nachhaltig ändern wird.

Dies sind alles Voraussetzungen für die Weitung, für die Umprägung der geschichtlichen Wahrnehmung, noch nicht die Sache selbst, noch nicht die Erzählung einer ebenso schlüssigen wie komplexen Geschichte Europas, die der rote Faden eines europäischen Gedächtnisses wäre.

Hier mag vielleicht ein Mini-Exkurs aus gegebenem Anlass erlaubt sein, da ich in dieser Sache engagiert bin und lange darüber nachgedacht habe. Ich bin seit vielen Jahren der Auffassung, dass die gewaltsamen Bevölkerungsbewegungen im Europa des 20. Jahrhunderts in der Forschung grob vernachlässigt worden sind, und dass die kulturellen Folgen der Westverschiebung Deutschlands als Folge des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieges bisher nicht wirklich aufgearbeitet worden sind – es gibt also durchaus noch Felder, die nicht „überforscht“ sind. Aus diesem Grunde war ich für Dokumentation, Präsentation und Forschung zum gesamten Vertreibungs- und Umsiedlungskomplex. Bekanntlich liegen hier unterschiedliche Wahrnehmungen, Sensibilitäten, Akzentsetzungen vor – wie sollte es auch anders sein. Die Chance, die die Zeit nach 1989 geboten hatte, war, diesen hoch-sensiblen und hoch-traumatischen Komplex endlich in vollem Umfang zur Sprache zu bringen und somit zu erledigen – um den Kopf frei zu haben für die wirklich wichtigen Dinge: die Bewältigung der Gegenwart. Es bestand die Chance der Öffnung, des neuen Zugangs zu Materialien, eine Bereitschaft zuzuhören, eine allgemeine Entpolitisierung und Entideologisierung des Komplexes. Aber es kam – vorübergehend wenigstens – anders. Die Sache wurde wieder politisiert, zum Gegenstand von Parteikontroversen und egoistischen Profilierungsversuchen. Eine Sache von gesamtnationaler und gesamteuropäischer Brisanz – die Vertreibung und Umsiedlung betraf eben nicht nur die Vertriebenen, sie war eben nicht nur eine deutsche oder polnische Angelegenheit – wurde wieder zur Parteiangelegenheit heruntergewirtschaftet, eine vertane Chance wie einige andere auch.

Was könnte das positive Ergebnis einer entstehenden dezidiert europäischen Gedächtniskultur sein? Kein europäisches Gedächtnis, kein homogenes Narrativ aus einem Guss, kein kurzer Lehrgang in europäischer Geschichte, sondern die Entstehung eines geschützten Raumes für den Strom der Erzählungen, die jetzt, am Ende des Kalten Krieges und am Ende der Verfeindung möglich geworden sind. Für viele ist das zu wenig. In meinen Augen ist es das Schwierigste überhaupt. Denn es bedeutete die Verteidigung eines geschützten Raumes, einer Sphäre von Öffentlichkeit, die den Pressionen von außen, von gleich wem standhält, und sich die Freiheit bewahrt und die Zumutungen aushält, die in den Erzählungen präzedenzlosen Unglücks im Europa des 20. Jahrhunderts enthalten sind. Die Zumutungen auszuhalten, das ist schwer genug. Ge-

dächtnis hat nichts mit Gedächtnis- und Versöhnungskitsch zu tun. Daher ist die Arbeit an einem europäischen Gedächtnis etwas Hartes, Forderndes, nichts Einfaches und schon gar nichts Kitschiges. Aber es ist die Arbeit, auf die wir, in Zeiten des Kalten Krieges, lange genug gewartet haben. Jetzt können wir sie endlich machen.

Autoren

Etienne François, Dr. phil., Professor für Geschichte am Frankreich-Zentrum der Freien Universität Berlin.

Norbert Frei, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Bronisław Geremek, Dr. phil., em. Professor für mittelalterliche Geschichte, Mitglied des Europäischen Parlaments, ehemaliger Außenminister Polens, Karlspreisträger 1998.

Lord Anthony Giddens, Dr. phil., em. Professor und ehemaliger Direktor der London School of Economics and Political Science.

Helmut König, Dr. phil., Professor für Politische Wissenschaft an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

Adolf Muschg, Dr. phil., em. Professor für Deutsche Sprache und Literatur der ETH Zürich, Autor und ehemaliger Präsident der Akademie der Künste in Berlin.

Karl Schlögel, Dr. phil., Professor für Osteuropäische Geschichte an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder).

Julia Schmidt, Geschäftsführerin der Initiative Europäische Horizonte.

Manfred Sicking, Dr. phil., Co-Dezernent für Wirtschaftsförderung und Europäische Angelegenheiten der Stadt Aachen und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der RWTH Aachen.

Hans-Ulrich Wehler, Dr. phil., em. Professor für Allgemeine Geschichte der Universität Bielefeld.

Europäische Horizonte

Helmut König, Julia Schmidt,
Manfred Sicking (Hg.)

Europas Gedächtnis

Das neue Europa zwischen
nationalen Erinnerungen
und gemeinsamer Identität

März 2008, 172 Seiten,
kart., 18,80 €,
ISBN: 978-3-89942-723-3

Helmut König,
Emanuel Richter,
Sabine Schielke (Hg.)

Gerechtigkeit in Europa

Transnationale Dimensionen
einer normativen Grundfrage

März 2008, ca. 220 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN: 978-3-89942-768-4

Helmut König,
Manfred Sicking (Hg.)

Gehört die Türkei zu Europa?

Wegweisungen für ein Europa
am Scheideweg

2005, 222 Seiten,
kart., 22,80 €,
ISBN: 978-3-89942-328-0

Helmut König,
Manfred Sicking (Hg.)

Der Irak-Krieg und die Zukunft Europas

2004, 194 Seiten,
kart., 21,80 €,
ISBN: 978-3-89942-209-2

Leseproben und weitere Informationen finden Sie unter:
www.transcript-verlag.de